Mittwoch, 25. Juni 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 144 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

MEXICO86



Frankreich gilt als Favorit

Klaus Allofs (rechts) ist bisher der einzige Stürmer, der Teamchef Franz Beckenbauer überzeugen konnte. Als zweite Sturmspitze soll heute abend zunächst Karl-Heinz Rummenigge auflaufen. Sicher ist auch der Einsatz von Wolfgang Rolff als Sonderbewacher für Michel Platini. 60 Prozent der Deutschen glauben an einen Sieg Frankreichs. (S. 7)

WM heute: Die ARD überträgt heute live die beiden Halbfinalspiele. Um 20 Uhr spielen Deutschland – Frankreich und um 24 Uhr Argentinien – Belgien.

Prämien: Der französische Verband zahlt die höchsten Prämien: Für die WM-Teilnahme erhält jeder Spieler 300 000 Mark. Titelgewinn: 250 000 Mark. (S. 8)

POLITIK

Nicaragua: Unmittelbar vor der Nicaragua-Abstimmung im Repräsentantenhaus ist es US-Präsident Reagan verweigert worden, in einer Rede seinen Standpunkt zur geplanten Hilfe für die „Contras" noch einmal darzulegen. Das Weiße Haus reagierte „überrascht und enttäuscht". (S. 10)

Handel: Die „DDR" und Albanien haben ein Handels- und Zahlungsabkommen für die Zeit bis 1990 unterzeichnet. Damit soll vor allem die albanische Landwirtschaft modernisiert werden.

Kernenergie: Die für den Reaktor in Hamm-Uentrop nach dem Störfall vom 4. Mai erteilten Auflagen zur verbesserten Sicherheit sind erfüllt, er kann wieder in Betrieb genommen werden. Eine Wiederholung der Störung, bei der Radioaktivität ausgetreten war, sei ausgeschlossen.

„Sonnenschein": Das Ermittlungsverfahren gegen Postminister Schwarz-Schilling im Zusammenhang mit dem Umweltskandal um die Batteriefabrik „Sonnenschein" ist eingestellt worden.

Morgen in der WELT

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rau ist nach Moskau gereist, um dort eine Landes-Show zu eröffnen. In dem WELT-Report „Nordrhein-Westfalen", der morgen erscheint, beschreibt Rau die Zielsetzung dieser Ausstellung. Der Report wird auf 64 Seiten das Land an Rhein und Ruhr vorstellen.

WIRTSCHAFT

Bundespost: Die neue Telekommunikationsordnung, mit der die gesamten Fernmelde-Benutzungsordnungen zusammengefaßt werden sollen, dürfte in der von Bundespostminister Schwarz-Schilling vorgelegten Fassung am kommenden Montag vom Postverwaltungsrat endgültig verabschiedet werden. – *Kein Monopol für Endgeräte.* (S. 11)

Börse: Da Kaufaufträge weitgehend fehlten, bestimmte die zu Abgaben neigende Börsenkulisse das Marktgeschehen mit der Folge, daß die Kurse durchweg sanken. Auch der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 274,08 (277,95). BHF Rentenindex 106,415 (106,488). BHF Performance Index 104,589 (104,632). Dollarmittelkurs 2,2289 (2,2689) Mark. Goldpreis pro Feinunze 342,00 (341,05) Dollar.

KULTUR

Tragödie: Eine verkrampfte Regie-Bemühung auf der einen, schauspielerischer Dilettantismus auf der anderen Seite – Die Tragödie des Kölner Schauspiels ist nicht mehr zu übersehen. (S. 21)

Appetithappen: Eine Festtafel wird vom 27. Juni bis zum 16. Juli in Bad Kissingen gedeckt. Stimm- und Instrumentalvirtuosen, Komponisten und Musik-Theoretiker treffen sich. (S. 21)

SPORT

Schwimmen: Michael Groß verlor seinen Weltrekord über 100 m Schmetterling an den 21 Jahre alten Studenten Pablo Morales (USA). Er verbesserte die Bestzeit um 0,24 Sekunden auf jetzt 52,84 Sekunden. (S. 8)

Segeln: Bei idealen Wettkampfbedingungen verzeichneten die deutschen Segler am zweiten Wettkampftag der Kieler Woche zwei Tagessiege durch Hagen/Borowy (Starboot) und Hüttermann/Körte (470er). (S. 8)

AUS ALLER WELT



Hoch: Stolz präsentiert der Architekt Helmut Jahn aus Chicago (Foto) sein Modell des geplanten höchsten Hauses der Bundesrepublik. Ende des Jahrzehnts soll der 254 Meter hohe Büroturm in Frankfurt stehen. (S. 22)

Rollfeld: Die seit zwei Jahren heftig umstrittene zweite Start- und Landebahn am größten deutschen Charterflughafen in Düsseldorf darf gebaut werden, aber nicht als Hauptbahn, sondern lediglich als „Ersatz" im Notfall. (S. 22)

Karlsruhe: Finanzausgleich muß neu geregelt werden

Verfassungsgericht zwingt Gesetzgeber zur Eile / „Richtige Mitte finden"

H. FRANK/DW. **Karlsruhe**

Bundestag und Bundesrat müssen den Länderfinanzausgleich neu regeln. Das Bundesverfassungsgericht verpflichtete sie gestern überdies dazu, die Novelle so rechtzeitig zu verabschieden, daß sie spätestens „mit Wirkung für das Haushaltsjahr 1988" in Kraft treten könne.

In dem von den fünf SPD-regierten Bundesländern und Baden-Württemberg aus unterschiedlichen Gründen angestrengten Normenkontrollverfahren sind gestern die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über einen angemessenen Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder und über Ergänzungszuweisungen des Bundes an die Länder vom Karlsruher Gericht für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt worden (2 BvF 1/83 u. a.). Für das Gericht ist nach diesem Urteil die Finanzkraft der Länder das entscheidende Kriterium, nicht dagegen der immer wieder vom nordrhein-westfälischen Finanzminister Posser angeführte Finanzbedarf.

Ziel einer Neuregelung muß es nach Ansicht der Richter des 2. Senats sein, „die richtige Mitte zu finden zwischen Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Bewahrung der Individualität der Länder auf der einen und der solidargemeinschaftlichen Mitverantwortung für die Existenz und Eigenständigkeit der Bundesgenossen auf der anderen Seite." Dazu ist es für die obersten Verfassungshüter unabdingbar, daß unter der Finanzkraft der Länder mehr als nur ihre Steuerkraft verstanden wird.

SEITE 2:
Es gibt keinen Gewinner

Abgesehen davon, daß alle Steuern bei der Ermittlung der Finanzkraft der Länder miteinbezogen werden müssen, sind auch die Erträge bergrechtlicher Förderabgaben, die den Verfassungsprozeß ausgelöst haben, „voll ausgleichsrelevant".

Damit muß sich das Land Niedersachsen, dem mehr als 90 Prozent dieser sich derzeit auf knapp 2 Milliarden jährlich belaufenden Einnahmen zufließen, diese beim Finanzausgleich voll anrechnen lassen, allerdings erst für das noch nicht begonnene Haushaltsjahr 1987. Bisher waren nur 50 Prozent angesetzt worden.

Die Sonderlasten der Länder können dagegen beim Finanzausgleich nicht berücksichtigt werden. Lediglich bei den Aufwendungen Niedersachsens und der beiden Hansestädte für ihre Seehäfen macht Karlsruhe insoweit eine Ausnahme, weil „diese seit langem traditioneller Bestandteil des Finanzausgleiches" sind. Und auch die „Andersartigkeit" der Stadtstaaten Bremen und Hamburg gegenüber den Flächenstaaten darf durch die sogenannte Einwohnerveredelung im Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Karlsruhe übte deutliche Kritik an dem Verhalten Bonns, „Sonderbedarf von Bundesländern anzunehmen, ohne diesen überhaupt zu benennen und seine Angemessenheit regelmäßig zu überprüfen". Das habe dazu geführt, daß die Finanzkraft der empfangsberechtigten Länder Bayern und Saarland im Jahre 1984 sogar auf mehr als 100 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft angewachsen sei.

Streit in London wegen Südafrika

Konservative kritisieren Empfang des ANC-Führers / Importbeschränkungen für Obst und Gemüse?

REINER GATERMANN, **London**

Auf scharfe Kritik des rechten Flügels der Konservativen stieß die Bereitschaft Londons zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär des „Afrikanischen Nationalkongresses" (ANC), Oliver Tambo. Das Zusammentreffen mit einer Staatssekretärin im Außenministerium, das für heute vorgesehen ist, wurde als „Schande" bezeichnet. Gleichzeitig luden jedoch *dem liberalen Flügel zugerechnete* Abgeordnete der Regierungspartei den ANC-Führer zu sich ins Unterhaus ein.

In einer Kabinettssitzung werden heute die britischen Richtlinien für das morgige EG-Gipfeltreffen in Den Haag festgelegt. Wie verlautet, wäre Premierministerin Thatcher jetzt bereit, neuen „weichen" Maßnahmen gegen Pretoria zuzustimmen. Vermutlich wird London auch dafür plädieren, Außenminister Sir Geoffrey Howe entweder als Sprecher der Gemeinschaft – Großbritannien übernimmt am 1. Juli die Präsidentschaft – oder als britischen Minister nach Südafrika zu entsenden, um einen „letzten Versuch" zur Beilegung des Konflikts zu unternehmen.

In der britischen Politik beherrscht Südafrika jetzt die Tagesordnung. Am Montag traf sich ein Kabinettssonderausschuß, um zu sondieren, gestern beriet der Außen-und Commonwealth-Ausschuß der Regierung, und heute muß das Kabinett entscheiden, wie weit es dem Ruf nach

SEITE 5:
Südafrika und die EG

Sanktionen nachgeben will. Drastische Schritte sind nicht zu erwarten, aber der bisherige, von Frau Thatcher kompromißlos vertretene Standpunkt, daß Wirtschaftssanktionen nicht zur Diskussion ständen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in vollem Umfang beibehalten werden können. Im Gespräch sind jetzt – neben diplomatischen Maßnahmen – hauptsächlich Importbeschränkungen für Obst und Gemüse.

Wenn die Staatssekretärin Lynda Chalker heute mit Oliver Tambo zusammentrifft, wird sie ihn auffordern, der Gewalt zu entsagen. In einer in London gehaltenen Rede forderte der ANC-Führer die totale Isolierung Südafrikas, alles andere „wäre ein Zeichen an Botha, daß die britische Regierung nicht bereit ist, wirklich zu handeln". Königin Elizabeth, die Oberhaupt des Commonwealth ist, und die Völkergemeinschaft ermahnte er, sich „auf die Seite der Menschlichkeit zu stellen", und versicherte ihnen, ein von den Schwarzen regiertes Südafrika würde wieder dem Commonwealth beitreten.

Auf der in Singapur tagenden Generalversammlung der Evangelischen Allianz, eines Bundes evangelikaler Christen aus rund 50 Ländern, wandte sich der Generalsekretär der südafrikanischen evangelischen Allianz, Wetmore, gegen Wirtschaftssanktionen. Er sagte, die Befürworter solcher Aktionen nähmen bewußt in Kauf, durch eine Radikalisierung der unteren Schichten einen Umsturz in Südafrika zu beschleunigen.

Papst kommt im Mai nach Deutschland

Das Reiseprogramm wird noch festgelegt / Der Bundeskanzler bei Johannes Paul II.

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Der für Anfang Mai nächsten Jahres vorgesehene zweite Papstbesuch in der Bundesrepublik Deutschland gehörte zu den Themen eines einstündigen Meinungsaustausches zwischen Johannes Paul II. und Bundeskanzler Helmut Kohl gestern im Vatikan. Die Deutschlandreise des Oberhaupts der Katholiken soll, wie von der Pressestelle des Bistums Münster bekanntgegeben wurde, anläßlich der Seligsprechung zweier deutscher Ordensleute vom 1. bis 4. Mai 1987 stattfinden. In Köln soll die im KZ Auschwitz umgekommene Karmeliterin Edith Stein selig gesprochen werden, eine konvertierte Jüdin, die in der Nazizeit von Köln nach Holland ging, dort von der Gestapo verhaftet und nach Auschwitz gebracht wurde.

Für München steht die Seligsprechung des Jesuitenpaters Rupert Mayer auf dem päpstlichen Besuchsprogramm. Pater Mayer hatte sich als Beauftragter für Wanderarbeiter in der *Weimarer Zeit immer wieder in* Parteiversammlungen der Kommunisten und der Nazis zu Wort gemeldet, um den kirchlichen Standpunkt zu vertreten. Nach der Machtübernahme Hitlers war er vorübergehend ins KZ gebracht, dann ins Kloster Ettal verbannt worden. Er starb kurz nach Kriegsende am 1. November 1945 während einer Predigt, nachdem er gerade die Worte gesprochen hatte: „Selig sind die, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen . . ."

Als konkrete Stationen der Deutschlandreise wurden die Städte Köln, Kevelaer, Münster, München, Augsburg und Speyer sowie das Ruhrgebiet genannt. Die Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz erklärte später, über den genauen Verlauf der Reise sei noch nicht entschieden. Mit einer endgültigen Bestätigung sei voraussichtlich erst im Herbst zu rechnen.

Der Bundeskanzler sprach mit dem Papst auch über die weltpolitische Lage unter besonderer Berücksichtigung des Ost-West-Verhältnisses, die *europäische Einigungspolitik und* über die Grundwertediskussion in der Bundesrepublik. Einzelheiten über das in deutsch geführte Gespräch wurden, wie üblich, nicht mitgeteilt. Bei der Behandlung des Themas Europapolitik waren sich, wie Kohl anschließend vor der Presse andeutete, Papst und Kanzler offensichtlich einig in der Ansicht, daß man sich davor hüten müsse, Europa mit EG-Europa gleichzusetzen. Es gebe wichtige Teile Europas, die den Integrationsweg nicht gehen wollten oder nicht gehen könnten. Der Kanzler verwies in diesem Zusammenhang auf die Schweiz und Österreich, auf den gesamten Donauraum, auf Prag, Krakau und Warschau. „Sie gehören dazu", sagte er.

Kurz nach seinem Eintreffen in Rom war der Kanzler am Montag nachmittag vom italienischen Staatspräsidenten Cossiga empfangen worden. Hauptthema bei der einstündigen Begegnung war die von Bonn angestrebte internationale Konferenz über die Sicherheit bei der friedli*chen Nutzung der Kernenergie.*

Stephan Hermlin sorgt für Eklat

PAUL F. REITZE, **Hamburg**

Die Veranstalter des 49. Internationalen PEN-Kongresses in Hamburg waren auffällig bemüht, deutsch-deutsche Querelen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Stefan Heym, der seit Jahren auf die Publikation im Westen angewiesen ist, wurde in der längst verblaßten Würde des Staatspreisträgers der „DDR" vorgestellt. Bei Stephan Hermlin wurde angemerkt, daß er auch Mitglied der Akademie der Künste in West-Berlin sei. Das unausgesprochene Motto: Nur ja keine wunden Punkte berühren.

Hermlin war es, der dann einen Strich durch diese Rechnung machte. „Die Welt sieht ein wenig anders aus, als Dogmatiker sie sich vorzustellen vermögen", begann er. Dann entfaltete er ein sozialistisches Heldenleben, sein eigenes. Er beschrieb, warum er in der Weimarer Republik zum Kommunisten werden mußte: Da gab es zwar „einige Freiheiten", vor allem musikalische Genüsse, aber „keine Freiheit". Es wurde immer „für rechts entschieden". Dies sei die eigentliche Todeskrankheit von Weimar gewesen. Was die „DDR" angeht, so gibt es (Originalton Hermlin) unter den bedeutenden Autoren keine „Hofschranzen", erst recht keine „Dissidenten".

Der Eklat war da. Sibyllinisch hatte Hermlin davon gesprochen, der Hitler-Stalin-Pakt werde im Westen „verkürzt" gesehen. Der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Lew Kopelew konterte wortmächtig: Die UdSSR habe Waffen gegen Weimar geliefert, Stalin habe schon 1935 einen Kontakt zu Hitler hergestellt. Er erinnerte an Ungarn, die CSSR, Afghanistan, zeichnete die Etappen des sowjetischen Imperialismus nach.

Der aus der „DDR" ausgebürgerte *Hans-Joachim* Schädlich glossierte bitter: „Ich war gezwungen, die DDR freiwillig zu verlassen." Er wandte sich immer wieder direkt an Hermlin mit der leitmotivischen Wendung: „Sie haben zu erwähnen vergessen . . ." Beispielsweise politische Haft, beispielsweise Zensur.

Der Westberliner Autor Hans Christoph Buch resümierte, Hermlins „Hauptfeind" sei „in jedem Fall die Demokratie". Er mahnte für die „DDR" die Einhaltung der PEN-Charta an.

Yaak Karsunke stellte vor dem internationalen Auditorium klar, daß die „DDR" ihre kritischen Geister systematisch vertreibe. So in die Enge gedrängt, räumte Hermlin eines ein: Stalins Schauprozesse, die ihn einen guten Freund gekostet hätten. Prag 1968 verurteile auch er, zu Afghanistan wolle er sich nicht äußern. Daß er früher einmal die ausgebürgerten „DDR"-Autoren verhöhnt hat, ließ er vorsichtshalber unerwähnt. Wie anders hätte Hermann Kant, der oberste Schriftstellerfunktionär der „DDR", Hermlin anschließend als einen Autor feiern können, der „auf edelste Weise" ein Leben lang der Literatur gedient habe?

DER KOMMENTAR

Widersprüchlich

REINER GATERMANN

Zunächst besteht kein Grund zu der Annahme, daß Frau Thatchers Entschluß, Kontakte der britischen Regierung mit dem African National Congress (ANC) zuzulassen, ein Schmelzen der Eisernen Lady ankündigt. Sie steht unter Druck des Commonwealth und hält eine Entlastungsaktion für richtig, um nicht überrollt und zu den von ihr unerwünschten Sanktionen genötigt zu werden. Sie möchte auch die Dinge in der Hand behalten und deshalb erreichen, daß Außenminister Sir Geoffrey Howe in Den Haag die Führung der Gespräche mit Südafrika erhält. Dennoch bleibt die Frage, auf welche Bahn sie sich da begibt.

Die Briten haben sich frühzeitig darauf festgelegt, nicht nur die Freilassung des ANC-Führers Mandela durchzusetzen, sondern den ANC als die Gegenseite zur Regierung Botha anzuerkennen. Sie scheinen sich auf die Erfahrung mit den Mau-Mau in Kenia zu stützen, die sie auch erst bekämpften und dann anerkannten und die dann eine gemäßigte Regierung in Nairobi einrichteten. Aber der ANC ist kommunistisch orientiert, und da gibt es neuere Erfahrungen in Angola und Moçambique. Überdies ist die britische Haltung widersprüchlich, nicht mit der Terror-Organisation IRA zu reden, die Großbritannien direkt betrifft, wohl aber mit der Terrororganisation ANC, die Großbritannien nur indirekt betrifft. Noch widersprüchlicher wäre es, wenn London dabei bliebe, zwar von Botha Zugeständnisse zu fordern, aber nicht vom ANC zu verlangen, daß er der Gewalt und den kommunistischen Zielsetzungen abschwört.

Man versteht ohnehin nicht, warum London nicht primär das Gespräch mit den gemäßigten Schwarzen-Führern sucht, hinter denen die Millionen Schwarzen in Südafrika stehen, und stattdessen den ANC fördert, hinter dem eine Minderheit steht, abgesehen von gewissen Medien und dem Ostblock. Frau Thatcher hat auch zu bedenken, daß sie mit ihrem Schwenk gegenüber dem ANC viele Wähler vor den Kopf stößt.

Düstere Prognose für die Werften

geo. **Hamburg**

Eine Studie der vier norddeutschen Bundesländer kommt zu dem Ergebnis, daß Ende 1986 die meisten Werften der Bundesrepublik ohne Arbeit sein werden. Der Tiefpunkt der Krise in diesem Wirtschaftszweig wird für 1988 prognostiziert. Bessere Aussichten für die deutsche Werftindustrie erwartet das Gutachten erst zu Beginn der 90er Jahre. Bis dahin müssen die Werften, so die Studie, mindestens 30 Prozent ihrer Kapazitäten abbauen.

Seite 11: Radikaler Abbau

Blix: Lektion von Tschernobyl

DW. **Bonn**

„Ich bin zuversichtlich, daß die gewaltige Lektion von Tschernobyl einiges bewirkt hat." Für Hans Blix, Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, ist die Einrichtung eines weltweiten Katastrophen-Managements zur Sicherung von Kernkraftwerken nur noch eine Frage der Zeit. In einem Gespräch mit der WELT sieht der ehemalige schwedische Außenminister zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit zum Ausstieg aus der Nuklearenergie.

Seite 6: Heiß und innig

„Gemeinsamkeiten bei SPD und FDP"

DW. **Bonn**

Zwischen der SPD und der FDP gibt es nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel auf verschiedenen Gebieten „wieder ein deutlich sichtbar werdendes Maß an Gemeinsamkeit". Dies gelte zum Beispiel in der Außen-, Deutschland- und Ostpolitik. „Ich warne aber davor, daraus weiterreichende Perspektiven abzuleiten", sagte Vogel. Er verwies dabei auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, für die das Gegenteil gelte.

Kritik an Ärzte-Kontrolle

DW. **Bonn**

Der Hartmannbund hat die Vorschläge des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministers Hermann Heinemann, Patienten bei der Überwachung des Abrechnungsgebahrens von Ärzten einzubeziehen, entschieden abgelehnt. Sein Vorsitzender Horst Bourmer sagte gestern in Bonn, durch derartige Maßnahmen würden „schwarze Schafe" nicht abgeschreckt und die korrekt abrechnenden Ärzte „völlig unnötig verärgert".

Seite 2: Der Spitzelvorschlag

Bedingtes Ja zu „Hermes"

DW. **Bonn**

Die Bundesregierung wird auf der heute in Paris beginnenden Sitzung der Europäischen Weltraumbehörde ESA dem französischen Antrag zustimmen, ein Vorbereitungsprogramm („Definitionsphase") für das *von Frankreich* vorgeschlagene Raumgleiter-Projekt „*Hermes*" zu beginnen. Wie gestern in Bonn verlautete, seien damit aber noch keine rechtlichen oder finanziellen Verpflichtungen verbunden.

Seite 10: Plädoyer für Weltraummacht

Uneinigkeit beim Asylrecht

E. N. **Bonn**

Auf den Dissens der Koalitionspartner beim Thema Asylrecht machte der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch aufmerksam. Während der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Miltner in ei*nem Interview von einer „weitgehenden* Einigkeit über die Verschärfung des Asylrechts" angesichts von 62 163 anerkannten politischen Flüchtlingen (Stand 1985) gesprochen hatte, wies Hirsch auf die offene Frage des Arbeitsverbotes für Asylanten hin.

Kongreß in Lima nach Differenzen vorzeitig beendet

Sozialistische Internationale mit Kritik an Armee-Aktion

DW. **Lima**

Der Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) endete in der peruanischen Hauptstadt, ohne daß die Teilnehmer wie geplant ihr „Manifest von Lima" in einer Vollversammlung verabschiedeten. Der SPD-Vorsitzende und wiedergewählte SI-Präsident Willy Brandt erklärte die Veranstaltung überraschend vorzeitig für beendet, nachdem das Vorgehen der peruanischen Streitkräfte bei den Gefängismeutereien zu Differenzen unter den Delegierten geführt hatte.

Der erste SI-Kongreß in einem Land der Dritten Welt war seit seiner Eröffnung von der blutigen Niederschlagung von Gefängnisaufständen in zwei Haftanstalten überschattet gewesen, bei denen nach inoffiziellen Angaben 284 inhaftierte mutmaßliche Guerrilleros getötet wurden.

Eine Serie von Bombenanschlägen in Lima hatte während des Kongresses zudem für Verunsicherung gesorgt. Guerrillakommandos besetzten die Büros von vier ausländischen Presseagenturen und erzwangen die Verbreitung eines Kommuniqués, in dem der „Völkermord" in den Gefängnissen angeprangert wurde. Die Besetzer gehörten zur prokubanischen Guerrillaorganisation „MRTA", die vor allem in den Städten Perus aktiv ist.

Eine Minderheit der SI-Delegierten war der Ansicht, daß die peruanische Armee zu weit gegangen sei. Das Gefängnis-Massaker hätte vermieden werden können. Die Mehrheit war jedoch der Auffassung, daß den regierenden Sozialdemokraten geholfen werden solle, die durch die Niederschlagung der Revolte ausgelöste Krise zu überwinden, um die Demokratie in Peru zu stärken.

Differenzen über diese Frage und wohl auch Angst vor Attentaten hatten offenbar zahlreiche SI-Delegationen veranlaßt, nicht zu der abschließenden Vollversammlung am Montag zu kommen. Nur zwei von insgesamt 27 Mitgliedern des SI-Vorstands waren zugegen. Brandt erklärte daraufhin auf einer Pressekonferenz, der Kongreß sei bereits in der Nacht zum Montag zu Ende gegangen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Handelskriegsgeschrei

Von Hans-Jürgen Mahnke

Nach dem Abendessen in Luxemburg, zu dem der amerikanische Landwirtschaftsminister Richard Lyng seine Amtskollegen aus den EG-Staaten geladen hatte, gab man sich versöhnlich. Auf beiden Seiten wurde der Wille betont, den Handelskonflikt nicht weiter eskalieren zu lassen. Wenn allerdings den Worten auch Taten folgen sollen, dann muß rasch gehandelt werden. Denn schon am 1. Juli wollen die USA Schnaps, Käse und Wurstwaren aus Europa mit höheren Zöllen belegen. Und dann wird die Gemeinschaft nachziehen – und so weiter.

Es soll verhandelt werden, und zwar auf höchster Ebene. Der mehr juristische Streit. ob die USA nach den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) überhaupt Kompensationen aufgrund geschmälerter Absatzchancen nach dem Beitritt Spaniens und Portugals zur EG verlangen können. läßt sich so rasch keinesfalls klären. Lösen läßt sich der Streit nur noch politisch.

Sinnvoll wäre eine Geste der Gemeinschaft. Sie könnte es Washington erlauben, ohne Gesichtsverlust von den bereits angekündigten Maßnahmen zum 1. Juli abzulassen. Dies ist nicht leicht, denn so unmittelbar vor wichtigen Wahlen ist der Druck der Protektionisten in den USA gewaltig, und die Lage der dortigen Farmer wird prekärer eingeschätzt als die der europäischen Bauern. Das Einlenken der EG müßte schon so sein, daß es sich politisch verkaufen läßt. So könnte der Handelskrieg, ein Wort, das von Politikern bereits in den Mund genommen wird, verhindert werden.

Dieses liegt keineswegs nur im Interesse der USA. Im Gegenteil. Die EG ist sehr viel stärker von einem liberalen Welthandel abhängig. Eine Eskalation wäre verhängnisvoll, gerade auch für die neue Welthandelsrunde, die im Herbst eingeläutet werden soll. Sie wird von den USA und der EG gleichermaßen gefordert. Die Entwicklungsländer sind um so weniger davon zu überzeugen, je mehr die großen Blöcke ihre Probleme nicht lösen können. Die neue Runde ist auch notwendig, damit solche Situationen wie jetzt vermieden werden können. Einsicht ist auch hier kein Zeichen von Schwäche.

Son Sann meldet Erfolge

Von Bernt Conrad

Die anti-vietnamesischen Widerstandskräfte in Kambodscha haben in letzter Zeit bemerkenswerte militärische Erfolge erzielt. Ihr Kampf gegen die Besatzungstruppen aus Hanoi spielt sich jetzt nicht mehr in unmittelbarer Nähe der thailändischen Grenze, sondern tief im Innern des Landes ab und fügt den Vietnamesen empfindliche Verluste zu. Ein Kommando konnte sich sogar bis an die Hauptstadt Phnom Penh vorarbeiten. Dies hat ein WELT-Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der Exilregierung des „demokratischen Kampuchea", Son Sann, ergeben.

Nun kann daraus sicher nicht geschlossen werden, daß eine militärische Niederlage der von Moskau unterstützten Vietnamesen in Kambodscha bevorsteht. Vielmehr sind sich die Experten darin einig: Ein Sieg der einen oder der anderen Seite ist nicht in Sicht; eine militärische Lösung wird immer unwahrscheinlicher. Doch allein diese Feststellung stellt schon einen großen Erfolg des Widerstandes dar. Denn noch vor nicht allzu langer Zeit hatte Hanoi keinen Zweifel an der militärischen Zerschlagung aller Gegner im Nachbarland. Aus dieser Gewißheit heraus lehnten Ho Tschi-Minhs Nachfolger jedes Gespräch über eine politische Lösung ab.

Die veränderte militärische Lage könnte Hanoi nachdenklich stimmen – wenn der Westen und die durch die Okkupation Kambodschas irritierte Dritte Welt mit diplomatischem und ökonomischem Druck zu diesem Prozeß beitragen. Nicht zuletzt seine die eigenen Kräfte weit übersteigende militärische Expansion haben Vietnams Wirtschaft an den Rand des Ruins gebracht. Die Moskauer Feunde sind mangels Masse nicht in der Lage, hier wirksam zu helfen. Der Westen könnte es – er sollte es sogar versprechen, falls Hanoi sich zum Rückzug aus Kambodscha und zur künftigen Respektierung der Unabhängigkeit und Integrität des vielgeprüften Nachbarlandes entschließen sollte.

Das ist die Konzeption, die Son Sann dem Bundesaußenminister und anderen Politikern in Bonn vorgetragen hat. Sie verdient nachdrückliche Unterstützung.

Der Spitzelvorschlag

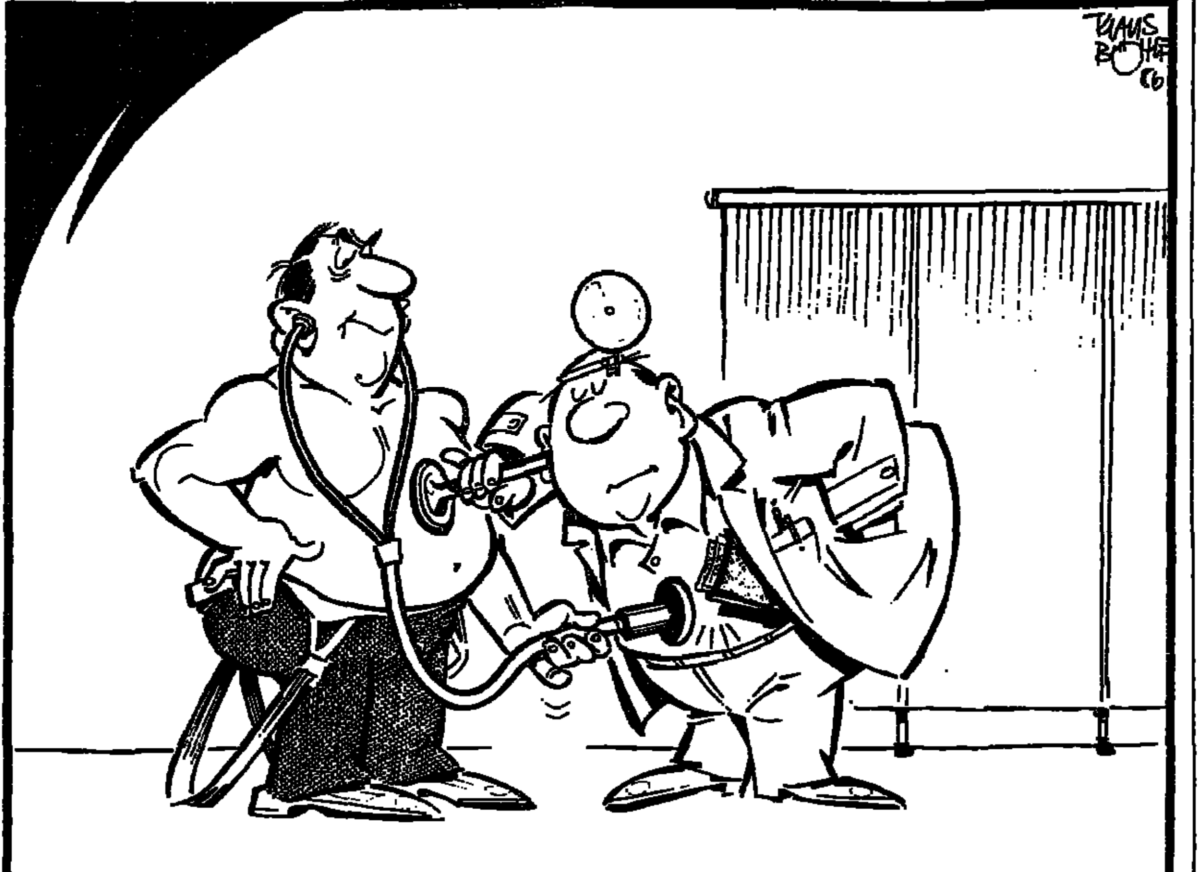
Von Vera Zylka

Wieder einmal stehen die niedergelassenen Ärzte als die Sündenböcke der Nation da. Angesichts der Kostenexplosion im Gesundheitswesen, und offenbar animiert durch Strafverfahren gegen einzelne Mediziner wegen Manipulation ihrer Kassenabrechnungen, hat der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) zu Beginn der politischen Sommerflaute den „Spitzenverdienern" der Nation den Kampf angesagt. Seine Idee, demnächst fünf bis zehn Prozent der Versicherten als Kontrolleure ihrer Ärzte ohne deren Wissen einzuspannen, um Abrechnungsmanipulationen vorzubeugen, ist eine Medizin eigener Art.

Die Frage ist zunächst, wieviele Bösewichte es tatsächlich unter den Ärzten gibt. So wurden etwa 1984 in Dortmund 473 Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber nur in 21 Fällen Unregeimäßigkeiten festgestellt. In zwei Fällen wurde Anklage erhoben. Ermittlungsverfahren heißt in diesem Fall übrigens nur, daß die abrechnende Behörde bei Unklarheiten zurückfragt. Heinemann versucht aber offenbar den Eindruck zu erwecken, die Fälle seien so häufig, daß sie sich spürbar auf die Kosten im Gesundheitswesen auswirkten. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Um der Diffamierungskampagne wegen einiger schwarzer Schafe ein Ende zu machen, haben die Ärzte in Nordrhein-Westfalen bereits vor Monaten den Kassen angeboten, ihre Abrechnungen offen zu legen. Seit einiger Zeit veranstalten sie auch interne Abrechnungsseminare, um ihre Kollegen und deren Angestellte im Gebrauch der ärztlichen Gebührenordnung zu unterweisen.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, das gilt für den Ärzte- wie für jeden anderen Stand. Aber sie geht auch anders, in rechtsstaatlicher Form. Es ist erstaunlich, daß gerade von der SPD, die bei der Überwachung von mutmaßlichen Spionen und Terroristen so überaus sensibel reagiert, gegen den Berufsstand der Ärzte eine Spitzelaktion angeregt wird. Man sollte vielmehr, schon aus therapeutischen Gründen, das durch Politisierung erheblich belastete Verhältnis zwischen Arzt und Patient zu entspannen suchen.



Lauschangriff (med) KLAUS BÖHLE

Es gibt keinen Gewinner

Von Heinz Heck

Die Karlsruher Richter haben gesprochen. Nun müssen Bund und Länder sich sputen, um das komplizierte Regelwerk des Finanzausgleichs nach, wie man so sagt, objektivierbaren Kriterien neu zu fassen, damit es spätestens am 1. Januar 1988 – besser früher – in Kraft treten kann. Soweit der Auftrag des Verfassungsgerichts.

Wenn nach der ersten Lektüre eine Prognose möglich ist, dann diese: An den Finanzströmen dürfte sich nichts Gravierendes ändern. Nur könnte die Tatsache, daß für alle Beteiligten einsichtige Kriterien – und nicht Regelungen aus den sechziger Jahren – die Verteilung bestimmen, friedensstiftend wirken und Mammutprozesse mit sechs klageführenden Ländern für die Zukunft ausschließen.

Auch an dem Finanzvolumen von gut vier Milliarden Mark wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht viel ändern; allenfalls könnte es etwas weniger werden. 1985 haben drei finanzstarke Länder 2,5 Milliarden im horizontalen und der Bund gut 1,7 Milliarden im vertikalen Finanzausgleich (Bundesergänzungszuweisungen) aufgebracht. Gleichviel, wie die Verteilung aussieht: Mit solchen Beträgen lassen sich keine Berge versetzen, läßt sich kein maroder Landeshaushalt sanieren. Jeder Regierungschef, jeder Finanzminister weiß, daß in erster Linie er selbst für sein Finanzgebaren verantwortlich ist. Auch das ist ein Wert an sich.

Die Karlsruher Richter haben die Finanzkraft, nicht die Steuerkraft, zur Bemessungsgrundlage im Länderfinanzausgleich erklärt. Daraus ergibt sich folgerichtig, daß der Förderzins aus der Öl- und Gasgewinnung, der zu rund neunzig Prozent in die niedersächsischen Kassen fließt, voll berücksichtigt werden muß (und nicht nur zur Hälfte, wie in diesem Jahr). Dieses Votum, das allen anderen Ländern Genugtuung verschaffen dürfte, war zu erwarten.

Daraus ergibt sich ebenso, daß auch andere Einkünfte wie Spielbankabgaben, Feuerschutz- und Grunderwerbsteuer mit einem Volumen von rund drei Milliarden einbezogen werden müssen. Nur verschiebt sich in der Länderbalance dadurch nicht viel, da diese gleichmäßiger verteilt anfallen.

In diesem Zusammenhang ist aber zu fragen, ob bei der Ermittlung der Finanzkraft der Länder nicht auch der Gemeindeanteil von fünfzehn Prozent an der Lohn- und Einkommensteuer voll (zur Zeit zur Hälfte) berücksichtigt werden muß. Der Duktus des Urteils läßt diese Schlußfolgerung zu. Allerdings dürfte es dazu noch kräftige Auseinandersetzungen unter den Ländern geben. Nachteile ergäben sich für die südlichen Länder mit ihren finanzstarken Gemeinden.

Ebenso zu erwarten war, daß nicht ein wie auch immer gearteter Finanzbedarf eine Rolle spielen soll. Nordrhein-Westfalen und das Saarland wollten unter Hinweis auf Sonderlasten wie Kohle und Stahl auch Sonderregelungen erzielen. Das Votum ist eindeutig, für einige Länder schmerzlich: Weder Steuerkraft noch – die von jeder einzelnen Landesregierung beeinflußbare – Ausgabenlast, sondern die Finanzkraft ist entscheidend.

Auch wenn es in Karlsruhe keinen Gewinner gab, so verteilen sich die Verluste doch unterschiedlich. Niedersachsen muß durch die volle Anrechnung des Förderzinses Einbußen hinnehmen, allerdings erst von 1987 an und nicht, wie von Nordrhein-Westfalen gefordert, rückwirkend. Hinzu kommt, daß diese Einnahmen angesichts fallender Öl- und Gaspreise ebenfalls rückläufig sind (WELT vom 24. Juni). Insgesamt könnte Hannover je nach Ausgestaltung des neuen Gesetzes mit einem blauen Auge davonkommen. Anders sieht es für Hamburg und das Saarland aus, die als letzte den Gang nach Karlsruhe angetreten hatten. Die von Hamburg kritisierte Lohnsteuerzerlegung ist – was die finanziellen Auswirkungen angeht – weitgehend akzeptiert worden. Aber zur bisher zugestandenen Einwohnerveredlung, in den beiden Hansestädten wird jeder Einwohner mit 135 Prozent gewertet, wurde ihnen eine Begründungspflicht auferlegt. Kaum anzunehmen, daß hierbei mehr für sie herausspringt; eher weniger.



Viel ändert sich nicht: Verfassungsgerichtspräsident Wolfgang Zeidler FOTO: DONECKER

Das Saarland muß Federn lassen, da Strukturlasten (aufgrund späterer Eingliederung ins Bundesgebiet) im vertikalen Finanzausgleich nicht mehr anerkannt werden, Schleswig-Holstein ebenfalls, da bisher berücksichtigte Flüchtlingslasten gestrichen worden sind.

Zu Recht beanstanden die Richter, daß das Saarland und Bayern durch die Bundesergänzungszuweisungen über die durchschnittliche Finanzkraft hinaus angehoben wurden. Damit ist man bei einem zentralen Punkt des Urteils angelangt: Der Bund vergab seine Milliarden „im wesentlichen nach Kriterien, die aus Steuerkraftmerkmalen der leistungsschwachen Länder in den Jahren 1968 und 1969 errechnet wurden", wie einer der Hauptkritiker, Nordrhein-Westfalens Finanzminister Posser (SPD) erklärt hat, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Die hier zu erwartende Flurbereinigung dürfte gerade für Bayern zu Einbußen führen, die aber niemanden überraschen können.

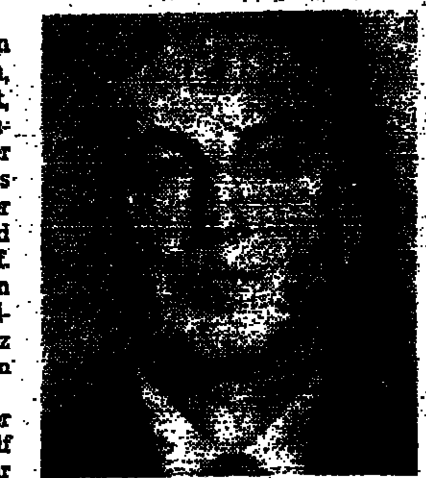
Die noch Ende 1985 für dieses und das nächste Jahr von der Ländermehrheit durchgesetzte und als „sachgerecht und verfassungsgemäß" bezeichnete Regelung ist damit obsolet. Für den in dieser Frage heftig kritisierten Finanzminister Stoltenberg dürfte dies eine Lehre sein, selbst stärker gestaltend einzugreifen und sich nicht zum Notar der Ländermehrheit machen zu lassen.

Inwieweit rückwirkend bis 1983 Änderungen vorgenommen werden, wie es das Urteil in diesem Punkte vorsieht, ist hinsichtlich der Gestaltung eine offene Frage. Alles in allem läßt sich aber sagen: Auch wenn es keine eindeutigen Gewinner gegeben hat, so hat doch die Vernunft gesiegt.

IM GESPRÄCH José Lopez Rega

Der blutige Hexer

Von Günter Friedländer



Will seine Unschuld vor Gott beweisen: Lopez Rega FOTO: AP

Viele Lateinamerikaner, die man in der Heimat – wie sie hoffen, nur vorübergehend – nicht braucht, verwarten diese Zeit mit hunderttausenden Schicksalsgenossen aller Länder und Parteien unter Miamis Sonne. Die meisten wissen, daß der Wandel nicht in Sichtweite ist, und bauen sich eine neue Existenz auf. Anfang März beantragte eine Dame in Miamis argentinischem Konsulat einen Reisepaß für einen José Lopez Rega, der aus Gesundheitsgründen nicht selbst erschien.

Lopez Rega (69), in der Heimat „der Hexenmeister" genannt, hatte vor elf Jahren als „Sonderbotschafter für Europa" der Regierung Isabel Peron Buenos Aires verlassen. Man hatte dann nur noch selten von ihm gehört. Das Konsulat, das von seiner Anwesenheit in Miami nichts wußte, benachrichtigte die Bundespolizei der USA (FBI) und bat um die Verhaftung des Argentiniers. Argentinische Richter, denen Anzeigen gegen ihn vorliegen, warten seit Jahren auf Lopez. Die argentinische Regierung, die früher vergeblich Spanien und Italien um die Auslieferung des Hexenmeisters ersucht hatte, begann das Auslieferungsverfahren nun in den USA.

Der Hexenmeister, ein Peronist der ersten Stunden, war damals nur ein gewöhnlicher Polizist. Später widmete er sich der Abfassung von Wälzern über „esoterische Astrologie" und andere Geheimlehren. Erst 1964 entdeckte Perons dritte Frau Isabel seine Verwendbarkeit im Haus Peron. Sie holte ihn nach Madrid, wo er Perons Leibwächter wurde, der mit dem Revolver in der Hand vor dem Schlafzimmer der Perons wachte. Der Lohn kam 1972, als Peron triumphierend nach Argentinien zurückkehrte. Der Hexenmeister wurde Minister für soziale Wohlfahrt mit unbegrenzter Kontrolle über die reichlichen Mittel, die u. a. aus der nationalen Lotterie in die Kasse des Ministeriums flossen, um den Allerärmsten zu helfen. Der Hexenmeister zweigte erhebliche Summen für die Wohlfahrt der Perons ab. Andere Anklagen gegen Lopez Rega werden im Zusammenhang mit der von 125 „Sicherheitsbeamten" seines Ministeriums kontrollierten „Argentinischen Antiimperialistischen Allianz (AAA)" erhoben. Die AAA tötete politische Gegner.

In Argentinien hat man angeblich Beweise dafür, daß Lopez selbst mehrere Morde anordnete, darunter den des Abgeordneten Rodolfo Ortega, der den Minister im Parlament bloßgestellt hatte. Lopez Regas Spuren beim Aufbau seiner Terrororganisation führen – wen wundert das? – nach Libyen. Das Auslieferungsverfahren kam vor einen US-Bundesrichter, den der Anwalt des Hexenmeisters aufklären wollte: „So wunderlich das für amerikanische Ohren klingen mag – Wahlen in Lateinamerika ... stützen sich auf Gewalttätigkeit, die zum politischen Prozeß gehört. Wir müssen das verstehen." Die Staatsanwältin antwortete: „Das waren keine politischen Verbrechen, es waren gemeine Morde." Der Richter zeigte kein Verständnis und ordnete die Auslieferung an, aber der Hexenmeister hat Berufung eingelegt. Er sagt, er wolle seine Unschuld vor Gott beweisen, was ihm sicherer zu sein scheint, als vor argentinischen Richtern zu stehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STRAUBINGER TAGEBLATT

Hier heißt es zu Vogels Volksabstimmungs-Vorschlag:

Die Schöpfer des Grundgesetzes hatten gute Gründe, sich für den Grundsatz der repräsentativen Demokratie zu entscheiden. Das Musterland der direkten Demokratie, die Schweiz, bietet nicht eben ermutigende Beispiele für die Zweckmäßigkeit des Systems. Zudem stellen sich von einer gewissen Bevölkerungszahl an organisatorische Probleme. Biedenkopf hat recht: Wenn es gilt, emotionale Erregungen nicht in Zufallsentscheidungen einfließen zu lassen, wirken das Parlament und der mit Bedacht etwas kompliziert angelegte Gesetzgebungsgang als rationaler Filter.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zur Fluglärm-Diskussion meint sie:

Niemand kann den unter dem Fluglärm leidenden Bürgern das Verständnis verweigern. Gleichzeitig muß aber darauf hingewiesen werden, daß der Verteidigungsauftrag der Luftwaffe und der fliegenden Verbände von Heer und Marine nicht erfüllt werden kann, wenn die Piloten nicht im denkbaren Einsatzgebiet für den sogenannten Ernstfall üben dürfen. Sicherlich ist auf längere Sicht gesehen mit der Fortentwicklung etwa der Triebwerke eine weitere Reduzierung des Fluglärms zu erreichen. In den nächsten Jahren allerdings kann niemand eine deutliche Verbesserung versprechen. Es sei denn, der Flugbetrieb würde ganz ein- oder auf Segelflugzeuge umgestellt. Die Verteidigungskraft der „Streitkraft der ersten Stunde" wäre damit allerdings gleich Null.

Le Monde

Zum Ergebnis der Wahlen in Spanien schreibt das Pariser Blatt:

Das spanische Königreich ist augenblicklich das westeuropäische Land, das am meisten links wählt. Die Erinnerung an 40 Jahre Franco-Diktatur spielt dabei sicherlich eine Rolle, aber nur indirekt. Tatsache ist, daß die Konservativen noch nicht vermocht haben, die Grundlage für eine radikal neue, moderne und gemäßigte Rechte zu legen ... Mehr als alles andere braucht Spanien weiter Stabilität. Da das demokratische Kräftespiel noch nicht alt genug ist, als daß man sich an Koalitionen oder Minderheitsregierungen wagte, kann sie nur vom spanischen Sozialismus garantiert werden.

THE INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE

Die in Paris erscheinende amerikanische Zeitung sieht Gonzales gestärkt:

Das Wahlergebnis stärkt das Ansehen von Gonzales als einem der bedeutendsten Staatsmänner Westeuropas. Es festigt und unterstreicht Spaniens jüngst errungene Rolle als Vollmitglied des westlichen Bündnisses – der NATO und der Europäischen Gemeinschaft ... Spanien ist eine funktionierende Demokratie, seine politische Stabilität steht nicht mehr in Frage.

Wer aus dem SED-Staat reisen darf und wer nicht

Die Kant und Hermlin sehen sich peinlich bloßgestellt / Von Peter Dittmar

Alle Pilze kann man essen, manche allerdings nur einmal – diesen Erfahrungssatz variierte die „DDR" bislang als Nutzanwendung für den Umgang mit ihren Poeten, den gehorsamen und den anderen. Alle Schriftsteller dürfen ausreisen, manche allerdings nur einmal, hieß die seit dem Fall Biermann praktizierte Maxime.

Deshalb residieren viele Autoren, die sich der „DDR"-Literatur zurechnen oder ihr bislang zugerechnet wurden, in der Bundesrepublik oder West-Berlin. Doch dieser Abfluß in Richtung Westen hat nicht, wie von der SED-Führung erhofft, zum Versiegen der kritischen Quellen geführt. Immer wieder wuchsen Schriftsteller nach, die glauben, daß der Kommunismus Kritik brauche und vertrage – und die darum meist nur im Westen publizieren können.

Lutz Rathenow ist einer dieser Autoren. Seine Bücher finden sich nicht in den Verlagsverzeichnissen der „DDR", aber denen der Bundesrepublik, seine Stücke wurden im Osten zwar angekündigt, aber nie aufgeführt. Trotzdem kann es keinen Zweifel geben, daß Rathenow eine wichtige Stimme der neueren deutschen Literatur ist. Deshalb lud ihn das German Department an der Universität von Austin in Texas für ein halbes Jahr als Gastdozenten ein.

Doch aus der Vorlesungsreihe wurde nichts. Rathenow erhielt keine Ausreisegenehmigung. Das ist nichts Neues. Neu ist jedoch, daß ihm das Kulturministerium eine Begründung mit der Ablehnung schickte. Und darin ist zu lesen, daß man zwar daran interessiert sei, wenn Schriftsteller und Künstler der „DDR" im Ausland auftreten, diese müßten jedoch „durch ihre literarischen Werke und ihre künstlerische Arbeit nachgewiesen haben, daß sie die Politik und Kulturpolitik unseres Staates anerkennen und respektieren und sich mit persönlichem Einsatz für das Ansehen der DDR einsetzen."

Diese Praxis ist nicht neu, nur die Offenheit ist es. Bislang lieferten die Behörden keinerlei Begründungen, wenn sie einen Reiseantrag ablehnten, obwohl natürlich jeder wußte, welche Gründe dabei eine Rolle spielten. Schließlich hatte erst unlängst der „Koordinator der DDR-Delegation" beim KSZE-Forum in Budapest, Rolf Rohmer, in der Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit" verwundert festgestellt: „Viele Künstler aus den kapitalistischen Staaten betonten ausdrücklich, nur für sich selbst zu sprechen – aus ihrem Land, aber nicht für ihre Regierung ... Zugleich ironisierten sie die Haltung der Kulturschaffenden aus den sozialistishen Ländern, die in ihren Beiträgen von der Übereinstimmung mit der offiziellen staatlichen Kulturpolitik ausgingen."

Solche Verwunderung ist verständlich, denn auch das „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit" geht von dieser „offiziellen staatlichen Kulturpolitik" aus. Die „Delegationen" und „Institutionen" rangieren da allemal vor den „Künstlern und Kulturschaffenden". Die Folgen, von nicht wenigen vorausgesagt, zeigt nun der Fall Rathenow. Denn der Unterschied, ob es um eine Reise in die Bundesrepublik oder nach Amerika geht, ist unerheblich.

Damit ist der Nebel zerrissen, der sich bisher – nützlich für die Partei wie für die parteitreuen Autoren – über die Praxis der Reisegenehmigungen und Reiseverweigerungen ausbreitete. Bisher konnten sich Hermann Kant oder Stephan Hermlin, Heiner Müller oder Rolf Schneider bei ihren häufigen Visiten im Westen, bei „Friedensgesprächen der Schriftsteller" oder anderen Treffen mit dem VS oder dem PEN, als Individualisten geben, die vor allem ihre eigene, kritische Meinung vertreten. Doch nun ist plötzlich alles anders. Nun wurde ihnen höchst offiziell bescheinigt, daß man sie für wirkungsvolle Agitatoren und Propagandisten der Politik und Kulturpolitik der „DDR" hält. Damit ist es künftig nicht mehr möglich, dem Publikum eine Allianz der „kritischen Autoren" aus Ost und West gegen die Herrschenden vorzugaukeln.

Dem PEN-Kongreß in Hamburg, zu dem die „DDR" eine verhältnismäßig große Delegation schickte, wurde damit das Konzept verdorben. Denn nun müßte man aus dem Wolkenkuckucksheim der Anti-Atom-, Anti-Apartheid- und sonstigen Anti-Resolutionen herabsteigen und beherzigen, was Günter Kunert gefordert hatte: Solidarität mit Schriftstellern und mit niemandem sonst, und schon gar nicht mit der Welt. Aber bislang war nichts derartiges aus Hamburg zu hören.

Und so gilt, was Lutz Rathenow seinem Stück „Boden 411" vorausschickte: „Eine Groteske? Nicht ganz. Dafür ist die Ausgangssituation zu real, die ablaufende Handlung zu normal in ihrer Logik" – der Logik des linken Opportunismus, der sich allzuviele Schriftsteller und besonders die „engagierten" unterwerfen.

Berlin setzt auf einen reinigenden Wind aus Köln

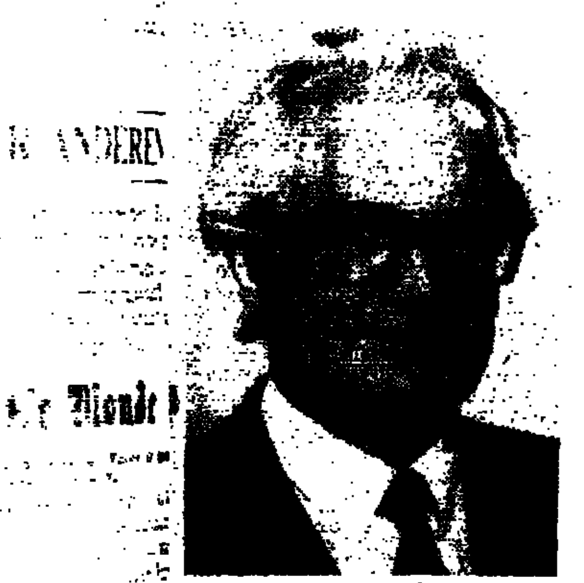
Er ist Fotograf und Jura-Professor – nun ist er auch noch Intendant. Günter Herrmann, bisher Justitiar beim WDR in Köln, übernimmt die Leitung des Senders Freies Berlin.

Von DETLEV AHLERS

Die Vorstellung des neuen Intendanten vor der Presse dauerte eine Viertelstunde – Zeit genug für Günter Herrmann, um zweimal zu betonen: Parteibuch-Klüngel werde es nicht geben. Den ersten Pflock, der dieses Versprechen halten soll, hatte er letzte Woche in Vorgesprächen eingeschlagen – er verweigerte die Paketannahme: dem Wunsch, vor allem der CDU, sich vor der Wahl auf einen neuen Chefredakteur und einen neuen Programmdirektor festzulegen. Herrmann konnte dies, denn er hatte eine starke Position: Zu verworren, auch zu dilettantisch war die Suche nach einem Loewe-Nachfolger, als daß man sich dem letzten Kandidaten von Format nicht hätte beugen müssen.

Dennoch wurden vom Rathaus nach diesem Gespräch noch zwei weitere Kandidaten angeleiert: Der eine hinterließ einen zu schwachen Eindruck, der andere machte deutlich, daß seine Bedingungen die gleichen seien wie die Herrmanns, und so entschied man sich für den Justitiar des Westdeutschen Rundfunks: einen schmallippigen Vollblutjuristen, der stets auf der Seite der WDR-Journalisten stand, wenn sie „mal an die Grenzen gegangen sind – das muß man dürfen", sagte er der WELT.

Zum Beispiel nach der Satire am 1. Mai, als Stimmen-Imitatoren Kohl und Reagan verulkt hatten: Da kam, so erzählte Herrmann, ein Brief „mit Bundesadler" von der Regierung, die



Intendant Günter Herrmann

FOTO: SFB

ARD solle „personelle Konsequenzen" ziehen. Er antwortete, Bitburg habe eine Satire nicht nur ermöglicht, „sondern erforderlich gemacht". Da kann einem Rathaus schon das Fürchten kommen – die eine Gegenstimme, so wird vermutet, soll von der CDU sein. Aber, so sagte Herrmann auch, er wisse, „daß es gute und schlechte Journalisten gibt".

In der Maske seines neuen Senders – er hofft, am 1. August in Berlin anzufangen – erzählte er beim Schminken für den Auftritt im Vorabend-Programm, daß er seit seiner Jugend gern vorneweg war: Als Sänger im Leipziger Thomaner-Chor spielte er in „Carmen" den Anführer der Straßenjungen. „So war ich zum Abschminken immer als erster von der Bühne herunter."

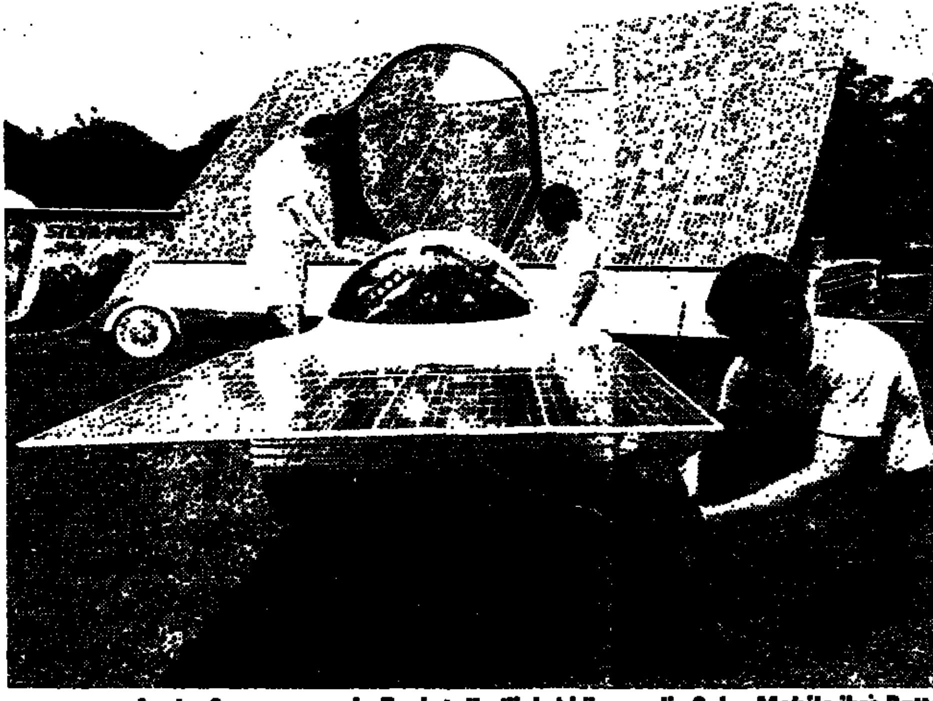
Die wenigen Mitarbeiter, die ihn auf den SFB-Fluren erkannten oder denen er vorgestellt wurde, begrüßten ihn herzlich und lachten dankbar über Anmerkungen dieser Art. Es war mehr als rangbedingte Höflichkeit. Bei vielen war eine Hoffnung zu spüren, daß es nun einen Ruck – Rundfunkrats-Mitglieder wiederholten sich in der Beschwörung des „Neuanfangs" – durch den verfahrenen Laden gehen möge: Eine neue Programmstruktur ist überfällig, die Hörer schalten in Massen auf Rias um, das monatelange Gezänk um Vorgänger Lothar Loewe und das um dessen Nachfolger hat den Sender gespalten. Für Herrmann, so scheint es, gibt es nur eine Richtung: raus aus dem Dreck.

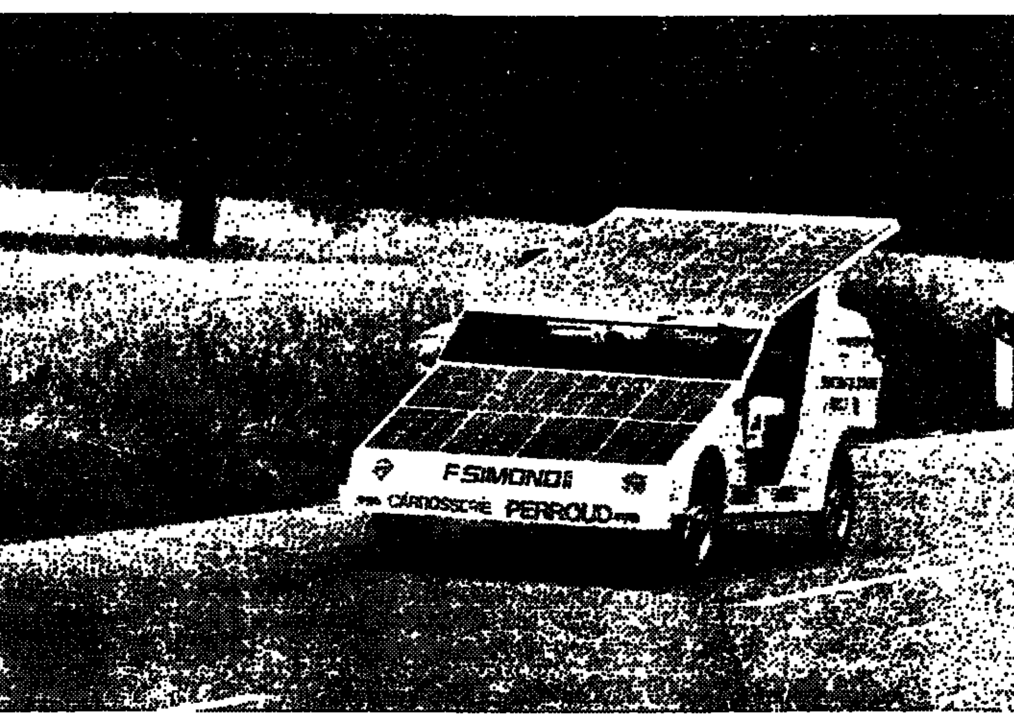
Das wird, so erkennt er, schwieriger *durch die zunehmende private* Konkurrenz; eben deshalb könne man sich keine Parteibuch-Wirtschaft leisten. („Die besten müssen wir nehmen"). Auf die privaten Programme angesprochen, zeigte sich Herrmann als öffentlich-rechtlicher Hardliner. So winkte er mit der kaum noch gehörten Drohung, die ARD-Anstalten könnten, „wenn die Verleger Fernsehen machen", durchaus mit eigenen Programm-Zeitschriften kontern, „auch wenn ich nicht sage, daß ich morgen damit anfange".

Etwaige Klagen, die ARD hätte zum Beispiel durch Ankauf horrender Spielfilm-Mengen und durch den Kabelkanal „Eins plus" den Privaten keinen fairen Start ermöglicht, läßt er nicht gelten: „In einem Verlag in Gütersloh sagte ich neulich, wir hätten auch keinen Grund zum Weinen, wenn wir einen Buchclub gründeten und nach ein paar Monaten erst hunderttausend Leser hätten." Und wenn Hessen seine umstrittenen Werbe-Einnahmen im dritten Programm brauche, könne er daran „überhaupt nichts Böses finden". Da sehe er vieles „ganz anders" als sein Parteifreund Schwarz-Schilling, „der für Medienpolitik nicht zuständige Fernmelde-Minister".

Er arbeite gern, viel und schnell, sagte Herrmann. So wolle er in den fünf Wochen, die ihm in Köln bleiben, noch drei Vorlagen für das Verfassungsgericht erarbeiten. Und dann geht es nach Berlin, wo die anstehenden Entscheidungen so drängen, daß der Rundfunkrat den erst eine halbe Stunde vorher gewählten Intendanten gleich telephonisch um seine Zustimmung zu einer Werbe-Veränderung angingen.

Er sei eher dröge, meinen WDR-Leute, aber seine ersten Stunden in Berlin ließen einen anderen Eindruck aufkommen: „Ich habe", so erzählte der Jura-Professor, „auch einen anständigen Beruf erlernt: Photograph" – als Sohn eines Akademikers durfte er in der „DDR" nicht studieren; 1952 kam der jetzt 55jährige in den Westen. Und einen Rat geben WDR-Mitarbeiter ihren SFB-Kollegen: Wenn er in Sitzungen male, dürfe man um Gottes Willen nicht davon ausgehen, daß er nicht dennoch genau zuhöre.





An der Sonnenenergie-Tankstelle (links) können die Solar-Mobile ihre Batterie füllen, damit sie unterwegs auch mal sonnenlose Durststrecken überstehen können

FOTOS: THOMAS MEYER (3)/DPA

O Solar mio – Ankommen ist alles

Jux oder Ernst – das ist hier die Frage. Rund siebzig Mobile, angetrieben durch der Sonne Kraft, *quälen sich auf der ersten* Weltmeisterschaft von Freiburg aus durch die Schweiz. Die „Tour de Sol" mit ihren Gefährten für Phantasie und Alltag soll für die Solarenergie werben und einen Markt unter den automobilen Außenseitern schaffen.

Von HARALD GÜNTER

Aus dem schneeweißen Konzertflügel dringt dezente Klaviermusik. Doch das gute Stück steht nicht im Saal, sondern bezwingt gerade den Schliengener Buckel. 136 Meter Höhendifferenz sind zu überwinden, dann geht's wieder bergab, über Welmlingen, Efringen und Weil am Rhein zur Schweizer Grenze. Bis Basel will der Flügel heute noch kommen. Aber zuerst muß die Steigung bezwungen werden. Die Luft über der Fahrbahndecke flimmert. Südbadens Weinland, bekanntlich „von der Sonne verwöhnt", darbt unter einer Hitzeglocke. In Freiburg mißt man den wärmsten Tag des Jahres.

Der rollende Flügel ist dennoch keine Fata Morgana. Er ist das originellste Gefährt im weit auseinandergezogenen Feld der gut 70 Solarmobile, die am Vormittag auf dem Freiburger Landesgartenschau-Gelände zur „Tour de Sol", ihrer ersten Weltmeisterschaft, gestartet sind. Der schräg im Fahrtwind stehende Flügel ist mit Sonnenkollektoren bestückt, die Musik kommt vom Kassettenrecorder. Hinter der Klaviatur sitzt kein Pianist, sondern Kurt Dario aus Biel im eidgenössischen Kanton Bern, den Fahrradlenker fest im Griff. Das musikalische Playmobil, Vereinseigentum eines „Future-Bike-Clubs", hört auf den Namen „Fortissimo". Doch seine alternative Fortbewegungsart ist eher adagio. „Keine Hektik, keine Aggression", so verhieß das Programmheft der Sonnentour, „nichts als freudvolles Fahren und friedfertige Ruhe". Und das mit maximal 40 km/h.

Die Bergprüfung am Ortsausgang der Winzergemeinde Schliengen ist für Mensch und Material der erste Härtetest. Darios Flügel schafft sie im Kriechgang unter Einsatz der Muskelkraft des Fahrers: Als Fahrzeug der Kategorie II hat es neben dem Elektromotor einen zusätzlichen Tretantrieb. Andere, die in der ersten Kategorie als reine „Rennsolarmobile" gestartet sind, durchgestylt nach allen Regeln der Aerodynamik, machen am Steilhang alsbald schlapp. Die Leistung ihres Sonnengenerators könnte nicht einmal einen Heizlüfter betreiben. Doch wer sein Vehikel liebt, der schiebt.

63 Kilometer ist die erste Etappe der *„Tour de Sol" lang. Rund 320* Kilometer stehen den Teilnehmern noch bevor. Biel, Bern, Interlaken, Luzern und Suhr sind die wichtigsten Stationen, der 1008 Meter hohe Brüningpaß die schwerste Hürde. Geschwindigkeitsrekorde sind dabei nicht gefragt. „Ankommen", sagt der Fahrer am Flügel, „ankommen ist alles." Alles andere wäre nicht im Sinn des Erfinders. Mehr als Tempo und Steigleistung zählt der Werbe-Effekt. „Die Tour", sagt Pressechef Urs Peter Naef, „soll dem Solarmobilbau weitere Impulse geben."

Bisher gilt die Schweiz als Mutterland der Sonnenschein-Autos. Sponsoren und Veranstalter der WM sind deshalb Schweizer, außerdem gut zwei Drittel aller Teilnehmer. Aus der Bundesrepublik waren zwölf Teams gemeldet, aus Frankreich kommen vier, aus den USA zwei. Eine Equipe vertritt sogar die Farben Australiens. Ihre „Supernova", ein Vier-Mann-Tandem mit Sonnendach und Elektromotor, ist eine Schöpfung des „Solar Energy Research Centre" der Universität Queensland. 1984 hatte das Riesenrad daheim eine Langstreckenprüfung über 1850 Kilometer gewonnen. Jetzt soll es seine Alltagstauglichkeit in der Schweizer Bergwelt beweisen.

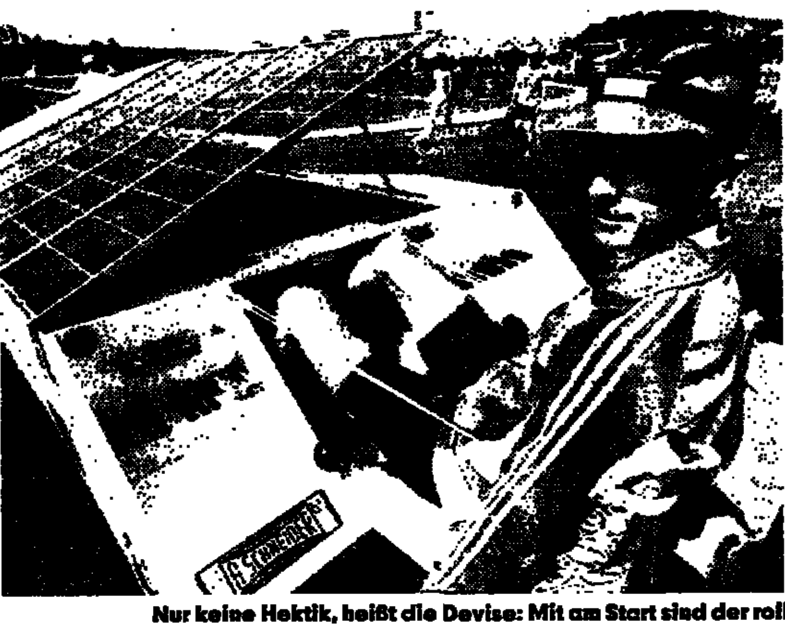
Apropos alltagstauglich. Rund 35 Wettbewerbs-Fahrzeuge laufen bereits in der Kategorie der „Serien-Solarmobile". Das sind die mit den kommerziellen Ambitionen. Der „CSK-City-Car", ein stromlinienförmiger Kabinenflitzer aus Aachen, gehört dazu, ebenso Peter Buchers „Harmonie" aus Pfäffikon oder Walter Forsters „O Solar mio", ein Dreiradroller im professionellen Italo-Design.

Einer von den Profis ist Rolf Disch aus Freiburg. Sein tropfenförmiges Gefährt, überwiegend aus Fahrradteilen aufgebaut, wurde bereits als „Fahrradrikscha mit Hilfsmotor" für den Straßenverkehr zugelassen, TÜV-Gutachten und Steuerbefreiung inklusiv. Eine Kleinserie von 50 Exemplaren des 3,20 Meter langen Solarmobils liegt in Dischs Werkstatt bereits auf Band. Es soll das ideale Stadtfahrzeug werden. „Ich selbst", erklärt der Erfinder, „habe vor, mein Auto abzuschaffen."

Längst umgestiegen ist der Berliner „Umweltfreak" Karl-Heinz Schuhmann. Und trotzdem ist er der unglücklichste Mensch unter der Sonne: Sein Fahrzeug ging Huckepack auf dem Autoreisezug zu Bruch. In Karlsruhe-Durlach mußte es ein Kran vom Transportwagen hieven. Ein Überschlag bei Tempo 140 hatte die Fahrerkabine des ehemaligen Golfplatzautos abgerissen, das 10 000 Mark teure Solardach demoliert und die Batterien umgeschmissen. Ausgelaufene Säure zerstörte obendrein die Steuerelektronik. 1984 war der bärtige Fünfzigjährige, wie er stolz erzählt, „der erste in der hundertjährigen Geschichte des Autos, der mit einem Elektromobil den Fernpaß und den Reschenpaß bezwungen hat". Jetzt ist für ihn die Tour zu Ende, bevor sie überhaupt begonnen hat. Ein Bild des Jammers.

Außer Hoffmann und Sohn bleiben noch ein paar Solarmobilisten am Startplatz liegen. Für alle anderen dagegen beginnt die sechstägige Rallye unter idealen Bedingungen: Kein Wölkchen steht am Himmel. Das Gefühl, die Umwelt zu schonen und trotzdem zu fahren, „allein angetrieben von der Kraft der Sonne", wie es im Veranstalterprospekt hieß, tut gut. Ein berechtigtes Hochgefühl? Ökologische Puristen müssen mit einem Rest von schlechtem Gewissen weiterleben. Keines der Fahrzeuge wandelt das Sonnenlicht nämlich direkt in Bewegung um. Alle benötigen sie herkömmliche Bleibatterien als Energiequelle. Die aber gewinnen weder in Herstellung noch Entsorgung einen Umweltpreis. Bei schlechtem Wetter ist es außerdem nach 40 bis 100 Kilometern um die Kraftreserven geschehen. Dann muß der Strom aus der Steckdose kommen. Und damit, Teufel oder Beelzebub, aus Kernkraftwerken und fossilen Dreckschleudern.

„Man muß deutlich die Grenzen der Solarenergie sehen", meint denn auch Professor Adolf Goetzberger, Leiter des Freiburger Fraunhofer-Instituts für solare Energiesysteme. Die „sehr geringe" Leistungsabgabe der Solarzellen werde kaum mehr als ein Spaßauto befördern können. Aber auch damit läßt sich Geld verdienen. Ragnar Mathéy, Chef einer Wiener Metall- und Gußwarenfabrik, wittert bereits das große Geschäft. „Das ist schon deshalb ein Riesenmarkt", sagt der Endfünfziger im Angesicht des Starterfelds in Freiburg, „weil es genug Außenseiter gibt." Vor 20 Jahren hatte Mathéy seine ersten Elektromobile unter die Leute gebracht. Jetzt rüstet er die Dreiräder auf Solarenergie um. Sein Ziel: 30 bis 40 verkaufte Fahrzeuge pro Jahr.



Nur keine Hektik, heißt die Devise: Mit am Start sind der rollende Solar-Flügel und die geflügelte Zigarre auf drei Rädern

CDU in Niedersachsen setzt auf Rita Süssmuth

Vorschlag von Seiters / Hupka nicht mehr im Bundestag?

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundes-Frauenministerin Rita Süssmuth soll bei der Bundestagswahl im Januar 1987 die niedersächsische Landesliste der CDU anführen. Einen entsprechenden Vorschlag an die zuständigen Parteigremien hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, im Gespräch mit der WELT angekündigt. Seiters, seit 1972 stellvertretender CDU-Vorsitzender von Niedersachsen, verzichtet damit selber auf den Platz eins der Landesliste, für den ihn CDU-Landeschef Wilfried Hasselmann vorgeschlagen hat. Seiters will sich erst um Platz zwei bewerben.

Die niedersächsische Union will mit dieser Nominierung von Frau Süssmuth, die im Wahlkreis Göttingen auch direkt antritt, die Öffnung ihrer Politik für die Belange der Frauen unterstreichen. Seiters begründete seine Entscheidung, Frau Süssmuth bei der Aufstellung der Landesliste den Vortritt zu lassen: „Die CDU hat in den letzten Jahren viele positive Entscheidungen für die Frauen getroffen. Mit der Spitzenkandidatur von Frau Süssmuth sieht die CDU in Niedersachsen die Chance, hier auch personell ein Zeichen zu setzen für eine erfolgreiche, tüchtige und sympathische Politikerin, von der wir auch in der Zukunft noch viel erwarten."

Hausmacht gefestigt

Mutmaßungen, die niedersächsische Union habe Ministerin Süssmuth erst für die Spitzenkandidatur vorgesehen, als klar geworden sei, daß sich die rheinische CDU diese „Wahllokomotive" entgehen lassen würde – Frau Süssmuth wohnt in Neuss – trat Seiters entschieden entgegen. Das habe für seine Entscheidung keine Rolle gespielt.

Frau Süssmuths Bonner Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit war von Bundeskanzler Helmut Kohl erst vor kurzem um die Zuständigkeit für alle Frauenfragen erweitert worden. Auch hat die Ministerin inzwischen innerhalb der CDU ihre „Hausmacht" gefestigt: Sie ist seit Anfang Juni Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung.

Die rheinische CDU hat in der Vorbereitung der nordrhein-westfälischen Landesliste für die Bundestagswahl am Wochenende einen profilierten und erfahrenen Politiker außen vor gelassen: Herbert Hupka, seit 1969 im Bundestag und seit Februar 1972 in der CDU/CSU-Fraktion, sollte nach dem Willen des geschäftsführenden Vorstands unter Leitung von Pützhofen zunächst gar nicht auf die Liste gesetzt werden, obwohl dessen Wuppertaler Wahlkreis in der Erwartung eines sicheren Listenplatzes für Hupka einen anderen Kandidaten aufgestellt hatte.

„Ohrfeige für Vertriebene"

Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, verzichtete dann allerdings, als man ihm später den aussichtslosen Platz 22 der rheinischen Liste anbot. Auf der nordrhein-westfälischen Landesliste, die sich aus den Listen der rheinischen und der westfälischen CDU nach einem ineinandergreifenden „Reißverschlußsystem" zusammensetzt, hätte das allenfalls Platz 44 bedeutet – eine aussichtslose Position, da die Liste vor vier Jahren, mit Hupka auf Platz 30, den Einzug in den Bundestag nur bis Platz 38 brachte. Hupka gegenüber der WELT: „Für die Vertriebenen, die ich vertrete, ist das eine schallende Ohrfeige."

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden am Dienstag einige Umbesetzungen vorgenommen: Der bisherige innenpolitische Experte Paul Laufs wurde neuer Fraktionssprecher für Umweltpolitik. Nachfolger als innenpolitischer Sprecher ist Werner Broll; Obmann im Innenausschuß wird an seiner Stelle der CSU-Abgeordnete Hermann Fellner. Bei der Besetzung des neuen Bundestagsausschusses für Umweltpolitik kam es zu einer Kampfabstimung zwischen dem westfälischen CDU-Abgeordneten Reinhard Göhner und dem Rheinländer Adolf Herkenrath.



Der Ostberliner Anwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel soll erstmals vor dem Bonner Landgericht aussagen. FOTO: JÜRGENS

Im Prozeß gegen Ex-Minister Franke und dessen Mitarbeiter Hirt wird der prominenteste Zeuge erwartet: „Freikauf-Anwalt" Vogel (Ost-Berlin) soll erklären, ob die verschwundenen Millionen in die „DDR" geflossen sind.

In Bonn: Honeckers Vertrauter als Zeuge

Der frühere Franke-Mitarbeiter, Edgar Hirt, schweigt nach wie vor über den Verbleib der Millionen aus dem innerdeutschen Ministerium. FOTO: POLY-PRESS

Von WERNER KAHL

In der Affäre um den Verbleib von knapp sechs Millionen Mark aus dem Etat des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen im Bereich humanitärer Hilfe vor dem Regierungswechsel will das Bonner Landgericht jetzt den Unterhändler der Ostberliner Regierung, Prof. Wolfgang Vogel (SED), in der Bundeshauptstadt als Zeugen hören.

Das erfuhr die WELT am gestrigen 54. Verhandlungstag des Prozesses gegen den früheren Bundesminister Egon Franke (SPD) und dessen früheren engsten Mitarbeiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt.

Mit dem beabsichtigten Auftritt des international bekannten Ostberliner Juristen dürfte der Prozeß um die verschwundenen Millionen eine öffentliche Beachtung erfahren, die im krassen Gegensatz zur Verhandlungspraxis der letzten Monate steht: nur zur Eröffnung am jeweiligen Verhandlungstag ist die Öffentlichkeit seit November 1985 in der Regel für wenige Minuten – wie bei einem Scheidungstermin – im Gerichtssaal an der Wilhelmstraße zugelassen.

Als Konzession des Gerichts an das Bonner Treibhausklima lockerte der Vorsitzende Wilfried Manthei in dieser Woche die strenge Kleiderordnung im Saal. Die Herren durften die Jacken ablegen. Eine sommerliche Lockerung, die er „keinesfalls für unvereinbar mit der Würde des Gerichts" halte, ermunterte der Richter die Angeklagten. Dabei kam ungewöhnliches Herren-Accessoir zum Vorschein. Über die Schultern von Ex-Minister Egon Franke spannten sich Breitspur-Hosenträger von auffallendem Desing: koloriert mit den deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold, wobei das Rot fast die ganze Breite der Träger einnimmt, besetzt mit dem Hoheitsadler auf beiden Bändern. Der Niedersachse, der seinen Humor nicht verloren hat, muß sich wegen 5,56 Millionen D-Mark aus dem Etat verantworten, die in seiner Amtszeit „haushaltswidrig" ausgegeben worden sein sollen. Sein früherer Vertrauter Edgar Hirt, mit dem er nun kein freundliches Wort mehr wechselt, ist darüber hinaus angeklagt worden, weitere 460 000 Mark haushaltswidrig aus Steuermitteln ausgegeben zu haben.

Wo blieb das Geld?

Die Ausgaben sind, auch nicht annähernd glaubhaft, belegt worden, sondern wurden immer wieder mit angeblich notwendiger Geheimhaltung begründet. Doch der Bonner Mantel besonderer Bemühungen um Ausreisen, Übersiedlungshilfen, Freikauf politischer Gefangener, Agententausch und Unterstützung in anderen prekären Fällen deckt nicht mehr alles zu.

An den bisherigen Verhandlungstagen hat der langjährige Bundesminister Egon Franke bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Mitangeklagten Edgar Hirt aufgefordert, „Kasse zu machen", also Einzelheiten zu nennen, wohin die gesuchten Gelder geflossen sind? Franke, habe Hirt, die Einzelheiten der Ausgaben für humanitäre Zwecke vollkommen überlassen. Hirts Anwalt Volkmar Mehle wiederum bestreitet, daß Franke von nichts gewußt habe.

Gestern konnten sich Egon Frankes Verteidiger, der ehemalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl und dessen Bonner Kollege Helmut Neumann, insofern bestätigt fühlen, daß beim Freikauf von rund 20 000 politischen Gefangenen seit Ende der sechziger Jahre finanziell nichts zu beanstanden sei. Das ergab sich aus der – ebenfalls zum größten Teil hinter verschlossenen Türen erfolgten Zeugenvernehmung des Ministerialrates Klaus Plewa vom Berliner Bundeshaus des Innerdeutschen Ministeriums. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit versucht das Gericht zu klären, was es mit 27 Fällen auf sich hat, die im Ministerium wie ein Staatsgeheimnis gehütet wurden. Über komplizierte Fälle des Auslösens von Bewohnern aus dem sowjetischen Machtbereich sprachen Ministeriumsvertreter gelegentlich in West-Berlin im „russisch-römischen Dampfbad". Damit war die Sauna des Berliner Anwaltes Jürgen Stange gemeint, der früher Bevollmächtigter der Bundesregierung bei den Gesprächen mit dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel war. Stange soll demnächst als Zeuge vernommen werden.

Für Vermutungen, Hirt oder Franke anvertraute Gelder aus Haushaltsmitteln des Bundes könnten auf der Schiene Bonn–Ost-Berlin gerollt sein, gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Seitens der Bundesregierung wurde stets darauf verwiesen, daß Rechnungsprüfungen belegen, bei den humanitären Aktionen seit 1963, dem Beginn des Freikaufs, sei es nicht um „Lösegeld" durch Barzahlung, sondern um die Bereitstellung finanzieller Mittel in Form von Verrechnungseinheiten zum Einkaufen von Waren durch Ost-Berlin gegangen. Diese Frage wird das Gericht auch Prof. Wolfgang Vogel stellen, der seit rund 25 Jahren als Bevollmächtigter der östlichen Seite für Problemfälle zwischen Ost und West tätig ist.

Katholikentag und zugleich eine Wallfahrt

HENK OHNESORGE, Bonn

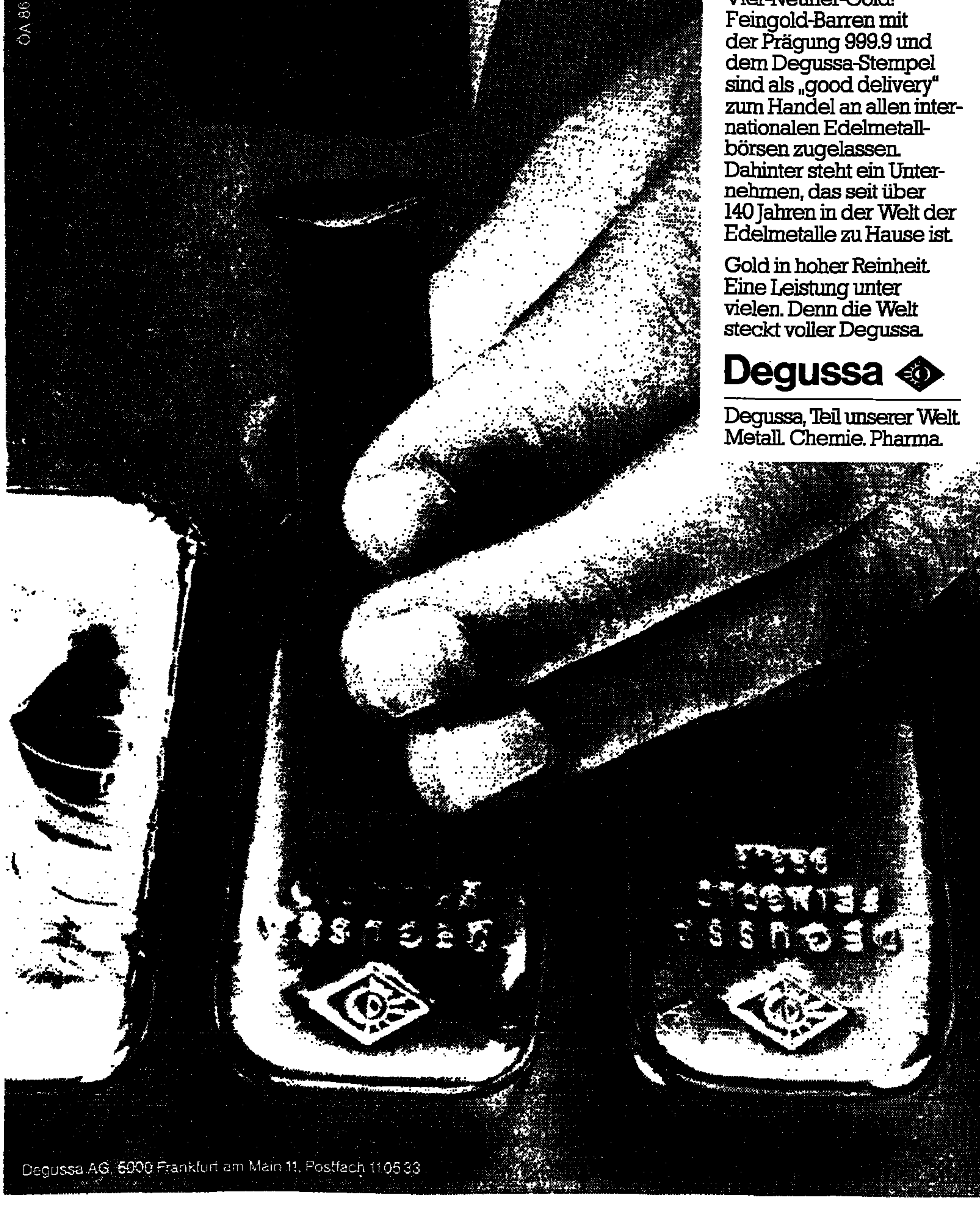
Mit rund 100 000 Teilnehmern rechnet die Veranstaltungsleitung des 89. Deutschen Katholikentags vom 10. bis 14. September in Aachen. Wie gestern vom Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Friedrich Kronenberg, in Bonn mitgeteilt wurde, haben von den bisher 35 000 angemeldeten Dauerteilnehmern 30 Prozent ihr Interesse an dem Thema „Weltkirche", 26 Prozent an dem Thema „Technik und die Verantwortlichkeit für die Zukunft des Lebens", 24 Prozent zu dem Thema „Geistliche Gemeinschaft", zwölf Prozent zu dem Thema „Sozialer Katholizismus" und schließlich acht Prozent an dem Thema „Europa" bekundet.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen sind die Dauerteilnehmer zu je einem Drittel unter 18 Jahren, in der Altersgruppe zwischen 18 und 30 und Menschen über 30. Von den bisher angemeldeten Dauerteilnehmern kommen zehn Prozent als Einzelteilnehmer, 20 Prozent als Familien und 70 Prozent als Gruppen.

Der diesjährige Katholikentag ist mit der alle sieben Jahre stattfindenden Aachener Heiligtumsfahrt verbunden. Dies gibt ihm, wie Bischof Klaus Hemmerle betonte, seinen besonderen Charakter, wie auch die Zahl ausländischer Pilger besonders groß ist. Zumindest 150 ausländische Bischöfe werden in Aachen erwartet. Ein besonderer Akzent liegt auch auf der betonten Einbeziehung der Aachener Gemeinden in das Programm.

Das vorgestellte Programm sieht rund 200 Vorträge, Foren und Diskussionsveranstaltungen mit 600 Mitwirkenden, darunter Prominenz aus allen Gebieten vor. Unter ihnen sind jedoch keine Politiker der Grünen.

Im Gegensatz zu früheren Katholikentagen auf Messegeländen muß diesmal, wie Bischof Hemmerle betonte, auch die Teilnahme an verschiedenen Themenveranstaltungen in den einzelnen Stadtteilen Aachens „ergangen" werden, wie denn auch Aachen anders als seine Vorgänger in jüngster Zeit werden soll. In einem aber knüpft man an früher an: Angesichts noch 9000 fehlender Betten verweist man darauf, daß schon früher niemand ohne Unterkunft blieb.



Streit zwischen München und Salzburg verschärft

Österreichischer Landeshauptmann in der Staatskanzlei

PETER SCHMALZ, München

Der Umgangston zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Regierung des österreichischen Bundeslandes Salzburg nimmt an Schärfe zu. Nachdem der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) erklärt hatte, Österreich müsse nun alle Kräfte gegen Wackersdorf bündeln, schoß der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, scharf zurück: Der Landeshauptmann „verkennt völlig die Rolle und Möglichkeiten Österreichs in dieser Frage".

Stoiber nimmt auch Bezug auf das Gespräch zwischen Bayerns Ministerpräsident Strauß sowie Haslauer und seinem oberösterreichischen Kollegen Josef Ratzenböck am vergangenen Donnerstag in München (WELT vom 20. 6.), über das Haslauer jetzt erstmals öffentlich äußerte, es sei „sehr ernst" und auch „sehr lautstark" gewesen und er halte es für eine Frage des Stils, ob man „poltere oder argumentiere". Außerdem müsse sein bayerischer Amtskollege in der Frage der Atomenergienutzung umdenken.

Die Verärgerung in der Staatskanzlei über die Haslauer-Äußerung ist beachtlich, wie sich an dem Ton erkennen läßt, den Stoiber für seine Antwort wählte. Haslauer solle sich „nicht in die Folge des Fehlens von Sachargumenten zu einer unrichtigen Wiedergabe des Gesprächsverlaufs hinreißen lassen", erklärte Stoiber.

Die Gefahren, die jetzt hervorgehoben werden, seien bei dem Treffen nicht begründet worden. Es sei bedauerlich, daß der Landeshauptmann anscheinend die Kette Urananreicherung-Brennstäbe-Wiederaufarbeitung und das Fehlen jeglicher Alternativen „nicht erkennen kann oder will".

Zudem richtete Stoiber an Österreich den Vorwurf, die Frage nicht beantworten zu können, welche alternativen Energiequellen seit der Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf 1978 entwickelt wurden, und daß derjenige ein unglaubwürdiger Gegner der deutschen Energie- und Entsorgungspolitik sei, der sein Atomkraftwerk stillegt, dafür aber „Atomstrom aus dem Ausland bezieht und sich umweltzerstörende Wasserkraftwerke im Ausland erkauft".

Schließlich gibt Stoiber dem Salzburger Regierungschef noch den Rat, sich an der „wesentlich abgewogeneren Haltung" seines Bundeskanzlers zu orientieren. Wiens neuer SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky hatte im Blick auf Wackersdorf geäußert, man wolle sich „nicht aktiv in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen".

Er werde das Gespräch mit deutschen Politikern suchen, allerdings nur „auf der Basis von Informations- und Erfahrungsaustausch", Verhinderung sei „nicht der Sprachgebrauch zwischen befreundeten Ländern".

Scharping stellt Schattenkabinett vor

Molekular-Biologe als Wissenschaftsminister / Vornehmlich Genossen aus Rheinland-Pfalz

JOACHIM NEANDER, Mainz

Früher als erwartet hat der rheinland-pfälzische SPD-Spitzenkandidat und Oppositionsführer Rudolf Scharping sein Schattenkabinett für den Fall einer Regierungsübernahme nach der Landtagswahl 1987 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die prominentesten Namen sind als Innenminister der frühere Bonner Staatssekretär Andreas von Schoeler (einst FDP, inzwischen SPD) und als Minister für Wissenschaft und Technik der international bekannte Molekularbiologe und Vizepräsident der Mainzer Universität Professor Jürgen Zöllner.

Die Liste der „Schattenminister" im einzelnen:

Innenminister: Andreas von Schoeler (zur Zeit Staatssekretär im hessischen Justizministerium);

Justizminister: Michael Reitzel (bisher Mitglied des Landtages, Rechtsanwalt);

Minister für Wirtschaft und Verkehr, eventuell auch Mittelstand: Manfred Krämer (Vorstandsvors. der Kreissparkasse Birkenfeld);

Minister für Umwelt, eventuell auch Gesundheit: Beate Weber (aus Heidelberg, Lehrerin, Mitglied des Europaparlaments);

Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten: Jakob Monshausen (Vorstandsvorsitzender der Zentralkellerei der Winzergenossenschaften an Mosel, Saar und Ruwer);

Minister für Bildung und Kultur: Gisela Tews (Ärztin, Mitglied des Mainzer Stadtrats);

Minister für Wissenschaft und Technik, ein neu zu schaffendes Ressort: Professor Dr. med. Jürgen Zöllner (politisch bisher nur in der SPD seines in Hessen liegenden Wohnsitzes Bad Schwalbach tätig, aber bereits seit einiger Zeit als Berater Scharpings in Fragen der Technologie aktiv);

Finanzminister: Professor Fritz Preuß (früher Chemieprofessor, seit 1979 Mitglied des Landtages und dort finanzpolitischer Experte seiner Fraktion);

Minister für Arbeit und Soziales: Heinz Spies, Bezirksvorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft in Koblenz);

Minister für Bundesrats- und Europaangelegenheiten: Willi Rothley (Bezirksvorsitzender der SPD Pfalz und Mitglied des Europaparlaments);

Chef der Staatskanzlei: Kurt Beck (parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion);

Staatssekretärin für Frauenfragen in der Staatskanzlei: Helga Düchting (Hausfrau und Landtagsabgeordnete).

Es fällt auf, daß es Scharping gelungen ist, neun der zwölf benannten Positionen mit Genossen aus dem eigenen Bundesland zu besetzen. Allerdings kommen nur vier von ihnen aus der SPD-Landtagsfraktion.

In früheren Landtagswahlkämpfen hatten die Spitzenkandidaten der rheinland-pfälzischen SPD zwar jeweils eine Regierungsmannschaft präsentiert, jedoch auf eine Ressortverteilung im einzelnen verzichtet, um nicht unnötige Unruhe in die eigenen Reihen hineinzutragen. Diesmal hatte Rudolf Scharping sich von Parteivorstand und Landesparteitag ausdrücklich eine Vollmacht zur Aufstellung eines Schattenkabinetts geben lassen, um seinen Anspruch auf die Übernahme der Regierungsverantwortung zu unterstreichen.

Südafrika und die Europäer / Reaktionen auf Londons Vorstoß

Bonn: Wir pflegen Kontakte mit allen und erwarten einen klaren Zeitplan

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung stimmt mit ihren EG-Partnern darin überein, daß auf dem morgen beginnenden Europa-Gipfel in Den Haag gemeinsame Maßnahmen gegenüber Südafrika ergriffen werden sollten, die dem Ernst der Lage gerecht werden. Eine vorherige Festlegung auf die Art dieser Maßnahmen lehnt man in Bonn ab. Fest steht nur, daß ein Wirtschaftsboykott oder umfassende Wirtschaftssanktionen weiterhin abgelehnt werden.

Das heutige Treffen der stellvertretenden britischen Außenministerin Lynda Chalker mit dem ANC-Präsidenten Oliver Tambo wird von Bonner Experten als ein Versuch der Regierung Thatcher gewertet, dem Druck der Commonwealth-Staaten auf politischem Gebiet nachzugeben, ohne deshalb von der Ablehnung wirtschaftlicher Sanktionen abzugehen. Sachlich bietet der Londoner Schritt für die Bundesregierung nichts Neues, denn bei seinem letzten Besuch in Bonn im April dieses Jahres war ANC-Chef Tambo schon von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher empfangen worden. Dahinter steht Bonns Taktik, unabhängig von der Ablehnung jeder Gewalt den Kontakt „mit allen Beteiligten" in Südafrika zu pflegen.

Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) vom Auswärtigen Amt kennzeichnete die Lage vor dem Europa-Gipfel mit den Worten: „Alle EG-Staaten sind über die Entwicklung in Südafrika besorgt. Wir wollen dazu beitragen, daß die besorgniserregende Verschlechterung der Lage gestoppt werden kann." Als entscheidend bezeichnete er die Frage: „Was ist am besten geeignet, um der südafrikanischen Regierung deutlich zu machen, daß wir ein klares Programm mit einem klaren Zeitplan und dem klaren Ziel der Abschaffung der Apartheid erwarten?" Und für notwendig hält der Staatsminister ein Bündel verschiedener Maßnahmen, die aber auf keinen Fall dazu führen dürften, daß die schon angeschlagene südafrikanische Wirtschaft vollends an den Rand des Zusammenbruchs gerate.

Bei der letzten Sitzung der EG-Außenminister hatte sich gezeigt, daß mehrere Partner, vor allem die Niederlande, Dänemark, Irland und Griechenland, Wirtschaftssanktionen befürworteten, während Bonn und London bremsten; Frankreich nahm eine mittlere Position ein. „Wir werden auf dem Gipfel hören, ob und wie weit die Sanktionsvorschläge der Commonwealth-Kommission die britische Regierung zu einer anderen Haltung bewegen wird", meinte Staatsminister Stavenhagen.

Die politischen Direktoren der EG-Partner haben bei einer vorbereitenden Beratung keine konkreten Vorschläge für den Gipfel ausgearbeitet. Dazu Stavenhagen: „Die Staats- und Regierungschefs werden eine Diskussion führen und sich ihre Meinung bilden. Bis dahin wird sich auch die Bundesregierung nicht festlegen." Den Vorschlag des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe für eine Südafrika-Konferenz der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik werde Bundeskanzler Helmut Kohl nicht offiziell in Den Haag einbringen.

Pretoria geht gegen die ausländische Presse vor

DW. Johannesburg

Die südafrikanischen Behörden haben den israelischen Korrespondenten Dan Sagir ausgewiesen. Er arbeitete für die Tageszeitung „Haaretz" und den israelischen Rundfunk. Ein Tag zuvor war der amerikanische Journalist Richard Manning („Newsweek") des Landes verwiesen worden. Beide müssen noch in dieser Woche ausreisen. Konkrete Gründe für die Anordnung der Behörden wurden nicht genannt. Eine Woche zuvor war ein holländischer Kameramann der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS aufgefordert worden, Südafrika zu verlassen.

Die vorletzte Nummer von „Newsweek" wurde in Südafrika nicht ausgeliefert. Die Verteilerorganisation des Blattes hatte einen Vorabdruck beim sogenannten Informationsbüro zur Begutachtung vorgelegt. Als Beamte dieses Büros wegen „subversiver Erklärungen" Bedenken anmeldeten und dem Verteiler juristische Beratung empfahlen, verzichtete dieser auf Lieferung der für den Verkauf in Südafrika bestimmten Exemplare.

Die Regierung in Pretoria ließ die ausländischen Journalisten wissen, daß ihre Berichterstattung überwacht werde. Die Bestimmungen des Ausnahmezustands untersagen den Wort- und Bildberichterstattern unter anderem, über das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten zu berichten oder die Namen festgenommener Personen zu veröffentlichen. Verboten ist außerdem die Berichterstattung über Erklärungen der terroristischen Untergrundbewegung ANC.

Den Haag: Jetzt bessere Chancen für Sanktionen

HELMUT HETZEL, Den Haag

Nach der überraschenden Wende der britischen Regierung treffen sich die zwölf EG-Außenminister morgen vor Beginn des zweitägigen Haager EG-Gipfeltreffens zu einer Sondersitzung. Einziges Thema: Südafrika.

Aus Kreisen des Haager Außenministeriums verlautete dazu: „Man wolle Pretoria ein deutliches Signal geben." Es ist denkbar, so gut unterrichtete Kreise in den Haag weiter, „daß, falls die britische Regierung ihren Widerstand gegen die Verhängung von Wirtschaftssanktionen der EG gegenüber Südafrika aufgeben sollte, ein Beschluß in dieser Richtung wahrscheinlicher wird." Sollte London tatsächlich nachgeben, dann stünde innerhalb der EG Bonn mit seiner Weigerung, sich an einem Wirtschaftsboykott gegen Pretoria zu beteiligen, alleine.

Bereits im Vorfeld des EG-Gipfels hatte der niederländische Premierminister und amtierende EG-Präsident Ruud Lubbers erklärt, daß seine Regierung „in Sachen Wirtschaftssanktionen" in Südafrika während des EG-Gipfeltreffens „auf jeden Fall" aktiv werden wolle. Er sei, so Christdemokrat Lubbers weiter, von der Wirkung solcher Wirtschaftssanktionen „überzeugt". Die Zeit dränge. Der niederländische Regierungschef sprach sich außerdem für eine Freilassung des inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela aus. Mandela und der ANC könnten nach Auffassung der niederländischen Regierung eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Apartheid in Südafrika spielen.

Winnie Mandela, die Frau des inhaftierten kommunistischen ANC-Führers, hat inzwischen in einem Interview mit einem britischen Fernsehteam die Verhängung des Ausnahmezustands als „Herausforderung der Menschen und totale Kriegserklärung" bezeichnet. Sie forderte, die Welt müsse das Regime in Pretoria durch Sanktionen strangulieren, um ihm den Ernst der gegenwärtigen Lage vor Augen zu führen. Die britische Regierung bezichtigte sie der Lüge. Diese „sei in Wirklichkeit nur an ihren Handelsbeziehungen" zu Südafrika interessiert.

Paris: Für Tambo sind die Türen nicht geschlossen

PETER RUGE, Paris

Paris zeigt sich überrascht von der Kehrtwendung der Londoner Südafrika-Politik. Haben doch gerade Großbritannien wie auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland das soeben beendete große Anti-Apartheid-Treffen in der französischen Hauptstadt boykottiert. Die von einem Sonderausschuß der UNO veranstaltete Welt-Konferenz fordert „konkrete und sofortige Aktionen" gegen Pretoria, als wirkungsvolles Mittel werden Sanktionen angesehen.

Dieser Konferenzbeschluß allerdings findet keineswegs die volle Unterstützung Frankreichs. Die 5. Republik will sich ein Hintertürchen offenhalten: Einerseits hat Premier Chirac angekündigt, die diplomatischen Beziehungen zu Pretoria, die von seinem Vorgänger Fabius „unterbrochen" worden waren, durch die Entsendung des zurückbeorderten Botschafters nach Pretoria wieder zu normalisieren – weil der Dialog wichtiger sei als die Immobilität – andererseits beteiligt sich Frankreich an dem Apartheid-Treffen, aber nur mit einem Beobachter. Claude Malhuret, der Staatssekretär für Menschenrechtsfragen, verlangte zwar die Abschaffung der Apartheid, doch in seiner viel beachteten Rede fehlte das Wort „Sanktionen". Deutlicher wurde dagegen, daß die französische Regierung „positive Maßnahmen" bevorzugt, also Hilfe und Unterstützung für die schwarze Bevölkerung, statt eines restriktiven Vorgehens gegen die weiße Führung in Pretoria. In diesem Sinne will sich auch Frankreich beim europäischen Gipfel morgen in den Den Haag einsetzen. Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen würden die Lage nur verschärfen, da vor allem die Schwarzen davon getroffen würden.

Die Wende in der britischen Südafrika-Politik kommt daher der französischen Auffassung entgegen. Aus dem Amtssitz des Premiers verlautet zwar, bisher habe der Generalsekretär der südafrikanischen Untergrundbewegung (ANC) keinen Besuchswunsch geäußert, somit könne sich die Frage, ob Oliver Tambo von Jacques Chirac empfangen werde, nicht beantworten lassen, doch zeichnet sich im Kreis um den französischen Regierungschef ab, daß es in Paris jetzt nur eines Anstoßes bedarf, damit auch dort die Türen für die ANC, den „Afrikanischen Nationalkongreß", aufgehen.

Viel Lob aus USA für Frau Aquino

Zeit der Irritationen vorbei? / Philippinen erwarten nun Hilfe / Shultz heute in Manila

JOCHEN HEHN, Hongkong

An den Besuch des amerikanischen Außenministers George Shultz in Manila anläßlich der Außenministerkonferenz der Asean-Staaten knüpft die philippinische Regierung hohe Erwartungen. Trotz eines vielbeachteten Appells von Staatspräsidentin Corazon Aquino an die Asean-Mitglieder, endlich konkrete Schritte zu einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region zu unternehmen, richtet sich das Hauptinteresse Manilas jedoch weniger auf die Asean-Politik als auf die amerikanisch-philippinischen Beziehungen. Im Malacanang-Palast in Manila macht man keinen Hehl daraus, daß das Verhältnis zum Weißen Haus seit der Entmachtung von Ferdinand Marcos und der Übernahme der Staatsgeschäfte durch Corazon Aquino nicht frei von Irritationen ist.

Dennoch steht das Gespräch zwischen Frau Aquino und George Shultz am heutigen Mittwoch unter einem günstigeren Stern als ihr erstes Treffen vor sechs Wochen. Vor seinem Abflug nach Manila und auch auf seinen Zwischenstationen in Hongkong und Singapur hat Shultz jene Signale gegeben, auf die man in Manila so lange gewartet hatte. Shultz pries den Mut und die Intelligenz von Frau Aquino und ihre besonnene Politik. Er ließ die Bereitschaft der USA erkennen, die desolate Wirtschaft der Philippinen durch massive Finanzspritzen in Schwung zu bringen, und wies dem vom hawaiischen Exil aus intrigierenden Ex-Staatschef Marcos einen Platz in der Vergangenheit zu. Die Zukunft, so Shultz, gehöre der demokratischen Regierung von Corazon Aquino.

Diese Worte hat man in Manila gern vernommen, nachdem das lange Telefongespräch des US-Präsidenten Ronald Reagan mit dem entmachteten Marcos und das Zusammentreffen von Außenminister Shultz mit der Marcos-loyalen Opposition im vergangenen Monat noch kopfschüttelnd registriert worden waren und nicht vergessen sind. Auch die brüske Zurückweisung des philippinischen Ersuchens um eine Aufstokkung der US-Finanzhilfe – Shultz blockte mit der Bemerkung ab, die Mittel der USA für Auslandshilfe seien nicht unbegrenzt – hat sicher zur Verkrampfung der Atmosphäre beigetragen.

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Time" meinte Corazon Aquino denn auch zur betont reservierten Politik Washingtons gegenüber den Philippinen: „Ich bin etwas enttäuscht ... ich habe das Gefühl, noch immer beobachtet und unter die Lupe genommen zu werden. Worauf warten sie (die USA) denn noch? Glauben sie etwa, ich sei antiamerikanisch?"

In Manila wird laut über die Gründe nachgedacht, die zur Entfremdung zwischen der Reagan-Administration und der Regierung Aquino geführt haben mögen. Da wird Reagans „instinktive Abneigung" gegenüber revolutionären Regierungen ebenso ins Feld geführt wie die langmütige Politik Corazon Aquinos gegenüber der kommunistischen Guerrilla.

Was immer die Gründe gewesen sein mögen, das Gespräch zwischen Frau Aquino und George Shultz wird zeigen, ob Washington seine Vorbehalte gegenüber der Regierung Aquino wirklich ausgeräumt hat.

Polizei räumt in Belfast Parlament

rtr. Belfast

In der nordirischen Hauptstadt Belfast hat die Polizei gestern etwa 20 protestantische Politiker nach einem zehnstündigen Sitzstreik aus dem Gebäude des aufgelösten nordirischen Regionalparlaments entfernt. Die Politiker hatten gegen die Auflösung des Regionalparlaments durch die britische Zentralregierung in London protestiert. Die Polizisten, die sich gewaltsam Eintritt verschafften, mußten die meisten Politiker aus dem Haus tragen. Als die Polizisten den militanten Protestantenführer Ian Paisley aus dem Parlamentsgebäude trugen rief er: „Kommt nicht zu mir und weint, wenn eure Häuser angegriffen werden. Ihr werdet ernten, was ihr gesät habt." Paisley bezeichnete die Auflösung des Parlaments als „Tod der Demokratie".

Achtmal lebenslang

rtr, London

Patrick Magee, der im Herbst 1984 *einen Anschlag auf die britische Pre*mierministerin Margaret Thatcher verübt hat, ist vom Schwurgericht von Old Bailey in London zu achtmal lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Gericht wies in seiner Urteilsbegründung auf die „außergewöhnliche Grausamkeit" des Täters hin, der beinahe „einen großen Teil der britischen Regierung" umgebracht hätte. Magee hatte beim Parteitag der Konservativen eine Bombe in dem Hotel gelegt, in dem alle führenden Parteimitglieder untergebracht waren.

Mitterrand will Ausreisen erörtern

AFP, Paris

Der französische Präsident Francois Mitterrand will bei seinem Moskau-Besuch auch die Frage der Ausreisewünsche von Juden ansprechen. Das verlautete im Anschluß an ein halbstündiges Gespräch Mitterrands mit dem israelischen Außenminister Shamir. Israels Außenminister habe Mitterrand eine Liste mit Juden überreicht, deren Ausreisewünsche bisher negativ beschieden worden seien, hieß es. Shamir sagte vor seiner Heimreise, er habe mit Mitterrand auch über die Verfolgung von Juden in der UdSSR gesprochen.

Belgrad muß sich zu Rückschlägen bekennen

Parteitag der KP im Zeichen der Wirtschaftskrise

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

Der Parteisekretär des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Dimce Belovski, lieh sich am Vorabend des 13. Belgrader Parteikongresses eine Vokabel aus dem Wortschatz christlich-demokratischer und konservativer politischer Bewegungen aus. Belovski sprach von der „Wende" in Jugoslawien, für die jetzt alle Voraussetzungen gegeben seien, weil es innerhalb der einst von Tito geführten Partei jetzt „im größeren Teil der Schlüssel- und Schicksalsfragen einheitliche Standpunkte gebe".

Der heute beginnende zweite Parteitag seit Titos Tod vor sechs Jahren findet Jugoslawien in einem Zustand der permanenten sozialen und ökonomischen Krise. Die Inflation des Dinars wird bis Ende dieses Jahres – wenn sich der Trend der ersten vier Monate dieses Jahres fortsetzt – 122 Prozent betragen. Vor vier Jahren, zur Zeit des 12. Parteitags, betrug sie nur „idyllische" 30 Prozent! Der Wertverfall des Dinars gegenüber dem *US-Dollar spricht gleichfalls für sich:* 1982 gab es für 45 Dinar einen Dollar, heute beträgt die Relation 350 zu eins.. Der Slowene Mitja Ribicic, einstmals Ministerpräsident und amtierender jugoslawischer Parteichef, heute Mitglied des ZK-Präsidiums, räumte ein, daß es Jugoslawien bis jetzt nicht gelungen sei, die „Schlacht um die Stabilisierung der Wirtschaft" zu gewinnen. Ribicic sprach von einem „extensiv-autarkistischen Modell" der jugoslawischen Nationalökonomie, das im scharfen Widerspruch zur Entwicklung der Weltwirtschaft und zur technologischen und wissenschaftlichen Revolution stehe.

Drei „Schlachten"

Der führende KP-Politiker nannte *noch drei weitere* „Schlachten", welche die Tito-Nachfolger bis jetzt nicht erfolgreich für sich entscheiden konnten, so die „Schlacht um die Verteidigung des politischen Systems und der Selbstverwaltung". Ribicic deutete an, daß weite Kreise der Bevölkerung das System und sein Nicht-Funktionieren für die gegenwärtigen Probleme verantwortlich machten. Der magische Begriff „Selbstverwaltung", einstmals als titoistische Gegen-Ideologie gegen den Sowjetkommunismus proklamiert, ruft bei vielen Jugoslawen heute nur noch ein Achselzucken hervor. Ribicic kritisiert die Kommunisten, weil diese sich gegenüber den Systemkritikern nicht genügend offensich verhalten haben und sich folglich in die Defensive drängen ließen.

Die „dritte Schlacht" sieht Ribicic im Kampf der Kommunisten gegen die politische Opposition im Lande. Dieser Opposition sei es gelungen, in der Nach-Tito-Ära „einige Positionen aus der politischen Bühne, in einigen Illustrierten, Vereinigungen und freien Tribünen" zu erobern. Die Opposition spreche von „historischer Distanz" und greife die Grundlagen der Partei an.

„Libanesische Zustände"

Ihr Ziel – so formulierte Ribicic, ohne sich näher mit dem Charakter dieser Opposition auseinanderzusetzen – sei die Zerschlagung Jugoslawiens und die Schaffung „libanesischer Zustände" auf dem Balkan. Damit behauptet der KP-Politiker, die kommunistische Herrschaft in Jugoslawien stelle die einzige Alternative zu Chaos und Bürgerkrieg zwischen den Nationen und Konfessionen dieses Vielvölkerstaates dar. Schließlich gibt es für ihn noch eine vierte und letzte „Schlacht" – das Ansehen Jugoslawiens in der Welt. Daß das spezifische Gewicht Belgrads auch unter den blockfreien Nationen seit Titos Tod abgenommen hat, wird von ihm nicht bestritten.

In die Diskussion mischten sich am Vorabend des Parteitages apokalyptische Töne. Die Belgrader „Politika" schrieb, der KP Jugoslawiens zerrinne die Zeit unter den Händen. Je länger man zuwarte, desto geringer die Chance, daß sich aus der Krise ein positiver, „progressiver" Ausweg finden lasse. Die „Alte Welt", von der die Kommunisten einst optimistisch geglaubt hatten, sie sei endgültig tot, trete in der jugoslawischen Gegenwart wieder drastisch in Erscheinung. Es sei der „rechtsgerichtete Geist", die „rechte Welle" einer Negation des Marxismus festzustelllen. Sogar die Kräfte einer „bürgerlichen, privat-kapitalistischen Restauration" sieht die „Politika" am Werk.

Sicher ist, daß auf dem 13. Kongreß der KP eine neue Generation von sowohl in Jugoslawien wie im Ausland weitgehend unbekannten Funktionären den Ton angeben wird.

Bewirbt sich Haig um das Präsidentenamt?

DW. Washington

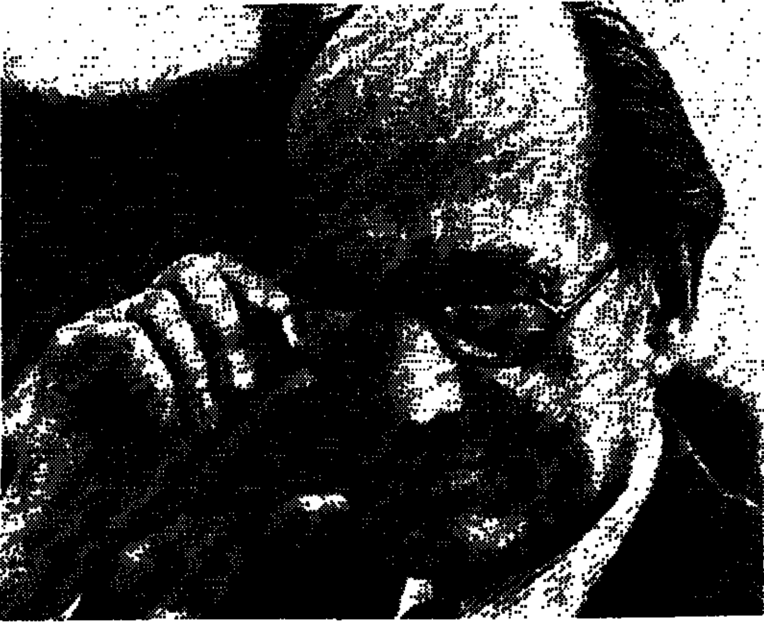
Der frühere US-Außenminister Alexander Haig hat gestern sein Interesse an einer Kandidatur für die amerikanische Präsidentschaft angemeldet. In Arlington im Bundesstaat Virginia erklärte der republikanische Politiker, er gehe davon aus, daß das Rennen in seiner Partei um die Nachfolge Ronald Reagans im Weißen Haus offen sei. Deshalb werde er sich höchstwahrscheinlich bewerben, fügte der 61jährige ehemalige Vier-Sterne-General hinzu.

Haig rechnet, wie er sagte, mit mindestens einem Dutzend Kandidaten.

In einem Interview der „Washington Post" räumte Haig allerdings ein, daß er „auf Seiten der Republikaner der größte Außenseiter" sei.

Präsident Reagan kann 1988 nicht mehr für das Amt kandidieren, da die amerikanische Verfassung nur zwei Amtsperioden eines Präsidenten zuläßt. Haig hatte das US-Außenministerium von 1981 bis zum Rücktritt von Präsident Richard Nixon im Jahr 1982 geleitet. Zuvor war er Stabschef im Präsidialamt und von 1974 bis 1979 Oberbefehlshaber der NATO.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Heinrich Windelen, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und heute 65 Jahre alt geworden, hält sich „streng an die Geschäftsordnung". Das heißt, der „Einheit der Nation zu dienen".
FOTO: WERNER SCHÜRING

Der Jubilar verzichtet stets auf „Getöse"

Von DIETHART GOOS

Es wäre sicher das schönste Geschenk zu seinem heutigen 65. Geburtstag, wenn Heinrich Windelen, der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, dem geteilten Land neue Vereinbarungen über menschliche Erleichterungen, über gemeinsame Anstrengungen im Umweltschutz und bei der Reaktorsicherheit präsentieren könnte. Doch die innerdeutsche Politik ist mühsames Geschäft, wie Windelen im Gespräch darstellt. Da geht es nicht nur um die Interessen beider deutscher Staaten, die internationale Lage und das Verhältnis der Großmächte sind mitentscheidend.

Seinen Geburtstag verbringt der gebürtige Niederschlesier, der nach dem Kriege im westfälischen Warendorf heimisch wurde – „Ich bin einer der wenigen in dieser Pferdestadt, der nicht reitet" – heute zunächst während der wöchentlichen Routinesitzung der Bundesregierung am Kabinettstisch. Das paßt in das Bild dieses pflichtbewußten Christdemokraten, der von Konrad Adenauer wesentlich geprägt wurde.

Den Ehrungen und Glückwünsche vieler Freunde, Weggefährten und auch politischer Gegner wird sich Heinrich Windelen am späten Vormittag nicht entziehen können, wenn der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Helmut Kohl ihm im Kanzleramt einen großen Empfang gibt.

Auf die Frage nach seinem politischen Betätigungsfeld verweist Windelen gerne auf die Geschäftsordnung und Aufgabenverteilung der Bundesregierung. Dort heißt es: „Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat die Aufgabe, der Einheit der Nation zu dienen, den Zusammenhalt des deutschen Volkes zu stärken, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu fördern und dei deutschlandpolitische Verantwortung der Bundesregierung wahrzunehmen." Daran hält er sich, „ohne nach außen großes Getöse zu machen".

So versteht es sich für den Minister von selbst, nicht ständig öffentlich dagegen anzugehen, wenn immer wieder die deutschlandpolitische Zuständigkeit des Kanzleramts mit dessem agilen Chef Wolfgang Schäuble hervorgehoben wird, während Windelens Ministerium mehr die administrativen Aufgaben zugewiesen werden. Den Ressortchef trifft diese einseitige Darstellung der Praxis, doch er wahrt Disziplin der Sache willen und verzichtet auf polemische Entgegnung.

Natürlich möchte der innerdeutsche Minister Erfolge vorweisen und die bisherige Bilanz der Regierung in diesem für Kohl wie für Windelen existentiellen Bereich ihrer Politik kann sich durchaus sehen lassen. Zuversicht läßt der Minister durchblicken in Sachen Umweltschutz. Bisher sei das an sich unterschriftsreife Rahmenabkommen aber noch nicht über den Berg, weil die „DDR" das in West-Berlin ansässige Umweltbundesamt nicht zur Kenntnis nehmen wolle.

Seit dem 30. März 1983, als der damalige Chef Rainer Barzel nach der Wahl Bundestagspräsident wurde, leitet Windelen das innerdeutsche Ministerium.

Dem Deutschen Bundestag gehört Windelen bald 30 Jahre an. Seit 1957 vertritt er den westfälischen Wahlkreis Beckum/Warendorf in Bonn. CDU-Kreisvorsitzender wurde er dort bereits 1953 und hat dieses Amt noch heute. Sieben Jahre führte er auch den CDU-Landesverband Westfalen-Lippe, bis er den Vorsitz 1977 an Kurt Biedenkopf abgab.

Windelen macht kein Hehl daraus, daß er mit der Entwicklung im jetzt vereinigten Landesverband Rheinland und Westfalen nicht allzu glücklich ist. „Homogen kann das nicht werden. Wichtig ist, daß die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um im größten Bundesland CDU-Politik einheitlich zu vertreten." Entschieden wendet sich Windelen gegen Behauptungen, er sei wegen seiner Ablehnung der damaligen Ostverträge kalter Krieger oder gar Revanchist. Die Verträge sind für ihn heute Realität.

Er ist persönlich fest davon überzeugt, daß die Atomenergie den jetzigen Rückschlag überwinden kann und auch weiterhin eine Zukunft haben wird. Für ihn gilt nach wie vor, daß diese Art der Energieerzeugung weder tote Wälder noch saure Seen produziert. Dabei ist die Ausarbeitung eines verbindlichen Sicherheitsstandards für ihn unerläßlich. Mit Hans Blix, dem Generaldirektor der in Wien ansässigen Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), sprach Dieter Thierbach.

„Ich kenne niemanden, der die Kernkraft heiß und innig liebt"

WELT: Ist mit Tschernobyl das Ende des Kernenergie-Zeitalters eingeläutet worden?

Blix: Davon kann gar keine Rede sein. Nach eindeutiger Überzeugung ist aus der Sicht der Führer der westlichen Welt die Kernenergie unentbehrlich. Aber, und das kommt hinzu, auch aus der Sicht der Sowjetführer ist die Kernenergie nicht zu ersetzen. Wenn man in unserem gegenwärtigen Zustand die Elektrizität, die mit Hilfe der Nuklearenergie erzeugt wird, durch Öl ersetzen würden, bräuchten wir mehr als ein zweites Saudi-Arabien. In meinem Heimatland Schweden brennt jede zweite Glühbirne mit Nuklearstrom. Es ist eine Illusion zu glauben, daß man hier schnell aussteigen kann.

WELT: Werden wir mehr über die Vorgänge in Tschernobyl erfahren?

Blix: Wir hoffen es. Am 25. August haben wir in Wien zwölf sowjetische Experten für zehn Tage zu Gast, die uns in einer nichtöffentlichen Sitzung berichten werden.

WELT: Werden die Ergebnisse publiziert?

Blix: Die Schlußfolgerungen werden selbstverständlich veröffentlicht. Wir hoffen dann ein klareres Bild von dem zu bekommen, was die Unfallursachen und was die Folgen waren, wie viele Menschen tatsächlich durch radioaktive Strahlung umgekommen sind und wieviel von der Umgebung verseucht wurde. Wir brauchen diese Informationen sehr dringend, denn es gab und gibt so viele widersprüchliche Daten über Tote und Verletzte.

WELT: Wird bei diesem Treffen auch die Gründung eines internationalen Frühwarnsystems diskutiert werden?

Blix: Ja, das mit Sicherheit. Die Frage ist nur: Wann wird es eingerichtet? Wir wissen, daß man in Ost und West fühlt, daß man Sicherheit nicht nur durch nationale, sondern durch internationale Maßnahmen erhöhen muß.

WELT: Wie schätzen sie – im Nachhinein – die Betroffenheit der Menschen ein?

Blix: Ich glaube schon, daß die Menschen gefühlt haben, daß dies ein völlig einmaliger Unfall ist. Diese „Einmaligkeit" möchte ich in Bezug auf die Strahlung verstanden wissen, denn so etwas gab es vorher nicht. Man kann es aber auch anders betrachten: Nehmen Sie zum Beispiel das Chemie-Unglück im indischen Bhophal mit 2000 Toten und 200 000 Leuten, die mit der Chemikalie in Berührung gekommen sind. Sie können aber auch den Seveso-Fall in Italien heranziehen. So traurig, wie das alles ist: Tschernobyl ist so „einmalig" gar nicht. Wir sollten nicht unseren Sinn für die Proportionen verlieren.

WELT: Wo sehen Sie denn mögliche Alternativen zur Kernenergie? Wie sieht es mit der Nutzung von Wind und Sonne aus?

Blix: Niemand ist dagegen. Es ist auch schön, sie zu haben. Nur: Diese Energien gibt es nicht in signifikanten Größenordnungen. Die wirkliche Alternative zur Kernenergie ist die Kohle.

WELT: Also wieder einen Schritt zurück? Und was ist mit der Kernfusion?

Blix: Das ist Zukunftsmusik, daraus wird vielleicht mal etwas im Jahr 1040 oder 2050. Von der Kohle gibt soviel auf der Erde. Nur: Hier haben Sie wieder die massiven Umweltprobleme. Trotz bester Filterungen kommen Ihnen noch an die zehn Prozent an Emissionen aus den Schornsteinen heraus. Sie haben die schöne Fortsetzung Ihres Waldsterbens, der versauerten Seen und last, but not least, den Treibhauseffekt in der Atmosphäre mit möglichen Klimaveränderungen.

WELT: Wenn schon nicht zurück zur Kohle, bleibt dann alles beim alten mit der Kernkraft?

Blix: Unter normalen Betriebsbedingungen ist die Kernkraft der weitaus sauberste Energielieferant, der uns zur Verfügung steht. Es läuft alles auf die eine Lösung hinaus: Verbesserung der Sicherheit der KKWs, so daß wir kein zweites Tschernobyl bekommen.

WELT: Können Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen die Kernkraftwerke in der UDSSR, der CSSR und der „DDR" und klassifizieren? Können Sie sagen, wo es die sichersten Kernkraftwerke auf der Welt gibt?

Blix: Nein, das kann ich nicht, außerdem bin ich kein Physiker. Unsere Organisation kann aber sagen, welche KKWs die wenigsten Ausfälle haben, ich meine damit unfahrplanmäßige Stillegungen eines Betriebes. Japan und Finnland sind da positive Beispiele. Auch die Bundesrepublik besitzt mit ihrem Kugelhaufen-Hochtemperaturreaktor einen sicheren Typ.

WELT: Was würde man nach all den Erfahrungen bei einem zweiten GAU von der Größenmordnung Tschernobyls anders machen?

Blix: Ich bin zuversichtlich, daß die gewaltige Lektion von Tscherrnobyl einiges bewirkt hat. In der UDSSR, aber auch in Frankreich oder in Schweden erwägt man, sowohl die Filteranlagen als auch das Containment, also den schützenden Überbau, nachzurüsten bzw. zu komplettieren.

WELT: Man sagt, Ihre Organisation sei eine Art PR-Agentur für die Atomlobby. Wie sehen Sie das?

Blix: OK, Sie werden bei uns wohl kaum jemanden finden, der gegen die Atomkraft eingestellt ist. Doch es gibt eine große Differenz zwischen den Kernkraft-Gegnern und uns: Viele der Gegner hassen die Kernkraft aus ihrem vollen Herzen heraus. Ich wiederum kenne niemanden, der die Kernkraft heiß und innig liebt, obwohl er für sie ist. Wir von der IAEO würden eher sagen, daß es sehr schade ist und daß es an ihrer Stelle nichts Besseres gibt.

Wallmann bietet Kontrollen in Biblis an

Der Minister warnt vor zu hohen Erwartungen an Konferenz über Reaktorsicherheit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine lückenlose Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse von Untersuchungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in dem deutschen Kernkraftwerk Biblis A hat der Bundesminister für Umwelt und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann (CDU), in Bonn angekündigt.

Wallmann sagte während einer Pressekonferenz mit dem Generaldirektor der IAEO, dem Schweden Hans Blix, die angeforderte Untersuchungskommission solle sich „absolute Klarheit und Gewißheit verschaffen über das, was bei uns geschieht". Man wolle durch das Angebot (dem der Betreiber der Anlage, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), noch zustimmen müssen) zum Ausdruck bringen, daß nationale Interessen die Sicherheitskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinflussen können. Biblis A sei als „älteste Großanlage" zur Inspektion angeboten worden. Wallmann fügte hinzu, selbstverständlich könne auch das mehrfach umgebaute Kernkraftwerk Stade untersucht werden. Ausdrücklich warnte der Bundesminister davor, die bevorstehende internationale Konferenzrunde zum Thema Reaktorensicherheit der IAEO unter Teilnahme der 112 Mitgliederstaaten (rund 35 davon haben Kernkraftwerke) bereits als Garantie dafür zu betrachten, daß die von Bundeskanzler Helmut Kohl angestrebten einheitlichen Sicherheitstandards für Kernkraftanlagen sogleich herbeigeführt werden könnten. Er sei „nicht pessimistisch", man dürfe aber auch „die Erwarungen nicht zu hoch schrauben", sagte der Minister, der „auf lange Sicht" auf diesem Felde Erfolge erwartet.

Kontrollen von Kernreaktoren, wie sie die Bundesrepublik jetzt durch die IAEO vornehmen lassen will, gab es bisher meist in Entwicklungsländern, aber auch in Frankreich und Finnland, insgesamt schon achtmal. Wallman sagte dazu: „Wir lassen uns gern prüfen und haben nichts zu verbergen."

Auf der Konferenz vom 24. bis 26. September in Wien, die vom Bundeskanzler angeregt worden war, sollen zwei Abkommen über ein Frühwarnsystem bei nuklearen Unfällen und über gegenseitige Hilfe beschlossen werden. Wallmann: Diese „einfachen Beschlüsse" seien den für November erwarteten schwierigeren bewußt vorgeschaltet worden. Es gehe dann im Spätherbst dieses Jahres um Verschärfung internationaler Normen und um die Frage, wie diese absolut bindend sein könnten.

In ähnlichem Sinne ergänzte Blix, zunächst ein Abkommen über den zivilen Bereich abzuschließen, dem später der Vertrag über eine Informationspflicht bei Unfällen in militärischen Atomanlagen folgen solle.

Wird die Berliner SPD gespalten?

Senat befürchtet schwere Folgen für die Stadt / „Schauprozeß" im Landesvorstand

H.-R. KARUTZ, Berlin

In der Berliner SPD gewinnen offenbar Kräfte bei der linken Mehrheit die Oberhand, die im Zuge einer „Generalbereinigung" jetzt die rechte Minderheit aus der Partei drängen oder vollends ins Abseits stellen wollen. Gleichzeitig wächst in Senatskreisen bis hin zum Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) die Besorgnis, der offene Bruch zwischen Berlins Parteien in der Sicherheits- und Ostpolitik werde „außenpolitische Rückwirkungen" in den Ländern der drei Schutzmächte haben. Morgen (Donnerstag) debattiert das Abgeordnetenhaus über die Vorgänge.

Den „rechten" Stobbe im Visier"

Die tiefgreifenden Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner SPD, die dem auf Integration bedachten Landesvorsitzenden Jürgen Egert aus der Hand zu gleiten drohen, bewegen sich auf mehreren Ebenen:

- Der linke Vorstand im Bezirk Spandau, drittstärkster Berliner SPD-Kreis, legt dem Kreisparteitag übermorgen einen Antrag vor, dem früheren „Regierenden" Dietrich Stobbe – Symbolfigur des rechten Flügels – auf einem weiteren Parteitag das soeben mühsam im vierten Anlauf errungene Bundestagsmandat wieder abzuerkennen. In Spandau residiert Stobbes früherer Bundessenator Gerhard Heimann (MdB), der als „spiritus rector" der umstrittenen sicherheitspolitischen Teile des SPD-Papiers gilt.
- Die fünf rechten SPD-Kreise, die noch rund 100 der 256 Berliner Parteitagsdelegierten stellen, wollen jetzt entschlossen eine gemeinsame Gegenposition gegenüber der linken Mehrheit formulieren. Daraus könnte, so rechnen diese Kreise, mittelfristig wieder ein Kurswechsel hin zu einer gemäßigten Mitte-Links-Richtung in der Partei erwachsen. Zunächst ist den Rechten ein erklärender Beitrag in der nächsten Ausgabe des Parteiblattes „Berliner Stimme" zusgestanden worden.
- In der Bonner SPD-„Baracke" werden die Vorgänge zwar mit Unbehagen, aber ohne Aufregung verfolgt. Landeschef Egert hatte am Montagmorgen offenbar mit Bundesgeschäftsführer Peter Glotz telefoniert und versucht, die Vorgänge zu erläutern. Glotz sagte gestern im Saarländischen Rundfunk, der Parteivorstand sehe keinen Anlaß, „inhaltlich einzugreifen". Die beiden ersten Teile des Papiers zur Ost- und Deutschlandpolitik seien „völlig vernünftig".
- Die CDU/FDP-Koalition macht die Vorkommnisse morgen im Berliner Parlament zum Gegenstand einer „aktuellen Stunde". Dabei will Diepgen auch auf die mittelfristig für Berlin insgesamt verheerenden Folgen einer dauerhaften Konfrontation über die politischen „Essentials" der Stadt eingehen.

Schimpfkanonaden gegen die fünf Abtrünnigen

Bislang, so lauten besorgte Stimmen im Rathaus Schöneberg, hätten die beiden großen politischen Lager in bestimmten Fragen sowohl nach Westen wie nach Osten mit einer Zunge gesprochen.

Innerhalb der Sozialdemokraten war der Konflikt am Montag vehement weitergeführt worden: Die fünf Chefs der „abtrünnigen" rechten Kreisverbände mußten sich im geschäftsführenden Landesvorstand verantworten. Dabei prasselten, so heißt es, Schimpfkanonaden auf sie nieder. Teilnehmer faßten die Stimmung mit der Vokabel „Schauprozeß" zusammen. Die Vize-Landesvorsitzende Marga Wollschläger, eine gestandene Betriebsratsvorsitzende, wehrte sich energisch. Später verweigerten neun von 31 Landesvorstandsmitgliedern – also ein knappes Drittel – dem Passus in einer Erklärung von Egert die Zustimmung, wonach der Eklat der Partei „objektiv schweren Schaden" zugefügt habe.

Egert wies vor Journalisten die Vermutung zurück, nun werde man Parteiausschlußverfahren einleiten. Auf der rechten Seite heißt es dazu schon vorbeugend, in einem derartigen Falle werde man seinerseits gegen die linke Führung derartige Verfahren anstrengen und „bis zur letzten Parteiinstanz" durchkämpfen.

WELTMEISTERSCHAFT / Heute (20.00 Uhr) winkt das Finale. Optimistisch ins Spiel gegen Frankreich

Fußballwahn

Der Fußballwahn ist eine Krank-
Heit, aber selten, Gott sei Dank.
Ich kenne wen, der litt akut
An Fußballwahn und Fußballwut.
Sowie er einen Gegenstand
In Kugelform und ähnlich fand,
So trat er zu und stieß mit Kraft
Ihn in die bunte Nachbarschaft.
Ob es ein Schwalbennest, ein Tiegel,
Ein Käse, Globus oder Igel,
Ein Krug, ein Schmuckwerk am Altar,
Ein Kegelball, ein Kissen war,
Und wem der Gegenstand gehörte,
Das war etwas, was ihn nicht störte.
Bald trieb er eine Schweineblase,
Bald steife Hüte durch die Straße.
Dann wieder mit geübtem Schwung
Stieß er den Fuß in Pferdedung.
Mit Schwamm und Seife trieb er Sport.
Die Lampenkuppel brach sofort.
Das Nachtgeschirr flog zielbewußt
Der Tante Berta an die Brust.

Kein Abwehrmittel wollte nützen,
Nicht Stacheldraht in Stiefelspitzen,
Noch Puffer außen angebracht.
Er siegte immer, 0 zu 8.
Und übte weiter frisch, fromm, frei
Mit Totenkopf und Straußenei.
Erschreckt durch seine wilden Stöße,
Gab man ihm nie Kartoffelklöße.
Selbst vor dem Podex und den Brüsten
Der Frau ergriff ihn ein Gelüsten,
Was er jedoch als Mann von Stand
Aus Höflichkeit meist überwand.
Dagegen gab ein Schwartenmagen
Dem Fleischer Anlaß zum Verklagen.
Was beim Gemüsemarkt geschah,
Kommt einer Schlacht bei Leipzig nah.
Da schwirrten Äpfel, Apfelsinen
Durchs Publikum wie wilde Bienen.
Da Blutorangen, Zwetschgen

An blassen Wangen sich zerquetschen.
Das Eigelb überzog die Leiber,
Ein Fischkorb platzte zwischen Weiber.
Kartoffeln spritzten und Zitronen,
Man duckte sich vor den Melonen.
Dem Krautkopf folgten Kürbisschüsse.
Dann donnerten die Kokusnüsse.
Genug! Als alles dies getan,
Griff unser Held zum Größenwahn.
Schon schäkernd mit der U-Bootsmine
Besann er sich auf die Lawine.
Doch als pompöser Fußballstößer
Fand er die Erde noch viel größer.
Er rang mit mancherlei Problemen
Zunächst: Wie soll man Anlauf nehmen.
Dann schiffte er von dem Balkon
Sich ein in einen Luftballon.
Und blieb von da an in der Luft,
Verschollen. Hat sich selbst verpufft. –
Ich warne Euch, ihr Brüder Jahns,
Vor dem Gebrauch des Fußballwahns.

JOACHIM RINGELNATZ



● Warum denn so pessimistisch? In Halbfinalspielen hat die deutsche Mannschaft schon immer gute Leistungen gebracht. Aber: *60* Prozent der Bundesbürger glauben an einen Erfolg Frankreichs, nur 35 Prozent rechnen mit einem deutschen Sieg. 75 Prozent glauben, das bisherige Abschneiden sei nur Glück. Die Gastkommentatoren der WELT wagen den offensiven Schritt nach vorne. Sie tippen einhellig auf die Mannschaft von Franz Beckenbauer.

● Teamchef Franz Beckenbauer hat die Mannschaft im Vergleich zum Elfmeter-Erfolg über Mexiko nur auf einem Posten verändert. Notgedrungen. *Thomas Berthold* ist nach seinem Platzverweis für ein Spiel gesperrt. Für ihn rückt Brehme in die Position des rechten Außenverteidigers. Wolfgang Rolff kommt neu in die Mannschaft – mit der Spezialaufgabe, Frankreichs Spielgestalter Michel Platini zu bremsen. Er hat es schon einmal getan . . .

WELT-Tips

● **Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Soziales: „Ich tippe 2:1."
Begründung: „Nervenstärke und Kampfkraft der deutschen Mannschaft gegen Mexiko waren hervorragend. Mit der gleichen Einstellung können wir auch gegen Frankreich gewinnen."

● ***Theo Waigel,*** *Vorsitzender der* CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag: „Ich tippe 2:1."
Begründung: „Den Franzosen steckt das Spiel gegen Brasilien noch in den Knochen, während unsere Mannschaft durch die zwei schwierig errungenen Erfolge Vertrauen gewonnen hat und mit einer soliden Verteidigungsleistung und einer Steigerung unserer Stürmer die Chance zum Sieg hat."

● **Friedrich Zimmermann,** Bundesminister des Innern: „Ich tippe 4:3 nach Elfmeterschießen."
Begründung: Bei der starken Abwehr rechnet er mit einem Unentschieden in der regulären Spielzeit und in der Verlängerung. Im Elfmeterschießen wird sich die deutsche Mannschaft mit einem 4:3 durchsetzen."

● **Wolfgang Schäuble,** Kanzleramtsminister: „Die Franzosen sind nach den bisher gezeigten Leistungen natürlich Favorit. Aber die Deutschen haben gezeigt, daß sie sich in entscheidenden Augenblicken steigern können. Deshalb tippe ich auf einen knappen Sieg für uns."

● **Wolfgang Mischnick,** FDP-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag: „Ich tippe 2:1 nach Verlängerung."
Begründung: „Die deutsche Mannschaft hat wie bei fast allen Weltmeisterschaften als Turnier-Mannschaft ihre kämpferische Steigerungsfähigkeit gezeigt. Sie hat es am Ende immer wieder geschafft, sich gegen die bessere technische Leistung aufgrund ihrer besserer Kondition durchzusetzen."

● **César Sepúlveda,** Mexikos Botschafter in Bonn: „Ich tippe 2:1."
Begründung: „Ich glaube an einen Sieg der deutschen Mannschaft, weil sie nicht von einem Star abhängig ist wie die Franzosen von Platini. Ich glaube, die Deutschen werden alle an einem Strang ziehen und ein gutes Team bilden."

● **Rupert Scholz,** Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: „Ich tippe 2:1."
Begründung: Die deutsche Mannschaft hat sich gegen Mexiko erstmals als Einheit gezeigt. Deshalb glaube ich, daß sie sich kämpferisch steigern kann und sich mit Kraft und Kondition durchsetzt, obwohl Frankreich die technisch bessere Mannschaft ist."

Das sind die deutschen Gegenspieler

DW. Mexico City

Von den elf Spielern Frankreichs, die heute in Halbfinale gegen Deutschland antreten, waren neun vor zwei Jahren Europameister. Ein Beweis mehr für die Tatsache, daß Frankreich wohl das eingespielteste Team dieser WM stellt.

● **Joel Bats** (29 Jahre/28 Länderspiele): Stets sehr konzentriert. Reaktionsschnell. Schwächen in der Strafraumbeherrschung. Europameister 1984. Rückennummer 1.

● **Manuel Amoros** (24/37): Offensiver Rechtsverteidiger. Im Angriff ebenso stark wie in der Abwehr. Schlägt gute Flanken. Europameister 1984. – Rückennummer 2.

● **William Ayache** (25/12): Gebürtiger Algerier. Zuverlässiger Abwehrspieler. Besonders stark im Zweikampf. Olympiasieger 1984. – Rückennummer 3.

● **Patrick Battiston** (29/47): Fühlt sich in der Rolle des Liberos wohler als zuvor in der Außenverteidigung. Gelegentlich Abstimmungsprobleme mit Vorstopper Bossis. Europameister 1984. – Rückennummer 4.

● **Maxime Bossis** (30/74): Nicht mehr so schnell wie früher. Sehr kampf- und konditionsstark. Gibt nie auf. Früher spielte er Libero, jetzt Vorstopper. Europameister 1984. – Rückennummer 6.

● **Jean Tigana** (30/45): Geboren in Mali. Technisch perfekt. Unermüdlicher Arbeiter im Mittelfeld. Erzielte erst ein Tor im Nationaltrikot – im Spiel gegen Ungarn. Europameister 1984. – Rückennummer 14.

● **Alain Giresse** (33/46): Nur 1.63 m groß. Konditionsstark. Technisch ausgefeilt. Schwächen im Zweikampf. Europameister 1984. Rückennummer 12.

● **Michel Platini** (31/68): Unumstrittener Spielmacher und Führungspersönlichkeit. Torgefährlich, vor allem bei Freistößen. Sein Laufpensum ist geringer geworden, aber er hat ein untrügliches Gefühl dafür, wo er zu stehen hat. Europameister 1984. – Rückennummer 10.

● **Luis Fernandez** (26/33): Gebürtiger Spanier. Konditionsstark und torgefährlich. Schießt links wie rechts gleich stark. Leistet viel Vorarbeit für Platini. Europameister 1984. – Rückennummer: 9.

● **Dominique Rocheteau** (31/48): Dribbelstark und antrittsschnell. Schwächen im Zweikampf. Stark im Kombinationsspiel. Europameister 1984. – Rückennummer 18.

● **Yannick Stopyra** (25/20): Die große Entdeckung in der französischen Mannschaft. Antrittsschnell, kopfballstark, torgefährlich. Spielt gradlinig. – Rückennummer 19.

Beckenbauer: Frankreich besitzt ein fast perfektes Team. Was ihm noch fehlt, ist ein Erfolg über uns



Freude schon bei der Trainingsarbeit? Ein ungewohntes Bild bei den deutschen Spielern, die man allzuoft mit verbissenen Gesichtern herumlaufen sieht – ob durch den Wald oder auch beim Spielchen mit dem Ball. Es scheint, als zeigten hier Matthäus (am *Boden*), *Völler (links)* und Augenthaler neu gewonnenes Selbstvertrauen in einer kindlich-heiteren Rauferei. Vielleicht auch ein Foto für Professor Heinz Liesen, der seinen Job bei der deutschen Nationalmannschaft aufgeben will. Begründung: In diesem Team stecke nicht so viel Freude wie in der Gemeinschaft der Hockey-Nationalmannschaft, die er auch betreut. Vielleicht ändert er seine Meinung nun doch noch. Die mühsamen Erfolge über Marokko und Mexiko, die Gewißheit, auch diesmal wieder zu den vier besten Mannschaften der Welt zu gehören, fördert auch den Spaß am Unternehmen Mexiko'86, das am Anfang zu einer Quälerei zu werden schien. Schön wär's, wenn heute abend *alle sagen könnten: „Es hat Spaß gemacht."* *FOTO:* DPA

ULRICH DOST, **Queretaro**

Das Erreichen des Halbfinales hat Teamchef Franz Beckenbauer und die Spieler der deutschen Fußball-Nationalmannschaft plötzlich mutig gemacht. Sie scheren sich nicht um die internationale Kritik, sie seien mit ihrem kraftvollen Sicherheits-Fußball eigentlich eine Zumutung für jeden Zuschauer. Sie beziehen ihren Optimismus vor dem Spiel gegen Frankreich aus ihrer unbändigen Kraft, mit der sie jeden Gegner stoppen können. Ohne Umschweife sagt der Hamburger Spielmacher Felix Magath: „Ich werde meine internationale Karriere am Sonntag im Azteken-Stadion von Mexcio City beenden." An diesem Tag findet das Finale statt . . .

Oder Franz Beckenbauer. Er sagt: „Die Franzosen sind sehr kompakt, sie haben keine schwache Stelle im Team. Das Kernstück ist ihr Mittelfeld. Die Mannschaft ist fast perfekt." Nur „fast"? Beckenbauers Antwort: „Was fehlt, ist noch ein Sieg über Deutschland."

Wahrscheinlich muß sich die deutsche Mannschaft selber Mut machen. Denn heute spricht eigentlich alles für die Franzosen. Niemand würde auch nur einen alten Hut auf das Team von Franz Beckenbauer setzen. Spiel-Intelligenz, Raffinesse, Spiellaune und Kunst, das alles gegen kraftvolle Fußwerker?

Franz Beckenbauer weiß selbstverständlich, daß die Franzosen die Favoriten sind: „Wer in der Lage ist, die Brasilianer und Italiener auszuschalten, der ist auch in der Lage, Deutschland zu schlagen." Das ist der Fakt, doch auch das Unmögliche ist möglich, diese WM hat es mehrmals bewiesen. Aber kann eine Mannschaft besiegt werden, über die Beckenbauer selber sagt: „Die Franzosen sind erfahrener und reifer geworden." Vor vier Jahren im Halbfinale der Weltmeisterschaft in Spanien ließen sich die Franzosen in Sevilla von den Deutschen sogar noch einen 3:1-Vorsprung in der Verlängerung abluchsen, um dann das Elfmeterschießen zu verlieren. Dies, so sagt der Teamchef, sei jetzt nicht mehr möglich. „Wenn die Franzosen heute 3:1 führen, *nimmt ihnen niemand mehr* diesen Vorsprung."

Franz Beckenbauer kann nur auf den konditionellen Zustand seiner Mannschaft bauen, mehr ist nicht möglich. Wenn die deutsche Mannschaft, so glaubt Karlheinz Förster, möglichst lange ein 0:0 halten kann, würden die Chancen durch Kontermöglichkeiten steigen. Felix Magath vertraut darauf, daß er und seine Kollegen das erste Mal bei diesem Turnier ein Spiel wirklich locker angehen können. Ein großes Ziel sei erreicht, nun müßte eigentlich der Druck gewichen sein. Felix Magath: „Klar, die Franzosen sind der Favorit, aber ich erwarte von uns ein gutes Spiel. Wir müssen unsere kämpferische Leistung wiederholen, aber spielerisch stärker werden." Die Vorsätze sind wohl da, allein noch fehlt der Glaube.

Denn Franz Beckenbauer wird die Mannschaft im Vergleich zum Spiel gegen Mexiko kaum ändern. Für den gesperrten Thomas Berthold (für ein Spiel gesperrt), wechselt Andreas Brehme auf die rechte Verteidiger-Position. Den Platz im Mittelfeld, der dadurch frei wird, nimmt der Hamburger Wolfgang Rolff ein. Zwar sagte Beckenbauer: „Wer diese Position übernimmt, ist noch offen. Wir müssen gegen Platini einen Mann bringen, der auf ihn aufpaßt. 90 Minuten hinter ihm herlaufen, kann niemand."

Die Aufstellung

Deutschland: 1 Schumacher (32/72) – 17 Jakobs (32/18) – 4 Förster (27/79), 6 Eder (30/7) – 3 Brehme (25/25), 8 Matthäus (25/46), 21 Rolff (26/18), 10 Magath (32/41), 2 Briegel (30/70) – 11 Rummenigge (30/93), 19 Allofs (29/45). – **Bilanz** gegen Frankreich: 16 Spiele, sechs deutsche Siege, vier Unentschieden, sechs Niederlagen. Bei Weltmeisterschaften: 1958 3:6-Niederlage im Spiel um Platz drei, 1982 im Halbfinale 5:4 für Deutschland im Elfmeter-Schießen.

Der ideale Mann für diese Aufgabe scheint im deutschen Team Wolfgang Rolff zu sein. Er ist schon deshalb prädestiniert, weil er am 25. Mai 1983 in Athen beim Europapokalfinale Hamburg gegen Juventus Turin (1:0) den Star Michel Platini vollkommen ausgeschaltet hat. Wolfgang Rolff selbst bereitete sich auf diese Aufgabe in Mexiko vor, nachdem Trainer Horst Köppel zu ihm gesagt hat: „Richte dich schon mal darauf ein, daß du gegen Platini spielst." Der Hamburger weiß, was da auf ihn zukommt. Er sagt: „Platini ist seit 1983 noch stärker geworden, weil seine Ausstrahlung auf die Mannschaft jetzt größer geworden ist." Ernst Happel, der Hamburger Trainer, hat ihm damals gesagt: „Wo der hingeht, bist du auch." Mit diesem Wissen will Wolfgang Rolff wieder ins Spiel gehen: „Man muß dafür sorgen, daß er keine Luft kriegt, er muß pausenlos beschäftigt werden."

Weitere Änderungen im Team wird Franz Beckenbauer nicht vornehmen. Damit ist auch klar, daß wieder Karl-Heinz Rummenigge, trotz seiner enttäuschenden Leistung gegen die Mexikaner, neben Klaus Allofs stürmen wird. Rudi Völler, der seine leichte Zerrung im Oberschenkel auskuriert hat und schmerzfrei trainieren konnte, wird gegen die Franzosen zunächst auf der Bank sitzen, was der Bremer auch ohne Murren akzeptiert. Weil er weiß, daß er ganz bestimmt (wahrscheinlich für Rummenigge) eingewechselt wird.

Warum sich der Teamchef für Rummenigge und gegen Völler oder Littbarski ausgesprochen hat, ist letztlich einfach zu beantworten. Die drei plagen sich mit dem gleichen Problem herum, weil sie alle drei nicht fit sind. Rummenigge hat aber zuletzt gespielt. Wahrscheinlich wäre es egal, mit wem Beckenbauer beginnt, auswechseln wird er ohnehin müssen. Die deutsche Mannschaft muß mit diesem Handicap auskommen, mit Klaus Allofs praktisch nur einen Stürmer zu besitzen, der in bester körperlicher Verfassung ist. Karlheinz Förster sagt: „Es wäre für uns bestimmt besser, wenn wir einen Rummenigge in Topform hätten."

Der Stuttgarter gehört wie Karl-Heinz Rummenigge und vier weitere Spieler (Schumacher, Littbarski, Magath und Briegel) zu denen, die 1982 im Halbfinale gegen die Franzosen schon dabei waren. Für Förster und Littbarski ist die Situation zudem noch pikant, weil sie in der nächsten Saison in der französischen Liga spielen werden. Karlheinz Förster, der für Olympique Marseille spielt, sagt: „Das belastet mich nicht. Das ist nichts Besonderes. Das ist das gleiche, als wenn wir gegen Brasilien oder Italien spielen. Es geht ums Endspiel, deshalb habe ich keine andere Einstellung. Die Franzosen sind nicht unschlagbar für uns." Karlheinz Förster hat inzwischen in Marseille ein Haus gefunden, gleich nach der WM *will er mit dem Lernen der französischen Sprache beginnen.*

Auch Franz Beckenbauer läßt es kalt, daß das Spiel in Guadalajara als etwas Besonderes angesehen wird. Daß die Franzosen von einer Revanche für 1982 sprechen, irritiert ihn nicht: „Die Franzosen können sagen, was sie wollen. Wie sie es sehen, interessiert uns nicht."

Das Porträt

Er ist streng und souverän. Das stellte Schiedsrichter Luigi Agnolin, der heute das Spiel Deutschland gegen Frankreich leitet, in der Vorrunden-Begegnung UdSSR – Ungarn (6:0) und im Achtelfinalspiel Argentinien – Uruguay (1:0) unter Beweis. Der deutschen Mannschaft ist Agnolin wohlbekannt. Seit 1980 pfiff er drei Spiele des Teams, wobei er beim letzten, Deutschland – Brasilien im März in Frankfurt, Trainer Horst Köppel die rote Karte zeigte, als dieser seinen Unmut über eine Entscheidung des 43jährigen kundgetan hatte.

Dennoch urteilt Franz Beckenbauer: „Agnolin ist ein guter Mann, einer der weltbesten Schiedsrichter." Er ist jetzt 25 Jahre lang Schiedsrichter. Er spricht fließend Englisch, Französisch und Spanisch.

Schon deutsche Tradition: Halbfinals von Rasse und Klasse

H.-H. MÄDLER, Mexico City

Große Siege, bittere Niederlagen – die *Geschichte der Fußball*-Weltmeisterschaft ist vor allem auch eine Geschichte deutscher Triumphe und Mißerfolge im Halbfinale. Zum achten Mal steht jetzt eine Mannschaft des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in der Runde der letzten vier – gewissermaßen Weltrekord bei nur elf Endrundenteilnahmen. Lediglich 1930 und 1950 (nicht teilgenommen) sowie 1938, 1962 und 1978 war der zweimalige Weltmeister nicht im Halbfinale.

Da können selbst die dreimaligen Weltmeister Brasilien und Italien nicht mithalten. Brasilien, als einziges Land alle 13mal in der Endrunde, zog siebenmal in die Vorschlußrunde ein. Italien, wie Deutschland elfmal dabei, brachte es als drittbestes Land *auf fünf* Halbfinals.

Die Geschichte der sieben deutschen Halbfinalspiele

● **3. Juni 1934 in Rom: 1:3 gegen die Tschechoslowakei:** Reichstrainer Dr. Otto Nerz hatte seine Mannschaft mit zurückhängendem Mittelläufer und einem in der Spitze lauernden Mittelstürmer aufgebaut. Mit diesem sogenannten „WM-System" gab es Siege über Belgien (5:2) und Schweden (2:1). Im Halbfinale scheiterte das deutsche Team nach einem Treffer von Noack bei Gegentoren von Nejedly (2) und Kroil mit 1:3 an der harmonischen Elf der Tschechoslowakei. Am Ende blieb der Trost, im Spiel um Platz drei Österreichs „Wunderelf" mit 3:2 entzaubert zu haben.

Die Halbfinalelf: Kreß – Haringer, Busch – Zielinski, Szepan, Bender – Lehner, Siffling, Conen, Noack, Kobierski.

● **30. Juni 1954 in Basel: 6:1 gegen Österreich:** Österreich, mit dem großen Ernst Ocwirk und dem heutigen HSV-Trainer Ernst Happel, wurde von der Elf Sepp Herbergers in Basel regelrecht auseinandergenommen. Max Morlock schoß drei Tore, Fritz Walter verwandelte zwei Elfmeter, und sein Bruder Otmar steuerte den sechsten Treffer bei. Lediglich Probst hatte beim 1:2 für Österreich Hoffnungen aufkommen lassen.

Die Halbfinalelf: Turek – Posipal, Kohlmeyer – Eckel, Liebrich, Mai – Rahn, Morlock, Otmar Walter, Fritz Walter, Schäfer.

● **24. Juni 1958 in Göteborg: 1:3 gegen Schweden:** Die fanatischen Schlachtenbummler mit ihren „Heja, Heja"-Rufen und der ungarische Schiedsrichter Istvan Zsolt vor allem bremsten die Herberger-Elf auf dem erneuten Weg ins Finale. Ständig provoziert vom trickreichen, mit allen Wassern gewaschenen Rechtsaußen Hamrin ließ sich Erich Juskowiak zum Nachschlagen hinreißen: Platzverweis. Nach der Führung durch Hans Schäfer ging die deutsche Neuneinhalb – Fritz Walter war nach einer Verletzung auch nicht mehr im Vollbesitz seiner Kräfte und Möglichkeiten – nach Toren von Skoglund, Gren und Hamrin mit fliegenden Fahnen unter.

Die Halbfinalelf: Herkenrath – Stollenwerk, Juskowiak, Eckel, Erhardt, Szymaniak – Rahn, Fritz Walter, Seeler, Schäfer, Cieslarczyk.

● **25. Juli 1966 in Birmingham: 2:1 gegen die Sowjetunion:** Dem Einzug ins Finale im Londoner Wembley-Stadion stand vor allem ein Mann im Weg: der Moskauer Torwart Lew Jaschin. Die deutsche Mannschaft spielte überlegen, scheiterte aber *immer* wieder an dem großartigen Torwart. Lediglich Helmut Haller und Franz Beckenbauer gelang es, Jaschin zu überwinden. Aber das reichte bei nur einem Gegentreffer von Porkujan: Deutschland stand zum zweiten Mal in einem WM-Finale.

Die Halbfinalelf: Tilkowski – Lutz, Schnellinger – Beckenbauer, Schulz, Weber – Haller, Overath, Seeler, Held, Emmerich.

● **17. Juni 1970 in Mexico City: 3:4 n.V. gegen Italien:** Es war das „Jahrhundertspiel", das sich diesen Namen eigentlich erst in der Verlängerung verdiente. Boninsenga hatte Italien 1:0 in Führung gebracht, Karl-Heinz Schnellinger glich – „weil gleich Schluß sein mußte und das italienische Tor auf dem Weg zur Kabine lag" (Schnellinger) – in der 90. Minute zum 1:1 aus. Dann ging es in der Verlängerung Schlag auf Schlag: 2:1 Müller, 2:2 Burgnich, 2:3 Riva, 3:3 Müller, 3:4 Rivera – Aus. Beckenbauer spielte mit ausgerenktem Schultergelenk. Die Deutschen fanden einen Sündenbock: den mexikanischen Schiedsrichter peruanischer Abstammung *Yamasaki. Mindestens zwei* Elfmeter hatte er der Mannschaft von Trainer Helmut Schön verweigert.

Die Halbfinalelf: Maier – Vogts – Patzke (Held) – Beckenbauer, Schnellinger, Schulz – Grabowski, Seeler, Müller, Overath, Löhr (Libuda).

● **3. Juli 1974 in Frankreich: 1:0 gegen Polen:** Die Wasserschlacht von Frankfurt war gar kein echtes Halbfinale. Das Spiel gegen Polen war die Entscheidung um den Gruppensieg in der zweiten Finalrunde. Wer anders als Gerd Müller konnte das entscheidende Tor erzielen? Gruppensieg und Finale waren perfekt, nachdem in der Vorrunde das Prestigeduell gegen die „DDR" in Hamburg mit 0:1 verloren gegangen war.

Die deutsche Elf gegen Polen: Maier – Vogts, Breitner – Schwarzenbeck, Beckenbauer, Bonhof – Grabowski, U. Hoeneß, Müller, Overath, Hölzenbein.

● **8. Juli 1982 in Sevilla: 3:3 n.V. gegen Frankreich; 5:4 im Elfmeterschießen:** Die Entscheidung fiel in der heißen Nacht von Sevilla kurz vor Mitternacht: Horst Hrubesch verwandelte *den sechsten deutschen Elfmeter.* Deutschland stand zum vierten Mal in einem WM-Finale, das mit 1:3 gegen Italien verloren ging. Dabei war die Mannschaft von Jupp Derwall eigentlich schon draußen. Littbarskis 1:0-Führung hatte Platini per Foulelfmeter noch vor der Halbzeit ausgeglichen. Beim 1:1 blieb es bis zur 90. Minute. Und in der Verlängerung führte Frankreich durch Tore von Tresor und Giresse plötzlich 3:1. Rummenigge und Fischer glichen aus. Das erste Elfmeterdrama der WM-Geschichte folgte: Kaltz, Breitner, Littbarski und Rummenigge trafen für Deutschland, Giresse, Amoros, Rocheteau und Platini für Frankreich. Stielike und Six verschossen. Die sechste Runde entschied: Bossis scheiterte, Hrubesch traf.

Die Halbfinalelf: Schumacher – Kaltz, Stielike, Karlheinz Förster, Bernd Förster – Dremmler, Breitner, Magath (Hrubesch), Briegel (Rummenigge) – Littbarski, Fischer.

Spielort

● **Guadalajara** ist die zweitgrößte mexikanische Stadt. Unter den vier Millionen Einwohnern leben im Durchschnitt weniger arme Menschen als im übrigen Land. Ein Mittelstand – vorwiegend kleine Unternehmen – verwischt hier die harten sozialen Grenzen. Verständlich, daß das Arbeitslose aus dem ganzen Land anzieht. Und so wächst die Zahl der Einwohner Guadalajaras jährlich um 6,5 Prozent. 1542 gründeten Spanier die Stadt im Hochland von Atemajac, vier Stunden von der Pazifikküste entfernt. Mit Temperaturen zwischen zehn und maximal 30 Grad ist das Klima sehr gesund. Symbolischer und optischer Mittelpunkt des katholisch-konservativ ausgerichteten Lebens ist die prachtvolle Kathedrale.

Fernsehen heute

● **ARD: 19.50 – 22.00 Uhr:** Deutschland – Frankreich (live). – **23.45 – 2.00 Uhr:** Argentinien – Belgien (live).

WELTMEISTERSCHAFT / Deutschlands Gegner eine Mannschaft von gelassenen, hochbezahlten Stars

● Frankreich lockt mit den höchsten Prämien für den Fall, daß die Mannschaft Weltmeister wird. 300 000 Mark gibt es schon jetzt für jeden Spieler, 250 000 Mark kommen beim Titelgewinn noch dazu. Das Land ist nach der Europameisterschaft in ein wahres Fußball-Fieber geraten.

● Dennoch: Argentiniens ehemaliger Trainer Luis Cesar Menotti bleibt dabei: „Deutschland wird Weltmeister, darauf wette ich. Nicht weil die Mannschaft so stark ist, sondern weil die Gegner ihre Probleme nicht bewältigen können. Die Franzosen haben Angst vor den Deutschen."



Frankreich: Wir haben keine Angst. Was war, zählt nicht

DW. Ajijic

„Vergangenheit zählt für uns nicht," sagt Luis Fernandez.

Und die Niederlage gegen Deutschland? Vor vier Jahren in Sevilla, im Halbfinale der WM in Spanien? „Das ist längst vergessen," sagt Luis Fernandez. „Wegen Sevilla haben wir keine Angst vor Deutschland."

Aber Battiston. Das grobe Foul des deutschen Torwarts Harald Schumacher an Patrick Battiston. Der lag doch immerhin mehrere Tage danach im Krankenhaus ...? „Schnee von gestern," sagt Battiston. „Die Sache ist vier Jahre her."

Und die Differenzen zwischen Trainer Henri Michel und Spielmacher Michel Platini? Auch vergessen? Im Frühjahr, nach dem 2:0 der Franzosen über Jugoslawien, der ihnen die WM-Qualifikation sicherte, war Platini auf den Trainer zugelaufen und hatte ihn umarmt: „Das hat mir gut getan," sagt Michel. „Es hat gezeigt, daß alle Konflikte, die mir und Platini angedichtet worden waren, nichts als Gerüchte waren."

Vor acht Jahren hatte Michel einen Wechsel Platinis zum FC Nantes verhindert. Michel war damals selbst Spieler in Nantes, als Nationalspieler sogar der Kopf der Mannschaft. Er fürchtete die Konkurrenz Platinis und beeinflußte die Entscheidung der Klubleitung, die sich schließlich gegen Platini aussprach.

Im Bunker gibt es keine Ablenkung

Auch das ist Vergangenheit. Und Vergangenheit (siehe oben) zählt für die Franzosen nicht. In Mexiko präsentieren sie sich als die (Welt)Meister im Vergessen. Oder Verdrängen. Ob vergessen oder verdrängen – es ist unerheblich für Frankreichs Nationalmannschaft. Sie hat sich zurückgezogen, ignoriert Zeit und Raum.

Schon ihr Quartier symbolisiert Isolation. Das Hotel Paseo de la Presa ist ein imposanter Bau. Er hat die Form einer Zitadelle, aber die Einwohner sagen dazu „Bunker". Dabei wirkt es eher wie eine Festung aus der Zeit der spanischen Kolonisation.

Dorthin hatten sich die Franzosen bis zum Viertefinale zurückgezogen und durch die dicken Mauern drang nichts nach außen. „Niemand," so stellte das „L'équipe magazin" bei einem Besuch fest, „stört hier die Konzentration der französischen Mannschaft." Weder die mexikanische Küche, nach amerikanischer Ansicht eine der drei Geißeln der modernen Welt, noch „das sehr kalte Wasser im Swimmingpool" (so Verteidiger Manuel Amoros), noch die örtlichen Groupies.

Keine Affairen, keine Skandale. L'équipe schließt daraus: „Frankreich ist nach Mexiko gekommen, um Fußball zu spielen. Und zu gewinnen." In dieser Reihenfolge.

Die Franzosen haben seit der letzten WM Erfahrung im Siegen. 1984 wurden sie erst Europameister, dann Olympiasieger. In Mexiko haben sie den Weltmeister Italien ausgeschaltet und im Elfmeterschießen den dreimaligen Weltmeister Brasilien besiegt. „Wir können jeden schlagen," sagt deshalb Mittelstürmer Dominique Rocheteau. „Wir haben vor niemandem Angst."

Brillanter Helfer für die Stars: Jean Tigana. FOTO: HARTUNG

Trainer Henri Michel fürchtet allein die möglichen Folgen überheblicher Selbstgefälligkeit: „Dänemark wurde schon als Weltmeister gehandelt und bekam dann eine Packung von Spanien, das jetzt gegen die von allen unterschätzten Belgier verlor. Alle vier Halbfinalisten können Weltmeister werden."

Michel hofft auf „ein ebenso gutes Spiel wie vor vier Jahren. Denn es iost kein Krieg, sondern ein Spiel." Er selbst kann wenig dazu beitragen. Denn die Mannschaft ist weitgehend autonom. Sie ist über Jahre hinweg zusammengewachsen und zieht ihre Kraft aus der gemeinsamen Vergangenheit. „Unser Vorteil ist unsere Erfahrung," sagt Rocheteau. „Früher haben wir alle Varianten auf's Geradewohl probiert. Inzwischen haben wir unser Spiel in unsere Hände genommen."

Der Trainer wirkt dann manchmal wie ein Beobachter. Personelle Entscheidungen muß er selten treffen. Die Mannschaft stellt sich automatisch auf. Michel ließ sie seit dem Gewinn der Europameisterschaft nahezu unverändert. Er verzichtete darauf, sich auf Kosten der Mannschaft zu profilieren. Was hätte er auch ändern sollen? Allein Verteidiger William Ayache und Stürmer Jean-Pierre Papin sind seine Entdeckungen, ansonsten übernahm er das Team komplett von seinem Vorgänger Hidalgo.

Änderungen sind ohnehin nur mit Zustimmung von Spielmacher Platini möglich. Auf den ist Michel angewiesen. Deshalb hat er sich mit ihm arrangiert. Weil Platini seinen Freund Patrick Battiston als Libero sehen will, muß Michel seinen Wunsch-Libero Bossis als Vorstopper aufstellen. Solange der Erfolg anhält, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Michel (39) und Platini (31).

Platini kassiert pro Tag 100 000 Mark

Solange ist auch die Harmonie in der Mannschaft gewahrt, fällt der finanzielle Unterschied innerhalb des Teams nicht ins Gewicht. Großverdiener im französischen Aufgebot ist natürlich Michel Platini, der allein 100 000 Mark pro Tag dafür kassiert, daß er dem TV-Sender „Antenne 2" täglich zwei Minuten lang das Neueste aus dem französischen WM-Quartier erzählt. Außerdem stellt sich Platini einem privaten Radiosender exklusiv für Interviews zur Verfügung.

Auch Alain Giresse hat einen lukrativen Privatvertreag mit einem Radiosender aus Bordeaux und Luis Fernandez schreibt Kolumnen für eine Zeitung. Fernandez erhält künftig von seinem neuen Klub Racing Paris ein Monatsgehalt von 230 000 Mark. Soviel wie kein anderer Spieler der Welt. Doch in der Nationalmannschaft wird er ebenso bezahlt wie der schwächste Reservist: 300 000 Mark für die Teilnahme, weitere 250 000 Mark im Fall des Titelgewinns.

So sieht es PETER GLOTZ

Der Löwe brüllt nach Westen

Deutschland gegen Frankreich? Am Schillergymnasium in Bochum steht ein großer steinerner Löwe mit einem Pfeil in der Brust und brüllt nach Westen. Früher wußten die Deutschen warum, doch heute schaut keiner mehr hin. Unser Kanzler war gerade wieder im Elysee beim Sozialisten-Kaiser. Die beiden brüllen nicht, die lächeln nur, das ungleiche Paar – Gott sei Dank!

Unser Kaiser wird heute abend hoffentlich auf Sieg setzen – damit die Nacht sich lohnt, egal wie es ausgeht. Toni hinten und Rudi vorne, das ist zwar kein Konzept aber vertrauensbildend. Beide sind für Wunder gut. Ist Franz Beckenbauer ein Stratege? Hat er kühl kalkuliert, wie Sepp Piontek meint, und gegen Dänemark eine Mannschaft aufgestellt, die verlieren mußte und wußte er, daß er gegen Mexiko die kälteren Profis hatte, die die Dinger reinhauen – programmgemäß?

Die Nationalelf gilt wieder was. Die Stars kämpfen um einen Stammplatz. Das hat News-Wert. In Mexiko haben sie mit Fleiß und Glück die Möglichkeiten genutzt, die die Bundesliga heute hergibt. Dank dem Team-Chef – nicht dem Strategen, sondern der Persönlichkeit. Doch alle Welt hatte vom Kaiser erhofft, daß er die biedere Derwall-Kost in ein Gala-Menü verwandelt. Daß die Deutschen so ein Spiel spielen können wie die Franzosen gegen Brasilien oder wie sie selbst damals in Brüssel gegen die Russen. Dafür wird man Franz noch zwei Jahre Zeit geben müssen – mindestens.



Peter Glotz. ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Frankreichs Fußball ist auch für Spieler attraktiv geworden – wie Spanien oder Italien und das nicht nur des Geldes wegen. Genies wie Platini zeigen, wo Fußballgötter weilen und wirken können. Diesen Schwung hatten wir nur 72 oder noch 74, dann nicht mehr.

Heute abend wird neu gemischt. Das Spiel wird nicht die Delikatesse von Guadalajara und nicht das Gekicke von Monterrey. Die Buchmacher werden auf Frankreich setzen. Aber die wissen nichts vom Löwen in Bochum, der nach Westen brüllt.

Übrigens, ich freue mich, daß Patrick Battiston wieder dabei ist und Toni Schumacher.

Peter Glotz ist Bundesgeschäftsführer der SPD. – Die WELT gibt Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Kultur in unregelmäßiger Folge die Gelegenheit, ihren ganz persönlichen WM-Kommentar zu schreiben.

Maradona: Vorsicht

DW. Mexico City

„Diego Maradona ist der Superstar dieser Weltmeisterschaft. Unser aller Ziel ist es, unter seiner Regie als Weltmeister aus Mexiko heimzukehren". Mit dieser Marschroute seines Trainers Carlos Bilardo geht Argentiniens Fußball-Mationalmannschaft ins Halbfinale gegen Belgien.

Superstar Diego Maradona ist nach seinem Handstreich über England mit Prognosen vorsichtig: „Wir gehörten nicht zu den Favoriten und sind noch längst nicht im Finale. Die Belgier machen keine Geschenke, wie vorher die Russen und Spanier erfahren mußten. Wir dürfen gegen sie nicht zaubern wollen, sondern müssen sehr hart arbeiten und auf keinen Fall blind attackieren. Damit würden wir dem konterstarken Gegner nur einen Gefallen tun." Auf die Aussage seines ehemaligen Trainers Menotti, Argentinien sei „90 Prozent Maradona und 10 Prozent Valdano", kontert der Mittelstürmer entschieden: „Argentinien ist weit mehr als nur Maradona. Unser Team kann sich noch steigern und die beste argentinische Mannschaft werden, in der ich je gespielt habe."

Seine Mitspieler machen hingegen allesamt ihre erheblich gestiegenen Mexiko-Hoffnungen an der Person ihres Kapitäns fest. „Maradona ist so einmalig, daß ihn kein Belgier ausschalten kann. Er wird uns ins Endspiel führen", sagt Libero Sergio Batista und Torwart Nery Pumpido ist nicht ganz sicher. „Wir kommen ins Finale. Schließlich haben wir vor zwei Jahren Belgien 2:0 geschlagen – ohne Maradona." Luis Cesar Menotti, der die Argentinier 1978 zumTitel geführt hatte bleibt aber bei seinem Tip: „Finale ja, aber da gibt es eine Niederlage gegen Deutschland."

„Nichts zu verlieren"

sid, Toluca

„Für Belgien ist es das erste und vielleicht das letzte Mal in der Fußball-Geschichte, daß wir so weit gekommen sind. Unsere Chancen standen gegen die UdSSR 3:10, gegen Spanien 2:10 und nun gegen Argentinien 1:10. Doch wir wollen den Hauch einer Möglichkeit nutzen", erklärt Eric Gerets (32), einer von vier Spielern aus der Elf, die vor vier Jahren in spanien den damaligen Weltmeister Argentinien mit 1:0 besiegte.

Noch in der Vorrunde bezeichneten Beobachter den 2:1-Erfolg Belgiens gegen den Irak als shwächste Leistung einer belgischen Nationalmannschaft – 16 Tage später steht die Elf um Trainer Guy Thys (63) im WM-Halbfinale.

Diese Entwicklung hat ganz reale Hintergründe. Thys baute während der WM die Mannschaft um, in der plötzlich die „Youngster" den ton angaben. Patrick Vervoort (21), Enzo Scifo (20) und der 20 Tage jüngere Stephane Demol wurden zu Stammspielern und Leistungsträgern. Die verletzten und inzwischen nach Hause gereisten Vandereycken und Torjäger Erwin Vandenbergh werden nicht vermißt. Auch Argentiniens Super-Star Diego Maradona kann Belgien keine Angst einflößen. „Wir haben keinen Spieler, der Maradona ausschalten kann, deshalb muß das die ganze Mannschaft machen", gibt Thys preis.

„Wir haben nichts zu verlieren", sagt Claesen, der zusammen mit Danny Veyt für Tore sorgen soll, „gegen Argentinien können wir nur alles gewinnen." Und das erscheint jetzt möglich: Auch die Belgier sind erst nach einem handfesten Krach zu einer Mannschaft geworden.

Uli Stein: In Gedanken und mit dem Herzen dabei

Nach seiner vorzeitigen Rückkehr aus Mexiko hat der Hamburger Torwart Uli Stein eine offizielle Erklärung zu seinem Verhalten abgegeben. Stein wurde aus disziplinarischen Gründen nach Hause geschickt. Die Erklärung im Wortlaut:

„Für jeden Fußballprofi ist es das höchste Ziel, mit der Nationalmannschaft an der Weltmeisterschaft teilzunehmen. Deshalb bin ich natürlich enttäuscht, daß ich vorzeitig nach Deutschland zurückkehren mußte.

Ich war zu keiner Zeit betrunken. Ich bin auch nicht von einem Barhocker gefallen. Ich habe unsere Mannschaft auch niemals als ‚Gurkentruppe' bezeichnet.

Aber ich habe auch Fehler gemacht. Deswegen und angesichts der Entwicklung der Dinge in Mexiko und der Berichterstattung darüber habe ich Verständnis für die Entscheidung des DFB und ich akzeptiere sie. Alles, was sonst dazu zu sagen ist, hat Franz Beckenbauer bereits gesagt.

Es hilft jetzt weder mir noch anderen, weitere Erklärungen dazu abzugeben. Ich bitte alle Journalisten und Fußballfreunde dafür um Verständnis.

Ich drücke unserer Mannschaft und Franz Beckenbauer die Daumen für das Spiel gegen Frankreich. Ich bin in Gedanken und mit dem Herzen dabei. Uli Stein."

● **Beleidigung:** Eine Klage wegen Beleidigung will der Botschafter Tunesiens in Frankreich, Hedi Mabrouk, gegen den französischen Fernsehreporter Thierry Roland erstatten. Nach Ansicht Mabrouks hat Roland bei seinem bericht vom, Viertelfinalspiel Argentinien – England den tunesischen Schiedsrichter Bennaceur in beleidigender Weise kritisiert. Der Botschafter wertete den Kommentar als „Angriff auf die Würde" eines Tunesiers, den er nicht hinnehmen will.

● **Zahlungsverzug:** Brasiliens Nationalspieler warten bisher vergeblich auf ihre mit dem Verband ausgehandelte Prämie. Wegen devisenrechtlicher Schwierigkeiten war es der Teamleitung vor dem Abflug der Mannschaft unmöglich, bei den Banken 240 000 Dollar zu erhalten. Jedem Spieler stehen 20 000 Dollar (rund 44 000 Mark) zu. Die Prämie soll wegen der hohen Inflationsrate in Brasilien in Dollar ausgezahlt.

● **Vertrauen:** Englands Teammanager Bobby Robson bleibt trotz des Ausscheidens im Viertelfinale weiter Trainer der Nationalmannschaft. „Er hat gute Arbeit geleistet und kann so lange im Amt bleiben, wie er will," erklärte Dick Wragg vom englischen Fußball-Verband.

● **Sicherheit:** Für das Halbfinalspiel zwischen Deutschland und Frankreich haben die mexikanischen Sicherheitsbehörden besondere Maßnahmen angeordnet. Sie wollen erneute Ausschreitungen verhindern: Nach dem Spiel gegen Mexiko waren 17 Stadionbesucher festgenommen worden. „Es ist ein gefährlicher Funke, der überspringen kann," erklärte ein Polizei-Sprecher in Guadalajara. Deshalb werden aus Mexiko City Spezialeinheiten entsandt.

● **Wechsel:** Der brasilianische Nationalspieler Elzo (25) wird von Atletico Mineiro zum unterklassigen italienischen Klub Brescia wechseln. Er soll später zum AC Mailand gehen, der ihn zunächst nur an Brescia ausgeliehen hat. Diese Praxis ist in Italien üblich, solange die beiden für Ausländer reservierten Plätze vergeben sind.

● **These:** Spätestens in 20 Jahren wird Afrika im Welt-Fußball eine dominierende Rolle spielen. Das behauptet der ehemalige brasilianische Nationaltrainer Joao Saldanha. Seine These: „Durch die große Wärme haben die afrikanischen Spieler wie die Brasilianer auch weichere, elastischere Muskeln. Das kommt dem technischen Spiel zugute. Fußballer, die in kälteren Zonen aufwachsen, können eine solche Qualität des Spiels nie erreichen."

SCHWIMMEN

Weltrekord für Morales

sid, Orlando

Michael Groß vom EOSC Offenbach hat in Orlando, Bundesstaat Florida, seinen Schwimm-Weltrekord über 100 m Schmetterling verloren. Pablo Morales durchbrach am zweiten Tag der amerikanischen Ausscheidungen für die Weltmeisterschaften vom 13. bis 23. August in Madrid in 52,84 die 53-Sekunden-Barriere und löschte jene 53,08 Sekundenzeit, mit denen Groß am 30. Juli 1984 vor Morales Olympia-Gold in Los Angeles gewonnen hatte.

Für den 21 Jahre alten Studenten Morales war der Weltrekord eine ganz besondere Genugtuung. Denn er hielt auch vor dem Olympia-Finale die Weltbestmarke. Allerdings hatten seine damaligen 53,38 Sekunden nur ganze 34 Tage Bestand. „Nach meinen 53,42 im Vorlauf wußte ich, daß es gelingen kann. Jetzt brauche ich eine Ruhepause, freue mich aber auf die Auseinandersetzung mit Michael Groß bei der WM", meinte Morales.

Die 100 m Delphin waren eines der schnellsten Rennen überhaupt in der Schwimm-Geschichte. Kraul-Weltrekordler Matt Biondi belegte in 53,28 Rang zwei vor Chris O'Neill (53,93) und Craig Oppel (54,59). Die Zuschauer ahnten schon bei der 50-Meter-Wende, daß der Weltrekord von Groß fallen würde. Da nämlich blieben die Uhren für Bahn vier bei 24,59 Sekunden stehen – Groß hatte bei seinem Weltrekord eine Zwischenzeit von 24,77 Sekunden.

Michael Groß, der 22 Jahre alte Student aus Frankfurt, kann jedoch schon in dieser Woche kontern: Bei den 98. deutschen Meisterschaften in Hannover schwimmt er am Freitag den Vor- und Zwischenlauf über 100 m Schmetterling, und am Samstag muß Morales im Endlauf dieser Disziplin abermals befürchten, nur ein Kurzzeit-Weltrekordler zu sein.

SEGELN / Kieler Woche

Frauen vor dem Wind

INGA GRIESE, Kiel

„Warum fragen uns die Mädchen eigentlich nicht ab und zu mal? Wir würden ihnen gern helfen", beschwerte sich Wolfgang Hunger (Hamburg), Olympiavierter und dreifacher Kieler-Woche-Sieger im 470er bei Bundestrainer Frank Hübner (Iserlohn). Die Frage ist bezeichnend. Erst langsam gewöhnen sich die jungen Seglerinnen an die veränderten Bedingungen.

Vor zwei Jahren beschloß der Internationale Segler-Verband (IYRU), den Frauen im 470er eigene Wettfahrten bei den Olympischen Spielen einzuräumen. Premiere wird Pusan (Korea) 1988 sein. Mit dieser Entscheidung begann auch der Deutsche Segler-Verband (DSV), der bis dahin von der reinen Frauenförderung nichts hielt, sich um die Seglerinnen zu kümmern. Eine Trainingsgruppe wurde gegründet, um überhaupt erst einmal das Leistungsniveau zu testen und Frank Hübner, bislang nur für die Segler zuständig, nahm auch die Seglerinnen unter seine Fittiche. Seit Saisonbeginn 1986 sind drei Mannschaften im C-Kader. Sie haben aber noch ein Jahr „Schonfrist" und bekommen, unabhängig von der Leistung, die Europa- und Weltmeisterschaftsteilnahme finanziert.

„Noch vor einem Jahr haben die Männer nur gemauert. Keiner hat die Mädchen für voll genommen. Bei gemischten Starts war es am Anfang auch wirklich sehr chaotisch. Doch allmählich merkten sie, daß die Mädchen etwas können und das es ganz nett sein kann, mit ihnen über Trimm und Material zu reden", beschreibt Hübner, 1976 Olympiasieger im 470er, die veränderte Situation.

Mit großem Fleiß und Engagement haben sich die Seglerinnen an die Männer herangekämpft. „Jetzt sind wir sogar manchmal bei Wind schneller als sie", freut sich Sabine Hellmich (Kiel), einzige Frau im Olympiaausschuß des DSV und amtierende deutsche Meisterin bei den 470er-Frauen. Im vergangenen Jahr dominierte die 21jährige Studentin bei den deutschen Seglerinnen. Ohnehin war es schwer, andere Mädchen für diese Klasse zu motivieren. Doch in dieser Saison sieht sich Sabine ernstzunehmender Konkurrenz gegenüber. Beim ersten großen Test vor Hyères im April siegte sie nicht mit Vorschoterin Gesa Kamphausen, sondern die Berliner Crew Susanne Meyer/Katrin Adlkofer. Nach zwei Wettfahrten der Kieler Woche liegen auch Nicole Ambrasas/Karola Lehmann (Berlin) noch vor der Kielerin. „Das ist gut so, denn es ist ein Zeichen dafür, daß der Ehrgeiz in den anderen erwacht ist", betont Hübner. Die Ergebnisse seien nicht Indiz dafür, daß Sabine Hellmich so schlecht geworden, sondern daß das Niveau allgemein gestiegen ist.

Die internationale Leistungsbestimmung fällt dem Bundestrainer allerdings schwer. „Die Frauen stehen fast alle am Anfang. Es ist keine etablierte Klasse mit erfahrenen Spitzenseglerinnen. USA und Italien haben zwar einen leichten Vorsprung, aber grundsätzlich sind die Unterschiede minimal." Hübner rechnet erst in den nächsten Jahren mit Erkenntnissen über das tatsächliche Leistungsvermögen der Frauen. Die Kieler Woche gilt aber als erste Standortbestimmung auf dem Weg nach Pusan. Mit 60 Booten aus 15 Ländern ist die Regatta so stark besetzt wie noch nie eine internationale 470er Frauenwettfahrt bisher. 1985 waren vor Kiel nur 24 Boote aus sechs Ländern am Start.

Saisonhöhepunkt ist der Weltcup im September in Spanien, parallel zur Weltmeisterschaft der Männer. Zwar gibt es auch eine IYRU-Frauen-Weltmeisterschaft im August vor Vancouver, doch das reizt die Seglerinnen nicht: Sie wollen lieber den Vergleich und die Kommunikation mit den Männern.

NACHRICHTEN

Hearns bleibt Weltmeister

Las Vegas (UPI) – In Las Vegas verteidigte Thomas Hearns (USA) durch einen K.o.-Sieg in der achten Runde über seinen Herausforderer Mark Medal (USA) seinen Titel als Box-Weltmeister (WBC) im Superweltergewicht.

Hrubesch trainiert Essen

Essen (dpa) – Der 35jährige ehemalige Fußball-Nationalspieler Horst Hrubesch wird neuer Trainer beim Zweitliga-Aufsteiger Rot-Weiß Essen.

Ivanescu nach Dormagen

Dormagen (dpa) – Petre Ivanescu, 50jähriger rumänischer Meistertrainer beim VfL Gummersbach und in der vergangenen Saison bei TuSEM Essen, hat beim Zweitligisten TSB Dormagen ein neues Betätigungsfeld gefunden.

Auftakt der 2. Liga

München (sid) – Am 26. Juli startet die eingleisige Zweite Fußball-Bundesliga in ihre sechste Saison. Drei der vier Aufsteiger genießen Heimrecht, die Erstliga-Absteiger treten zum Auftakt auswärts an. Hannover 96 muß zum VfL Osnabrück, der 1. FC Saarbrücken zum FC St. Pauli. RW Essen reist zum Ruhr-Derby nach Oberhausen. Der SSV Ulm empfängt zum Auftakt Darmstadt 98, der FSV Salmrohr den Karlsruher SC. Fortuna Köln trifft am ersten Spieltag auf Arminia Bielefeld.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 191 434,20, 2: 99 732,30, 3: 6942,90, 4: 118,10, 5: 8,70. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: unbesetzt, 2: 4034,00, 3: 218,30. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 7980,00, 4: 92,70, 5: 7,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 192,00, 2: 63,20. – Rennen B: Klasse 1: 475,90, 2: 248,70. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 35 833,60.

(Ohne Gewähr).

TENNIS / Konsequenter Angriff brachte ihm den überraschenden Sieg

Mit Nervenstärke gelang Eric Jelen der große Erfolg über Kevin Curren

CLAUS GEISSMAR, London

„Ist das Euer zweiter Boris Bekker?", wollten mein australischer Nachbar und ein Südamerikaner auf der Pressetribüne von mir wissen. Keiner kannte Eric Jelen. Und ein sichtlich verblüffter britischer Reporter berichtete seinen Lesern: „Er kommt aus einer Stadt, die Trier heißen soll." Daß Eric Jelen vor 21 Jahren an der Mosel geboren wurde, daß er zur Zeit Soldat bei der Bundeswehr ist – er mußte es im Pressekeller unter dem Centre Court von Wimbledon der Tennis-Welt-Presse erst erzählen. Denn sein Überraschungssieg gegen Kevin Curren, den Endspielgegner von Boris Becker vor einem Jahr, hat Eric Jelen plötzlich ins Rampenlicht der 100. Wimbledon-Meisterschaft katapultiert.

Ein bißchen verwirrte ihn dieser unerwartete Scheinwerferglanz. Nachdem er berichtet hatte, daß er tatsächlich immer noch Bundeswehrsoldat ist mußte er anschließend prompt in der „Daily Mail" lesen: „Soldat Eric verpaßt Curren die Kugel." Im „Today" hieß es: „Deutscher Soldat marschiert durch.", im liberalen „Guardian" meldete: „Curren vom ersten Schuß eines Soldaten gefallen."

In Wahrheit war es alles weit weniger kriegerisch, obwohl auch Schiedsrichter Roger Smith, ein Offizier der Royal Airforce, für einige Querschüsse sorgte. Der Mann auf dem Schiedsrichterstuhl, der die grüne Uniformjacke aller Wimbledon-Schiedsrichter trug, wollte es dauernd besser gesehen haben als seine „Untergebenen", die an den Linien standen. RAF-Offizier Smith korrigierte ständig die Linienrichter. Kevin Curren, in diesem Jahr als Nummer elf gesetzt, war so erbost darüber, daß er anfing laut zu schimpfen. Der autoritätsbewußte Offizier im Schiedsrichterstuhl bestrafte Curren daraufhin im zweiten Satz mit einem Strafpunkt. Eric Jelen hatte sichtliche Mühe, seine Selbstbeherrschung zu bewahren, als im fünften Satz sogar wichtige Punkte auf diese Weise gegen ihn entschieden wurden. Curren und Jelen fingen sogar an, am Netz gemeinsam zu beraten, ob sie sich weiterhin solche Entscheidungen gefallen lassen sollten. Die letzte Salve kam schließlich von dem „erschossenen" Finalisten des letzten Jahres: „Der Schiedsrichter war eine Katastrophe. Aber deshalb habe ich nicht verloren. Eric Jelen hat besser gespielt als ich."



Plötzlich im Blickpunkt des Interesses: Eric Jelen. FOTO: AP

Dieses faire Anerkenntnis der Leistung des deutschen Spielers teilte auch DTB-Honorartrainer Niki Pilic. Er mußte sofort die Frage beantworten, ob Jelen sich mit diesem Sieg nach Boris Becker zum zweiten Spieler der deutschen Davis-Pokalmannschaft gemacht hat. Pilic: „Er hat gut gespielt. Aber es ist zu früh, darüber eine Entscheidung zu treffen." Die vorsichtige Antwort von Pilic hat gute Gründe. Selbst falls Eric Jelen noch zwei weitere Wimbledon-Runden übersteht: Erst in der vierten Runde trifft er dann auf den nächsten gesetzten Spieler, der zur Weltspitze gehört, den Schweden Joakim Nystroem.

Eric Jelen gab nach seinem Sieg gegen Kevin Curren zu, daß er wenig Rasenerfahrung hat. Im Londoner Queens Club war er vor zwei Wochen gegen den Australier Simon Youl (Nummer 139 der Weltrangliste) in der ersten Runde ausgeschieden. Aber die zwei Trainingswochen, die sich danach ergaben, hat er zur Umstellung auf die Rasentechnik benutzt. Gegen Kevin Curren war das konsequente Angriffstennis von Jelen am eindrucksvollsten. Daß er vier Matchbälle von Curren abwehren konnte, bewies seine Nervenstärke. Dennoch blieb bei einigen anderen spielentscheidenden Punkten sichtbar: Zur absoluten Weltspitze gehört Eric Jelen trotz seines großen Sieges noch nicht.

Mit Wohlgefallen hat die englische Presse am Montag den ersten Auftritt von Titelverteidiger Boris Becker mit seinem Blitzsieg über den Argentinier Eduardo Bengoechea aufgenommen. So schreibt die „Times": „Der verrückte Mann mit der Axt ist wieder da." Der „Daily Mirror" formulierte: „Becker machte den Centre Court zum Hinterhof des Henkers"

STELLENANGEBOTE

Die Kali-Chemie-Gruppe produziert Chemikalien, Katalysatoren, Pharmazeutika sowie Bio-Produkte und erzielt weltweit einen Umsatz von über 1,8 Mrd. DM.

Wir suchen für die Aufgabengebiete

Aus- und Fortbildung und Personalentwicklung

einen erfahrenen

Personalfachmann

Der Aufgabenbereich umfaßt u. a. die Planung und Durchführung langfristig wirkender Personalentwicklungs- und Förderungskonzepte und deren Umsetzung in Beratung sowie internen und externen Schulungsmaßnahmen. Dabei ist der Mitarbeiter auch für unsere inländischen Tochtergesellschaften zuständig.

Dem neuen Mitarbeiter sollen außerdem Aufgaben übertragen werden, die sich bei dem Einsatz der Angestellten in unseren Werken und bei der Entgeltpolitik für die Mitarbeiter der Werke ergeben.

Der künftige Stelleninhaber soll bereits über einschlägige praktische Erfahrungen in einem Industrieunternehmen verfügen und in der Lage sein, die Konzeption unserer Aus- und Fortbildung zeitgemäß weiterzuentwickeln und eigenverantwortlich durchzuführen.

Wenn Sie (Damen und Herren) über eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung verfügen und an einer vielseitigen, anspruchsvollen und selbständigen Aufgabe interessiert sind, bitten wir Sie, Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unsere Personalabteilung zu senden.



KALI CHEMIE

Ein Unternehmen der Solvay-Gruppe

Kali-Chemie AG
Hans-Böckler-Allee 20, Postfach 2 20
3000 Hannover 1, Tel. 05 11 / 8 57-1

MANNESMANN REXROTH

Brueninghaus Hydraulik GmbH

Wir sind eine Tochtergesellschaft der Mannesmann-Rexroth-Gruppe, dem führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Hochdruckhydraulik. Unser Fertigungsprogramm umfaßt Axialkolbenmaschinen mit Regel- und Stelleinrichtungen zur Übertragung hydraulischer Leistungen bis 1200 kW.

• Für unsere Kundendienstabteilung suchen wir einen

Diplomingenieur FH

– Fachrichtung Maschinenbau –

Aufgabenschwerpunkte:
- Technische Unterstützung unserer Kunden bei der Inbetriebnahme von Hydrauliksystemen,
- Durchführung von Messungen an Hydraulikkomponenten mit entsprechender Auswertung,
- Beratung der Optimierung von Funktionsabläufen.

Diese Aufgaben sind in enger Zusammenarbeit mit dem Leiter der Kundendienstabteilung durchzuführen.

Voraussetzung für diese interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit sind Erfahrungen im Kundendienst- bzw. Entwicklungs-/Versuchsbereich, verbunden mit Kenntnissen im Meßwesen. Der Bewerber sollte bereits mit hydraulischen Systemen vertraut sein. Englische Sprachkenntnisse sind erforderlich.

Wir bieten ein leistungsgerechtes Gehalt, gute Sozialleistungen sowie einen sicheren Arbeitsplatz. Bei der Wohnungssuche sind wir gerne behilflich.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an unsere Personalabteilung, oder rufen Sie uns einfach an.

Brueninghaus Hydraulik GmbH
Postfach 14 40
7240 Horb a. N. 1
Tel. 07451/92-240

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.

Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse

Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.

gwu

Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 8 90 33 12
Telex 8 587 942 pdus
Telefax 02 11 / 8903 – 993

INTERMARK OF CAMBRIDGE, LTD. Boston – Frankfurt

Die Agentur für Geschäftsverbindungen mit den USA. Wir beraten in Vertrieb, Import-Export, Infrastruktur und Produktionsfragen.

50 Staaten in den USA erfordern differenzierte Lösungen, die wir bieten. Unsere Verbindungen und die Produkte unserer Kunden sind der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg.

Sie sollten mit uns sprechen. Wir sind vertreten durch:

TBV-Consult 6078 Neu-Isenburg, Ludwig-Arnoul-Straße 7, Telefon 0 61 02 / 3 31 91, Telex 4 185 655 tbv d

---

Junger dynamischer Architekt/Ingenieur gesucht

Gutachtergesellschaft vergibt auf Grund Kapazitätsüberlastung noch einige Niederlassungen. PLZ-Gebiete mit Gebietsschutz. Tätigkeit: primär Erstellung von Verkehrswertgutachten von Immobilienobjekten. Aufträge gesichert. Enorme Verdienstmöglichkeiten. DM 50 000,- EK erforderlich.

PLANCONTROL Gutachten und Ingenieurleistungen GmbH.
Telefon 0 81 31 / 8 55 77

Exklusives Damen- und Herrenbekleidungsgeschäft

aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig im PLZ-Gebiet 4500 abzugeben.
Zuschr. erb u. R 3258 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

An alle Gastronomen!

Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen? Dann bieten Sie Ihre Tagesmenü-Karte über eine schöne Kassette an, die von einer angenehmen Stimme besprochen sowie mit schöner Musik umrahmt wird.

Melodie Musik-Studio
Postf. 21 01 16, 7500 Karlsruhe

Rudi Lam, Tel. 07 21 / 85 37 67 oder 0 72 71 / 87 75

Tätowierung ohne Nadel und Tinte

mit sämtlichen Unterlagen zum Weitervertreiben sofort zu verkaufen.
Tel. 0 30 / 6 03 56 01

Wollen Sie im Geschäfts- und Privatleben optimal auftreten?

Ich zeige Ihnen Ihre pers. Farben, Kleidung, Make-up und Frisur, für Damen und Herren.

Studio Margret, Amalienstr. 91/1
8 München 40, Tel. 0 89 / 28 55 72

An- und Verkauf

von Waren und Dienstleistungen aller Art. Tel. 02 34 / 50 15 00

Starker Partner . . .

für den Weiterausbau eines mittelständischen, modern eingerichteten Kunststoffverarbeitungsbetriebes in Süddeutschland gesucht. Aktive oder stille Beteiligung, unter Umständen auch Übernahme, sind möglich. Produktionsschwerpunkt: Thermoformen sowie notwendige Vor- und Nebenleistungen.

Interessenten nehmen bitte Kontakt auf über Chiffre 33–200234, PUBLICITAS, Service International, CH-4010 Basel

---

Spezialermittler!

Langjährige Berufserfahrung, übernimmt ungeklärte Fälle im In- u. Ausland.
Ang. u. V 3262 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ENGL. GMBH (LTD.)
Telefon 0 69 / 59 51 47
Telex 4 170 194

Time is Money

Welche internat. Industrie-Partner/innen brauchen in Sudbaden neues Domizil od. Auslieferungslager usw.? Bieten schönes 700-m²-Gewerbeobjekt in Teilhaberschaft an.
Tel. 0 72 45 / 8 29 62,
BAAS, 7552 Durmersheim

Ungewöhnliche Probleme erfordern ungewöhnliche Maßnahmen.

Nuhn-Bode & Partner
Riemannstr. 25 · Bonn 1
Tel: 0228–379955

● Spezialdetektei ● Agentur für Problemlösungen ● Persönl. Kurierdienst ● Sonderabt. für weltweite Personenauffindung ● Zentralruf Tag und Nacht

---

Funktionsausbaufähige Handelsagentur

mit Auslieferungslager wünscht Übernahme von Vertretungen für den Raum Berlin.
Ang. u. W 3263 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leasinggesellschaft

sucht noch Geschäftspartner (Hersteller u. Vertreiber), die mit uns zusammenarbeiten möchten. Leasing auch für Private. DM-Leasing GmbH, 4600 Dortmund 1, Postfach 189, Tel. 02 31 / 57 95 88

WARENRESTE

Geschäftsauflösung
kauft sofort gegen bar
Telefon 02 34 / 53 10 35
Telex 8 25 495

Freier Handelsvertreter

Generalimporteur sucht für den Vertrieb von Küchen Handelsvertreter.
Zuschr. u. P 3257 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FACHVERLAG

bietet Selbständigkeit als Grossist (Vertriebserf. erwünscht, Invest. erf.).
Tel. 0 69 / 70 81 43, Herr Kausch

Aktuell

Die WELT wird elektronisch hergestellt: An Bildschirm-Terminals werden die Texte in einen Datenspeicher eingegeben und dann in einer Belichtungseinheit vollautomatisch gesetzt – um ein Vielfaches schneller als im herkömmlichen Bleisatz.

Und die WELT-Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik. Das gibt der WELT einen oft entscheidenden Aktualitäts-Vorsprung.

Probieren Sie's aus.

DIE WELT

01-939

STELLENGESUCHE

BESONDERE KENNZEICHEN:

42 J., verh., kreativ, begeisterungsfähig, einsatzfreudig, gelernt aus Niederlagen, positive Lebenseinstellung.

Z. Zt. erfolgreich im AD, Baugeräte, Gerüste (vertragsloses Verhältnis).

Nur Verkaufen ist nicht genug. Suche Mischtätigkeit im Verkauf, Organisation, Marketing, Technik, Vertrieb usw., wo es weniger auf das Administrative als auf das Verwirklichen senkrechter Ideen ankommt.

Zuschr. erb. u. S 3259 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Die aktive Gestaltung der Unternehmenspolitik und die Steuerung von Unternehmen auf Erfolgskurs sind die markantesten Merkmale meiner Person.

Neben unternehmerischem Geschick und der fachlichen Kompetenz in allen vertrieblichen, technischen, aber auch kaufmännischen Bereichen – da Dipl.-Ing. und Betriebswirt – bin ich als aktiver Gestalter nicht nur in der Lage, Impulse zu geben, sondern besitze auch die langjährige Führungserfahrung, qualifizierte Mitarbeiter durch Vorbild leistungsorientiert zu motivieren.

Vorstands- und Geschäftsführererfahrung in den Branchen Baumaschinen, Fördertechnik, Anlagenbau und Umwelttechnik sind vorhanden.

Ich suche aus ungekündigter Position eine neue Herausforderung als

Geschäftsführer

eines Unternehmens. Ich bin gerade fünfzig Jahre alt, belastbar, aktiv, voller Unternehmergeist und in der Lage, auch Unternehmen, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Phase befinden, erfolgsorientiert zu führen.

Sollten Sie diese wenigen Hinweise interessieren, so bitte ich um Kontaktaufnahme unter L 3254 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Russisch-Übers./Dolm.

45 J., bisher freiberuflich tätig, gute Englischkenntnisse, wendig und kontaktfreudig, sucht halbtägig, später ganztägige ausbaufähige Tätigkeit. Es besteht Bereitschaft, sich in völlig neue Aufgaben einzuarbeiten (an Hamburg gebunden).

Zuschr. erb. unter K 3253 an WELT-Verlag, Postfach 10 88 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtschafts-Ing. (TU)

49 J., verantwortlich in Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft für
●●● Unternehmens-Konsolidierung und -Sanierung,
●●● Rationalisierung des Fertigungs-, Vertriebs- und Verwaltungs-Bereiches,
●●● Verkauf und Marketing in Konzeption und Umsetzung,
sucht ergebnisbezogene Aufgabe auf Geschäftsleitungsebene in Produktions-, Handels- oder Dienstleistungs-Unternehmen – bevorzugt Großraum Rhein-Ruhr.
Zuschrift. u. P 3345 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Übersetzerin

30 J., für Polnisch – Russisch – Deutsch – Englisch, mit akademischem Abschluß, gewohnt selbständig zu arbeiten, sucht neuen Wirkungskreis. West-Ost-Marktkenntnisse sowie Wirtschaftserfahrung mit den Ostblockländern sind vorhanden. Ich ortsungebunden und flexibel. Reisetätigkeiten stehe ich positiv gegenüber.

Angebote unter Y 3265 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Diplom-Ingenieurin Bauwesen

33, Bauzeichnerin, FH Bremen 1974; langjährige Erfahrung in Tragwerksplanung für Hoch- und Tiefbau, schwerpunktmäßig konstruktive Tätigkeiten im Stahlbetonbau; Englisch, Französisch;

sucht entsprechende Tätigkeit.

Auskünfte gibt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 0421/8772-579

Bundesanstalt für Arbeit

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

---

Exportkaufmann

30 J., verh., Fachhochschulreife, 9 J. Erf. in Export, Vertrieb, Marketing von Konsumart. nach Fernost und USA, Reiseerf., verhandlungssicheres Englisch, in ungek. Stellung, su. leitende Position mit Reisetätigkeit in Export oder Industrie z. 1. Okt. 1986.

Zuschr. erb. unt. M 3355 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankvorstand

42 J., bei mittl. Genossenschaftsbank, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Kredit-/Finanzinstitut.

Zuschriften erb. unter P 3103 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Finanzbuchhalterin

48 J., 35 J. Berufserfahr., EDV-Kenntn., bilanzsicher, selbständig arbeitend, sucht neuen Wirkungskreis im süddeutschen Raum.

Zuschr. erb. u. X 3264 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Mechaniker

34 J., Auslandserfahrung in Libyen (6½ Jahre), gute Kenntnisse in allen Diesel-Fahrzeugen, Hydraulik-Baggern, Kompressoren und Kleingeräten – Einsatz kann sofort erfolgen – sucht neuen Wirkungskreis im Ausland.

Zuschriften erb. unter X 3132 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstler

45 Jahre alt, 17 Jahre tätig im Außendienst, sucht zu sofort Stelle im Angestelltenverhältnis, bevorzugtes Gebiet von Hamm bis Oldenburg.

Zuschr. unt. W 3109 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

BTA (weiblich)

mit sehr gutem Abschluß an der Berufsbildenden Schule der Stadt Köln sucht z. 1. 8. 1986 interessanten Wirkungskreis.

Angeb. unt. T 3260 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

CAD-CAM

Dipl.-Ing. Nachrichtentechnik Hamburg, ausgebildet als techn. Betriebswirt, erf. in CAD-CAM, Minicomputer und Industrie-Elektronik, erfolgreich im Vertrieb, sucht verantwortliche Tätigkeit zum 1. 10. 1986.
Zuschr. erb. unter N 3256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Chemiker

Dr. rer. nat., 48 J., Werksleiter in einem mittleren Chemieunternehmen, Erfahrung in Entwicklung und Planung neuer Technologien, Produktionserfahrung in Polymeren, Tensiden, Waschmitteln, Kosmetik und Spezialchemikalien, Erfahrung im Umweltschutz und Verhandlung mit Behörden, sucht neuen Wirkungskreis aus ungekündigter Stellung.

Zuschriften erb. u. H 3340 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Automobil-Verkäufer

langj. Berufserf., ortsungebunden, z. Z. in ungek. Stellung im Vertrieb eines deutschen Spitzenfabrikates, sucht neue Herausforderung.
Zuschrift. unt. M 3343 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Niederlassungsleiter Südostasien

41 J., Deutscher, ungek., techn. u. kaufm. Ausbildung, 12 J. erfolgreiche Reise- und Auslandserfahrung im Verkauf von Maschinen und Anlagen, möchte sich verändern.
Angeb. u. Z 3266 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

CHEMICALS – CHINA

European merchant, residing in Hong Kong, with several years experience in selling/buying Chemicals to/from P. R. China, is interested in joining Chemical Manufacturer/Trader to develop the P. R. China market. Interested parties can send their offers to A 3267, WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Fachmann, IHK-Bilanzbuchhalter, bietet Programmierung, EDV-Einführung und -Betreuung. Teilzeit. Tel. 0 40 / 6 53 08 27.

Vertriebsmanager

42, führungsstarker Praktiker mit Biß, internationaler Verkaufsprofi, chem./pharm. Industrie, unternehmerisch-strategische Prägung, saubere Entwicklung, breite kaufmännische Erfahrung. Langfristige Top-Aufgabe gesucht.

Kontakt bitte unter U 3261 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Verkaufsstarke Gruppe

sucht Verbindung zu Initiatoren von gewerblichen und gemischten Immobilien. Zu vertraulichen Gesprächen mit Verkaufsnachweis stehen wir zur Verfügung.

Angebote unt. D 3314 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Repräsentative
Villa
bei Düsseldorf

mit ca. 800 qm Wohnfläche, für verwöhnte Ansprüche luxuriös renoviert. Beste Lage.

Zuschriften unter L 8178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Gepfl. Wohnanlage

norddeutsche Großstadt, 850 m² Wfl., Miete DM 80 000,- p. a., KP 880 TDM.

Zuschr. unt. K 3363 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Berlin-Wilmersdorf

Sozialer Wohnungsbau 1955, 1721 m² Wohnfl., 30 WE, lastenfrei, Abgeschlossenheit liegt vor, Kaufpreis 1 360 000,– DM.

PROTECTA GmbH Immobilien
Am Fischtal 72b, 1000 Berlin 37
Tel. 0 30 / 8 13 10 14

Gepfl. Wohnanlage

28 ETWs, 3140 m² Wfl., Großstadt Norddeutschland, frei finanziert, Miete DM 238 000,- p. a., KP 2,750 Mio.

Zuschr. unt. R 3346 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aufstockung des GmbH-Kapitals

durch Ankauf von Immobilien.

Zuschr. erb. unt. Z 3310 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

12% p. a. mindestens

und das garantiert!

Zuschr. erb. unter A 3311 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Liquiditätsbeschaffung

durch Gegengeschäfte!
Bis DM 500 000,-.
Bei positiver Auskunft!
Tel. 0208/891698
oder Zuschr. erb. unter Y 3309 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rendite-Objekte in Köln

Denkmalschutz, gewerbl., geräumte Altbauten, Sanierungsobjekte, von DM 400 000,– bis 2 Mio. DM.

Anfr. an Immobilien Bahr RDM, Laurentiusstraße 95, 5060 Berg. Gladb. 2, Tel. 0 22 02 / 3 03 60

Zwei Hallen

in Schloß Holte-Stukenbrock, Holter Str. 115–117, Ecke Siemensweg

verkehrsgünstig, in einem voll erschlossenen Gewerbegebiet, nur ca. 1 km von der Ortsmitte von Schloß Holte entfernt gelegen, mit umfangreichen Park- und Lagermöglichkeiten auf dem Grundstück, Büro- und Nebenräume vorhanden, gute Vermietbarkeit und Verkäuflichkeit, erbaut in den Jahren 1972/76/77/80, Grundstücksgröße: insgesamt 3715 m² nebst dazugehörigen 12/20 Miteigentumsanteilen an der vorhandenen Hof- und Wegefläche von insges. 729 m², gewerbliche Nutzfläche: ca. 2140 m²; Verkehrswert: DM 1 825 000,-.

Im Zwangsversteigerungstermin beim Amtsgericht Bielefeld, Niederwall 71 (Altes Landgericht), Saal 261, am 9. 7. 86, 9.00 Uhr, ggf. sehr günstig, u. U. weit unter Verkehrswert zu erwerben.

● Preisvorstellung: im Bereich von rd. DM 1 100 000,–.

Anfragen bitte an Hypothekenbank werktags, außer samstags, von 9.00 bis 16.00 Uhr, Tel.: 02 21 / 57 21 - 4 87.



Das Bundesvermögensamt verkauft

Mülheim/Baden
Mietwohngebäude, Goethestr. 17/19

Flst. Nr. 3597/5, Gr. 2735 m², mit 37 Wohnungen und Miet-Wohngebäude Bärenfelsstr. 10, 10a und 12, Flst. Nr. 3597/4, Gr. 3265 m², mit 36 Wohnungen. Alle Wohnungen sind modernisiert und vermietet.

Anfragen nach Informationsblatt beim

Bundesvermögensamt Freiburg, Stefan-Meier-Str. 70, 7800 Freiburg/i. Br., Tel. 07 61 / 2 04-39 24

In **Schleswig-Holstein**, in unserem

Einkaufszentrum Parkcenter Neumünster

sind Ladenflächen von 60–300 m² kurzfristig zur Vermietung frei.

Weiterhin vermieten wir Büroräume von 68–174 m². Besondere Ausbauwünsche können noch berücksichtigt werden.

Fordern Sie nähere Unterlagen an.

Volksfürsorge Lebensversicherung AG

Grundstücksverwaltung
An der Alster 57–63, 2000 Hamburg 1
oder Parkcenter Verwaltung Neumünster
Parkstraße 27–29, Tel. 0 43 21 / 4 36 30

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

ROSTWEHR®

Für diese dänische, in Skandinavien führende

ROSTSCHUTZGRUNDIERUNG

werden einige AGENTUREN gesucht, die gemeinsam den deutschen Markt nördlich der Mainlinie abdecken können.

Das Produkt erzielte in mehreren Ländern Spitzenergebnisse in Vergleichstests, ist ungiftig und umweltfreundlich sowie preislich wettbewerbsfähig.

Gedacht ist an Fachgroßhändler oder -agenten, die mindestens ein Postleitzahlgebiet beliefern. Vorausgesetzt werden gute Kundenkontakte im Do-it-yourself-Markt, Farben- und Autozubehörhandel sowie in der Industrie.

Interessenten wenden sich bitte an:

SCANRAAD Consulting ApS
J. Tagholmsvej 9
DK – 6791 Kongsmark
Telefon: 0 04 54 – 75 58 12

Elektro-Technik – Schaltschrankbau – Industrieinstallation

Wir haben für Sie noch Kapazitäten frei:
Fleuren, Elektro-Technik, Tel. 0 28 21 / 3 05 43, Telex: 8 11 763

Unternehmer gesucht

Wirtschaftsberatungsgesellschaft, tätig Finanz- und Kapitalsektor sowie Beratung Industrie und Handel, vergibt auf Grund Kapazitätsüberlastung noch Niederlassungen pro Bundesland mit Gebietsschutz. Enorme Verdienstmöglichkeiten gesichert. DM 50 000,- EK erforderlich.

INFRA-CONTROL
Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH, Tel. 0 81 31 / 8 55 77

Elektro-Technik – Fachpersonal

Verleih hat noch qualifiziertes Personal für Sie frei. Holen Sie doch unverbindlich ein Angebot für Fachpersonal ein, denn Fachpersonal muß nicht unbedingt teuer sein.

Fachpersonal-Service:
Fleuren, Elektro-Technik
Tel. 0 28 21 / 3 05 43, Tx. 8 11 763

ACHTUNG, UNTERNEHMEN!

Sie können Ihren Umsatz steigern, Ihr Geld sparen, denn Sie bezahlen mit Ihren Produkten oder Dienstleistungen.
Auskunft kostenlos bei/über:
Waren-Tausch-Zentrale
Postfach 10 14 29
D-6000 Frankfurt 1
Tel. z. Z. 0 61 82 / 18 07

Generalvertretung

vergibt Hersteller von med. Instrumenten für konkurrenzloses, neuartiges Spitzenprodukt auch für allgemeinen Bedarf. Schriftliche Bewerbungen mit Kapitalnachweis DM 30 000,- an

Weiss med. Instrumente GmbH
7070 Schwäbisch Gmünd-Lindach

Der NATO fehlen im Nordatlantik Kriegsschiffe

rmc. Bonn

Den NATO-Seestreitkräften mangelt es im Nordatlantik vor allem an Fregatten und Zerstörern, die die Versorgungswege zwischen den USA und Europa sichern sollen. Darauf wies der britische Vizeadmiral Geoffrey Dalton, stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber Atlantik (Saclant), in einem Vortrag in Bonn hin. „Zur möglichst risikoarmen Erfüllung aller Aufgaben im Atlantik steht Saclant lediglich die Hälfte aller erforderlichen Kräfte zur Verfügung", sagte der Vizeadmiral.

Es sei deshalb äußerst wichtig, daß die in der Allianz politisch Verantwortlichen im Rahmen eines richtig verstandenen Krisenmanagements möglichst frühzeitig den Beginn der Versorgung Europas und die Übertragung der Befehlsbefugnisse an die militärischen Befehlshaber entscheiden, meinte Dalton. Allein die Seepassage der Transportschiffe dauere etwa zehn Tage. Ihre Anfahrt in die amerikanischen Häfen im Golf von Mexiko und die Beladung seien dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Der Admiral warnte davor mit der Versorgung Europas erst dann zu beginnen, wenn dort ein Krieg ausgebrochen sei. Ebenso gefährlich sei es, den sowjetischen Seestreitkräften vor Beginn eines Konflikts die Norwegensee allein zu überlassen und ihnen überdies noch unbewacht einen freien Zugang durch die Engen zwischen Schottland, Island und Grönland in den Nordatlantik zu gestatten. Bis zum Eintreffen amerikanischer Flugzeugträger müßten europäische Seestreitkräfte in der Norwegensee „die Barriere bilden".

Die Schwäche des westlichen Bündnisses werde auch durch das qualitative Aufholen der UdSSR beim Bau von Kriegsschiffen zunehmend deutlicher. In vielen Bereichen sei die technologische Überlegenheit der NATO „papierdünn" geworden. Dalton wies dabei vor allem auf die sowjetischen Fähigkeiten hin, beispielsweise die U-Boote geräuschärmer zu machen, so daß diese immer schwerer zu orten seien. Auch sei die „Rote Flotte" bald fähig, mit einem Flugzeugträger-Verband operieren zu können. Ein entsprechend großes Schiff mit nuklearem Antrieb sei auf einer Werft am Schwarzen Meer im Bau und werde spätestens in den 90er Jahren einsatzbereit sein.

Reagan darf im Repräsentantenhaus nicht zur Hilfe für die Contras sprechen

O'Neill: Intervention des Präsidenten würde Entscheidung weiter politisieren

FRITZ WIRTH, Washington

Unmittelbar vor der heutigen Nicaragua-Abstimmung im Repräsentantenhaus, die für die Politik und das Prestige Ronald Reagans große Bedeutung hat, ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Präsidenten und dem Sprecher des Hauses, Thomas O'Neill, gekommen. Reagan hatte den Wunsch geäußert, vor der Entscheidung noch einmal im Repräsentantenhaus eine Rede zu diesem Thema zu halten, weil er das Gefühl hatte, daß sein Standpunkt in der Nicaragua-Frage nicht allen Abgeordneten geläufig sei.

Thomas O'Neill lehnte den Wunsch Reagans jedoch strikt ab. Er nannte die Absicht des Präsidenten, vor dem Haus zu sprechen, „einmalig". Eine solche Rede würde das Thema noch weiter politisieren, meinte O'Neill, der ein scharfer Gegner der Nicaragua-Politik des Präsidenten ist, und schlug als Kompromiß vor, Reagan solle sich an beide Häuser, Senat und Repräsentantenhaus, zu gleicher Zeit wenden. Reagan lehnte das ab, weil der Senat sich im Augenblick in wichtigen Debatten über die Steuerreform befinde und wies schließlich auch ein Angebot O'Neills zurück, dem Haus zu Fragen und Antworten zur Verfügung zu stehen.

Die Verfassung räumt dem Präsidenten das Recht ein, bei besonderen Angelegenheiten notfalls eines der beiden Häuser einzuberufen. Das ist bisher sechs Mal geschehen, wobei fünf Mal nur der Senat getrennt einberufen wurde. Lediglich Richard Nixon hatte während des Vietnamkrieges beide Häuser getrennt und kurz hintereinander einberufen, um vor ihnen zu sprechen.

„Wir sind überrascht und enttäuscht über die Haltung O'Neills", sagte der Stabschef des Weißen Hauses Donald Regan. „Vielleicht war er überrascht und verärgert, daß ich ihn mit meiner Bitte mitten beim Golfspielen störte", sagte Regan, „jedenfalls sagte er auf der Stelle Nein." Reagan ließ seine Rede dem Repräsentantenhaus gestern in schriftlicher Form zukommen.

Seine geplante außergewöhnliche Intervention in letzter Minute zeigt, daß der Optimismus leitender Beamter des State Departments, wonach man die Stimmen zur nötigen Mehrheit im Repräsentantenhaus sicher habe, übertrieben war. Bei der letzten Abstimmung wurde das Hilfspaket des Weißen Hauses vom Repräsentantenhaus mit 222 zu 210 Stimmen zurückgewiesen, wobei 16 Republikaner mit den Demokraten stimmten.

Zur Debatte stehen heute zwei Hilfspakete in Höhe von jeweils 100 Millionen Dollar an die „Contras" in Nicaragua. Der Plan der Demokraten sieht vor, daß 30 Millionen an humanitärer Hilfe davon unverzüglich an die „Contras" gezahlt werden und die restlichen 70 Millionen von einer weiteren Abstimmung im Repräsentantenhaus am 1. Oktober abhängig gemacht werden.

Nach den Vorstellungen des Weißen Hauses und der Republikaner sollen 40 Millionen direkt an die „Contras" gezahlt werden, wobei 28 Millionen für Militärhilfe bestimmt sind. Die restliche Summe soll in zwei Raten von 20 und 40 Millionen Dollar am 15. Oktober und 15. Februar nächsten Jahres gezahlt werden und nicht an eine besondere Abstimmung im Kongreß gebunden werden.

Positive Signale für den Gipfel

wth. Washington

Das Weiße Haus rechnet fest damit, daß das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow noch in diesem Jahr zustandekommen wird. Die optimistische Reaktion stützt sich auf den Brief Gorbatschows, der dem Präsidenten vom neuen sowjetischen Botschafter, Jurij Dubinin, überreicht wurde, obwohl Gorbatschow in diesem Schreiben weder ein Datum für den Gipfel noch für die Vorbereitungsgespräche beider Außenminister genannt hat.

Über den übrigen Inhalt des Schreibens Gorbatschows, der damit einen Brief Reagans vor 14 Tagen beantwortete, bewahrte das Weiße Haus Schweigen.

Dubinin überreichte den Brief Gorbatschows zusammen mit seinem Beglaubigungsschreiben. Reagan empfing den neuen Sowjetbotschafter am Potamac anschließend zu einem 40minütigen vertraulichen Gespräch im „Oval Office", das vom Weißen Haus als „herzlich und geschäftsmäßig" bezeichnet wurde. Aus der Reagan-Administration war zu erfahren, daß man schon vor diesem Schreiben „positive Signale" hinsichtlich des geplanten Gipfels aus Moskau empfangen habe.

Der Präsident hat diese positiven Signale mit Sicherheit in seinem Gespräch mit Dubinin nicht nur erwidert, er ließ dies auch in einem Interview mit der „Los Angeles Times" durchblicken, in dem er sich um einen bewußt versöhnlichen Ton gegenüber der Sowjetunion bemühte, wie er das bereits in seiner Glasboro-Rede der vergangenen Woche getan hatte. Reagan nannte in diesem Interview die amerikanischen Beziehungen zu Moskau „solider, als sie es für lange Zeit gewesen sind".

Zugleich weigerte er sich, den umstrittenen SALT-Vertrag, den er am 27. Mai aufgekündigt hatte, offiziell für tot zu erklären. Da Reagan sich zu dieser Frage bereits zuvor bewußt unpräzise geäußert hat, verstärkt sich in Washington der Eindruck, daß Reagan den in seiner jetzigen Form für ihn unakzeptablen Vertrag noch zum Gegenstand künftiger Abrüstungskontrollverhandlungen machen will.

Einige Unklarheiten hinterließen ferner Äußerungen Reagans, wonach die Installierung des SDI-Programms nach Abschluß der Forschungsphase noch zum Gegenstand von Verhandlungen mit der Sowjetunion sein werde. Spekulationen darüber wurden gestern jedenfalls von Verteidigungsminister Weinberger scharf zurückgewiesen, der erklärte, daß das SDI-Programm „kein Verhandlungsgegenstand" sei.

„Der Präsident steht fest zu diesem Programm", sagte Weinberger, der im übrigen scharf die geplanten Etatkürzungen des Kongresses am Programm einer weltraumgestützten Raketenabwehr (SDI) kritisierte. Weinberger nannte diese Bemühungen „einen Versuch, das SDI-Programm bereits in der Wiege zu töten".

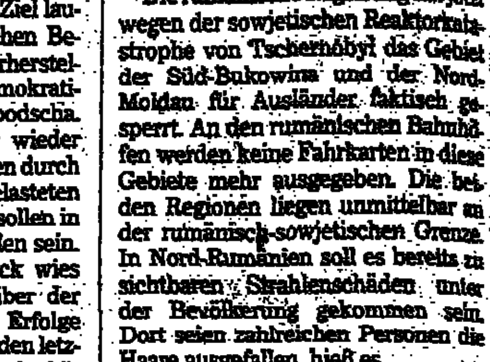
Son Sann fordert von Bonn Druck auf Vietnam

WELT-Gespräch mit dem kambodschanischen Exilpolitiker

BERNT CONRAD, Bonn

Die anti-vietnamesischen Widerstandskräfte Kambodschas hoffen, die Truppen Hanois durch internationalen Druck und militärische Aktionen auf längere Sicht zum Rückzug aus Kambodscha veranlassen zu können. Dies hat der Ministerpräsident der „Koalitionsregierung des demokratischen Kampuchea" und Präsident der „Nationalen Befreiungsfront der Khmer-Volkes", Son Sann, in einem Gespräch mit der WELT deutlich gemacht. Jüngste militärische Erfolge haben ihn in seiner Zuversicht bestärkt.

Vom Westen und auch von der Bundesregierung erwartet der 75jährige Exilpolitiker eine wirksame Unterstützung der Widerstandskräfte und die Aufrechterhaltung wirtschaftlichen und diplomatischen Drucks auf Vietnam bis zu dessen Rückzug aus Kambodscha. Dafür hat Son Sann in den vergangenen beiden Tagen in Unterredungen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Hans Stercken (CDU), und anderen Politikern in Bonn geworben.



Son Sann zu Besuch in Bonn FOTO: DPA

Als Ergebnis zeichnet sich ab:

1. Die Bundesregierung unterstützt den Acht-Punkte-Vorschlag der von der UNO anerkannten kambodschanischen Exilregierung für eine politische Lösung des Kambodscha-Problems.
2. Im Bundestag besteht die Bereitschaft zu einem Menschenrechts-Hearing über Kambodscha.

Son Sann, der schon 1958 unter Prinz Norodom Sihanuk zum ersten Mal Minister war, hatte sich vor vier Jahren entschlossen, gemeinsam mit den Anhängern Sihanuks und den Roten Khmer eine Koalitionsregierung zu bilden. Ihr erklärtes Ziel lautet: Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen und Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen und neutralen Kambodscha. Dabei ergaben sich immer wieder Differenzen, besonders mit den durch ihre blutige Vergangenheit belasteten Roten Khmer. Die Konflikte sollen in jüngster Zeit seltener geworden sein.

Mit besonderem Nachdruck wies der Kambodschaner gegenüber der WELT auf die militärischen Erfolge der drei Koalitionspartner in den letzten Monaten hin: „Anders als in früheren Jahren hatten wir 1986 bisher keinen großen Kampf an der kambodschanisch-thailändischen Grenze, weil wir jetzt nach Kambodscha hineingehen, und zwar in kleinen Kommandos. Die Koalition ist jetzt dort mit 40 000 Soldaten."

Konkret stellte Son Sann fest: „Ende April haben wir die Vietnamesen in Battambang im Nordwesten Kambodschas angegriffen."

WELT: „War das ein Erfolg?"

Son Sann: „Ja, viele Vietamesen sind getötet oder verwundet worden; auch zwei sowjetische Berater wurden getötet. Wir haben die Vietnamesen auch in Kompongspeu in Mittelkambodscha angegriffen, 50 Kilometer entfernt von Phnom Penh."

WELT: „Das ist aber sehr nah an der Hauptstadt."

Son Sann: „Ja. Ein anderes Kommando befindet sich jetzt sogar in unmittelbarer Nähe Phnom Penhs. Es greift Ortschaften in der Umgebung der Hauptstadt an. So kann ich sagen: Wir sind nicht in einer schwachen Position. In dieser Lage haben wir unseren Acht-Punkte-Vorschlag gemacht."

Nach Son Sann befürworten 40 Staaten diesen Plan, der den Abzug der vietnamesischen Truppen, freie Wahlen und die Unabhängigkeit eines neutralen Kambodscha vorsehe.

Seite 2: Son Sann meldet Erfolge

Rumänien sperrt Ferienregionen wegen Tschernobyl

cgs. Belgrad

Die rumänische Regierung hat jetzt wegen der sowjetischen Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das Gebiet der Süd-Bukowina und der Nord-Moldau für Ausländer faktisch gesperrt. An den rumänischen Bahnhöfen werden keine Fahrkarten in diese Gebiete mehr ausgegeben. Die beiden Regionen liegen unmittelbar an der rumänisch-sowjetischen Grenze. In Nord-Rumänien soll es bereits zu sichtbaren Strahlenschäden unter der Bevölkerung gekommen sein. Dort seien zahlreichen Personen die Haare ausgefallen, hieß es.

Doch nicht nur in Rumänien, sondern auch in Jugoslawien sind die Katastrophen-Folgen spürbar. Professor Dusan Kanasir, einer der angesehensten Physiker Jugoslawiens, hat die Belgrader Regierung und die Behörden des Landes wegen ihres Verhaltens nach der sowjetischen Reaktorkatastrophe heftig kritisiert. Er erklärt in einem Brief an die jugoslawische Bundesregierung, der Schutz der Bevölkerung Jugoslawiens vor radioaktiver Strahlung habe sich als völlig unzulänglich erwiesen. Die jugoslawische Bevölkerung sei zu spät darüber informiert worden, welche Vorsichtsmaßnahmen zu treffen seien, um die schädlichen Folgen länger anhaltender radioaktiver Strahlung zu vermeiden.

Kanasir fordert die jugoslawische Regierung auf, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie dem Vorhandensein langlebiger radioaktiver Isotope in der Nahrungsmittelkette begegnet werden könne. Wenn diese Isotope in den menschlichen Organismus gerieten, stellten sie dort eine gefährliche Quelle ständiger radioaktiver Strahlung dar und könnten langfristig – Kanasir spricht von einem Zeitraum über mehrere Jahrhunderte – Gen-Mutationen herbeiführen oder noch nach mehreren Jahrzehnten Krebs auslösen. Für Jugoslawien bestehe die Gefahr, daß das Getreide und der Mais der diesjährigen Ernte kontaminiert seien.

Da bisher aber keinerlei Maßnahmen getroffen worden seien – Kanasir kritisiert vor allem, daß man es unterlassen habe, die Erde tief umzupflügen und den kontaminierten Klee zu vernichten – bestünden für Jugoslawien im Zusammenhang mit der Ernährung der Bevölkerung ernste ökonomische und ethische Probleme.

„Berlin ist ein Vorbild bei der Technologie-Forschung"

Außenminister Genscher plädiert für Mut zur Zukunft

Co. Bonn/Berlin

Bundesaußenminister Genscher hat dazu aufgerufen, in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland „Zukunftsdenken hineinzutragen" und ihr „Mut zur Zukunft zu geben". Schreckensbilder von einem möglichen Mißbrauch des technischen Fortschritts gebe es bereits genug. Jetzt komme es darauf an, den technischen Fortschritt mit kühnen Zukunftsprojekten gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen, sagte Genscher gestern in Berlin bei der Verleihung des „IBM-Europa-Preises" an Professor Schäfer, Direktor des Max-Planck-Instituts für biophysikalische Chemie.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl habe einen Rückschlag für den Aufbruch in ein neues technisches Zeitalter gebracht. Daraus dürfe jedoch keine neue „Welle der Irrationalität und der Technologiefeindschaft" werden, die Deutschlands und Europas Zukunft verspielen könnte. Tatsächlich eröffneten die neuen Schlüsseltechnologien nicht nur die Aussicht auf ein langanhaltenes Wirtschaftswachstum, sondern sie könnten in ein neue Art Wachstum führen, das den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie löse, der zum Grundproblem im Industriezeitalter geworden sei.

Mit Nachdruck plädierte Genscher für eine enge europäische Zusammenarbeit im Bereich der Hochtechnologie mit dem Ziel einer „europäischen Autonomie". Diese Autonomie sollte nicht mit Autarkie verwechselt werden. Vielmehr sei sie die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Kooperation mit Amerika, Japan und anderen Ländern.

Als Vorbild bei der Erforschung neuer Technologien rühmte der Minister Berlin. Die Stadt sei wieder ein Zentrum der Wissenschaft und Technik geworden. Berlin sei zugleich „eine Stadt des Wagnis-Kapitals, der jungen Unternehmer"; es entwickle sich dank einer dem Neuen aufgeschlossenen Käuferschicht zu einem Testmarkt für innovative Produkte. „Mit einem Wort: Berlin ist heute wieder voller Ideen, voller Vitalität und voller Kreativität. Berlin ist nicht nur eine Reise, es ist auch viele Zukunftsinvestitionen wert."

„Kernkraft nicht das letzte Wort"

dpa, Stockholm

Zu Spekulationen über einen möglichen Ausstieg der „DDR" aus der Kernenergie führten Äußerungen des Staats- und Parteichefs Erich Honecker gestern in Stockholm. Honecker erklärte in einem Interview mit der „Dagens Nyheter": „Ich persönlich halte die Kernkraft nicht für das letzte Wort." Er verwies darauf, daß die „DDR" lediglich drei Prozent ihres Energiebedarfs aus der Atomkraft decke. Bei einem Anteil von 40 bis 60 Prozent der Energieversorgung sei ein Ausstieg aus der Kernenergie „natürlich schwerer" möglich, meinte Honecker mit Blick auf die westlichen Industrienationen.

Einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland stellte der „DDR"-Staats- und Parteichef für einen „geeigneten Zeitpunkt" in Aussicht. Ein geeigneter Zeitpunkt sei bei einer Verständigung auf bilaterale und internationale Fragen gegeben. Schritte in die richtige Richtung seien dabei mit der gemeinsamen Erklärung Honeckers und des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur Unverletzlichkeit bestehender Grenzen und zur Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten innerhalb dieser Grenzen gemacht worden.

Plädoyer für Weltraummacht Europa

Expertengruppe empfiehlt: Nationale Projekte unter dem Dach der ESA zusammenfassen

DW. Bonn

Ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik Deutschland und mehr Gemeinsamkeit der Westeuropäer in der Weltraumforschung hat jetzt eine deutsche Expertengruppe vorgeschlagen. Die westeuropäischen Länder sollten sich als „Weltraummacht des 21. Jahrhundert" verstehen und dafür ein entsprechendes Weltraumprogramm entwickeln. Ziel dieses Programms müsse der Bau von eigenen Raumtransportsystemen und einer bemannten Weltraumstation sein.

Dies sind die Kernaussagen eines Berichts, der gestern in Bonn vorgestellt wurde, und mit dem praktisch die Position des ehemaligen Abteilungsleiters im Forschungsministerium Wolfgang Finke unterstützt wird. Minister Riesenhuber hatte den Spitzenbeamten vor kurzem wegen Meinungsverschiedenheiten in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der Bericht war von einer Arbeitsgruppe unter Federführung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erarbeitet worden, der neben Fachleuten aus Wissenschaft, Industrie, Gewerkschaften und Politik auch Finke angehört.

Der Bericht plädiert auch für eine deutsche Beteiligung an dem französischen Raumgleiter-Projekt „Hermes" mit einem Finanzierungsanteil von mindestens 30 Prozent. Nach Informationen der Nachrichtenagentur AP waren am Montag Finanzminister Stoltenberg und Forschungsminister Riesenhuber übereingekommen, sich zunächst an der sogenannten Definitionsphase für die französische Raumfähre zu beteiligen.

Die Vorschläge des Expertenberichts zielen unter anderem auf einen Zusammenschluß der einzelnen Weltraumprogramme der westeuropäischen Länder unter dem Dach der ESA sowie auf eine selbständige westeuropäische Präsenz im Weltraum. Neben dem Bau von „Hermes" soll auch die Trägerrakete „Ariane" weiterentwickelt werden.

Ihre Forderungen begründen die Autoren des Berichts damit, daß eine aktive Beteiligung an der Luft- und Raumfahrt wirtschaftlich und sozial nutzbringend sei, für die gesamte Wirtschaft innovatorisch wirke, den Strukturwandel der Industrie erleichtere und neue Arbeitsplätze schaffe: Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Siegfried Bleicher, wies in einem Sondervotum allerdings darauf hin, daß in der Frage der erwarteten Innovations- und Technologieschübe die Gegenargumente nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Derartige Schübe könnten auch ohne eine „milliardenschwere Umwegfinanzierung über weltraumtechnische Prestigevorhaben" erreicht werden.

Nach Überzeugung der Arbeitsgruppe können es sich weder die Bundesrepublik Deutschland noch Westeuropa leisten, die Raumfahrt anderen zu überlassen, da sie zu einem wesentlichen Faktor der Außen- und Sicherheitspolitik geworden sei. In diese Richtung zielt auch das Plädoyer für den Ausbau der weltraumgestützten Erdbeobachtungen und für ein Schwerpunktprogramm „Robotik und Automation" im Weltraum. Ein europäischer Satellit sollte für die Überwachung von Rüstungskontrollabkommen eingesetzt werden.

Weiter heißt es in dem Bericht, in Zukunft dürfte auch die Verwendung weltraumgestützter Sensoren für die Abwehr von taktischen Raketen und Marschflugkörpern (ATM) an Bedeutung gewinnen. Die der Arbeitsgruppe angehörenden SPD-Abgeordneten Fischer und Klejdzinski lehnten allerdings in einem abweichenden Votum ein solches ATM-System ab, da es sich nicht mit den notwendigen Abrüstungsbemühungen vertrage.

Seite 12: Hermesprojekt im Visier

Post zahlt zu wenig

cd. – Die Post hat zwar ihre ursprünglichen Vorstellungen über die Konditionen ihrer neuen Anleihe nicht durchsetzen können. Dennoch hat das Papier alle Chancen, den Kapitalmarkt um einen neuen Flop zu bereichern und die unverkäuflichen Rentenbestände der Banken um weitere anderthalb Milliarden anzureichern. Ein Zinssatz von sechs Prozent ist einfach nicht attraktiv genug. Er ist auf ausländische Interessenten zugeschnitten, die für Bundesanleihen wegen deren besserer Marktfähigkeit gern etwas mehr zahlen als zum Beispiel für Pfandbriefe. Aber die ausländischen Anleger zeigen dem Markt derzeit die kalte Schulter.

Einmal, weil das Aufwertungspotential der D-Mark nur noch als so gering eingeschätzt wird, daß es keinen ausreichender Ausgleich mehr bringt für die höhere Verzinsung in anderen Währungen. Zum anderen zeichnet sich immer deutlicher ab, daß kaum noch weitere Kursgewinne winken, weil sich die Aussichten auf einen neuerlichen Zinsrückgang immer weiter verschlechtern. Dies nicht zuletzt, weil die Bundesbank kaum eine Gelegenheit ausläßt, Zinssenkungshoffnungen zu dämpfen. Gelegentlich wird sogar befürchtet, die Bundesbank könnte die monetären Zügel wegen der starken Geldmengenausweitung straffen. Solche Ängste erscheinen nicht berechtigt.

Wenn Ausländer die teuren Bundesanleihen nicht kaufen, müßten die Anleihekonditionen auf Inländer zugeschnitten werden. Das würde allerdings für die Postanleihe einen Zins von 6,75 statt sechs Prozent bedeuten. Ewig lange kann der Staat an dieser Marktwahrheit nicht mehr vorbeisehen, ohne sein Emissionsstanding zu ruinieren.

Ob es hilft?

hg – Die bayerische Staatsregierung sorgt sich um die verbrauchernahe Versorgung ihrer Bürger auf dem Land. Darum will sie die Zahl möglicher Standorte für Großobjekte des Einzelhandels im Zuge der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms von 756 auf 287 verringern. Ob es hilft? Auf die Dauer wohl kaum, denn der Versuch, kleinen Einzelhändlern dadurch das Überleben zu sichern, daß man sie gegen leistungsfähige Konkurrenz abschottet, findet sozusagen am untauglichen Objekt statt. Auch ohne den Wettbewerb durch Verbrauchermärkte werden sie nur dann überleben, wenn ihnen ihr Umsatz mindestens das Gehalt eines Facharbeiters sichert. Dazu müßten die Erlöse aber bei etwa drei Millionen Mark im Jahr liegen, und die sind auf dem Dorf nicht zu holen. Dort aber lebt die Zielgruppe, um deren Versorgung man sich in München Gedanken macht. Im übrigen wollen Dorfbewohner nicht „Tante Emma", sondern Aldi. Ob die Staatsregierung das weiß?

WERFTINDUSTRIE / Gemeinsames Gutachten der norddeutschen Küstenländer

Katastrophale Auftragslage zwingt zu radikalem Abbau der Kapazitäten

GEORG BAUER, Hamburg

Die Werftindustrie der Bundesrepublik Deutschland muß zur Sicherung ihrer Existenz die Kapazitäten um mindestens 30 Prozent abbauen. Zu diesem Ergebnis kommt ein gemeinsames Gutachten des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und -logistik in Bremen (ISL) und der Treuarbeit in Frankfurt, das im Auftrag der vier norddeutschen Bundesländer erstellt worden ist. Das erst in einem Entwurf vorliegende Gutachten wird Grundlage der Beratungen der Wirtschaftsminister aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sein, die sich heute in Bremen treffen.

In der Beurteilung der derzeitigen Situation kommen die Gutachter zu dem Schluß, daß angesichts der katastrophalen Auftragslage aufgrund der weltweiten mangelhaften Nachfrage nach Tonnage die meisten Werften in der Bundesrepublik am Ende dieses Jahres ohne Arbeit sein werden. Den Tiefpunkt der Krise in der Werftindustrie terminieren die Experten auf das Jahr 1988. Weltweit sei dann mit einem Bedarf an Schiffsneubauten in einer Größenordnung von allenfalls rund sieben Millionen GBRT zu rechnen. Im Vergleich: Im vergangenen Jahr belief sich die Zahl auf 13,7 Millionen GBRT. Dem stehen weltweit Kapazitäten zum Bau von Schiffen in Höhe von rund 18 Millionen GBRT gegenüber.

Die Gutachter rechnen damit, daß bestimmte Schiffstypen wie Chemiekalientanker oder Rohöltanker überhaupt nicht mehr gefragt sein werden. Und auch der Wunsch nach Spezialschiffen, auf die sich insbesondere die Werftindustrie in der Bundesrepublik konzentriert hat, weiter abnehmen wird. Insgesamt schätzen die Gutachter die Überkapazität im Bereich der Tankerfahrt auf 25 bis 30 Prozent, bei der trockenen Massengutfracht auf 15 bis 20 Prozent und bei der Containerfahrt auf zehn bis 15 Prozent. Wenn nicht bald Maßnahmen zum Abbau der Tonnage getroffen werden würden – so die Analyse – dürfte sich die Überkapazität auf 60 Prozent erhöhen mit der Folge, daß die Krise bis ins nächste Jahrzehnt andauern würde.

Bei einem entschiedenen Gegensteuern erwarten die Experten eine Entspannung der Situation zu Beginn der neunziger Jahre. In allen Bereichen des Schiffsneubaus sei dann mit einer ansteigenden Nachfrage zu rechnen, die sich weltweit bei einem Bedarf in Höhe von 17 Millionen GBRT bewegen wird.

Mit Blick auf die Lage der Werften in der Bundesrepublik, die im vergangenen Jahr einen Anteil am Weltmarkt von fünf Prozent hatten, lassen die Experten keinen Zweifel daran, daß ein Personalabbau bei den Werften das Problem nicht löst. Vielmehr müßten Unternehmen den Weg in den Konkurs antreten. Hierzu heißt es wörtlich in der Analyse: „Die Kürzung der Fertigungsstunden für den Handelsschiffsneubau im Interesse leistungsfähiger Unternehmenseinheiten wird deshalb weit überwiegend durch Betriebsstillegungen realisiert werden müssen."

Das Neubauvolumen wird dabei im kommenden Jahr – wie bereits in diesem – auf 0,5 bis 0,6 Mrd. DM geschätzt. In der Zeit von 1983 bis 1985 beliefen sich die Beträge pro Jahr auf 2,2 Mrd. DM. Auch eine weitere Spezialisierung könne an der Entwicklung der Situation nichts ändern. Auch rechnen die Gutachter damit, daß der Anteil am Weltmarkt bei einem Bauvolumen von rund 375 000 GBRT auf unter vier Prozent fallen wird.

In der Arbeit wird die Bedeutung der Reeder in der Bundesrepublik für die Werften hervorgehoben. Sie vergeben rund 75 Prozent der Aufträge. Die Experten schlagen daher mit Blick auf Bonn und die Küstenländer vor, sie wieder stärker zu unterstützen. So müßten die Beträge der öffentlichen Hand verdoppelt und früher ausgezahlt werden. Auch sollten Rückzahlungen erlassen werden. Außerdem sollte sich Bonn dazu entschließen, Bürgschaften für Kredite zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen zu gewähren. Als unverzichtbar stellt das Gutachten das mit Steuervorteilen verbundene schifffahrtsfremde Eigenkapital heraus.

CDU-MITTELSTAND

Novelle zum Kartellgesetz gilt als unvermeidlich

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Konzentration im Handel bekommen wir mit dem geltenden Kartellrecht nicht in den Griff." Hansheinz Hauser, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung seiner Partei, hält eine Novelle deshalb für unumgänglich. Im Mittelpunkt werden dabei der Verdrängungswettbewerb, die Rabattdiskriminierung und die Fusionskontrolle stehen, sagte Hauser in einem Gespräch mit der WELT.

Die Untauglichkeit der Fusionskontrolle als Instrument gegen die Handelskonzentration hält der Politiker für bewiesen, nachdem der Bundesgerichtshof die vom Kartellamt in Sachen Kaufhof/Metro vorgenommene Marktabgrenzung kritisiert hat – mit dem Effekt, daß diese Fusion kaum noch zu untersagen sein wird. Nach seinen Vorstellungen könnte eine spezielle Fusionskontrolle für den Handel nach dem Muster der Pressefusionskontrolle eine geeignete Lösung sein, „etwa, indem man unterscheidet zwischen Unternehmen, die nur am Binnenmarkt operieren und solchen, die sich am Weltmarkt behaupten müssen". Wobei er sich freilich bewußt ist, daß sich das Kernproblem der Fusionskontrolle im Handel, nämlich die Marktabgrenzung, nicht dadurch aus der Welt schaffen läßt, daß man die Eingriffschwelle für die Kontrolle von derzeit 25 Prozent niedriger hängt.

Eine generelle Herabsetzung dieser Schwelle auf zehn Prozent, wie sie der SPD-Abgeordnete Uwe Jens ins Gespräch gebracht hat, findet er „zu niedrig", und „völlig inakzeptabel" sei die von der SPD vorgeschlagene Installierung einer Entflechtungsklausel im Kartellrecht. Auch der Einfluß der Banken gehöre nicht in dies Gesetz, meint Hauser, der allerdings einräumt, „daß wir das bei der Novelle zum Kreditwesengesetz hätten berücksichtigen sollen".

Dem Verdrängungswettbewerb vor allem im Lebensmittelhandel, seit Jahren Sorgenkind von Mittelstandspolitikern jeglicher Couleur, möchte Hauser von zwei Seiten in den Griff bekommen: erstens durch eine „Entrümpelung" des einschlägigen Paragraphen 37a Abs. 3, damit systematische Untereinstandspreis-Angebote wirksam verfolgt werden können. Zweitens durch ein Instrument, das eine Munitionierung mächtiger Einzelhändler mit Mitteln der Produzenten verhindert, die sie dann einsetzen, um kleinere Wettbewerber zu verdrängen. Diskutiert wird ein allgemeines Diskriminierungsverbot nach dem Vorbild des amerikanischen Robinson-Patman-Act, der Herstellern jegliche Ungleichbehandlung ihrer Kunden verbietet.

In diesen Vorschlägen sieht Hauser freilich Zündstoff für die Koalition, weil die FDP andere ordnungspolitische Vorstellungen habe. Einig weiß er sich indes mit der bayerischen Staatsregierung, „und das ist innerfraktionell schon die halbe Miete".

Behutsamer Ansatz

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Rundum positiv war die Reaktion der europäischen Finanzminister auf das Programm der EG-Kommission für eine schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Das läßt auf baldige Fortschritte bei den weiteren Expertenberatungen hoffen. Zumindest der vorliegende Richtlinienentwurf scheint konsensfähig zu sein. Er zeugt vom deutlichen Bemühen der Kommission niemanden politisch zu überfordern.

Seit Anfang der sechziger Jahre sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet alle Beschränkungen für kurz- und mittelfristige Handelskredite, für Kapitaltransfers mit persönlichem Charakter, für Direktinvestitionen, Versicherungsleistungen und für den Erwerb von börsennotierten Wertpapieren aufzuheben. Die tatsächliche Liberalisierung ist jedoch erheblich hinter diesem Stand zurückgeblieben. Einige EG-Regierungen haben fleißig von der einschlägigen Schutzklausel des Römischen Vertrages Gebrauch gemacht. Die EG-Behörde versäumte es über Jahre hin auf eine zeitliche Befristung der genehmigten Ausnahmeregelungen hinzuwirken.

Inzwischen ist nicht nur die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung gewachsen sondern auch die Einsicht, daß eine Abschottung der nationalen Kapitalmärkte keinen Ersatz für eine stabilitätsorientierte Politik darstellt. Vor allem die Bemühungen um einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt legen es nahe neue Anstrengungen zur Liberalisierung der Kapitalbewegungen zu unternehmen.

Was nützt es schließlich, das angestrebte freie Niederlassungsrecht für Kreditinstitute und Versicherungen zu verwirklichen, wenn dieses nicht mit Maßnahmen zur schrittweisen Verzahnung der Kapitalmärkte einher geht? Auch die Probleme der unterschiedlichen Besteuerung von Kapitalerträgen müssen eines Tages angepackt werden. Nur so ist das Ziel eines europäischen Marktes wirklich zu erreichen.

Neben einer völligen Anwendung der geltenden Kapitalmarktbestimmungen will die Kommission daher zusätzlich für einige Transaktionen die Verpflichtung zu einer bedingungslosen Liberalisierung schaffen, für die bisher noch Schutzmaßnahmen im „höheren" nationalen Interesse ergriffen werden können. Gedacht ist an langfristige Handelskredite, an den Erwerb von nicht an der Börse notierten Aktien, Investmentzertifikaten und Schuldverschreibungen sowie an die Emission, die Plazierung und Börsenzulassung solcher Papiere.

Große Veränderungen gegenüber dem bisherigen Liberalisierungsgrad würden dadurch nicht eintreten. Schon jetzt nämlich behandeln die meisten EG-Länder alle Wertpapiere devisenrechtlich gleich. Geldmarktpapiere und kurzfristige Guthaben sollen erst weiter vom Liberalisierungsgebot ausgenommen werden. Langfristige Handelskredite spielen für die Zahlungsbilanzen meist keine sehr große Rolle.

Die Bedeutung der vorgeschlagenen Richtlinien liegt also nicht so sehr im Praktischen wie im Grundsätzlichen: Die Regierungen sollen sich verpflichten nochmals ein Stück wirtschaftlicher Autonomie aufzugeben. Der Verzicht auf Beschränkungen des Kapitalverkehrs engt naturgemäß den Spielraum für nationalstaatliches Handeln ein. Er zwingt zu einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik, da sonst mit einem Devisenabfluß zu rechnen ist der das innerstaatliche Gleichgewicht ernsthaft in Frage stellen könnte.

Der Römische Vertrag zielt eindeutig auf einen freien Geld- und Kapitalverkehr ab. Schon inden sechziger Jahren hätten die mit dem Funktionieren des Gemeinsamen Marktes nicht zu vereinbarenden Beschränkungen abgeschafft werden müssen. Gerade die Scheu einiger EG-Länder sich den Zwängen einer liberalen Geld- und Kreditpolitik zu beugen, ist für den Harmonisierungsrückstand in der Gemeinschaft verantwortlich. Daran wird sich so schnell wohl auch künftig nichts Grundlegendes ändern.

Aus deutscher Sicht hätten die Vorschläge der Kommission sehr viel mutiger sein können. EG-Präsident Jacques Delors zog jedoch einen realistischen Ansatz vor. Grundsätzlich will die Kommission zwar demnächst die völlige Liberalisierung anpeilen, doch dürften auch künftig noch zahlreiche Beschränkungen bestehen bleiben. Die Aussicht für Fortschritte werden von der allgemeinen Entwicklung in der EG abhängen.

AUF EIN WORT

„Die Nutzung des Verteilungsspielraums für mehr Freizeit hat auch den Konsum geschwächt. Vor allem aber hat die Arbeitszeitverkürzung den Facharbeitermangel erheblich verschärft, was in unserem Tarifgebiet besonders deutlich zu spüren ist. Wo aber Facharbeiter fehlen, wird das Wachstum und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beeinträchtigt."

Hans Peter Stihl, Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg. FOTO: DIE WELT

Iran-Auftrag für Krupp

J. G. Düsseldorf

Für 190 Millionen Mark erhielt die Krupps Koppers GmbH, Essen, aus dem Iran den Auftrag zum Bau einer Anlage für den Polyesterfaservorstoff DMT, die mit 60 000 Jahrestonnen 1989 bei Isfahan in Betrieb gehen soll. Die Krupp-Konzerntochter erinnert bei diesem gegen „harte japanische Konkurrenz" gewonnenen Auftrag daran, daß sie in den letzten 20 Jahren mehr als eine Million Tonnen Jahreskapazität solcher nach dem Dynamit Nobel-Verfahren arbeitenden Anlagen gebaut und einen Weltmarktanteil von über 80 Prozent erzielt habe.

WECHSELKURSE

Dollar erholte sich nach Einbruch in New York wieder

cd. Frankfurt

Der Dollar, der am Montag zeitweilig auf über 2,2750 DM geklettert war, erlebte in New York vorübergehend einen Einbruch auf nur noch 2,2150 DM. Im Verlauf des gestrigen Geschäfts hat sich die US- Währung allerdings wieder etwas erholt. Bei der amtlichen Notierung in Frankfurt war der Kurs dennoch mit 2,2289 DM genau vier Pfennig niedriger als am Montag. Auch gegenüber dem japanischen Yen gab der Dollar vorübergehend stark nach; er streifte die Marke von 166 Yen. In New York herrschte am Montagabend panikartige Ausverkaufsstimmung am Dollarmarkt, für die man lediglich technische Erklärungen parat hatte; Interventionen der amerikanischen Notenbank hat es nach zuverlässigen Informationen entgegen anders lautenden Gerüchten nicht gegeben.

So war der Markt bei dem vorangegangenen Anstieg um acht Pfennig bei Kursen von 2,2750 DM heißgelaufen. Als sich die Aufwärtsbewegung nicht fortsetzte, begannen schon am späten Montagnachmittag erste Glattstellungen spekulativer Positionen, die auf den Kurs drückten. Der Druck verstärkte sich erheblich, als dadurch Limite von stop-loss-Orders erreicht wurden und charttechnische Widerstandslinien nach unten durchbrochen wurden.

Derartige heftige Bewegungen zeigen einmal mehr, daß Wechselkurse wichtiger Währungen weniger von kommerziellen Transaktionen als vielmehr von großen Finanztransaktionen vor allem von Investmentfonds und Multis bestimmt werden. Deren Einfluß auf den Markt übertrifft den der Banken oft erheblich.

LANDESBANK SÜDWEST

Lothar Späth: „Ich habe die Nase erst einmal voll"

nl. Stuttgart

„Ich habe jetzt erst einmal die Nase voll, wir lassen die Sache zunächst einmal eine Weile liegen." Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth machte auf der allwöchentlichen Dienstag-Pressekonferenz in Stuttgart aus seiner Enttäuschung über die geplatzte Viererfusion der öffentlich-rechtlichen Spitzeninstitute im Südwesten keinen Hehl. Geärgert habe er sich über die „relativ egoistische Position" von Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel, seines Zeichens Verwaltungsratsvorsitzender der Landesgirokasse Stuttgarts, und der weiteren Vertreter der Stadt in jenem Gremium, die es verhindert habe, „wichtige strukturelle Notwendigkeiten zu realisieren". Bekanntlich hatte sich der Verwaltungsrat der Landesgirokasse ziemlich überraschend vor einer Woche mehrheitlich gegen die Beteiligung an der Viererfusion ausgesprochen, wobei die Landesgirokasse zusammen mit der Landeskreditbank Baden-Württemberg in Karlsruhe und den beiden Kommunalen Landesbanken in Mannheim und Stuttgart zu einer neuen großen Landesbank hätte verschmolzen werden sollen.

Dieses Projekt sei – so Späth – gescheitert, doch wollten die Sparkassen-Organisationen in einer Reihe von Gesprächen in den nächsten Tagen neue Vorschläge unterbreiten. Er, Späth, habe „eine Menge Ideen", ohne diese freilich zu konkretisieren. Das Thema solle künftig in aller Ruhe vorbereitet und angegangen werden. Aus seiner Sicht sei es unverständlich, daß man sich zunächst einig über die Notwendigkeit einer Viererlösung gewesen sei, um dann kurzerhand wieder einen Rückzieher zu machen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Die Bundesrepublik auf Platz zwei im Exportgeschäft

Exportanteil der Industrien in Prozent

Industrie	Prozent
Büromaschinen, EDV	59
Luft-u. Raumfahrzeugbau	55
Straßenfahrzeugbau	50
Maschinenbau	44
Chemie	43
Eisen u. Stahl	39
Elektrotechnik	32
Eisen-, Metallwaren	27
Textil	27
Kunststoffwaren	23

DIE WELT

Auf der Weltrangliste der Exporteure steht die Bundesrepublik Deutschland hinter den USA und vor Japan auf dem zweiten Platz. 1985 wurden insgesamt 29 Prozent der Waren für ausländische Abnehmer produziert, wobei einige Branchen mehr als die Hälfte ihrer Erlöse im Exportgeschäft erzielten. QUELLE: GLOBUS

Kohle kann bis 1994 subventioniert werden

Bonn (AP) – Die EG hat die Voraussetzungen für die Beibehaltung der Kohle-Subventionen in der Bundesrepublik bis zum Jahr 1994 geschaffen. Wie Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) gestern in Bonn mitteilte, hat sich das zuständige Vertretergremium in Brüssel auf eine entsprechende neue Kohle-Beihilferegelung geeinigt. Diese Regelung legt, abweichend vom Subventionsverbot in der EG, im einzelnen fest, unter welchen Voraussetzungen in Zukunft Hilfen für den Steinkohlebergbau in der Gemeinschaft genehmigt werden dürfen. Die bisher gültige Regelung wäre am 30. Juni ausgelaufen.

Nicht restriktiv

Frankfurt (cd.) – Die Zuteilung von nur drei Mrd. DM Wertpapierpensionsgeschäften bei gleichzeitiger Fälligkeit von 5,9 Mrd. DM wird von der Bundesbank mit der augenblicklich reichen Liquidität am Geldmarkt begründet. Darin ist also nicht etwa der Beginn einer etwas restriktiveren Geldpolitik zu sehen, wie gestern gelegentlich am Markt befürchtet wurde.

20 Millionen ab Frankfurt

Frankfurt (AP) – Der Gesamtumsatz der Flughafen Frankfurt AG hat im Jahr 1985 erstmals in der fünfzigjährigen Geschichte des Flughafens die Milliardengrenze überschritten. Der Vorsitzende des Vorstands der FAG, Erich Becker, präsentierte gestern eine Jahresbilanz, die einen Überschuß von 64,1 Millionen Mark ausweist. Im Frachtaufkommen liegt der Rhein-Main-Flughafen mit mehr als einer Million Tonnen Umschlag im Jahr weltweit an zweiter Stelle hinter dem John F. Kennedy Airport von New York. Die Fluggastzahlen haben im vergangenen Jahr erstmals die 20-Millionen-Marke überstiegen, was Frankfurt den 12. Platz der Weltrangliste eingebracht hat.

Unattraktive Postanleihe

Frankfurt (cd.) – Auf wenig Gegenliebe trifft am Rentenmarkt die gestern beschlossene sechsprozentige zehnjährige Zwei-Milliarden-Anleihe der Post, von der 1,6 Mrd. zum Nennwert vom 26. bis 30. Juni zum Verkauf gestellt werden. Die Anleihe gilt wegen ihrer nicht marktgerecht niedrigen Rendite als unattraktiv. In die Vorgespräche zur Konsortialsitzung war die Post sogar mit der Vorstellung von einem 5,75prozentigen Kupon gegangen. In der gestrigen Konsortialsitzung selbst haben die Banken schließlich auch die von der Post gewünschte Laufzeit von zwölf oder 15 Jahren als nicht mehr in die Landschaft passend abgelehnt.

Börse Stuttgart 125 Jahre

Stuttgart (nl) – Die baden-württembergische Wertpapierbörse zu Stuttgart, die unter den acht deutschen Wertpapierbörsen den Umsätzen nach inzwischen den vierten Rang belegt, begeht heute ihr 125jähriges Jubiläum. Wurde in 1982 noch ein Umsatz von 2,4 Mrd. DM registriert, so sind es inzwischen 14 Mrd. geworden. Mit dieser Versechsfachung der Umsätze weist Stuttgart die höchste Zuwachsrate aller deutschen Börsen auf.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 161,75 (163,86); Elektrowerte: 304,23 (306,59); Autowerte: 777,34 (789,43); Maschinenbau: 155,22 (157,22), Versorgungsaktien: 160,70 (164,72); Banken: 397,87 (402,72); Warenhäuser: 142,69 (145,26); Bauwirtschaft: 478,42 (479,68); Konsumgüterindustrie: 168,67 (172,23); Versicherung: 1449,58 (1475,07); Stahlpapiere: 163,84 (165,98); Gesamt 274,08 (277,95).

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Entspannung im Agrarstreit zwischen EG und den USA

Ha. Brüssel

Die EG und Washington wollen eine Zuspitzung ihres Handelskonflikts vermeiden. Bei einem informellen Treffen der Landwirtschaftsminister in Luxemburg ließen beide Seiten jedoch nicht erkennen, in welchem Ausmaß sie wirklich zu Abstrichen an ihrer bisherigen Haltung bereit sind.

Der Meinungsaustausch ging auf eine Initiative des neuen amerikanischen Agrarministers Richard Lyng zurück. Dieser machte auf seine europäischen Kollegen großen Eindruck, weil er persönlich weit konzilianter auftrat als sein Vorgänger John Block. Aufschluß über die Chancen für eine Entspannung im Handelskrieg können freilich erst die Gespräche geben, die Lyngs Stellvertreter, Staatssekretär Daniel Amstutz, heute in Brüssel mit Experten der EG-Kommission beginnt. Die Kommissare Willy de Clercq (Außenbeziehung) und Frans Andriessen (Landwirtschaft) halten sich bereit, selbst nach Washington zu reisen.

Der amtierende Ratsvorsitzende der EG, Geritt Braks (Holland), sagte nach dem Abendessen mit Lyng, er sei überzeugt, daß die USA am 1. Juli auch dann nicht über symbolische Restriktionen hinausgehen würden, wenn bis dahin eine einvernehmliche Lösung der durch die Süderweiterung der Gemeinschaft entstandenen Probleme des Agrarhandels noch nicht gefunden worden ist. Auch Lyng riet, man dürfe den Handelskonflikt mit Europa nicht überschätzen. In der Sache geht es um die von den USA angedrohten Zollerhöhungen für Weißwein, Spirituosen, Käse und Gemüsekonserven aus Europa.

Seite 2: Handelskriegsgeschrei

BUNDESPOST / Neue Telekommunikationsordnung steht vor der Verabschiedung

Bonn: Kein Monopol für Endgeräte

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Telekommunikationsordnung (TKO), mit der die gesamten Fernmeldebenutzungsvorschriften zusammengefaßt werden sollen, wird am kommenden Montag vom Postverwaltungsrat abschließend behandelt werden. Wie gestern von unterrichteter Seite verlautete, rechnet das Bundespostministerium fest mit einer Verabschiedung der TKO in der von Minister Schwarz-Schilling vorgelegten Fassung. Der Arbeitsausschuß des Postverwaltungsrats, dessen Tagungen als geheim gelten, hat dem sicheren Vernehmen nach mit drei Ja-Stimmen und drei Enthaltungen der Vorlage des Postministers zugestimmt und darauf verzichtet, die Verabschiedung der TKO von einer Monopolisierung des ersten Endgerätes beim künftigen diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetz ISDN abhängig zu machen.

Hierüber war es im Vorfeld der Ausschußberatungen zu einer heftigen Kontroverse zwischen Schwarz-Schilling und den Befürwortern der ISDN-Monopolausweitung, Siemens-Vorstandsmitglied Baur und der Personalvertretung der Post, gekommen. Bei der Sitzung selbst soll dieses Thema dann keine Rolle mehr gespielt haben. Mit den drei Enthaltungen wollte man lediglich den Wunsch nach Präzisierung der Auswirkungen der TKO auf die Personalsituation bei der Post unterstreichen.

Gleichwohl hat jetzt – wie zuvor schon Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann – auch sein Staatssekretär Otto Schlecht vor einer Aufrechterhaltung des Postmonopols im ISDN nachdrücklich gewarnt. In einem gestern bekanntgewordenen Schreiben an den Siemens-Vorstandsvorsitzenden Karlheinz Kaske betont Schlecht, daß er sich mit dem Bundespostminister einig wisse, aus grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Erwägungen im Fernmeldebereich – wo immer möglich – Wettbewerb einzuführen und nur dort an einem Monopol festzuhalten, wo es unabdingbar notwendig sei. Die künftigen Endgeräte-Generationen am ISDN gehörten nach dieser Klassifizierung sicherlich nicht zum Monopolbereich.

Schlecht hofft, daß auch das Haus Siemens diese Auffassung teile. Der Ausdehnung des Postmonopols auf neue Endgeräte stünden auch erhebliche europarechtliche Bedenken entgegen. Dies habe das Beispiel des schnurlosen Telefons gezeigt. Vorschlägen für Regelungen, die private Anbieter daran hindern würden, ihre Geräte auf dem deutschen Markt unmittelbar dem Endnachfrager anzubieten, könne der Bundeswirtschaftsminister daher nicht zustimmen. Die Überlegungen für eine koordinierte Einführung des ISDN in der EG seien bisher einvernehmlich erfolgt.

BEDFORD

Belegschaft wird stark verringert

fu. London

Der britische Nutzfahrzeughersteller Bedford, Tochter des US-Autokonzerns General Motors, wird seine Belegschaft um 1700 Mitarbeiter oder 23 Prozent der Beschäftigtenzahl verringern. Der Vorgang soll nach Möglichkeit auf freiwilliger Basis (Frühpensionierungen, Abfindungen) ablaufen. Die Entscheidung kommt nicht unerwartet, nachdem Bedford für das vergangene Jahr einen Verlust (nach Steuern) in Höhe von 73 Mill. Pfund (246 Mill. DM) bekanntgegeben hat.

Branchenkenner glauben, daß die Mitarbeitereinsparung nur der Anfang einer großen Umstrukturierungsphase ist. So führt General Motors neue Gespräche mit einer Nutzfahrzeuggruppe auf dem europäischen Kontinent über einen möglichen Zusammenschluß. Erst vor kurzem hatten der multinationale europäische Nutzfahrzeugkonzern Iveco und Ford Großbritannien beschlossen, ihr britisches Nutzfahrzeuggeschäft zusammenzulegen.

Die Geschäftsführung von General Motors hatte ursprünglich vor, Bedford mit der Übernahme des Nutzfahrzeugbereichs des Staatskonzerns BL (British Leyland) für den scharfen Wettbewerb auf dem europäischen Markt besser zu rüsten. Jedoch brachen die Verhandlungen mit der Weigerung der Regierung Thatcher zusammen, in den Verkauf des hochdefizitären staatlichen Lastwagenherstellers Leyland Trucks auch die Geländewagenmarken Land Rover und Range Rover einzubeziehen.

HERTIE / Mühseliger Weg zurück zu positiven Jahresergebnissen – 15 Kaufhäuser werden noch geschlossen

1986 „entscheidendes Jahr für die Zukunft"

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf „gutem Kurs" sieht Jürgen Krüger, Sprecher des Vorstands der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt und Berlin, das Unternehmen bei dem mühseligen Weg zurück zu positiven Jahresergebnissen. Immerhin, die im vergangenen Jahr nach viel vertaner Zeit (die insgesamt rund eine halbe Milliarde DM Betriebsverluste kostete, die aus der „Substanz" ausgeglichen wurden) endlich energisch eingeleiteten Maßnahmen scheinen zu greifen (vgl. Tabelle), der Jahresverlust konnte, ohne weitere stille Reserven zu heben, um 37 Prozent deutlich gedrückt werden.

Die viel zu hohe Personalkostenquote, seit Jahren Schwachpunkt des drittgrößten deutschen Warenhausunternehmens, konnte auf 22,2 (23,7) Prozent vom Umsatz gesenkt werden, ohne die 37,4 Mill. DM Sozialplankosten des vergangenen Jahres sogar auf 21,6 Prozent, betont Finanzchef und Sprecher-Stellvertreter Lothar Deppe, der als Ziel „mindestens unter 20 Prozent" nennt.

Bis dahin freilich hat Hertie noch einen Berg von Arbeit vor sich. Krüger kennzeichnet 1986 als „entscheidendes Jahr für die Hertie-Zukunft": 15 der am Jahresende noch 76 Warenhäuser (inklusive bilka 124 in 91 Städten) werden in diesem Jahr geschlossen, davon elf bis Ende Juni. Daraus entstehen allein 110 Mill. DM Aufwand für Sozialpläne, unter anderem für die 2800 ausscheidenden Mitarbeiter.

Grund für die harte Aktion, die auch den Verzicht auf 620 Mill. DM Umsatz und elf Prozent der Fläche in diesem Jahr bedeutet: Mit jedem Hundertmarkschein, der dort eingenommen wurde, fuhr Hertie 1984 etwa 10 DM Verlust ein, insgesamt summierten sich die Betriebsverluste in den Jahren 1979 bis 1984 in diesen 15 Filialen auf 309 Mill. DM.

Diesen Brocken will (und muß) Hertie im Interesse des Gesamtunternehmens loswerden. Verdaut wird die Belastung aus den Umstrukturierungsmaßnahmen (Sonderaufwand 1985 bis 1987 rund 240 Mill. DM) mit 260 Mill. DM außerordentlichen Erträgen aus Grundstücksverkäufen: davon seien bereits 240 Mill. DM „abgesichert", betont Deppe, so daß auch der Sanierungsaufwand dieses Jahres in der Größenordnung von 140 Mill. DM nicht auf das Ergebnis durchschlagen werde. Mit einer Ergebnisschätzung hält sich der Vorstand zurück, mindestens soll freilich der diesjährige Verlust halbiert, der Umsatz in den bestehenden Häusern gehalten werden. 1988 soll dann das Thema Bereinigung und Gesundung aller Häuser endgültig vom Tisch sein.

Das beachtliche Umsatzplus des vergangenen Jahres – die Warenhausbranche insgesamt legte nur 0,5 Prozent zu –, erkaufte Hertie übrigens mit einem gesunkenen Netto-Warenrohertrag, der sich auf 31,1 (32,7) Prozent vom Umsatz ermäßigte. Ertragsmäßig erfolgversprechender als „Preisaggressivität", mit der wieder mehr Kunden auf die „Verkaufsbühne" Warenhaus geholt werden sollen, entwickelt sich bisher die Hereinnahme von Kooperationspartnern für Hertie, an die bisher drei Prozent der Verkaufsfläche (insgesamt Ende 1985 knapp 850 600 Quadratmeter) vermietet worden sind. Auf dieser Fläche dürften in diesem Jahr rund 350 Mill. DM Umsatz (darunter 150 Mill. DM Hertie-Reisen) anfallen, mit denen Hertie 40 Mill. DM Mieteinnahmen einfährt.

In diese Richtung soll also weitergegangen werden, ebenso will Hertie die eigene Finanzdienstleistung, die „Goldene Kundenkarte", forcieren. Ihre gut 292 000 Besitzer (Ende 1985) brachten im vergangenen Jahr 321 Mill. DM Umsatz, ebensoviel wie das zweitgrößte aller Hertie-Häuser in München. Dort verdient der Konzern übrigens ebenso wie im KaDeWe Berlin, Hertie Frankfurt Zeil, Wertheim Berlin Kurfürstendamm und Steglitz und im Alsterhaus Hamburg hervorragend: Die sechs „Weltstadthäuser" brachten 1985 bei gut 1,4 Mrd. DM Umsatz rund 100 Mill. DM Gewinn.

Hertie-Konzern	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	5 901	+ 3,2
in DM/qm	6 873	+ 3,5
in DM/Kopf	190 000	+ 11
Beschäftigte [1]	31 099	- 7,9
Sachinvestitionen	70	- 42
Cash-flow	- 17	(+ 160)
Jahresfehlbetrag	91,7	(146)

[1] Umgerechnet auf volle Arbeitszeit, ohne 3125 Auszubildende

MEXIKO / Wirtschaftsprogramm setzt auf Wachstum

Neue Schuldenpolitik geplant

AFP/dpa, Mexiko-Stadt/Tokio

Die Regierung Mexikos hat ein wachstumsorientiertes Wirtschaftsprogramm beschlossen und will neue Regelungen bei der Begleichung der mexikanischen Auslandsschulden durchsetzen. Das gab der neuernannte Finanzminister Gustavo Petricioli auf einer Pressekonferenz in Mexiko-Stadt bekannt. Der Schuldendienst solle den Kapazitäten der mexikanischen Wirtschaft angepaßt werden, was die Verringerung der Zinsrückzahlungen nach sich ziehe, erläuterte Petricioli, der den zurückgetretenen Finanzminister Jesus Silva Herzog abgelöst hatte.

Das neue Wirtschaftsprogramm gehe von den Notwendigkeiten und Prioritäten des Landes aus und nicht von „Vermutungen über mögliche Zugeständnisse der Gläubiger", führte Petricioli aus. Kernpunkt sei die Förderung der privaten Investitionen. Die Zinssätze für die Binnenwirtschaft müßten gesenkt werden. Die Nicht-Ölexporte sollen gesteigert werden. Planungsminister Carlos Salinas de Gortari kündigte die baldige Veröffentlichung einer Liste staatlicher Unternehmen an, die in private Hand überführt werden sollen. „Strategische Unternehmen" werde der Staat jedoch niemals aufgeben.

Für die beiden kommenden Jahre setzt die Regierung, so Petricioli, auf eine Wachstumsrate der mexikanischen Wirtschaft von drei bis vier Prozent. Das Programm sei die Antwort auf eine „neue Krise", die nicht nur durch Anstrengungen im Innern bewältigt werden könne. Die auf knapp 100 Mrd. Dollar lautende Auslandsschuld kann nach seinen Worten nicht mehr zu den bisher gültigen Bedingungen bedient werden.

Der japanische Automobilhersteller Nissan Motor Co. hat Mexiko 50 Mill. Dollar Auslandsschulden „abgekauft". Das Unternehmen hat diesen Betrag von der US-Citicorp übernommen. Nissan wiederum verkaufte die Forderungen in fast gleicher Höhe des Nennbetrages an die mexikanische Regierung und erhielt dafür den Gegenwert in mexikanischen Peso. Diese Mittel sollen für eine Kapitalaufstockung bei der mexikanischen Tochter Nissan Mexicana S. A. eingesetzt werden.

US-AUSSENHANDEL / Yen-Aufwertung reicht für Abbau des Defizits nicht aus

Japanischer Vorstoß bei Investitionsgütern

H.-A. SIEBERT, Washington

Nicht aufgehen wird die Rechnung der USA, daß ihr gewaltiges Defizit im Handel mit Japan – 1985 reichte es an 50 Mrd. Dollar heran – mit der Aufwertung des Yen verschwindet. Die Gründe für das anhaltende Ungleichgewicht sind ganz andere als wie bisher angenommen unfaire Verkaufspraktiken oder ostasiatische Importbremsen.

Vielmehr, und das hat die für Devisenoperationen zuständige Notenbank in New York ermittelt, verhindert die veränderte Zusammensetzung der japanischen Lieferungen eine Anpassung. Mächtig nach vorn gestoßen sind fernöstliche Kapitalgüter wie Personalcomputer und andere hochtechnologische Ausrüstungen, auf die heute nahezu sieben Prozent der betrieblichen Investitionen in den USA entfallen (1985 insgesamt: 386 Mrd. Dollar).

Während in den 70er und Anfang der 80er Jahre die japanischen Ausfuhren in die USA zu rund 40 Prozent aus Automobilen bestanden, ist der Pkw-Anteil inzwischen um fünf Prozent geschrumpft, während Kapitalgüter aus Japan fast fünfmal so schnell zugenommen haben wie die Nachfrage in Amerika. Als Ergebnis sind Japans High-Tech-Waren dabei, Autos vom ersten Platz im Handel mit den USA zu verdrängen, nachdem ihr Anteil am amerikanischen Markt 1980 erst drei Prozent ausmachte. Nur so ist auch zu verstehen, daß es Nippon in den vergangenen fünf Jahren gelang, das Amerika-Geschäft wertmäßig zu verdoppeln und seine Lieferungen auf ein Fünftel der US-Gesamtimporte zu steigern.

Folgt man der Federal Reserve Bank, dann haben 1983/85 zwar alle ausländischen Kapitalgüter-Anbieter vom Investitionsboom in Amerika und der Aufwertung des Dollars profitiert. Stärker anstrengen mußten sich indes die Japaner, da der Yen weniger stark fiel als die europäischen Währungen. Zugute gekommen ist ihnen jedoch die veränderte Richtung der US-Investitionen, die sich auf Büro- und Ladeneinrichtungen (Schwerpunkt: Kleincomputer und Vervielfältigungsmaschinen) konzentrierten.

Dieser Investitionsstoß beanspruchte 1984 rund 26 (1980: 16) Prozent der Kapitalaufwendungen. Auf Bürogeräte entfielen im letzen Jahr ein Drittel der US-Kapitalgüterimporte. 1980 waren es nur zehn Prozent. Aus Japan kamen 45, aus den asiatischen Schwellenländern weitere 30 Prozent dieser Einfuhren.

Mit Hilfe dieser Warengruppe hat es Japan geschafft, seinen Anteil am US-Gesamtimport seit 1980 um fünf Prozent zu erhöhen. Die Notenbank macht dafür das Können der japanischen Facharbeiter und Exporteure verantwortlich und nicht Unfairneß.

Für kürzere Arbeitszeit

dpa/VWD, Tokio

Das japanische Arbeitsministerium hat an öffentliche und private Arbeitgeber appelliert, energischer als bisher für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Dadurch könnte die Arbeitsproduktivität zunehmen und die Inlandsnachfrage steigen. Vor allem die Regierung und andere öffentliche Arbeitgeber sollten sich zur Einführung der Fünf-Tage-Woche, zur vollen Gewährung des bezahlten Urlaubs und für weniger Überstunden einsetzen. Bei einem allgemeinen Übergang zur Fünf-Tage-Woche würden jährlich 2,9 Bill. Yen (rund 39 Mrd. DM) zusätzlich für die Freizeit ausgegeben, was zum Abbau des Handelsbilanzüberschusses beitragen könnte.

Das Ministerium setzt sich für eine durchschnittliche Jahresarbeitszeit von unter 2000 Stunden ein; 1983 arbeiteten die Japaner 2152 Stunden. In der Bundesrepublik sind es durchschnittlich 1613 Jahresstunden.

EUROPÄISCHE RAUMFAHRT / Tagung der Esa

Hermes-Projekt im Visier

J. Sch. Paris

Der Rat der europäischen Raumfahrtagentur Esa will auf einer heute in Paris beginnenden Tagung das französische Hermes-Projekt zu einem europäischen erklären. Damit würde die Esa grünes Licht zur Durchführung erster vorbereitender Studien aus ihrem laufenden Etat erhalten. Für einen derartigen Beschluß reicht die einfache Mehrheit aus. Der deutsche Generaldirektor der Esa, Prof. Reimar Lüst, erwartet, daß sie zustandekommt.

Von den elf Esa-Mitgliedern haben sich an ihren Stimmen gemessen bereits 80 Prozent – ohne die Bundesrepublik und Großbritannien – grundsätzlich für die Verwirklichung des Raumfährenprojekts ausgesprochen. „Wenn Bonn jetzt nein sagen sollte, fährt der Zug ab, ohne daß die deutsche Industrie etwas abbekommt", sagte Lüst. Für diesen Herbst will die Esa eine Grundsatzerklärung über die Beteiligungssätze herbeiführen. Die definitive Entscheidung soll aber erst im Frühjahr auf dem Esa-Ministerrat fallen.

Nach Schätzung der Esa kostet Hermes 2,2 Mrd. Ecu (gut 5 Mrd. DM). Dazu kämen je 2,6 Mrd. Ecu für die neue Europarakete Ariane 5 und die europäisch-amerikanische Raumstation „Columbus" – für diese beiden Projekte macht sich vor allem die Bundesregierung stark – sowie 0,56 Milliarden Ecu für einen Daten-Relais-Satelliten. Diese vier Projekte, über die nach Ansicht der Esa (im Frühjahr 1987) gemeinsam entschieden werden müßte, würden also Kosten von 8 Mrd. Ecu erfordern, welche sich auf zwölf Jahre verteilen.

Der deutsche Anteil daran sollte 20 bis 25 Prozent betragen, meint Professor Lüst. Aber das Problem eines entsprechenden Kabinettsbeschlusses liege noch bei Bundesfinanzminister Stoltenberg.

DAIMLER-BENZ / Lucy bestätigt Vorstandspläne

Konzernspitze erweitert

dpa/VWD, Stuttgart

Die Vorstandschefs der Daimler-Benz-Töchter, AEG, Dornier und MTU, sollen Mitglieder im neuen Konzernvorstand von Daimler-Benz werden. Dies bestätigte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Herbert Lucy. Damit sollen nach den Plänen der Daimler-Vorstandsetage AEG-Vorstandschef Heinz Dürr, MTU-Chef Hans Dinger und Dornier-Vorstand Johann Scheffler mit Sitz im Vorstand vertreten sein.

Die neue Führungsstruktur und Umorganisation im Daimler-Vorstand war mit der Übernahme der drei Unternehmen, AEG (56 Prozent), Dornier (65,5) und MTU (100) notwendig geworden, womit Daimler bei 310 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 66 Mrd. DM zum größten Konzern der Bundesrepublik herangewachsen ist. Die neue Führungsstruktur von Daimler-Benz will der Vorstandsvorsitzende Professor Werner Breitschwerdt auf der Hauptversammlung am 2. Juli in Stuttgart bekanntgeben.

Der Aufsichtsrat des Unternehmens will sich tags zuvor mit der neuen Führungsstruktur des Daimler-Mangements beschäftigen. Lucy wollte sich über die neuen Pläne für die Konzernführung noch nicht äußern, weil er zunächst eine interne Beratung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat abwarten will.

Der Großkonzern wird künftig von einem Vorstand gelenkt, der nach einem Mischsystem gegliedert ist. Während der Daimler-Vorstand bisher nach zentralen Funktionen wie Produktion, Vertrieb und Materialwirtschaft gegliedert war, kommt eine Gliederung nach großen Produktionsbereichen (wie etwa Lkw, Pkw) hinzu. Diese Organisationsform gilt in der Unternehmenslandschaft der Bundesrepublik als einzigartig.

Daimler-Benz wollte zu der neuen Führungsstruktur offiziell nicht Stellung nehmen. Doch dürfte feststehen, daß Edzard Reuter weiterhin für die Finanzen, Manfred Genz für das Personalwesen, Hans-Jürgen Hinrichs für den Vertrieb und Peter Sanner für die Materialwirtschaft zuständig sein werden.

Werner Niefer, bisher Produktionschef, wird nunmehr verantwortlich für den Pkw-Sektor und Gerhard Liener – bislang im Ressort Beteiligungen – soll für das Nutzfahrzeuggeschäft verantwortlich zeichnen. Für Forschung und Entwicklung im neuen Konzernbereich wird weiterhin Rudolf Hörnig zuständig sein. Nach Meinung von Beobachtern basiert das Führungsmodell hauptsächlich auf den Vorstellungen von Daimler-Chef Breitschwerdt.

DRUCKINDUSTRIE / Umsatzplus bei Verpackungen

Noch unzureichende Erträge

adh. Frankfurt

Das erste Quartal lief für die Druckindustrie enttäuschend. Für das ganze Jahr aber sind die Mitglieder des Bundesverbandes Druck auf Wachstum eingestimmt. Die anziehende Inlandskonjunktur und damit vor allem auch eine intensivere Werbung soll den Umsatz der Branche um rund drei Prozent real steigen lassen und den Beschäftigtenstand stabilisieren. Vor den elektronischen Medien ist den Druckern dabei nicht bange, denn „das gedruckte Wort ist unverzichtbar".

Die Druckindustrie, die im vergangenen Jahr mit 1,55 Mrd. DM (plus 7 Prozent) kräftig investiert hat, um auf dem jüngsten technischen Stand zu sein, ist mit dem Verlauf des Jahres nicht ganz zufrieden. Die Ertragslage sei immer noch unzureichend, betonen Verbandssprecher, die meisten Betriebe froh, wenn sie eine Nettorendite zwischen einem und zwei Prozent erwirtschafteten.

Insgesamt kamen die gut 1900 Betriebe auf einen Umsatz von 24,3 Mrd. DM, 5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Real bleibt freilich nur ein Plus von 0,7 Prozent. Denn die Branche hatte im Gefolge kräftig gestiegener Papierpreise und einer 4,2 Prozent höheren Lohnbelastung für die unverändert 162 000 Beschäftigten ihre Preise um 4,2 Prozent heraufgesetzt.

Weitaus stärker als der Gesamtumsatz ist die Ausfuhr von Druck- und Verlagserzeugnissen mit einem Plus von 12,6 Prozent auf 4 Mrd. DM – einem bisher nie erreichten Wert – gestiegen. Im Inland entwickelten sich besonders gut der Verpackungsdruck, die Kataloge und Werbedrukke. Die Zeitungsproduktion stieg um knapp 5 Prozent auf 4,4 Mrd. DM, während die Zeitschriften die stagnierenden Anzeigenumsätze spürten.

MOTOR-PRESSE STUTTGART / Ausland interessanter

Neue Märkte gesucht

nl. Stuttgart

Die Verlagsgruppe Motor-Presse Stuttgart (mps), auf ihrem Gebiet der Spezialzeitschriften (z. B. „auto motor und sport", „mot Die Autozeitschrift", „MOTORRAD", „sport auto", „Flug Revue", „stereoplay", „video" und „Color Foto") eines der führenden europäischen Verlagshäuser, hält verstärkt nach Aktivitäten im Ausland Ausschau. Mit Erfolg ist das Verlagsunternehmen, das in diesen Tagen sein vierzigjähriges Firmenjubiläum und den 75. Geburtstag ihres Mitbegründers Paul Pietsch feierte, auch jenseits der Grenzen tätig. Vor allem in solchen Ländern, in denen die Motorisierung einen relativ hohen Stellenwert erreicht hat, möchte das Stuttgarter Unternehmen Fuß fassen.

Der Gruppenumsatz des Stuttgarter Verlagsunternehmens steigerte sich 1985 um 6,5 Prozent auf 245 (230) Mill. DM, wobei auf das Inland 214 Mill. DM (plus 5,4 Prozent) entfallen. Knapp zwei Drittel vom Umsatz werden im Bereich der Motorzeitschriften hereingeholt, deren auflagenstärkste „auto motor und sport" mit einem Verkauf (erstes Quartal 1986) von 536 541 Exemplaren gegenüber gut 520 000 im Jahresdurchschnitt 1984 aufwartet. Unter den 17 regelmäßigen Titeln in deutscher Sprache, 22 Sonderpublikationen und 21 Titeln in der Schweiz, Frankreich und Spanien befinden sich auch solche aus der Unterhaltungselektronik, des Flugsports und der Fotografie. An weiteren Titelentwicklungen im Bereich Freizeit und Technik arbeite man.

Gegründet wurde die Verlagsgruppe, die heute etwa 670 Mitarbeiter (darunter über 130 Redakteure) zählt, 1946 in Freiburg. Gesellschafter der Verlagsgruppe sind neben dem Vogel-Verlag und den Familien Pietsch und Dietrich-Troeltsch seit 1971 auch die Hamburger Verlagsgruppe Gruner + Jahr (mit 15 Prozent).

DPA / Fußball-WM in Mexiko bringt hohe Mehrkosten

Rekord bei Umsatz und Ertrag

J. BRECH, Hamburg

Bilanzpremiere hatte in Hamburg ein Unternehmen, das von Informationen und Nachrichten lebt. Zum ersten Mal präsentierte Walter Richtberg, Geschäftsführer der Deutschen Presse-Agentur GmbH, Hamburg, einen finanziellen Überblick über die fünftgrößte Nachrichtenagentur der westlichen Welt. Dabei meldete Richtberg sowohl für den Umsatz als auch für den Gewinn Rekordzahlen. Bei einem Plus von 5,2 Prozent überstiegen die Erlöse zum ersten Mal deutlich die 100-Millionen-DM-Grenze (104,5 Mill. DM). Den Gewinn gab Richtberg mit 0,7 Mill. DM an (plus 72 Prozent), das Betriebsergebnis mit 2,34 Mill. DM.

Immerhin solle die Agentur nach dem Verständnis ihrer 188 Gesellschafter aus Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sowie den Rundfunk- und Fernsehanstalten die nachrichtlichen Dienste preisgünstig anbieten und nicht Dividende erwirtschaften und ausschütten: Der Überschuß geht denn auch in die Rücklage, so daß sich die eigenen Mittel auf 7,8 Mill. DM erhöhen.

Die Umsatzsteigerungen, so Richtberg, seien sowohl im Inland als auch im Auslandsgeschäft erreicht worden. In der Bundesrepublik nahmen die Verkäufe des neu eingerichteten, auf bestimmte Gruppen maßgeschneiderten „Selektionsdienstes" um 82 Prozent zu, beim Basisdienst um 4,7 Prozent, bei den Landesdiensten um 7,5 Prozent. Im Ausland gelang allen Diensten nicht zuletzt aufgrund des starken Dollar starke Umsatzausweitungen. Rund 600 Direktkunden beziehen jenseits der Grenzen dpa-Dienste.

Hinter den Erfolgszahlen, so Richtberg, stehen eine Reihe von Aktivitäten, die die Agentur 1985 aufgenommen habe. Er nennt unter anderen den neuen Kooperationsvertrag zwischen dpa und den Vereinigten Wirtschaftsdiensten (VWD) und die Akquisition des bislang größten Auslandsauftrags mit ITT Worldcom, für deren Telex-Abrufdienst dpa die Informationen liefert.

Die Vorjahresergebnisse, so räumt Richtberg ein, werden 1986 aber nicht zu wiederholen sein. Die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko verursacht Zusatzkosten von rund einer Mill. DM, für die dpa, das seine Dienste 1986 um 3,5 Prozent verteuert hat, keine Sonderumlagen erhoben hat. Der Dollarkurs bedeutet in diesem Jahr Umsatzverluste für die Auslandsdienste und für den Austausch der zentralen Computer-Anlage für die Nachrichtenvermittlung fallen Mehrkosten von 20 Mill. DM an.

Ob die 188 Gesellschafter mit einer Aufstockung der eigenen Mittel bereit sind, dpa bei weiteren Aktivitäten finanziell unter die Arme zu greifen, wird zur Zeit erkundet. Richtberg: „Die Eigenmittel sind ein Engpaß."

HEW / Verbundlieferungen nach Schleswig-Holstein weggefallen – Rückgang des gesamten Stromverkaufs

Kernkraftwerke geben finanziellen Rückhalt

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) werden zu dem Zeitpunkt, da das Kernkraftwerk Brokdorf ans Netz geht, den in der Bundesrepublik höchsten Anteil von Kernenergie an der Stromerzeugung erreichen. Mit den Kernkraftwerken Stade, Krümmel und Brunsbüttel, die HEW alle in Zusammenarbeit mit der PreussenElektra betreibt, beträgt der Kernenergieanteil bereits jetzt 74 Prozent. Der 20-Prozent-Anteil an Brokdorf, der einer Leistung von 260 MW entspricht, treibt den Anteil von Kernenergie bei HEW auf weit mehr als 80 Prozent.

Ohne politische Wertungen damit zu verbinden, macht der HEW-Vorstandsvorsitzende Roland Farnung eine Rechnung auf, was wohl wäre, wenn HEW von heute auf morgen aus der Kernenergie aussteigen würde. Was er technisch für möglich hält, schlägt sich ökonomisch bei den gegenwärtig sehr niedrigen Preisen für fossile Brennstoffe mit Mehrkosten von rund 570 Mill. DM pro Jahr nieder. Da aber ein plötzlicher Nachfrageschub nach fossilen Brennstoffen die Preise nach oben treiben dürfte, rechnet die HEW realistisch mit Mehrkosten von 850 Mill. DM pro Jahr. Umgerechnet auf alle Kundengruppen müßten die Strompreise um 30 bis 50 Prozent erhöht werden.

Der hohen Verfügbarkeit der Kernkraftwerke verdankt HEW auch im Berichtsjahr 1985, daß sich die Ertragsstabilisierung fortgesetzt hat. Das verbesserte Ergebnis erlaubt es, die Dividende zum zweitenmal in Folge zu erhöhen. Die Stadt Hamburg, die das Grundkapital von 460 Mill. DM mehrheitlich hält, und die verbliebenen freien Aktionäre bekommen 5,50 (i.V. 5) DM pro 50-DM-Aktie. Die Stadt erhält zudem 90 Mill. DM Konzessionsabgabe.

Neben den Entlastungen bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nennt Farnung eine Reihe anderer Gründe, die zu der Ergebnisverbesserung geführt haben. Vor allem durch den Kapitalfreisetzungseffekt der Kernkraftwerke sowie durch die aus dem Deal mit der PreussenElektra zugeflossenen Mittel hat sich die Liquidität des Unternehmens wesentlich verbessert. Der Zinssaldo verkehrte sich von minus 8 auf plus 23 Mill. DM. Nahezu unverändert bleibt demgegenüber der Umsatz. Der Stromverkauf im Stadtgebiet Hamburg stieg zwar um 1,7 Prozent und auch der Verkauf von Fernwärme nahm um 4,5 Prozent zu.

Durch den zur Jahresmitte wirksam gewordenen Wegfall der Verbundlieferungen nach Schleswig-Holstein ging der gesamte Stromverkauf jedoch um 10,4 Prozent zurück. Für das ganze Jahr 1986 erwartet Farnung dadurch, angesichts der seit 1984 unveränderten Stromtarife, einen leichten Umsatzrückgang. Beim Ergebnis dürfte sich zudem der Beginn der degressiven Abschreibung bei der Beteiligungsgesellschaft Brokdorf GmbH negativ auswirken.

Finanziell endgültig erledigt hat HEW das Kohle-Engagement in den USA. Den Anteil an der VEBE hat HEW mit 67 Mill. DM auf einen Erinnerungswert abgeschrieben. Für diese Finanzabschreibung war bereits im Abschluß 1984 vorgesorgt worden. Von den damals gebildeten versteuerten Rückstellungen hat HEW nur einen Teil aufgelöst.

HEW	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	2 446	- 1,1
Absatz (Mrd. kWh)	12,9	- 10,4
Fernwärme	4,5	+ 4,6
Belegschaft	5 672	- 1,5
Jahresüberschuß	61	+ 5,2
Nettogewinn	100	+ 42,0
in % v. Umsatz	4,1	(2,8)
Investitionen	342	- 27,7
Cash-flow	399	+ 24,7

NAMEN

Heinz-Peter Lehmann, bisher verantwortlich für Marketing und Vertrieb bei der Harris GmbH, Frankfurt, wurde Marketing-Direktor bei der Apple Computer GmbH, München.

Dr. **Otto Stehl**, ehemaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Flachglas AG, Fürth/Gelsenkirchen, wird am 26. Juni 65 Jahre.

Heinz H. Schnalke, Geschäftsführer und Presse-Chef der Licq Verfahrenstechnik GmbH, Dietzenbach, feiert am 26. Juni den 60. Geburtstag.

Rolf Becker, Baierbrunn, ist zum Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Kundenzeitschriftenverleger e.V., Frankfurt, gewählt worden.

Otto Eckart, persönlich haftender Gesellschafter der Pfanni-Werke Otto Eckart KG, München, wurde Vorsitzender des Bundesverbandes der kartoffelverarbeitenden Industrie.

Ernst Hofmann (43), Vertriebsleiter bei IBM, Frankfurt, wurde Geschäftsführer von Cincom-Deutschland, Frankfurt.

Andreas Nickelsen (36) wird zum 1. Juli Vorstandsmitglied der Aluminium-Werke Unna AG, Unna.

Bernd Thiele, Entwicklungschef von Ackermann-Fruehauf Corp. & Co. oHG, Wuppertal, tritt nach Vollendung des 65. Lebensjahres zum Jahresende in den Ruhestand.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Berleburg: Stark & Co. GmbH; **Bad Iburg:** Mako-Maschinen, Anlagen u. Konstruktionen GmbH, Georgsmarienhütte; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Jürgen Bannach; **Bersenbrück:** Holzbau H. Aalken GmbH & Co., Fürstenau; **Dortmund:** Elektro Bierhaus GmbH & Co. KG; Ulrich Mick GmbH, vorm. Karl Bierhaus GmbH; Frank Espig, Bedachungsgesellschaft, GmbH; **Duisburg:** Vogt Kristallsoda-Fabrikationsges. mbH; **Essen:** PTF Ges. f. wärmetechnische Anlagen mbH; **Gelsenkirchen:** Josef Gosebrink, Gladbeck; **Gifhorn:** Nachl. d. Klaus Ducki; **Hamburg:** B & B Einbauküchen-Service GmbH; **Hamm:** Descha Deckenschalung GmbH, Bönen; **Hannover:** Triplex Bartels & Stäber OHG; EHG Eigentum, Haus- und Grund-GmbH; **München:** Ing. Friedrich Burckhardt Elektrogerätebau GmbH, Fürstenfeldbruck; Georg Eichstetter GmbH; Hacienda Freizeitmöbel GmbH, Unterschleißheim; **Neu-Ulm:** Nachl. d. Edwin Ohly, Thannhausen; **Nördlingen – Donauwörth:** TOP Travel Medien, Druck- u. Verlagsges. mbH; Werbedruck 2000 GmbH; Winkeljann Rechenzentrum GmbH; **Wuppertal:** Elektro-, Fernseh- u. Möbelhaus Orb GmbH & Co., Einrichtungs-KG, Heiligenhaus; Elektro-, Fernseh- u. Möbelhaus Orb, GmbH, Heiligenhaus.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gütersloh: Rawe-Rheda-Bekleidungs-GmbH, Rheda-Wiedenbrück; Wappen Kleidung GmbH, Rheda-Wiedenbrück; **Wuppertal:** C. Blumhardt Fahrzeugwerke GmbH & Co.

Vergleich beantragt: Wuppertal: Ditscheid & Schneider Raum-, Beratungs- u. Planungs-GmbH i. L.

MESSE FRANKFURT

Spitzenjahr mit 23 Veranstaltungen

adh. Frankfurt

Als Bestätigung ihrer Politik wertet die Messe Frankfurt GmbH die Ergebnisse des vergangenen Jahres: Die Messe hat ein Spitzenjahr hinter sich, 2,8 Mill. Besucher und rund 28 000 Aussteller, die höchste bisher erreichte Zahl, sorgten dafür, daß der Eigenumsatz um gut 30 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Jahr 1983 auf gut 168 (128) Mill. DM stieg. Unter dem Strich blieb ein um 1 Mill. auf 5 Mill. DM gestiegener Gewinn. Zusammen mit 13,9 (i.V. 9,8) Mill. DM Gewinnvortrag ergibt sich ein Bilanzgewinn von 18,9 (13,9) Mill. DM, wie aus der jetzt erstmals vorgelegten Bilanz hervorgeht.

Inklusive der Gastveranstaltungen (wie die Internationale Automobilausstellung und Achema, die im vergangenen Jahr die Besucherzahlen hochtrieben) kommt der Messeplatz Frankfurt auf 270 Mill. DM Umsatz. Insgesamt wurden 1985 in Frankfurt 23 Messen veranstaltet, darunter sechs Neulinge, die 250 000 Besucher anzogen und ein Viertel des Mehrumsatzes brachten. Etwa 90 Prozent ihres Umsatzes macht die Messegesellschaft mit den Ausstellern, auf den Eintrittskartenverkauf entfallen nur zehn Prozent.

In diesem Jahr rechnet die Messe mit einem etwas geringerem Umsatz (150 bis 160 Mill. DM), bedingt durch den anderen Ausstellungsrhythmus. Auch 1986 und 1987 soll es zwei neue Spezialmessen geben, mit denen sich Frankfurt weiter vom Konsumgütermesseplatz zur technologisch orientierten Waren- und Ideenbörse entwickeln will. Für Messechef Horstmar Stauber ist dies der richtige Weg, um sich im wachsenden Wettbewerb weiter zu profilieren.

Kaum Kaufbereitschaft bei Aktien

Ruhiges Geschäft wurde vom Börsenhandel dominiert

DW. – Bei verhältnismäßig geringer Umsatztätigkeit tendierte der Aktienmarkt am Dienstag überwiegend schwächer. Kaufaufträge aus dem In- und Ausland blieben in nennenswertem Umfang aus, so daß der Markt weitgehend von der zu weiteren Abgaben neigenden Börsenkulisse bestimmt wurde. In diesem Zusammenhang trugen vor allem die neuerliche Schwächetendenz des deutlich niedriger notierenden Dollarkurses sowie die Verluste an der Wall Street zu der lustlosen Stimmung auf dem Börsenparkett bei.

Die Abschläge erfaßten nahezu alle Marktbereiche gleichmäßig. So gaben Farbennachfolger, voran Hoechst, bis zu 9 DM ab. Elektropapiere lagen insgesamt leichter im Markt. Bankaktien notierten infolge der ausbleibenden Unterstützung von den Anleihemärkten besonders schwach. Die Kurse verminderten sich unter Führung der Deutschen Bank um durchschnittlich zwei Prozent. Bei den Maschinenbauern mußten Vortagesfavoriten Hoesch, Mannesmann und Thyssen im Gleichschritt Abschläge von rund 5 DM hinnehmen. Bei noch relativ lebhaftem Geschäft litten Conti-Gummi unter verstärkten Gewinnmitnahmen. VIAG wurde gestützt und konnte sich somit erstmals seit Börseneinführung um zwei DM erhöhen, ohne den Gewinn sofort wieder abgeben zu müssen.

Frankfurt: Kali-Chemie rückten um 4 DM weiter nach vorn. Adler gewannen 5 DM, Buderus 10 DM und Cassella 25 DM. Gehe holten 8 DM auf. Flachglas verminderten um 7 DM und Gestra um 5 DM. Hussel verloren 14 DM und Escada verminderten um 19 DM.

Düsseldorf: Bilfinger lagen um 8 DM und Kabelmetal um 2,50 DM schwächer. Leffers verloren 2 DM und Schiess 1,90 DM. Glas Schalke und Heinrich erhöhten sich jeweils um 5 DM und DAB stockten um 1,80 DM auf.

Hamburg: HEW lagen um 1,50 DM und Haller Meurer um 1 DM leichter. Jeweils 2 DM büßten Phoenix Gummi und Bremer Vulkan ein. Holsten Brauerei schwächten sich um 4 DM ab.

Berlin: Berliner Elektro gaben um 15 DM nach. Berliner Bank wurden um 10,50 DM zurückgenommen. Bekula verloren 4 DM und Herlitz St. 1,50 DM. DeTeWe verbesserten sich um 11 DM und Springer um 3 DM.

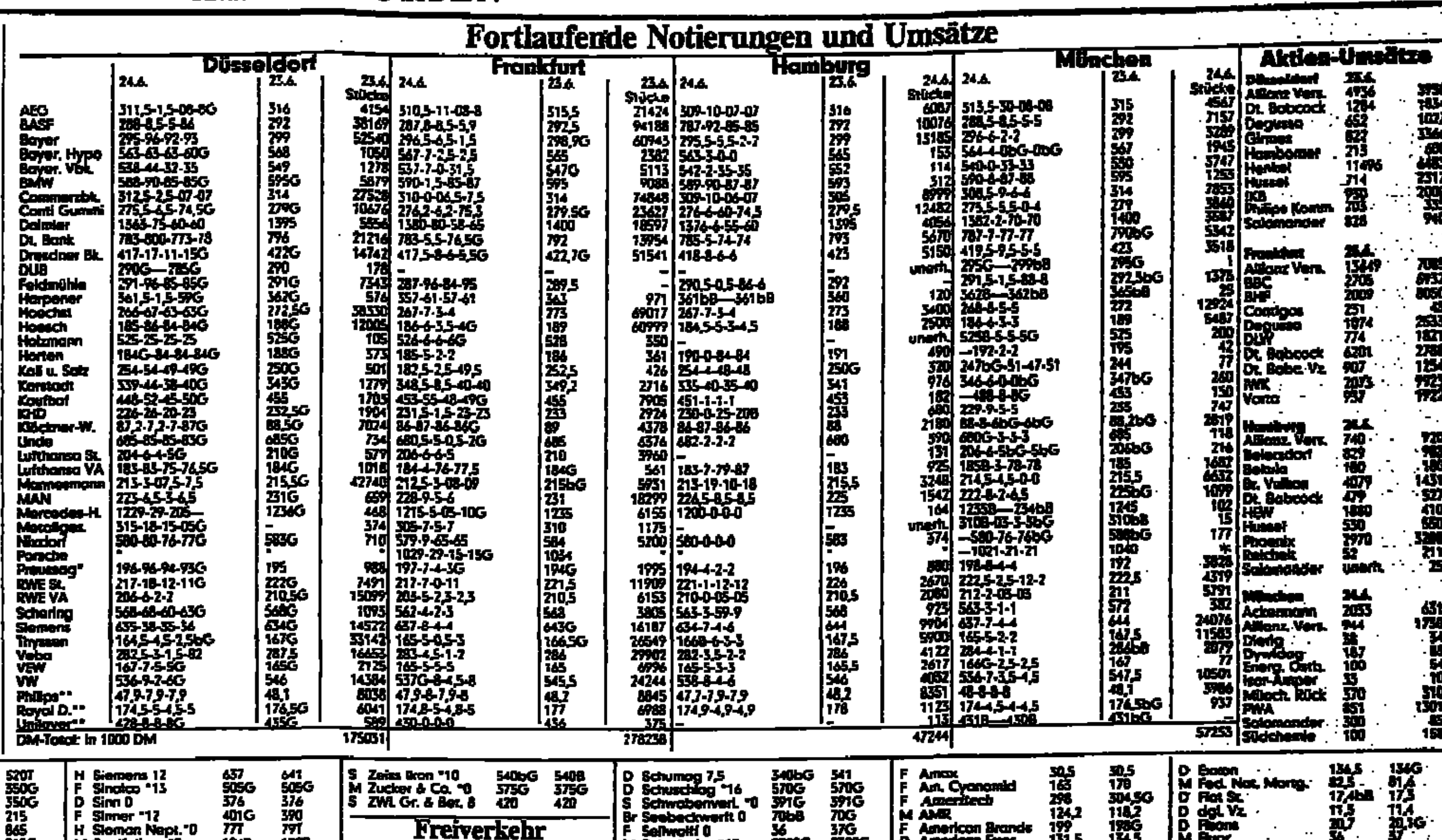
München: Aigner verminderten um 3 DM, Audi um 5 DM und Flachglas um 10 DM. Spinne Kolbermoor gaben um 50 DM und Süd Chemie um 10 DM nach. Agrob St. stockten um 6 DM Escada um 14 DM und Patrizier um 15 DM auf.

Stuttgart: Stuttgarter Hofbräu VA gewannen 14 DM. Aesculap konnten um 10 DM aufholen. Schwäbische Zellstoff waren um 15 DM niedriger notiert. Daimler mußten 24,50 DM abgaben.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 274,08 (277,95)
WELt-Umsatzindex: 2659 (3251)
Advance-Decline-Zahl: 66 (121)
38-Tage-Linie: 218,06 (281,89)
200-Tage-Linie: 260,23 (265,90)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

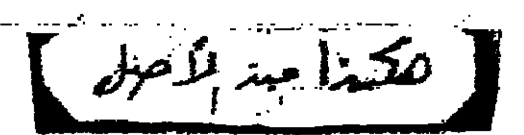
		24.6.	25.6.
H	Aach M Bell. 10	2265	2285
H	Aach. M. Vers. 7	1600B	1705
D	Aach. Rück. 9	2720	2650
D	Aseag *4	385G	385G
M	Ackr-Gögg. 6	170bB	172
H	Adca 5	173B	174
D	Adler 9	330	325
F	AEG 0	310,5	315,5
D	AEG KABEL 9	428bG	427bG
S	Aesculap 9	420TG	410
F	AGAB 5	136	138
D	Agrippina *0	3890	4000
M	Agrob *0	180bG	181
F	Cobb.Genußsch.	117,1	117,4
D	Conc. Chem. 4,5	215G	220
B	Conc. Spinne *0	555T	555G
D	Contigas 8	340G	340
D	Conti Gummi 3	272,5	278,8
D	Dahlb. St. 7,65	266	266
D	dgl. Vz. 14,55	430bG	410G
S	Daimler 10,5	1375	1399,5
M	Deckel AG 0	225	225,5
D	Dt. Atl. Tel.10	800G	800G
H	Doag 5	439	431
D	Dt. Babcock St. 3	191	195
D	dgl. Vz. 3,5	190	192
F	Dt. Bank 12	782	790
D	Dt. Centraboden 12	760G	760
D	Dt. Conti Rück 0	4100G	4100G
H	HEW 5	129,2	132
H	Hdl. Lüb. 9	570	570
Hn	Hann. Papier 6	230	233
H	Harmstorf 0	71,5	72
D	Harpener 11	360	363
F	Hartm. & B.St. 4	1870	1880T
F	dgl. Vz. 4	1280	1300G
M	Hasen-Bräu 9	930G	930G
S	Heidelb. Zem. 7	615G	620G
M	Heilit & W. 5	280	271G
D	Hein. Lehm. *0	331	335
D	Heinr. Ind. *14+4	685G	680bG
D	Henkel 3	413	414
F	Henninger 2	164bB	163
B	Herlitz 7	178	179,5
B	dgl. Vz. 7,8	160	159,9
F	Mainkraft *15	500	520T
F	MAB 6,5	350B	350G
F	dgl. Vz. 6,5	342	350G
D	Mannesmann 4	211	215
F	Mannh. Vers. 8	885	865
H	Markt & K. 7	216G	215G
F	MAN St. 7	230	230
F	dgl. Vz. 6	188,5	196
F	MAN-Rol. 20,2	585G	590bB
F	Massa	388	390
S	M.Müll.Weing. *0	315G	315G
D	Mauser 0	89G	90
F	Mercedes 10,5	1213	1238
F	Metallges. 6	307	307
S	Met. u. Lack 0	120G	120G
S	Mög 6,5	440TG	440TG

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr



Inlandszertifikate

	Ausg. 24.6.	Rückn. 24.6.	Rückn. 23.6.
AAR-Univ.F.I	147,42	158,13	158,13
Adifonds	68,48	65,22	65,92
Adirenta	25,19	24,46	24,46
Adiropa	104,45	101,41	101,15
Adiac	110,50	105,24	105,19
Adiverba	174,85	168,41	169,85
Aegis Enz.-Fds.	39,28	37,40	37,17
Aegis Wachst.-Fds	65,57	62,44	61,92
AGI Fonds	171,37	163,21	163,21
Akkumula	204,30	194,48	196,18
Albingia Rendite Fds.	51,45	49,56	49,48
Alte Kapital Fds.	37,51	34,69	34,98
Allianz-Rentenfonds	125,10	122,05	122,05
Analytik Fonds	34,85	32,40	32,49
Arz Rendit.	59,17	57,87	unerh.
AriDeka	55,84	53,60	53,95
Assecura I	88,87	88,63	unerh.
Austr. Pazifik	51,21	49,72	49,43
Berenberg-U-Fonds	431,55	409,37	411,27
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,22	50,70	50,89
Berenberg-U-Renten	124,41	121,38	121,44
BW-Renta-Univ	54,60	53,72	53,72
BW-Wartberg-Univ.	135,48	130,58	130,58
Colonia Rentenfonds	51,61	49,85	49,72
Concentra	37,26	34,55	unerh.
dbi-Fonds V I	–	58,51	58,51
DekaFonds	53,01	50,36	50,95
DekaRent	33,34	32,27	32,22
DekaSpezial	245,53	233,24	233,90
Dekainvest	61,62	60,12	60,12
DespaFonds	84,38	80,16	80,16
DEVIF-Invest	105,30	98,35	98,57
DEVIF-Rent	54,70	54,05	54,77
DIFA-Fonds	187,80	178,50	178,30
DIFA GRUND	104,91	99,66	99,44
DIT Fonds f. Verm.	67,48	65,83	unerh.
DIT Rohstoffonds	70,67	68,61	unerh.
DIT Pazifikfonds	116,08	112,70	unerh.
DIT Spezial	70,34	68,19	unerh.
DIT Technologiefonds	83,54	81,51	unerh.
DIT Fds.f.Wdl.u.Opt.A	134,21	130,94	unerh.
Dt. Rentenfonds	85,05	83,38	unerh.
Dt. Vermögensb. Fds. A	unerh.	unerh.	37,99
dgl. I	unerh.	unerh.	60,45
dgl. II	28,94	27,25	27,21
DWS Bayern Spezial	unerh.	unerh.	94,00
DWS Energiefonds	86,95	84,85	84,53
DWS Provesta	unerh.	unerh.	78,72
DWS Rohstoff Fds.	77,45	75,85	75,30
DWS Technologie Fds.	91,50	89,24	88,78
Fondak	71,51	68,10	68,95
Fondirent	88,75	86,15	86,08
Fondis	65,87	61,97	62,08
Fonrero	114,60	109,14	110,23
FT Accudos	141,67	137,57	136,66
FT Am Dynamik	25,58	23,41	23,52
FT Frankf. Eff. F	141,67	134,59	133,34
FT Interspezial I	29,25	26,76	26,65
FT Interspezial II	33,88	31,00	30,89
FT Interzins	45,75	44,42	44,42
FT Nippon Dynamik	94,90	89,66	88,80
FT Re-Spezial	192,74	183,10	182,82
Gerling Dynamik	70,97	67,91	67,48
Gerling Rendite	54,80	55,14	55,10
GKD-Fonds	unerh.	unerh.	71,96
Gothaer	101,57	97,85	97,85
Grundbesitz-Invest.	73,40	70,21	70,21
Grundwert-Fonds	132,95	126,02	unerh.
Hbg.-M. Rentenfonds	59,29	57,01	57,08
Hansainternational	54,49	54,49	54,07
Hansaprofit	–	29,15	29,19
Hansarenta	49,27	47,60	47,58
Hansasecur	68,07	64,83	64,06
Hansazins	50,14	48,44	48,45
Haus-Invest	48,80	45,45	45,45
IB-Fonds Nr. 1	115,80	110,20	110,20
dgl. Nr. 2	75,10	71,40	71,40
Industria	62,75	60,92	unerh.
INKA-Global	85,90	81,70	81,10
INKA-Rent	55,80	54,10	54,10
INKA-Re-Invest	137,80	133,70	133,30
Inrenta	73,90	72,07	72,06
Interglobal	154,54	150,04	unerh.
Inter-Renta	40,75	39,56	39,42
Intervest	105,45	100,39	99,95
Interkaphal	29,10	27,30	27,10
Int. Rentenfonds	85,56	83,47	unerh.
Investa	unerh.	unerh.	66,66
Investors Fds.	15,84	14,72	14,75
Iverafonds	63,84	58,41	58,07
Japan-Pazifik-Fds.	80,70	78,35	78,32
Kapitalf. Spezial	143,34	132,59	131,72
Magdeb. W.-Fd.DIT	83,75	79,76	unerh.
Medico-Invest	121,98	113,90	112,40
Mertur I	29,86	29,86	unerh.
NB Rent	57,88	56,18	56,11
Nordcumula	77,38	75,85	74,14
Nordrenta Int.	62,00	60,19	59,80
Nordinvest-F. RK	51,87	50,11	50,01
Nürnberger Rentenfds.	50,80	48,50	48,41
Oppenh. Int. Rent.	102,27	99,28	99,22
Oppenh. Priva-Rent	113,87	107,54	110,40
Oppenheim-Privat	57,78	55,02	54,72
Oppenheim-Spez. I	131,08	127,25	126,93
Oppenheim-Spez. II	92,55	88,13	87,53
Plusfonds	74,61	72,96	73,75
Privatfonds	69,10	65,77	65,73
Re-Investa	170,65	164,47	165,63
Rendidata	35,47	34,44	34,44
Rentak	165,98	155,78	155,77
Rentex	110,62	107,30	107,32
Rentensparfonds	57,83	56,15	54,15
Ring Aktien-Fds. DWS	unerh.	unerh.	46,65
Ring Renten-Fds. DWS	48,25	46,04	45,94
Sölvar-U-Fonds	178,82	175,61	168,35
SMH-Rentenfonds	53,10	51,55	51,31
Südinvest I	68,89	65,61	65,07
dgl. II	78,91	75,15	75,88
dgl. III	27,21	24,42	24,42
dgl. IV	87,84	84,46	84,14
Thesaurent	69,42	67,75	unerh.
Thesaurus	230,86	225,23	unerh.
Transatlanta	32,73	31,78	unerh.
Unifonds	32,20	30,61	30,98
Uniglobal	105,90	100,80	100,12
Unikapital	85,00	82,90	82,87
Unirak	88,50	84,28	85,61
Unirenta	43,20	41,86	41,53
Unispezial I	–	56,07	55,80
Universal-Eff.-F.	98,62	96,69	96,69
Unizins	114,25	110,90	110,84
Verm.-Aufbau-F.	123,42	117,54	unerh.
Verm.-Ertrag-F.	102,12	98,19	unerh.
VICTORIA Rent-Adig	74,17	71,61	71,59

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,90	32,00	32,20
Bond Valor DM	111,41	109,34	109,42
Convert Fund A DM	–	33,71	33,71
Convert Fund B DM	–	100,82	100,82
CS Money Market DM	1087,08	1087,07	1086,95
Eurinvest DM	94,80	90,70	90,40
Euruníon DM	198,46	182,89	181,38
Formular Sel. DM	84,55	78,85	78,85
GT Inv. Fond DM	unerh.	unerh.	66,10
Interspar DM	28,77	27,33	27,17
Japan Sel. DM	440,00	411,40	411,40
Unico DM	79,20	76,87	76,72
Amerika-Valor sfr.	507,25	490,50	491,75
Asia Fd. $	325,54	310,04	unerh.
Automation sfr.	128,00	119,00	120,00
Bond-Invest sfr.	64,75	63,50	63,75
Bond Valor Yen	10767,00	10567,00	10564,00
Bond Valor $	124,19	121,87	122,26
Bond Valor sfr.	108,85	106,05	105,90
Bond Valor Ster.	108,19	106,17	106,06
CSF-Bonds sfr.	79,25	76,50	76,50
CS Gold Valor	95,54	93,77	94,11
CS Money Market $	1148,14	1148,13	1147,97
CS Money Market Ster.	1112,19	1112,18	1111,91
CS Money Market Yen	105259,0	105258,0	105247,0
Convert Valor sfr.	140,45	137,85	138,05
Convert Valor $	152,53	149,70	148,96
Dreyfus $*	14,31	13,45	13,45
Dreyfus Internat. $*	50,48	47,45	47,45
Dreyfus Intercont. $*	52,55	49,40	49,40
Dreyfus Leverage $*	22,95	20,98	20,99
Energie-Valor DM	177,75	168,60	171,75
Europa Valor sfr.	197,50	188,00	188,00
Fonsa sfr.	198,50	194,80	194,00
Founders Growth $*	unerh.	unerh.	10,26
Founders Mutual $*	11,71	11,71	11,81
Goldmines hfl.	–	204,00	202,00
Intercont. Tr. sfr.	–	371,50	371,25
Interswiss sfr.	165,00B	164,50G	164,50G
Intervalor sfr.	90,25	87,00	87,80
Japan Portfolio sfr.	1374,25	1328,75	1329,00
Kemper Growth $*	14,83	13,57	13,48
Pacific-Valor sfr.	195,75	183,75	184,25
Pharmafonds sfr.	344,50	319,50	324,50
Pioneer Fund $*	25,67	23,49	23,57
dgl. II $*	21,05	19,24	19,25
Schweizeraktien sfr.	502,00	476,00	475,75
Siat-Imm. sfr.	1730,00B	1720,00G	1725,00G
Siat 63 sfr.	1335,00B	1325,00G	1330,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2590,00	2460,00	2460,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1330,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	423,75	411,75	412,25
Technology $*	15,01	13,73	13,83
Technogrowth Fd.	110,04	103,87	103,82
Templeton Growth $*	13,60	12,44	12,45
Universal B.S sfr.	80,50	78,00	78,00
Universal Fund sfr.	129,80	126,87	125,50
Uesac	839,00	799,00	813,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 24. 6. 1986
2055 Optionen = 108 750 (86280) Aktien, davon 425 Verkaufsoptionen = 21 250 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 7-270/41G; 290/25; 300/17; 310/25; 320/5B; 330/3,5B; 340/2,9; 350/1,5B; 360/1B; 10-300/57; 330/25; 340/17B; 350/16G; 360/10; 1-300/58,25; 320/48; 340/25B; 400/12; BASF 7-240/47; 260/37; 260/27; 270/20; 280/10; 290/5; 300/0,95; 310/0,90B; 320/0,85B; 330/0,80; 10-280/30; 290/24,9B; 300/19,9; 310/11; 320/10; 330/8,8B; 340/7,9; 350/7B; 1-300/25; Bayer 7-270/56B; 300/7B; 310/5,3B; 320/3,5B; 330/0,65B; 340/0,40B; 350/0,50B; 360/0,35B; 370/0,30B; 380/0,25B; 390/0,20B; 10-280/30B; 300/17,2; 310/17,1; 320/17; 350/14; 360/8B; 370/6,8B; 400/4B; 1-290/49B; 300/40; 310/35; 330/27B; 340/24B; 350/20B; 360/18B; 370/15; 390/11; BBC 7-310/20B; 320/10B, 1-320/18G; BHF 1-550/49B; Bay. Hypo 7-560,20/20B; 600/10B; 10-650/24B; Bekula 7-120/18B; 10-120/20G; 140/10; BMW 7-550/40, 600/15B; 650/2B; 700/1B; 10-600/48G; 650/20B; 700/18G; 1-600/10G; 650/38B; 700/27,2G; 750/11G; Bay. Vereinsbk. 7-550/25G; 10-600/20G, 635,40/16,5; Commerzbk. 7-291,90/30; 300/25; 312/12B; 321,90/0,10B; 331,90/7B, 340/6,5B; 341,90/6B, 360/3,4B; 362/3B; 380/23B; 10-300/38G; 320/30, 340/16; 360/12; 380/11; 382/9B; 1-300/61G; 320/45G; 340/40; 360/30B; 380/28; 392/11,5; Conti 7-190/82; 200/72; 220/52; 230/42; 240/35B; 250/20G; [illegible] 230/5,2G; 10-200/30G; 220/16; 230/12,4; 1-240/20G; Lufthansa Vz. 7-190/8; 10-220/15; 1-200/31; 220/26; Mercedes 7-150/6B; 1100/151; 1200/85B; 1300/19B; 1400/6,6B; 1600/2,1G, 1700/1G; 10-1100/180G; 1200/110G; 1400/40B; 1500/25; Metallges. 10-360/10B; Mannesmann 7-200/19; 210/8B; 220/4B; 230/3,5; 240/2,5B; 250/1; 10-200/33; 220/18; 230/15,4; 240/12; 250/10; 260/7,6; 300/6; 1-200/45; 220/28,2G; 240/20; 260/15B; 280/13; 300/7,5; Porsche 10-1100/50B; Preussag 7-170/24G; 200/7; 210/4,7; 230/2,8; 10-190/23G; 200/20B; 200/13; 250/12; 250/5G; 1-200/52B; 220/29B; 240/18; RWE St. 7-197,2/14B; 217,2/7B; 227,2/6B; 240/5; 247,2/1B; 10-220/30,2; 230/20; 240/12; 260/10; 1-220/30B; 240/27G; 260/17; 280/13; RWE Vz. 7-207,2/10B; 227,2/6B; 237,2/4,5B; 240/4; 245,2/1B; 10-220/20B; 240/10G; 1-240/15G; 260/10,5; Schering 7-600/10B; 618/3B; 638/1B; 10-638/18,8B; 650/18,6B; Kali + Salz 7-273/6B; 10-240/20; 263/17B; 300/10B; Siemens 7-600/40; 650/27; 650/12; 700/1, 10-600/75G; 650/45; 700/25; 750/10; 1-600/95G; 650/61,25; 700/45; 750/30; 800/27; Thyssen 7-145/22,5; 150/15G; 160/6G, 165/3,5; 170/2B; 175/1,5B, 180/1B; 185/0,9B; 190/0,8; 10-160/17; 165/14; 170/11,6; 175/10; 180/7,4; 185/7B; 190/6; 195/4B, 200/3,5; 1-160/26, 170/20; 180/15,5; 190/10,9; 200/9; 220/5,5G; Varta 10-360/18,6; Veba 7-260/27G; 270/22G; 280/15; 290/8; 300/5; 310/4,5; 320/2; 330/1B; 10-280/40G; 300/21; 310/19; 320/16; 330/14; 340/10B; 350/9,5; 360/6,5; 1-300/30B; 320/24,5; 340/20G; 360/12G, VEW 7-160/13; 180/5,5; 10-200/5G; 1280/7G, 1-200/11G; VW 7-400/141B; 460/85B; 500/50; 520/31; 530/30; 540/20; 550/7B; 560/5B; 570/4,1B; 580/4B; 590/3,1; 600/3; 610/2,8B; 620/2,5G; 630/1,8B; 650/1,5; 700/1B; 750/0,9B; 10-550/49; 580/40G; 600/30; 620/26G; 650/18; 700/14; 750/10B; 800/8; 1-550/80; 600/65; 750/22G; 800/20; Alcan 7-70/5,4, 10-70/7G; 75/4,9; 80/2; 90/1G; Chrysler 1-100/4,5; Elf 10-100/9,4G; 110/5,4; 1-110/8G; 170/4G; General Motors 10-200/4,5; 1-200/12; 220/7G; IBM 7-580/1; 10-380/10; 400/6; 1-360/26G; 380/19,6; 400/15G; Norsk Hydro 7-38,1/9,5; 43,1/4,4; 45/2,5; 10-40/9,6B; 45/4,6; 50/2,6; 1-40/11G; 45/7,6; 50/4,7; 55/2,9G; Philips 7-38,3/10,4B; 43,3/7B; 45/4G; 50/0,7G; 10-45/7; 50/3,5; 55/2,5, 1-45/9; 50/6,4; 55/4,5; 60/3G; Royal Dutch 7-152,6/26,8B; 160/25; Sperry 7-130/41B; 150/19,8B; 160/10B, 10-140/30B, 170/8G; 180/3,5G; 1-170/13; Unilever 10-411/34B; 1-440/24,2G.

Verkaufsoptionen: [illegible] 7-1200/10,6, 10-1200/31G; [illegible] 245/35B; 255/44B; 10-200/9; 220/23,8B; 1-190/6G; 200/10; Preussag 7-190/10B; 200/12; 220/56G; 10-180/6G; 190/7,9; 200/17G; 220/31G; RWE St. 7-210/7G; 10-200/6G; 1-200/14; 220/20B; Siemens 7-550/2,5G; 600/10; 650/30; 10-570/5G; 600/34G; 650/40G; 700/80B; 1-500/10G; 550/18G; 650/50G; Thyssen 7-150/1B; 155/2,4; 160/2,6; 165/3G; 10-165/8; 170/10,4; 180/18; 1-170/13G; 180/22G; Veba 7-270/1; 280/2,5; 290/8; 300/24; 10-260/5G; 280/9,4; 290/20,8B; 300/25; 1-260/5G; 280/10,8; 300/30; VW 7-560/25G; 600/65,5; 650/111,25; 10-550/40; 600/80; Alcan 7-75/7,8B; 1-75/10,6B; Chrysler 1-80/8B; 85/12B; Elf 7-100/11B; General Motors 7-180/4,5; 10-190/20,5B; IBM 10-330/19; 350/51B; Norsk Hydro 10-50/3G; 1-50/7G; Philips 10-53,80/5,6B; 1-50/3,5B; 55/7,5B; Royal Dutch 10-180/15B; Sony 1-50/6,7G; Sperry 10-170/18G; 1-160/10G; Unilever 1-400/14G; Xerox 1-150/36B.

Renten-Optionshandel

Frankfurt: 24. 6. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): OKT86-108/1,5B; APR87-108/1,5G; 110/0,50G; 7 1/2 Bund 85 III (91): OKT86-108/1,5B; APR87-108/1,5G; 110/0,80G; 8 1/2 Bund 82 (92): OKT86-112/1,5G; 114/0,5G; APR87-112/2G; 114/0,8G; 8 3/4 Bund 82 (92): OKT86-114/1G; 116/0,3G; APR87-114/1,5G; 116/0,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): OKT86-108/1G; APR87-108/1,5G; 110/0,65G; 8 Bund 85 (95): OKT86-110/1,5G; OKT86-112/1G; APR87-110/2,5G; 112/1G; 8 1/4 Bund 85 V (95): OKT86-112/1,5G; 114/0,5G; APR87-112/2G; 7 1/2 Bund 84/94: OKT86-108/2,5B; APR87-108/2,5G; 110/1,5G; 7 Bund 85 I (95): OKT86-106/1,5B; APR87-106/2G; 108/1G; 7 1/4 Bund 85 II (95): OKT86-106/2,5G; APR87-106/4G; 108/2G; 6 3/4 Bund 86 (96): OKT86-104/2,5G; 106/1,5B; APR87-104/2,6G; 106/1,5G; 6 1/2 Bund 86 (96): OKT86-104/2G; 106/1,5B; APR87-104/2,5G; 106/2G; 108/0,5G; 7 1/8 Bahn 85 (95): OKT86-104/2,5G; 106/1G; APR87-104/3G; 106/1G; 7 Post 86 (97): OKT86-106/2,5B; 108/0,5G; APR87-106/2G; 108/1G

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): OKT86-10/3B; 108/1,5G; APR87-108/2G; 110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): OKT86- [illegible]

Junge Aktien

[illegible] Berlin: Hermes 780G, Kötitzer 1950B, VAB 2650T. Düsseldorf: BASF 275, IKB 281, IWK 272, KSB St. 185T, KSB Vz. 160T, Lehnkering 240G, Mannesmann 202,5, Rütgers 330T, VEW 159. Frankfurt: Adt 82B, Allweiler St. 300, Allweiler Vz. 218G, BASF 277, Bay. Hypo 557, Contigummi 268TT, IKB 284, IWK 282,5, KSB St. 195T, KSB Vz. 164T, Magdeburger Feuer NA 650G, Magdeburger Feuer 1540B, Mainkraft 500T, Pfaff 235, Rütgers 330bG, Salamander 300, VEW 158bG, Wella 725G, Ymos 189. Hamburg: Doag 421bG. München: BASF 275, Bremer Wollk. 317TB, IKB 276, IWK 276bG, Salamander 300G, Stumpf 140B, VAB 2650B, VEW 160,3, Wanderer 690B.
Bezugsrechte: Frankfurt: Bull 1,35, Fiat 0,30, Bay. Hypo 1,50, Hamburg: Maihak 72,50.

Devisenmärkte

Für viele Marktteilnehmer überraschend schlug am 24. 6. das Dollarsentiment über Nacht um. Der Dollarkurs stürzte bereits an den amerikanischen Märkten tiefst bis knapp unter 2,22 ab. In Europa kam es trotz dieser veränderten Basis zu keinen nennenswerten Handelsaktivitäten, und der Dollar pendelte zwischen 2,224 und 2,253 bei einer amtlichen Notiz von 2,2289. Der Mai-Index, für die Auftragserteilung der langlebigen Wirtschaftsgüter in den USA, lag mit +0,4 Prozent im Rahmen der Erwartung. Der Dollar-Kurseinbruch war besonders ausgeprägt gegen DM, so daß fast alle amtlich notierten Währungen gegen sie Kurseinbußen hinnehmen mußten. Die höchste Einbuße erlitt die Schwed. Krone mit 5 Promille auf 31,005. US-Dollar in: Amsterdam 2,5115; Brüssel 45,55; Paris 7,1075; Mailand 1529,50; Wien 15,928; Zürich 1,8301, Ir Pfund/DM 3,031; Pfund/Dollar 1,5111; Pfund/DM 3,368.

Devisen und Sorten

24.6.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,2249	2,2329	2,2207	2,18	2,28
London[2]	10,0	3,361	3,375	3,33	3,30	3,46
Dublin[2]	16,5	3,024	3,038	2,995	2,97	3,12
Montreal[1]	8,84	1,604	1,612	1,5949	1,56	1,66
Amsterd.	5,00	88,70	88,92	88,46	88,05	89,80
Zürich	4,00	121,69	121,89	121,47	120,50	123,25
Brüssel	8,00	4,884	4,904	4,861	4,77	4,97
Paris	9,50	31,30	31,46	31,155	30,40	32,15
Kopenh.	7,00	26,915	27,035	26,735	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,32	29,44	28,675	28,75	30,50
Stockh.	8,00	30,925	31,085	30,54	30,25	32,00
Mailand[3]**	12,0	1,453	1,463	1,4315	1,40	1,50
Wien	4,00	14,204	14,244	14,208	14,11	14,33
Madrid	8,00	1,561	1,571	1,528	1,53	1,63
Lissabon**	19,0	1,47	1,49	1,427	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,337	1,340	–	1,295	1,365
Helsinki	8,50	43,05	43,25	42,505	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,553	1,607	–	1,50	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,513	1,552	–	1,44	1,57
Johannbg.*	12,0	0,863	0,897	–	0,63	0,88
Hongkong*	–	28,41	28,69	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Ausland

Amsterdam

	24.6.	23.6.
ACF Holding	343	344,5
Aegon	109,5	110,7
Akzo	167,2	168,2
Alg. Bk. Nederl.	581	582
Amev	80,3	81,2
Amro Bank	105,8	107
Berkel's Patent	39,5	41,8
Bijenkorf	79	79,3
Bols Lucas	144,5	146,5
Bredero	233	250
Buehrmann	182	181
Desseaux	169	168
Fokker	95	95
Gist Brocades	293,5	295
Oce-v. d. Grinten	496,5	499
Hagemeijer	67,5	69
Heineken Bierbr.	167,5	171
KLM	48,9	49
Hoogovens Kon.	112,3	114
Nationale Ned.	86,1	87,6
Ned. Lloyd Groep	175,5	176
Ommeren van	36,5	36,4
Pakhoed	50,7	52,5
Philips	53,8	54,2
Rijn-Schelde	7,2	7,2
Robeco	95,5	94,6
Rolinco	85,5	86,9
Royal Dutch	196,5	198,5
Credit Lyonnais Bk.N	90,5	92,3
Unilever	483	488,5
Ver. Masch.	311	318,5
Volker Stevin	41,7	42
Westland Utr. Hyp.	–	–
Index: ANP/CBS	278,60	281,60

Brüssel

Arbed	3075	3050
Brux. Lambert	3180	3010
Cockerill Ougrée	140	140
Ebes	4356	4368
Gevaert	6000	–
Kredietbank	16475	16250
Pétrofina	8350	8230
Soc. Gén. d. Belg.	2870	2865
Sofina	9970	9980
Solvay	7870	7850
UCB	7970	7950
Index	3656,64	3642,05

Hongkong

	24.6.	23.6.
China Light + P.	15,9	16,1
Hongkong Land	5,8	5,85
Hongk. + Sh. Bk.	6,75	6,8
Hongk. Teleph.	11,8	11,9
Hutch. Whampoa	29,7	29,2
Jard Matheson	12,3	12,4
Swire Pac. + A +	12,2	12,4

Kopenhagen

	24.6.	23.6.
Den Danske Bank	305	301
Jyske Bank	550	540
Kopenh. Handelsbk.	269	264
Novo Industri	274	281
Privatbanken	260	259
Ostasiat. Komp.	200	202
Dan. Sukkerfabr.	358	358
For. Bryggerier St.	1160	1100
Kgl. Porz. Fabr.	400	395

London

	23.6.	20.6.
All. Lyons	345	348
Anglo Am. Corp.	1037,5	1093,75
Anglo Am. Gold	5700	5800
Babcock Int.	168	167
Barclays Bank	494	494
Beecham Group	398	395
Bowater	340	325
B.A.T. Industries	398	388
BL	54	57
BLOC Int.	311	315
British Petroleum	576	570
British Aerospace	526	523
British Telecom	232	238
Britoil	166	165
BTR	318	323
Burmah Oil	388	388
Cable Wireless	688	678
Cadbury Schweppes	176	177
Charter Cons.	253	250
Cons. Gold Fields	431	429
Cons. Murchison	168,75	162,5
Courtaulds	278	279
De Beers	643	672
Distillers	678	678
Driefontein	1268,75	1343,75
General Electric	198	204
Guinness	323	325
Hawker Siddeley	555	567
ICI	974	977
Imperial Group	372	372
Lloyds Bank	357	362
Lonrho	243	246
Marks & Spencer	197	201
Midland Bank	529	527
Nat. Westminster	492	502
Plessey	232	238
Reckitt & Colman	789	789
Rio Tinto-Zinc	604	609
Rustenburg Plat.	845	845
Shell Transp.	788	790
Thorn Emi	463	471
TI Group	527	520
Trusthouse Forte	169	168
Unilever	1670	1670
Unitech	208	208
Vickers	456	458
Woolworth	760	760
Financial Times	1338,50	1352,70

Luxemburg

	24.6.	23.6.
ARBED	3050	
Arlco	100,75	
Audiofina	5700	
Bque. Gen. du Lux.	15500	
Bque. Int. du Lux.	14400	Börse
Belgo Mineira St.	0,22	geschl.
Cegedel	3635	
Kredietbank Lux.	17975	
PAN Holding	–	
SCI Techn.	690	
SEO	852	

Madrid

Banco de Bilbao	893	899
Banco Central	654	659
Banco Popular	1080	1095
Banco de Santander	659	658
Banco de Vizcaya	1330	1330
Citroën España	380	385
Const. Aux. Ferro	–	155
Cros	142	149
Cubiertas	443	–
Dragados	328	328
Duro Felguera	640	650
El Aguila	315	324
Esp. del Zink	–	–
Esp. Petróleos	538,25	558
Unión Fénix	–	1905
Fecsa	87,5	91,25
Hidroeléctr. Esp.	126,5	133,5
Iberduero	169,25	176,75
Macosa	–	–
Papelera	160	164
Seda de Barcelona	360	358
Sevillana de El.	127	132
Telefónica	193,5	198,75
Unión Eléctrica	103	108,75
Explosivos RT	165,5	174,5
Urbis	–	250
Vallehermoso	216	221
Index	178,28	181,83

Mailand

	24.6.	23.6.
Bastogi	640	665
Dalmine	545	545
Farmitalia C. Erba	–	14550
Fiat	11550	11680
Fiat Vz.	7600	7660
Gemina	2190	2395
Generali	122300	123700
IFI Vz.	23800	23200
Italcementi	70200	70000
Italgas	–	2860
Lloyd Adriatico	23000	23500
Magneti Marelli	3890	3865
Mediobanca	216000	216050
Mondadori A.	5935	5890
Montedison	3210	3245
Mira Lanza	45050	44970
Banco Ambrosiano	3515	3515
Olivetti Vz.	9630	10000
dgl. St.	15500	15800
Pirelli SpA	5150	5200
La Rinascente	1022	1020
RAS	49200	50500
SAI Risp.	59500	61380
SIP	3399	3200
Snia BPD	5200	5150
STET	5440	5410
Index	–	668,28

New York

Ortszeit: 10.00 h	24.6.	23.6.
Adv. Micro Dev.	20,5	20,5
Aetna Life	60	59,5
Alcan Aluminium	30,25	30,25
Alcoa ≠	39,5	39,375
Allied Signal ≠	43,5	43,25
Allis-Chalmers	4,625	4,5
AMR Corp.	56,625	55,75
Amax	13,125	13,25
Amerada Hess Corp.	19,875	19,875
Am. Brands	89	88,5
Am. Can. ≠	76,125	76
Am. Cyanamid	74	74
Am. Express ≠	59,125	59,375
Am. Home Prod.	88,875	89,25
Am. Motors	3,875	3,75
Am. Tel. & Telegr. ≠	24,875	25,375
Ameritech	132,25	134,25
Amoco Corp.	62,25	63,375
Anchor Hocking	30	29,75
Armco Inc.	9,375	9,625
Asarco	15,125	15,5
Atlantic Richfield	52,75	52,875
Avon Products	35,125	34,875
Bally	21,375	21,5
Bk. of America	15,5	15,625
Bell Atlantic	69,875	70,75
Bell Howell	44	44
Bethlehem Steel ≠	14,75	14,875
Black & Decker	20,125	19,75
Boeing	63,875	64
Borg-Warner	32,375	32,25
Bristol-Myers	85,125	84,875
Brunswick	35,5	35,25
Burlington Ind.	38,375	38,375
Burroughs	61,625	61,25
Campbell Soup	60,625	60,625
Capital Cities Corp.	242	242
Caterpillar	50,125	50,125
CBS	143,625	142
Celanese	227,5	228
Centronics	6,5	6,5
Chase Manhattan	41,875	42
Chevron ≠	39,625	39,75
Chrysler	34,875	34,75
Citicorp	58,25	58,25
Clorox	54,375	53,75
Coca-Cola	118,625	118,375
Colgate	41,75	42
Commodore	6,625	6,5
Comwth. Edison	31,875	32,625
Comm. Satellite	33	33
Control Data	23,125	23,125
CPC Int.	67,125	67,5
Curtiss Wright	53,25	53
CSX	32	32
Deere	28,125	28,25
Delta Airlines	42,75	43,25
Digital Equipm.	84,5	84,625
Dow Chemical	58,75	59,375
Du Pont ≠	85,25	85
Eastern Gas-Fuel	26,5	26,625
Eastman Kodak ≠	58,75	58,875
Enron	41	41,125
Exxon Corp. ≠	60,375	60,5
First Chicago	33,125	33,125
Firestone	24	23,875
Fluor Corp.	15,875	16
Ford Motor	53,5	53,25
Foster Wheeler	13	13
Fruehauf	46,375	46,625
GAF Corp.	34,625	34,75
General Dynamics	75,375	75,875
General Electric ≠	80,375	80,5
General Instrument	20,375	20,625
General Motors ≠	77,625	78
Gillette	46,25	46,625
Global Nat. Res.	4,375	4,375
Gen. T. & E.	50,625	50,625
Goodrich	40,375	40,25
Goodyear Tire ≠	32	32,25
Gould	21,125	21,125
Grace	53,625	53,25
Greyhound	35	34,75
Grumman	28,75	28,625
Halliburton	22	22
Heinz	43,75	43,125
Hercules	53	53,125
Hewlett Packard	42,5	42,5
Homestake Mining	21,875	21,625
Honeywell	75,375	75,25
IBM ≠	145,125	145,5
Inco Ltd. ≠	13,25	13,25
Inland Steel	20,575	20,375
Insp.Resources Corp.	4,75	4,75
Int. Tel. & Tel.	44,875	44,875
Int. Paper ≠	63	63,125
Jim Walter	43,875	44,625
Kaiser Aluminium	18,875	19
Kerr McGee	27,125	27
Lehmann	15,75	15,75
Litton Industries	76,375	76,25
Lockheed Corp.	52,5	52,25
Loew's Corp.	65,125	64,75
Lone Star	32,125	32
Louisiana Land	27,625	27,5
LTV Corp.	5,375	5,375
McDermott A	19,25	19,25
McDonald's ≠	103	103,125
McDonnell Doug.	77,25	77,5
Merck & Co. ≠	101,625	102
Merrill Lynch	33,75	33,25
Mesa Petroleum	3,5	3,375
Minnesota M. ≠	109,25	109,375
Mobil Oil	31,25	31,25
Monsanto	70,125	70,25
Morgan J.P.	85,375	85,75
Nat. Distillers	38,875	38,625
Nat. Semiconductor	11,875	12
Nat. Intergroup	21,25	21,25
Navistar Int. Corp. ≠	8,375	8,5
NCR	51,875	52,5
Newmont	45,75	45,875
Owens Ill. ≠	39,5	38,75
PanAm World	6	6,125
Pfizer	69,125	69,25
Philip Morris ≠	71,75	71,25
Philips Petroleum	9,625	9,875
Pittston	11,875	12
Polaroid	66,25	66
Prime Computer	17,875	17,625
Procter & Gamble ≠	76,625	76,875
Revlon	15,5	15,5
Reynolds Ind.	52,25	51,875
Rockwell Int.	46,375	46,5
Rorer Group	39,25	39,125
Salomon Inc.	50,125	50,25
Schlumberger	32,375	32,5
Sears, Roebuck ≠	46,75	46,75
Singer	51,5	51,75
Sperry Corp.	75,375	75,375
Stand. Oil Calif.	39,75	39,75
Storage Techn.	3,25	3,125
Tandem	31,125	31,125
Tandy	39,125	39,25
Teledyne	329	330
Telex Corp.	56,75	56,5
Tesoro	9,625	9,625
Texaco ≠	31,75	32,75
Texas Air	36,625	34,5
Texas Instrum.	123	122,5
Tosco	4,125	4
Trans World Corp.	32,375	32,5
Transamerica	34,75	34,625
Travellers	47,875	47,625
Turner Broadcast.	25,75	25,75
UAL	55,25	54,625
Uccel Corp.	22	21,75
Union Carbide ≠	21,875	21,875
Union Oil of Calif.	19,875	20
US Gypsum	39,625	39,375
US Steel ≠	20,125	20,5
United Technolog. ≠	48,625	48,375
Walt Disney	50,625	50,5
Warner Comm.	52,5	52,5
Westinghouse El. ≠	52,875	52,5
Weyerhaeuser	34,75	34,875
Whittaker	29,25	29,375
Woolworth ≠	45,75	45,125
Wrigley	40,25	39,875
Xerox	55,25	55,5
Zenith Radio	24,25	24
Dow Jones Index	1861,92	1864,26
Stand. & Poor's	244,99	245,26

≠ = Berechnung Dow Jones Index
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	24.6.	23.6.
Bergen Bank	155	152,5
Borregaard	–	385
Den Norske Cred.	155,5	155,5
Elkem	104	104
Kreditkassen	165	163,5
Norsk Data	227	227
Norsk Hydro	162	162
Storebrand	272	269
OSE Ind. Index	366,01	364,84

Paris

	24.6.	23.6.
Air Liquide	760	771
Alsthom Atlant.	410	418
Beghin-Say	519	519
BSN-Gerv.-Danone	3575	3570
Carrefour	2850	2840
Comp. du Midi	5330	5380
Club Méditerranée	510	510
CSF Thomson	1230	1198
Elf-Aquitaine	294	294
France Petrol B	375	375
Hachette	2845	2855
Imetal	72,4	72,6
Lafarge	1270	1245
Lafayette	1070	1000
Locafrance	620	625
L'Oréal	3325	3305
Machines Bull	52,7	52,7
Michelin	2650	2625
Moët-Hennessy	2005	1950
Moulinex	85,5	85
Penarroya	45	44,1
Pernod-Ricard	1145	1133
Perrier (Source)	671	680
Peugeot-Citroën	871	872
Printemps	519	504
Radio Techn.	900	901
Redoute à Roubaix	1760	1780
Schneider	3625	3625
Sommer Allibert	1178	1150
Usinor	4,46	4,76
Index: INSEE	130,20	128,60

Singapur

	24.6.	23.6.
Cycle + Car.	1,8	1,88
Cold Storage	3	3,16
Dev. Bk. of Sing.	6,95	7,1
Fraser + Neave	7,4	7,65
Kl. Kepong	1,75	1,71
Mal. Banking	4,06	4
Nat. Iron	3,86	4
OCBC	7,5	7,7
Sime Darby	1,6	1,58
Singapur Land	3,46	3,64
Un. Overs. Bank	4,12	4,26

Sydney

	24.6.	23.6.
ACI	355	355
Ampol. Explor.	180	180
Westpacific Banking	480	488
Bougainville Copper	250	260
Bridge Oil	63	65
Brok. Hill. Prop.	856	876
Coles	540	541
CRA	624	628
CSR (Thelss)	333	337
Metals Expl.	48	48
MIM-Holdings	214	215
North Broken Hill	195	188
Oakbridge	91	92
Pako Wallsend	510	510
Poseidon	310	305
Thomas Nat. Tr.	345	355
Waltons Bond	37	37
Western Mining	313	318
Woodside Petr.	92	94
Index	1205,90	1214,80

Johannesburg

	24.6.	23.6.
Abercom Inv.		2,3
AE & CI Ltd.		11
Barlow Rand		18,5
De Beers	Werte	28
Gold Fields	lagen	36
Highveld Steel	bei	6,95
Kloof Gold Min.	Red.-	25,5
Rembrandt	Schluß	63
Rustenburg Platinum	nicht	37,25
Sasol	vor	7,25
Vaal Reefs		232
RDM Gold Index	–	1249,20
RDM Ind. Index	–	1282,30

Stockholm

	24.6.	23.6.
AGA AB	196	193
Alfa-Laval AB Ser. B	328	360
ASEA Fria	377	–
Atlas Copco AB	215	217
Electrolux AB Ser. B	264	269
Ericsson Ser. B	–	300
Saab-Scania AB	750	800
Sandvik AB	–	–
SKF B	344	345
Volvo B Fria	396	410
J & P Ind. Index	–	2435,15

Tokio

	24.6.	23.6.
Alps.	2020	2030
Bank of Tokyo	805	793
Banyo Pharma	1010	1040
Bridgestone Tire	707	723
Canon	1050	1030
Daikin Kogyo	797	798
Daiwa Sec.	1600	1630
Daiwa House	1500	1460
Eisai	1690	1670
Fuji Bank	1560	1560
Fuji Photo	2890	2880
Hitachi	875	870
Honda	1170	1170
Ikegai Iron	420	410
Kansai El. P.	2560	2610
Kao Soap	1540	1540
Kirin Brewery	1470	1480
Komatsu	491	502
Kubota Iron	380	387
Matsushita El. Ind.	1490	1490
Matsushita El. Wks.	1380	1370
Minolta Camera	812	810
Mitsubishi El.	366	357
Mitsubishi H. I.	394	395
Nikko Sec.	1190	1190
Nippon El.	1530	1530
Nippon St.	176	181
Nomura Sec.	2250	2280
Pioneer	2300	2320
Ricoh	898	897
Sankyo	1320	1350
Sanyo Electric	418	415
Sharp	993	987
Sony	3440	3420
Sumitomo Bank	1830	1810
Sumitomo Marine	946	965
Takeda Chem.	1580	1590
Teijin	521	519
Tokio Marine	1340	1390
Tokyo El. Power	4100	4200
Toray	580	574
Toyota Motor	1570	1550
Index	1344,90	1351,00

Toronto

Ortszeit: 10.00 h	24.6.	23.6.
Abitibi Price	24,25	24,625
Alcan Alu.	42	42,125
Bk. of Montreal	32,75	32,875
Bk. of Nova Scotia	16,125	16,375
Bell Cda Enterprises	37,625	37,5
Bluesky Oil	–	2,5
Bow Valley Ind.	–	10,25
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	–	14,25
Cdn. Imperial Bk.	18	17,875
Cdn. Pacific	16,875	16,75
Cominco	13,5	13,625
Caselo Res.	–	1,19
Denison Mines	6,875	6,75
Dome Petroleum	1,26	1,26
Domtar	31	31,125
Falconbridge Ltd.	21,125	21,25
Great Lakes Forest	–	24
Gulf Canada	14,875	14,875
Gulfstream Res.	0,56	0,6
Hiram Walker Res.	36,375	36,5
Hudson Bay Mng.	7	6,875
Husky Oil	8,25	8,25
Imperial Oil -A-	39,625	39,625
Inco	18,5	18,625
Inter City Gas Ltd.	15,5	15,25
Interprov. Pipeline	–	43,375
Kerr Addison	16	15,875
Lac Minerals	21,875	21,375
Moore Corp.	34,75	34,75
Noranda Mines	18,25	18,375
Norcen Energy Res.	13,5	13,5
Northgate Expl.	4,35	4,3
Northern Telecom.	40,625	40,75
Nova An Alberta 'A'	4,65	4,65
Nu West Group	0,315	0,31
Oakwood Petrol	–	2,75
Placer Development	24,25	24,125
Provigo Inc.	20,5	20,375
Ranger Oil	5,375	5,5
Revenue Properties	3,15	3,25
Rio Algom	–	23,625
Royal Bk. of Can.	32	32
Seagram	84,625	85,75
Shell Canada	23,125	23,875
Sherritt Gordon	6,875	7
Stelco -A-	24,625	24,75
TransCdn. PipeLines	16,5	16,625
Verity Corp.	3,65	3,65
Westcoast Transm.	13,75	13,375
Index: TSE 300	3050,60	3057,10

Wien

	24.6.	23.6.
Creditanst.-Bkv.Vz.	2300	2340
Gösser-Brauerei	3460	3500
Länderbank Vz.	2540	2310
Lenzing	940	965
Linz Textil	3500	–
Österr. Brau	3400	3325
Perlmooser Zement	665	660
Reininghaus	870	900
Schwechater Br.	1800	–
Semperit	181	180
Steyr-Daimler-P.	165	163
Steyrermühl Papier	3200	3100
Universale Hoch	308	307
Veitscher Magnesit	11390	11390
Index	116,45	117,51

Zürich

	24.6	23.6.
Alusuisse	715	720
dgl. NA	217	217
Bank Leu	3600	3600
Brown Boveri	1835	1850
Ciba Geigy Inh.	3510	3600
Ciba Geigy Part.	2680	2700
Elektr. Watt	5400	3420
Georg Fischer Inh.	1550	1600
Mag.z.Globus Part.	1565	1550
H. La Roche 1/10	11150	11325
Holderbank	4580	4650
Italo-Suisse	338	335
Jacobs Suchard Inh.	8250	8250
Jelmoli	3500	3550
Landis Gyr	1800	1810
Mövenpick Inh.	3750	6800
Motor Columbus	1710	1740
Nestlé Inh.	8295	8320
Oerlikon-Bührle	1840	1930
Sandoz NA	4700	–
Sandoz Inh.	11900	11900
Sandoz Part.	1710	1710
Art. A. Saurer	223	220
Schw. Bankges.	5670	5675
Schw. Bankverein	536	540
Schw. Kredit. A. Inh.	3700	3720
Schw. Rückv. Inh.	17250	17400
Schw. Vollsb. Inh.	2475	2490
Sika -B-	4000	4200
Gebr. Sulzer Part.	587	595
Swissair	1650	1650
dgl. NA	1335	1350
Winterthur Inh.	6400	6600
Winterthur Part.	5950	6000
Zür. Vers. Inh.	7550	7600
Index: Schw. Kred.	–	526,60

Festverzinsliche schwächer

Bei insgesamt schwächerer Tendenz verminderten sich öffentliche Anleihen um bis zu 0,3 Prozentpunkte. Das Geschäft war wie am Aktienmarkt lustlos. Gerüchte vom Vortag über ein Zusammentreffen der „Fünfer-Runde" der wichtigsten Industrienationen zu einer neuerlichen Zinssenkungskonferenz erwiesen sich endgültig als haltlos. So setzte sich die abwartende Haltung der Vortage im verstärkten Maße fort. Die Konditionen der Postanleihe wurden von Marktteilnehmern zunächst positiv aufgenommen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

F	6¼ dgl. 85 m. O.	240G	240G
F	6¼ dgl. 85 o. O.	94,75	94G
F	3¾ dgl. 83 m. O.	228bG	228G
F	3¾ dgl. 83 o. O.	92,6	92,9
F	6¾ dgl. 86 m. O.	134	133,75
F	6¼ dgl. 86 o. O.	98,8	99
F	3¾ Didier 85 m. O.	139	140
F	3¾ Didier 85 o. O.	80,25T	80,25T
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	193G	193
F	4 dgl. o. O.	94,2	95,5
F	8 dgl. 84 m. O.	216G	216G
F	8 dgl. 84 o. O.	107,5	107,5

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	24.6.	23.6.
8 Afr. Entwbk. 79/87	101,5	102,5G
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,5	105,25G
9 Air Canada 82/92	109,75G	109,75G
7¾ dgl. 83/93	104,9G	105
9¼ Akzo 82/89	105,5	104,5T

[illegible]

7¾ Exp.Bk.Korea 85/90	102,5G	102,75
10¾ Ferrovie 82/87	105,5G	105,3
8¼ dgl. 83/88	104,25G	104,25G
8 dgl. 84/91	106	107T
8 Fin. I. Bk. 71/86	100T	100T
7 dgl. 72/87	101G	101bG
8½ dgl. 80/90	102,15	102G
10 Finn. Komm. 82/92	109T	109,1G
7 Finnland 72/87	105G	105G
10¾ dgl. 81/86	101T	101T
9¾ dgl. 82/89	109,5	109bG

8¾ E.D.F. 82/92	106,5	106,75
8¾ dgl. 83/93	109	109,25
7 Elektrobras 77/87	100,5T	101T
7 dgl. 79/87	100,2bB	100T
5¾ ELF Aquit. 78/88	100,75	101
6¾ Enhart Corp. 85/95	102	102,1G
6¾ Ericsson LM 72/87	101,25T	100,8G
6¾ Escom 72/87	98,25G	98,25
7 dgl. 73/88	100	100bG
9¾ dgl. 80/87	100,5T	101bB
9½ dgl. 82/90	101,25	101
8¾ dgl. 83/90	99	98bG

[illegible]

8 dgl. 83/90	106,5	[illegible]
7 dgl. 84/92	102G	[illegible]
7 dgl. 85/95	102,1	[illegible]
7 Montreal 69/89	105,55	[illegible]
6 dgl. 72/92	100,75G	[illegible]
6¾ dgl. 73/93	105bG	[illegible]
7 dgl. 77/87	101,4G	[illegible]
7¾ Mount Isa 85/90	105,45G	[illegible]
7¾ dgl. 84/92	103,75	[illegible]
11 Nac.Financ. 82/90	104,2	[illegible]
8 Nederl. Gas 79/86	100,85T	[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

– Wertpapier-Kenn-Nr. 760080 –

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 24. Juni 1986 wurde beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 in Höhe von DM 27 363 860,– durch Zahlung einer Dividende von DM 10,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– auszuschütten.

Wir bitten, weitere Einzelheiten dem Bundesanzeiger vom 25. Juni 1986, Nr. 112, zu entnehmen. Aktionäre, die ihre Aktien bei einem Kreditinstitut hinterlegt haben, werden von den Depotbanken unterrichtet.

Bad Homburg v. d. Höhe, 24. Juni 1986

Der Vorstand

ALTANA Industrie-Aktien und Anlagen AG **ALTANA**

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

[illegible]

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Montag die Gold- und Kakaonotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Schwächer gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Um das Limit niedriger notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	23.6.	20.6.
Juli	249,50	246,00
Sept.	249,75	246,25
Dez.	256,00	253,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	unerh.	241,68
Am. Durum		239,46

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Juli	103,00	102,80
Okt.	108,00	107,50
Dez.	109,20	109,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Juli	85,50	85,40
Okt.	79,00	79,00
Dez.	78,50	78,50

HAFER Chicago (c/bush)

Juli	111,00	110,00
Sept.	108,25	107,75
Dez.	116,00	115,50

MAIS Chicago (c/bush)

Juli	234,50	235,00
Sept.	195,50	197,25
Dez.	188,25	189,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Juli	109,90	106,40
Okt.	98,40	89,30
Dez.	89,50	88,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	23.6.	20.6.
Juli	175,20	185,00
Sept.	179,00	187,25
Dez.	184,38	190,25

KAKAO New York ($/t)

	23.6.	20.6.
Juli	1678	1673
Sept.	1737	1731
Dez.	1801	1794
Umsatz	1864	–

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Juli	6,05	5,96
Sept.	6,23	6,15
Okt.	6,46	6,43
Jan.	6,66	6,55
März	6,98	7,05
Umsatz	12008	20444

Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 5,94 6,22

KAFFEE London (£/t) Robusta

	23.6.	20.6.
Juli	1780-1785	1835-1838
Sept.	1819-1822	1875-1875
Nov.	1862-1865	1915-1920
Umsatz	2687	4360

KAKAO London (£/t)

Juli	1250-1255	1256-1258
Sept.	1279-1280	1287-1288
Dez.	1318-1322	1325-1326
Umsatz	4338	2064

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	23.6.	20.6.
Aug.	137,40-137,80	136,00-137,00
Okt.	145,60-145,80	144,80-145,00
Dez.	149,00-152,00	148,00-150,00
Umsatz	3371	4086

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	24.6.	25.6.
schw.		
Saraw.spez.	865,00	865,00
weiß.Saraw.	1167,50	1167,50
weiß.Munt.	1182,50	1182,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	23.6.	20.6.
Juli	104,50	103,55
Sept.	105,00	103,75
Nov.	106,40	104,30
Jan.	108,25	105,60
März	109,25	106,80
Umsatz	1000	800

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

23.6.	20.6.
26,00	26,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 18,00 18,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Juli	16,77	16,88
Aug.	16,92	17,07
Sept.	17,05	17,20
Okt.	17,10	17,25
Dez.	17,42	17,60
Jan.	17,55	17,65
März	17,85	17,95

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk 16,25 16,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	11,00	11,00
Choice white hog 4 % fr. F.	8,25	8,25

TALG New York (c/lb)

top white	9,50	9,50
fancy	9,00	9,00
bleichf.	8,75	8,75
yellow max. 10% fr.F	7,50	7,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni	54,85	59,65
Juli	50,95	54,27
Aug.	44,80	51,05

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Juli	74,20	73,25
Aug.	70,55	70,15
Febr.	63,40	64,62

HÄUTE Chicago (c/lb)

	23.6.	20.6.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Juli	532,50	534,00
Aug.	521,00	523,00
Sept.	507,25	510,50
Nov.	504,00	507,50
Jan.	512,00	516,00
März	520,50	525,00
Mai	525,50	531,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Juli	149,70	150,00
Aug.	147,10	147,60
Sept.	145,20	145,80
Okt.	143,50	144,50
Dez.	146,00	147,00
Jan.	147,00	148,00
März	149,50	150,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	23.6.	20.6.
Juli	261,30	261,50
Okt.	271,00	271,00
Dez.	275,90	275,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

23.6.	20.6.
11,00	11,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif

24.6.	25.6.
555,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 420,00 425,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 237,50 242,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 89,00 93,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 257,50 255,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif 207,00 207,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	23.6.	20.6.
Juli	68,57	68,25
Okt.	33,75	33,70
Dez.	34,20	34,20
März	34,75	34,40
Mai	35,25	35,10
Juli	35,50	35,35

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 40,75 40,50

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.

	24.6.	25.6.
Aug.	515-521	518-520
Jan.	527-530	529-530
Aug.	545-549	–
Umsatz	2197	2190

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	24.6.	25.6.
Juli	41,00	41,50
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	24.6.	25.6.
Juli	626,00-629,00	626,00-630,00
Okt.	–	611,00-618,00
Dez.	–	–
Umsatz	3	3

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	24.6.	25.6.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	24.6.	25.6.
Juni	12452	12478
Juli	12370	12459

KAUTSCHUK London (p/kg)

	23.6.	20.6.
RSS 1 Juli	57,00-58,00	56,50-57,50
RSS 1 Aug.	57,00-58,00	56,50-57,50
RSS 2 Juli	56,25-57,25	55,75-56,75
RSS 3 Juli	55,00-56,00	54,50-55,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	24.6.	25.6.
Juli	205,50-207,50	205,50-207,50
Aug.	204,50-206,50	204,50-206,50
Nr. 2 Juli	203,00-204,00	203,00-204,00
Nr. 3 Juli	201,00-202,00	201,00-202,00
Nr. 4 Juli	197,50-198,50	197,50-198,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	24.6.	25.6.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	24.6.	25.6.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	257,52-257,69	261,75-261,92
dritt. M.	258,03-258,20	262,94-263,11
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	93,91-94,08	96,11-96,27
dritt. M.	93,91-94,08	95,77-96,11
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	915,37-915,71	953,98-955,68
dritt. M.	920,45-922,14	953,98-955,68
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	157,56-159,05	158,37-161,76
Prod.-Pr.	187,56	190,91
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

24.6.	25.6.
14,07	14,07

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	24.6.	25.6.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	318,27-320,63	321,99-324,36
BLEI in Kabeln	101,25-102,25	105,75-104,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	24.6.	25.6.
MS 58, 1.VS	292-296	295-299
MS 58, 2.VS	345-347	345-353
MS 63	326-328	327-331

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	24.6.	25.6.
Leg. 225	295-305	295-305
Leg. 226	297-307	297-307
Leg. 231	332-342	332-342
Leg. 233	345-352	345-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	24.6.	25.6.
PLATIN (DM/g)	33,00	33,40
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28431	28887
Rückn.-Pr.	24190	24590
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25990	25360
Rückn.-Pr.	24330	24690
verarbeitet	26210	26600
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24500	24760
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	372,10	382,40
Rückn.-Pr.	360,80	370,80
verarbeitet	388,40	399,20

Internationale Edelmetalle

	24.6.	25.6.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	340,75	340,50
15.00	342,00	341,05
Zürich mit.	340,70-341,20	340,50-340,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78100	79500
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	334,35	342,95
3 Mon.	342,15	351,05
6 Mon.	350,00	359,15
12 Mon.	365,15	374,55

PLATIN (£/Feinunze) London	23.6.	20.6.
fr. Markt	289,60	286,70
PALLADIUM (£/Feinunze) London	23.6.	20.6.
f. Händl.-Pr.	74,55	73,85

New Yorker Metallbörse

	23.6.	20.6.
GOLD H & H Ankauf	341,30	339,65
SILBER H & H Ankauf	506,00	511,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	448,00-451,00	448,00-451,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	111,00-112,00	110,00-111,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juni	341,20	340,40
Juli	341,90	341,30
Aug.	343,20	342,60
Okt.	346,10	345,90
Dez.	349,40	349,20
Umsatz	16500	15000
SILBER (c/Feinunze)		
Juni	506,30	510,20
Juli	506,50	510,50
Sept.	510,20	514,10
Dez.	512,00	516,50
Jan.	521,50	527,00
März	525,50	529,60
Mai	531,40	535,60
Umsatz	13000	10000

KUPFER (c/lb)

	23.6.	20.6.
Juni	62,70	62,90
Juli	62,75	63,00
Sept.	63,10	65,30
Dez.	63,40	63,60
Jan.	63,60	63,75
März	63,80	63,95
Mai	64,05	64,15
Umsatz	7800	5500

Londoner Metallbörse

	24.6.	25.6.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	761,00-761,50	766,00-767,00
3 Mon.	762,50-763,00	770,50-771,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	277,50-278,00	281,00-282,00
3 Mon.	277,50-278,00	281,00-282,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	924,50-925,00	933,00-933,50
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	936,50-957,50
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	922,00-927,00	927,00-929,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	531,50-532,00	535,00-536,00
3 Monate	537,00-537,50	538,50-539,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	215-220
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	23.6.	20.6.
Juli	36,60-36,65	36,60-36,70
Aug.	37,30-37,50	37,60-37,75
Sept.	38,45-38,70	38,55-38,90
Okt.	39,50-39,60	39,70-39,75

GASÖL – London ($/t)

	23.6.	20.6.
Juli	112,25-112,50	113,00-114,00
Aug.	113,75-114,00	114,75–
Sept.	116,75-117,00	117,25-117,25
Okt.	119,75-120,00	120,25-120,75
Nov.	121,50-122,00	122,00-122,50
Dez.	120,00-124,50	124,00-125,50
Jan.	125,00-128,00	125,00-127,00
–	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)

	23.6.	20.6.
Juli	40,75	41,50-41,70
Aug.	40,50-40,55	41,00-41,20
Sept.	39,95-40,00	40,25-40,40
Okt.	38,35	38,50-38,75
Nov.	36,60	37,60

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	23.6.	20.6.
Aug.	12,98-13,02	12,90-12,98
Sept.	12,77-12,80	12,75-12,78
Okt.	12,75-12,80	12,68-12,82
Nov.	12,81	12,82
Dez.	12,85	–

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	23.6.	20.6.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	10,70	10,70N
Forties	11,35	10,95
N. Sea Brent	11,45	11,80
Bonny Light	11,80N	12,15N

Kartoffeln

London (£/t)

	23.6.	20.6.
Nov.	91,50	94,70
Febr.	100,00	105,30
April	124,80	131,90
Mai	134,50	142,00

New York (c/lb)

	23.6.	20.6.
Nov.	3,40-3,50	3,26-3,31
März	3,66-3,70	3,45-3,60
Mai	4,14	4,00-4,04
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	23.6.	20.6.
Juli	174,50	178,00-171,00
Sept.	168,10	172,20-174,00
Nov.	164,20	168,10-168,30
Jan.	166,00-166,40	170,50-171,00

Devisenterminmarkt

Bei sehr ruhigem Geschäft notierten am 24.6. die Terminkurse gegen DM auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,50-0,40	1,39-1,29	2,68-2,58
Pfund/Dollar	0,38-0,36	1,05-1,02	2,00-1,95
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	9,00-7,60
FF/DM	16+p	29-15	51-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24.6.: Tagesgeld 4,25-4,30 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 24.6.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 24.6.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24.6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7⅛	4⅜-4⅝	5⅜-6⅛
3 Monate	6⅞-7⅛	4½-4¾	5¼-5½
6 Monate	6⅞-7⅛	4½-4¾	4⅞-5⅛
12 Monate	7-7¼	4½-4¾	4¾-5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 24.6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50, Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,00, Verkauf 20,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24.6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	990,00	1322,40
5 US-Dollar (Indian)**	615,00	765,05
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	185,75	234,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	182,75	231,14
20 belgische Franken	134,75	179,84
10 Rubel Tscherwonez	182,25	235,15
2 südafrikanische Rand	168,00	213,18
Krüger Rand, neu	747,50	892,05
Maple Leaf	768,75	916,28
Platin Noble Man	991,00	1169,64
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	212,50	270,75
20 schweiz. Franken „Vreneli"	155,25	205,49
20 franz. Franken „Napoléon"	154,00	204,06
100 österr. Kronen (Neuprägung)	717,00	873,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	143,00	185,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,25	100,61
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	331,75	412,40
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	76,25	109,73

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent). Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 24.6.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,435	5,56
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,449	5,55
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,17	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,85	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,75	6,35
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,87	6,73
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	135,00	9,21
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,85	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,18	5,65
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,65	6,65
Fr Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	108,37	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,50	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,93	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,24	6,75
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,45	6,40
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,21	6,88
Hess Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,08	6,78
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,72	6,90
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,88	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,30	6,49
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,45	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,00	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,00	4,83
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,70	5,26
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,60	4,57
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,15	5,47
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,75
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	63,625	8,38
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,50	10,32
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,375	8,74
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61	9,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,375	8,43
Caterp Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,375	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,875	8,89
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,89
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	48,875	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,[illegible]
2	5,10 (5,05)	99,80	101,5	103,4	105,2	107,1	108,[illegible]
3	5,37 (5,37)	99,00	101,5	104,2	106,9	109,6	112,[illegible]
4	5,72 (5,70)	97,15	101,0	104,1	107,6	111,1	114,[illegible]
5	5,85 (5,84)	96,00	100,7	104,5	108,7	112,9	117,[illegible]
6	6,08 (6,07)	94,25	99,60	104,0	108,9	113,8	118,[illegible]
7	6,38 (6,37)	91,90	97,35	102,9	108,4	113,9	119,[illegible]
8	6,68 (6,68)	89,30	95,30	102,0	107,4	113,4	119,[illegible]
9	6,80 (6,79)	87,55	94,10	101,3	107,2	113,8	120,[illegible]
10	6,83 (6,82)	86,40	93,45	101,2	107,6	114,6	121,[illegible]
15	7,08 (7,05)	80,35	89,35	99,30	107,4	116,4	125,[illegible]

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,429 (112,470)
Performance-Rentenindex: 242,982 (242,995)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	23. Juni	6,799-6,87[illegible]
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,7[illegible]
	60–270 Tage	6,5[illegible]
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,7[illegible]
	60 Tage	6,7[illegible]
	90 Tage	6,6[illegible]
Certificates of Deposit	1 Monat	6,6[illegible]
	2 Monate	6,6[illegible]
	3 Monate	6,6[illegible]
	6 Monate	6,6[illegible]
	12 Monate	6,6[illegible]
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,0[illegible]
	26 Wochen	6,13
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,5[illegible]
	30 Jahre	7,4[illegible]
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	9. Juni	666,9 Mrd. $ (+ 3,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Sept.	141,05	142,10
Dez.	142,10	143,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	20.6.	19.6.
9¾ EEC 90	105	104,75
11⅛ dgl. 90	110,125	109,75
10⅝ EIB 93	108,75	108,75
11 dgl. 91	112,125	111,5
11½ dgl. 90	112,75	112
11⅞ dgl. 93	118,125	117,5
12 dgl. 95	120,375	120,375
12⅛ dgl. 90	114,125	114,125
12⅞ dgl. 93	124,5	124
13 dgl. 96	119,75	119,125
10⅛ Wld Bk 95	111,125	110,875
10⅝ dgl. 88	104,5	104,75
10⅞ dgl. 90	107,125	109
10⅞ dgl. 95	113,625	113,125
11 dgl. 92	112,75	112
11¼ dgl. 88	107	107
11⅛ dgl. 90	111,75	110,875
11⅝ dgl. 89	108,125	107,875
11⅝ dgl. 90	111,875	112
12 dgl. 93	118,875	118,75
12⅛ dgl. 94	122,375	122
12⅝ dgl. 94	125,25	124,75

Euro-Yen

	20.6.	19.6.
6¼ Al.Corp 91	100	100,5
6¼ All.Sign95	99,75	100,375
7¼ ADB 94	107	107,875
7 Austria 95	106,625	106,25
7 BP 92	102,625	103
6⅝ Denmark 92	102,75	103,375
7 Denm.Bk. 92	103	103,5
7 Dow Chem.94	100,875	101,5
6¾ EDF 95	105	105,75
6½ Eurofima95	100,5	101,125
6⅝ dgl. 92	100,875	101,5
6⅝ dgl. 93	101	101,625
7¼ dgl. 94	102,75	103,25
6⅞ Faensie 92	102,75	103,25
6¼ Fnl.Rep90	103	103,625
6¼ GMAC 90	100,75	101,375
7¼ Goodyear95	101,125	101,5
6⅞ dgl. 94	99,625	100,25
6¼ ITT 92	101,125	101,625
6¼ McDonal.92	101,5	102,125
6⅞ Montreal95	100,375	100,75
7¼ N.Bruns.95	103	103,375
7¼ N.Zeald.90	105,125	105,75
7¼ dgl. 89	105,5	105,625
7 Pac.Gas 94	101,375	101,625
6⅝ Penney 92	101,5	101,875
6⅝ Procter 92	102,625	103,125
6¾ Sallie 92	101,875	102,5
6⅝ Sears 91	102,125	102,5
6¾ Swed.Ex.91	100,75	101,25
7 TRW 94	100,875	101,5
6¾ Un.Tech.92	100,625	101,375
6⅝ W.Disn.96	100,375	100,625
6½ World Bk96	104	104,625
6⅝ dgl. 90	103	103,625
6⅝ dgl. 94	104,875	105,375
7 dgl. 94	106,875	107,375

Lux. Franc Bonds

	20.6.	19.6.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100	100
6¾ Asian Dv87	98	98
10⅛ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	104	104
10¼ Ceca 94	104	104
11 dgl. 92	102,5	102,5
13 dgl. 91	101,25	101,25
8¾ Cassell 95	105	105
12⅛ dgl. 92	102	102
8 Copital 88	99,5	99,5
8¼ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	102,25	102,25
13 dgl. 89	107	107
7½ Den.Mtg 88	99	99
8⅞ EEC 95	105	105
9¾ Euratom 83	100,5	100,5
10¼ dgl. 96	108,5	108,5
11 dgl. 93	101,5	101,5
9 Eurofima 95	106,75	106,75
10 dgl. 91	106	106
10 dgl. 94	104	104
11¼ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8¼ dgl. 93	104	104
9⅞ dgl. 95	106	106
9⅞ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	108,5	108,5
10⅛ dgl. 94	105,5	105,5
11⅛ dgl. 88	101,5	101,5
12¼ dgl. 90	100,5	100,5
8⅝ Goodyear93	103,5	103,5
9¼ Ind.B.F.95	104	104
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
11 Krediet.93	106,5	106,5
7¾ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	103,5	103,5
11⅞ dgl. 89	104	104
8 Luxair 87	99,75	99,75
8¾ dgl. 87	100,25	100,25
8⅝ Met.Chlo92	103,25	103,25
9 dgl. 95	106,5	106,5
10¼ N.Lux.Al92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10¼ Paribas89	104	103
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,5	99,5
7½ Sogenal 91	100,5	100,5
9½ dgl. 92	106	106
10⅝ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9¼ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,75	103,75
9¼ dgl. 90	104	104
10¼ dgl. 89	104,75	104,75

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	20.6.	19.6.
8¼ Cop City91	99	99
12⅝ dgl. 92	102	102
8⅝ CCA 91	99	99
11¼ Ned. G.88	101,75	101,75
9¼ Queb. P.94	98	98
8¼ SDR 94	99	99

ECU

	20.6.	19.6.
9½ ABN 92	106,875	107
All Nippon 95	108,25	108,75
9¾ ANZ 92	107,625	107,625
10¼ Austria93	112,75	113,125
10 BNDA 92	107	107,25
8¾ B.d.Roma93	101,375	101,75
9 M.+Hope 92	105,75	106,25
9 Bk.Hels.96	102,875	103,125
7½ BNP 93	99,5	99,75
8⅞ dgl. 95	104,875	105,25
8⅞ Bay.Vbk.88	103,5	103,5
8¼ BFCE 93	103,25	103,375
9¼ dgl. 92	109,75	110,125
9⅞ dgl. 95	109,625	110,125
9⅞ Bull 92	106	106,25
9¾ CNT 92	109,875	110,375
9⅞ dgl. 95	109,875	110,25
8⅞ Cargill 95	104,75	105,5
10⅛ Ceca 89	108,125	108,25
9 Chrysl. 92	102	102,25
9¼ dgl. 94	103	103,25
9 ClubMed 88	102,875	103,125
9 Colgate 91	103	103,25
9 Cop City 95	105,5	105,75
9¼ CCF 95	106,375	107
9¼ CrdNord 91	106,5	107
11⅛ CrdFonc90	107,5	107,75
11⅛ dgl. 90	109,625	110
6⅝ CrdLyon 92	95,375	95,625
8½ CrdNat 96	108,5	108,875
10⅝ dgl. 94	115,25	116,125
8¼ Crdanst.94	106,675	107
9⅞ Credito 92	107,25	107,625
7¾ Denmark 96	100,375	100,625
9 EDF 97	106,5	106,75
8⅞ EEC 93	105,5	106,25
8⅞ ELFAqu. 88	102	102,375
9 Enso Gut 91	104,5	105,5
9⅛ dgl. 93	104,5	105,125
10 Euratom 97	112,625	113
9⅝ Eurofima95	105,375	105,625
8¼ EIB 90	106	106,25
8⅝ dgl. 93	106,125	106,25
8¾ dgl. 92	105,875	106,125
9¾ dgl. 95	111,875	112,25
10⅛ dgl. 94	112	112,5
10⅜ dgl. 94	111,75	112,375
10¾ dgl. 90	112,375	112,625
11⅛ dgl. 92	110,625	111
9 Estelsat 95	105,5	105,75
6⅝ EDC 96	92,625	97,75
8¼ Fiat 90	103	103,375
9 IBKFinnl 95	104,125	104,5
8⅞ Ford C.93	106,125	106,625
7 Giroz. 93	96,75	97
10⅛ dgl. 93	112,625	113
10 IADB 93	112	112,5
8¼ IBM 90	103,625	103,875
6⅞ Iceland 96	92,5	92,625
8⅝ IKB 93	102,375	102,5
9 Imatran 96	104,5	105,25
9½ Italia 89	103,75	104,25
10½ dgl. 92	112,75	112,875
9⅝ Kansai 92	107,625	108,25
9⅝ Kbfinna 92	108	108,25
6⅝ KB/Ibl 95	92,5	92,75
10⅛ Megal 95	108,75	109
8⅞ Mits.Tr.93	105,625	106
9 MoenHea.91	106,375	106,625
9⅝ Mal 99	102,375	102,625
8½ Morgan 90	104,125	104,25
8⅝ Motorola92	104,75	105,125
9 Nerza 95	105	105,125
8⅞ N.S.Wal.93	107	107,5
9¼ N.Zeal. 90	105,375	105,625
9½ N.Zeal.92	107,375	107,75
9 OstLbk. 89	104	104,375
8⅞ Olivetti93	106,625	106,875
8⅝ Parbel 89	102	102
10 Pechin.90	107,125	107,375
9 Petroc.93	102,25	102,625
9¼ dgl. 90	105,75	106,125
8½ Phibro 96	102,625	102,875
9 Philips 93	106,75	107,125
9¾ Piba 92	107,5	107,875
10 Prvbk. 92	106,125	106
10⅝ RATP 92	106,125	106,375
7½ Rabobk. 96	100,375	100,625
9⅝ dgl. 95	111,25	111,5
8¼ Reynolds91	104,25	104,625
9 SAS 95	106,5	107
9 Sanwa 95	105	105,5
8⅝ Secpac 90	102,625	103
9 SNCI 95	105,125	105,375
8⅞ Sumitomo92	105,25	105,625
9¼ dgl. 95	107,75	107,875
9 dgl. 93	107,5	107,75
6½ Schweden96	93,625	93,875
9 Unbk.Nor.95	105,625	106
8¾ Vict. 90	104,875	105,25
8¾ WaltD. 94	106,25	106,75
9⅞ dgl. 95	109,75	109,375
8¾ Washgt.96	106,75	107
9⅝ Westpac92	106,75	107,5
8½ Worldbk.95	106,625	106,75
8¼ dgl. 93	105,5	105,75
9⅞ dgl. 92	110,125	110,5
10⅛ dgl. 89	107,375	107,625
10⅝ dgl. 94	112	112,375
11 dgl. 93	109,875	110,125
8½ Xerox 90	104,5	104,75

ECU-Tageswerte

	23.6.	20.6.
Dollar	0,947495	0,957397
Bfr	43,9282	43,9277
DM	2,14987	2,14888
Hfl	2,42113	2,41905
£	0,636543	0,637627
Dkr	7,97317	7,97511
FF	6,85607	6,85879
Lira	1474,78	1473,67
I-£	0,709203	0,709445
Sfr	1,76187	1,76785
öS	15,1125	15,0838
Peseta	137,576	137,578
Skr	6,90013	6,91958
Nkr	7,29571	7,30637
Kan-$	1,31436	1,32982
Esc	145,109	145,189
Fmk	4,96866	4,98469
Yen	160,052	160,364
Drachme	135,302	135,232

SZR-Wert

	23.6.	20.6.
Dollar	1,15595	1,16304
DM	2,62273	2,60812

Leasing ist nichts für Pfennigfuchser

Auch die schlauesten Füchse des Automarktes haben es sich nicht träumen lassen, daß das private Leasen von Personenkraftwagen einmal dem gewerblichen Leasing davonlaufen würde. Doch es ist geschehen. Im Bestand an verleasten Personenkraftwagen überwiegen inzwischen die privat gefahrenen Automobile. Und es sind nicht etwa die sogenannten besser Verdienenden, die das Leasen ihres Autos nutzen.

Die Tatsache, daß privat vornehmlich Wagen bis 1600 Kubikzentimeter Hubvolumen geleast werden, läßt unschwer den Schluß zu, daß breite Schichten auch der deutschen Bürger Gefallen gefunden haben an dieser Art, ein Auto zu finanzieren.

Wo sind die Propheten geblieben, die dem Privatleasing nicht die leiseste Chance einräumten? Ihr zentrales Argument, daß es nicht mit dem Charakter des Deutschen vereinbar sei, mit einem Auto zu fahren, das ihm nicht „gehöre", zerstob. Spricht man mit Bürgern, die ein geleastes Fahrzeug fahren, so entdeckt man nicht etwa Betretenheit, die man erwarten dürfte, wenn es richtig ist, daß der Deutsche Eigentümer seines Wagens sein muß.

Nein, der Autoleaser strahlt eine gewisse Überlegenheit aus. Und seine Argumente klingen durchaus einleuchtend.

Natürlich bezahlt er sein Auto, so wie jeder bei der Bundesbahn oder bei der Lufthansa bezahlt, wenn er die Dienstleistung in Anspruch nimmt, befördert zu werden. Er bezahlt für das, was er nutzt. Das übrige Geld bleibt auf dem Konto. Da auch das Auto auf ihn zugelassen ist, kann er sich sehr wohl als Besitzer betrachten, wie es das Gesetz definiert, obwohl er rechtlich eben nicht Eigentümer ist.

Für den Autohändler ist der Leasing-Kunde sogar der angenehmere. Der Barzahler steigt ein und fährt davon, womöglich für immer. Der Kreditkunde ist rein psychologisch schon in der Hinterhand.

Der Leaser eines Automobils aber ist der am liebsten gesehene, weil bei ihm vorausgesetzt werden kann, daß er nach 24 oder 36 Monaten wieder erscheint, um den Wagen entweder zurückzugeben, den Leasing-Vertrag zu verlängern oder aber um einen neuen Wagen zu ordern.

Dazu braucht er erst gar nicht den Händler aufzusuchen. Anruf genügt. Der alte Wagen wird abgeholt, der neue, zugelassene vor die Tür gestellt und dabei der Vertrag unterschrieben.

Die durchschnittliche Laufzeit solcher privaten Leasingverträge beträgt 36 Monate. Alle drei Jahre hat der Leaser also ein neues Fahrzeug zur Verfügung. Ist er kein Vielfahrer, so kommt er mit dem ersten Satz Reifen über die Runden, und er gibt den Gebrauchten in der Regel zurück, bevor die Verschleißreparaturen beginnen.

Das geleaste Auto ist also im weitesten Sinne ein von Haus aus entsorgtes Auto. Gegen Aufgeld kann man diesen Komfort auch noch weiter treiben. Die Leasing-Gesellschaft ist durchaus bereit, für ihren Kunden auch die Steuer und Versicherungsgebühr zu entrichten, den Wartungs- und Reparaturdienst zu begleichen und die Schadensregulierung zu übernehmen.

Wer least, kauft nicht nur die Nutzung eines von ihm ausgewählten Wagens. Er kommt automatisch in den Genuß eines Service, der ihm beim Kauf eines Autos einfach nicht geboten wird. Wählt er ein Modell, von dem man weiß, daß Lieferfristen in Kauf genommen werden müssen, so hat er damit beim Leasen keine Probleme.

Wer ein Auto least, der weiß genau, wann er es wieder abgeben wird. Entsprechend rechtzeitig kann er dann auch den Folgewagen ordern, so daß der Wechsel vom alten auf das neue Auto nahtlos vonstatten geht.

Und da es immer schon etwas teurer war, seinen Neigungen nachzugeben, so gibt es auch das Leasing nicht umsonst. Wer hat nicht schon einmal den um 200 Mark teureren Anzug gekauft, nur weil er ihm besser gefiel?

Was nützt es, wenn man sich sagt, daß ein Kleinwagen 4000 Mark Vorauszahlung und Monatsraten von 99 Mark kostet, daß man also bei einer Nutzungsdauer von 36 Monaten 7564 Mark bezahlt? Welche gesparten Reparaturkosten muß ich etwa davon abziehen, was ist es wert, stets das jüngste Modell zu fahren, das weniger Sprit verbraucht?

Leasing ist nichts für Pfennigfuchser. Es ist ein Geschäft mit der Mentalität. Und die steht in Blüte.

HANS BAUMANN



Klaus Feinen, Vorsitzender Geschäftsführer Deutsche Immob.-Leasing, Düsseldorf



Horst Figge, Stellvertretender Vorsitzender Deutsche Leasing AG, Frankfurt a. M.



Dr. Dierk Ernst, Geschäftsführer KG Allgemeine Leasing GmbH. & Co., München



Dr. Uwe Kayser, Geschäftsführer der GEFA Leasing GmbH, Wuppertal-Elberfeld



Werner Knoche, Geschäftsführer der Hanseatische Leasing GmbH, Hamburg



Peter Schneider, Geschäftsführer der V.A.G. Leasing GmbH, Braunschweig

BDL-Tagung: Klaus Feinen wieder Vorsitzender

Rund 60 Mitglieder der Vorstands- und Geschäftsführer-Ebene waren nach Bad Homburg v. d. H. gekommen, um an der Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften e. V. (BDL) teilzunehmen.

Zwei Tage lang wurde diskutiert, nachdem am ersten Tag Professor Dr. Hans-Karl Schneider, Chef des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität in Köln und Vorsitzender des Sachverständigenrates (die Fünf Weisen), die konjunkturellen Chancen der Zukunft ausgeleuchtet hatte.

Schneiders generelles Urteil: Es geht weiter aufwärts – und wahrscheinlich wird der Schwung auch 1987 anhalten. Wesentlichstes Thema der Tagung war der Versuch des Gesetzgebers, Leasing – wenigstens partiell – in die Insolvenzrechtsreform einzubeziehen.

Zufrieden war man mit einer bevorstehenden Rechtsverordnung, die es künftig dem Güterfernverkehr erlauben wird, seine Lastkraftwagen auch zu leasen. Beklagt wurde weiterhin, daß von dieser Regelung weiterhin der Werkfernverkehr ausgenommen bleibt, daß für diese interne Dienstleistung zwar auch künftig die Lastkraftwagen auf Pump beschafft werden können, jedoch nicht im Zuge der Leasing-Finanzierung.

Begründet wird diese Ausnahme von Bonn mit dem Hinweis, daß das EG-Recht das Leasing von Lastkraftwagen im Werkfernverkehr zwar zuläßt, daß es aber doch auch Ausnahmen gibt. Und auf diese Ausnahmen stützt sich Bonn – nicht etwa auf den wahren Grund, der Deutschen Bundesbahn (DB) Konkurrenz auf der Straße vom Leibe zu halten.

Gesprochen wurde in Bad Homburg auch über den Start zum Leasing-Fachwirt in Frankfurt. Ausbilder sind die IHK, die Leasing-Wirtschaft selbst und freie Ausbilder. Die Kosten tragen anteilig die Auszubildenden und die Berufsförderung der öffentlichen Hand.

Die Ausbildung kostet pro Mann in den vorgesehenen zwei Jahren rund 2500 Mark, von denen die öffentliche Hand rund 1500 Mark trägt. Die Praxis holen sich die Teilnehmer beim Training on the Job.

Zweck ist es, der Leasing-Wirtschaft die benötigten Fachkräfte für das Mittelmanagement zuzuführen. Die Prüfung zum Leasing-Fachwirt muß vor der Industrie- und Handelskammer abgelegt werden. Besonders gesucht in der Branche (auch an diplomierte Universitätsabsolventen): Spezialisten für Finanzfragen und Steuern.

Die Ausbildung von Nachwuchs für das Top-Management der Branche kommt an der Universität Köln gut voran. Am Institut von Professor Dr. Hans Egon Büschgen sind jetzt die ersten Arbeiten für Diplome zu einem Leasing-Thema vergeben worden.

Der Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften zählt jetzt 56 Mitglieder, die weit über 80 Prozent des deutschen Leasing-Volumens auf sich vereinen. Im vorigen Jahr öffnete sich der Verband auch für die sogenannten Hersteller-Leaser (etwa Autofabriken).

Der neue Vorstand wurde wieder für vier Jahre gewählt. Klaus Feinen ist zum dritten Mal Vorsitzender des Vorstandes, in seiner vierten Amtsperiode also. (WR)

DER MARKT / Kreditausweitung bei den Banken ist seit einem Jahr ins Stocken geraten / Anteil der Privatpersonen am Neugeschäft nimmt zu

Eine Branche fährt fast Vollgas

Alles spricht für das Auto-Leasing. Die Konjunktur entfacht ihre Blüte weiter, als noch vor sechs Monaten geschätzt worden war. Der private Inlandsbedarf sprang als Zusatzmotor zu der Auslandsnachfrage an.

Die Stagnation des Rufes nach Krediten seit über einem Jahr hat dem Leasing neuen Schub verliehen. Und die Bürger schließlich sind heute viel eher bereit als noch vor einem Jahr, Geld von der hohen Kante zu nehmen, um den alten Wagen gegen einen neuen, kostensparenderen auszutauschen.

Und wer mit den Firmen der Branche des Auto-Leasing spricht, der hört überall, daß bis in den Juni hinein überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt wurden. Von den Neuzulassungen rollt jeder siebte Personenkraftwagen als Leasing-Auto zum Kunden.

Besonders hoch ist dabei der Anteil der Privatpersonen am Leasing-Neugeschäft. Immer mehr spricht sich herum, daß beim geleasten Auto nicht der volle Listenpreis entrichtet werden muß, sondern immer nur ein Bruchteil davon.

Bezahlt wird Monat für Monat, was abgenutzt wurde, plus der Finanzierungskosten, versteht sich, und die sind so günstig wie seit langem nicht mehr beim gegenwärtig niedrigen Zins.

Höherer Rabatt für den geleasten Wagen

Noch eines hat der Privatmann entdeckt: Kommt er mit Bargeld zum Händler, so wird der ihm bestenfalls den üblichen Barrabatt von drei Prozent einräumen. Wünscht er jedoch ein Auto zu leasen, so mag er mit Glück sogar einen Nachlaß von über zehn Prozent des Listenpreises zu ergattern.

Wählt er gar ein Auto, das vielleicht nicht so sehr in der Gunst des Marktes steht, die Automobilfabrik also „drückt", so ist hier und da sogar der Nulltarif denkbar, wie er zwar von den Gerichten bekämpft, jedoch nie ganz vom Markt verdrängt werden wird.

Das Null-Leasing ist genaugenommen eine Tochter der unverbindlichen Preisempfehlung. Wer also das Null-Leasing abschaffen will, der müßte notgedrungen die unverbindliche Preisempfehlung beseitigen. Und wer will das schon?

Wie sehr das Leasing populär geworden ist, läßt sich an zwei Zahlen ablesen:

Mit rund 800 000 geleasten Autos (exakte Statistiken gibt es nicht) hat das Leasing einen Anteil von rund drei Prozent am gesamten Pkw-Bestand von 25,4 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland. An den Neuzulassungen dieser Tage aber kommt das Leasing auf rund 14 Prozent.

Damit ist das Leasing „erwachsen" geworden. Es ist längst nicht mehr Lückenbüßer für den Vertriebschef der Automobilfabrik, der das Auto-Leasing ursprünglich ausschließlich nutzte, um Modellpolitik zu betreiben, also jene Fabrikate doch noch an den Mann zu bringen, die im Tagesgeschäft nicht so recht liefen, sondern zu Ladenhütern zu werden drohten.

Autoverkauf in der dritten Dimension

Dann kam die Phase, in der Leasing genutzt wurde, um Marktanteile zu erobern, wozu das Null-Leasing vor drei Jahren besonders herhalten mußte. In besonderen Fällen mag das Auto-Leasing noch diesen Zwecken dienen.

Generell aber kann gesagt werden, daß sich diese Art des Automobilabsatzes verselbständigt hat. In den Automobilkonzernen verschwindet so allmählich auch die Vorstellung, daß Leasing ein hin und wieder nützlicher Schalthebel für den Markt sein könnte, daß es über diese marginale Funktion aber wohl kaum hinwegkommen werde.

Leasing hat seinen eigenen Markt erobert. Man könnte ihn den intelligenteren Markt nennen. Hier wird nicht nur ein bestimmtes Automodell, das dem Kunden gefällt, zu einem angemessenen Preis an den Mann gebracht.

Hier wird „nicht rechenbarer Vorteil" für den Privatmann mit angeboten, der Service in einer seiner gediegensten Formen. Auto-Leasing ist genaugenommen Autoverkauf in der dritten Dimension. Der Markt in der Bundesrepublik hat das Angebot freudig angenommen. bm.

Stellt die Justiz dem Leasing ein Bein?

Von HANS BAUMANN

> *Eine Modifizierung des Insolvenzrechts würde besonders den Mittelstand hart treffen*

Leasing, diese mit kaum 25 Jahren noch sehr junge Finanzierungsform, wird von der Legislative bedroht. Im Auftrag des Bundesjustizministeriums hat eine Kommission für Insolvenzrecht ihren ersten Bericht vorgelegt. Auf diesen Bericht soll sich eine gesetzliche Initiative stützen, die wahrscheinlich Anfang der nächsten Legislaturperiode in Bonn das Parlament beschäftigen wird.

Das Thema „Leasing und Insolvenzrechtsreform" war auch das zentrale Thema der Diskussionen auf dem jüngsten Jahrestag des Bundesverbandes Deutscher Leasinggesellschaften (BDL) in Bad Homburg v. d. H. Der erste Bericht sieht nämlich vor, daß auch das Leasing mit in dieses Insolvenzrecht einbezogen wird und nicht länger als eine Variable der Vermietung unberührt bleibt. Professor Karl-Heinrich Friauf, der für den Verband ein Gutachten erarbeitet, kommt zu dem Ergebnis, daß das Leasing dem Zugriff des Konkursrichters entzogen bleiben muß, daß es auch zum Rechtsinstitut der Miete zählt.

Die Vorschläge der Kommission gehen dahin, das Insolvenzrecht insofern zu erweitern, als künftig in bestimmten Fällen 25 Prozent des im Zeitpunkt der Insolvenz vorhandenen Leasing-Vertragsvolumens der Konkursmasse zugeschlagen werden. Dies soll gelten für Leasingverträge mit reduzierten Mietraten (Anschlußverträge) und mit Kaufoptionen. Der Leasinggeber soll also gehindert werden, im Falle einer Insolvenz den Leasinggegenstand an sich zu ziehen, ihn aus der Liquidationsmasse herauszuhalten.

Zur Begründung weist der erste Bericht darauf hin, daß mit einem Leasingvertrag ähnliche rechtliche und wirtschaftliche Ziele erreicht werden können wie mit einem Kaufvertrag mit Eigentumsvorbehalt oder mit Sicherungsübereignung. Festgehalten werden muß aber auch, daß die Leitsätze der Insolvenzrechts-Kommission in der Leasingfrage nicht einheitlich gefaßt worden sind, daß die Finanzierungsform des Leasing unterschiedlich bewertet wurde, was das Insolvenzrecht angeht.

Wie Professor Friauf spricht sich die Branche für eine Heraushaltung des Leasing aus dem modifizierten Insolvenzrecht aus. Im Mittelpunkt steht das Argument, daß Leasing nicht mitvereinnahmt werden kann, nur weil man es für eine marginale Finanzierungsform hält. Immerhin vereint das Leasing bereits zehn Prozent der jährlichen Ausrüstungsinvestitionen (1985: 161 Milliarden Mark) auf sich.

Hinter dieser Zahl steht ein viel gewichtigeres Argument. Leasingnehmer sind vornehmlich Mittelständler. Beweis: Die Durchschnittsgröße geleaster mobiler Objekte hat einen Vertragswert von 50 000 Mark. Eine Modifizierung des Insolvenzrechts würde besonders hart den Mittelstand treffen, von dem erwiesen ist, daß er über die geringsten Eigenmittel verfügt, daher also ganz besonders gern zum Leasing greift.

Da die Wirtschafts- und damit auch die Gesellschaftspolitik dieses Staates darauf gerichtet sein muß, Neugründungen zu fördern, kann dieses Ziel nicht beeinträchtigt werden durch ein Insolvenzrecht, das die Miete von Produktionsgütern behindert. Beispiel: Eine junge Firma im Bereich der Hochtechnologie bietet Software an. Herstellen kann sie diese Dienstleistungen aber nur, wenn sie vorher Computer zur Verfügung hat.

Das ganze Objekt spricht für Leasing, und es kann bei solider Basis eines so jungen Unternehmens als sicher angenommen werden, daß sich eine Leasinggesellschaft findet, die den Start finanziert.

Doch eine Einbeziehung von 25 Prozent des Vertragswertes in das Insolvenzrecht würde das Risiko entsprechend für den Leasinggeber erhöhen. Er würde zwangsläufig eher geneigt sein, die Finger von diesem Geschäft zu lassen.

Der erste Bericht der Kommission verkennt aber auch völlig die rechtlichen und die wirtschaftlichen Merkmale des Leasing, die ja längst festgelegt und vom Bundesgerichtshof bestätigt sind. Danach ist der Leasinggeber zivilrechtlich Eigentümer des Leasinggegenstandes, schließlich muß er bei ihm aktiviert und abgeschrieben werden und nicht beim Leasingnehmer, der lediglich sofort absetzbare Mietraten bezahlt. Das Leasing ist aber auch handels- und steuerrechtlich im Eigentum des Leasinggebers, und damit auch wirtschaftlich. Nach Ablauf der Grundmietzeit wird der Leasinggegenstand steuerrechtlich seinem Vermögen zugerechnet.

Es stimmt also nicht, daß der Gegenstand nach Ablauf der Grundmietzeit bezahlt ist, wie die Kommission unterstellt, daß demnach also der Leasingnehmer ein Recht auf „Besitz" habe. Wenn dem Leasingnehmer aber das Recht auf Besitz fehlt, dann kann es auch kein Recht für den Insolvenzverwalter geben, den Leasinggegenstand der Insolvenzmasse zuzuschlagen – es sei denn, er würde dafür einen Preis entrichten, der dem des Objektwertes entspricht, was ja mit einer Insolvenzrechtsreform wohl nicht angestrebt werden soll.

Die Kommission bringt bei ihrer Betrachtung auch das sogenannte Umgehungsargument ins Spiel. Sie meint, das Leasing einschränken zu müssen, um Umgehungsversuche der Kreditgeber zu verhindern. Aus dieser Auffassung läßt sich ableiten, daß Leasing und Kredit als Finanzierungsinstrumente jederzeit austauschbar seien. Doch der Leasingnehmer will ganz bewußt keinen Kredit. Bei seiner Entscheidung orientiert er sich an der Verfügbarkeit seiner Mittel, an bilanziellen Überlegungen und an technischen Zwängen.

Aber auch für den Lieferanten ist der Umgehungstatbestand nicht gegeben. Er verkauft an die Leasinggesellschaft und ist damit aus dem Obligo, das ganz auf die Leasinggesellschaft übergeht, die ja nun Eigentümer in jedem Sinne ist.

Die Kommission müßte erkennen, daß nicht die Finanziers oder die Lieferanten die Investitions- und Finanzierungsentscheidung treffen, sondern völlig autonom die Kunden.

DAS PORTRÄT / ALD AutoLeasing D GmbH, Hamburg: Auftragseingang steigt 1986 um rund zehn Prozent

So hält man Kontakt zum Kunden

Sie sitzen in einem neuen Verwaltungsgebäude an Hamburgs Automeile in Lokstedt (Kosten: 5,2 Millionen Mark). 65 Mitarbeiter hat das Haus, insgesamt werden 259 beschäftigt. Zahl der Niederlassungen: 10. Geschäftsführer sind Gerhard Kaiser (Markt) und Wilfried Multusch (Finanzen).

Das Unternehmen: ALD AutoLeasing D GmbH, deren Stammkapital von 30 Millionen Mark zu 55 Prozent in Händen von Opel-Dello-Chef Hans Ravenborg, zu 30 Prozent bei der Gefa-Leasing (Tochter der Deutschen Bank), Wuppertal, und zu 15 Prozent bei insgesamt 26 Opel-Händlern liegt.

Die Geschäfte gehen gut, sagt Gerhard Kaiser in einem Gespräch mit der WELT. Nachdem der Auftragseingang 1985 mit einem Satz von über 38 Prozent emporschnellte, wird er auf dem erhöhten Niveau 1986 weiter um rund zehn Prozent auf grob 50 000 steigen. Gerhard Kaiser schätzt den saldierten Auftragsbestand am Jahresende 1986 auf rund 95 000 Fahrzeuge. Eine ganz besonders interessante Zahl: Von diesem Bestand entfallen 49 Prozent auf das gewerbliche Leasing von Automobilen und 51 Prozent auf das private.

Die ALD versteht sich als Leasing-Gesellschaft des Autohandels (rund 1200 Partner). Nur knappe zehn Prozent der Aufträge werden direkt abgewickelt. Hat man einen neuen Kunden, beispielsweise in Paderborn, so wird der dazu passende Händler in der Nähe des Kunden mit der Abwicklung beauftragt.

Auf den ersten Blick mag man an Marktferne denken, wenn man diese Geschäftsstruktur betrachtet. Schaut man näher hin, so erweist sich diese Philosophie doch als erfolgreich. Ziel ist hier nicht nur die Leasing-Finanzierung, sondern die gleichzeitige Herstellung einer engen Bindung des Kunden an den Händler.

Zieht der Handel kräftig mit, und wie stark ist er inzwischen in diesem Leasing-Geschäft? „Der Händler ist immer so stark, wie er im Obligo ist", sagt Kaiser. Daß der Handel dem Leasing zugeneigt ist, kann er mit seinen Zahlen belegen. Aber hinter den nüchternen Ziffern steht der Gedanke, daß der Händler bei einem Kunden, der barzahlt, nicht sicher ist, daß er ihn je wiedersieht. Beim Leasing ist die Handel-Kunden-Bindung dagegen viel größer.

Von der ALD bekommt der Händler pünktlich vor Ablauf des Leasing-Vertrages den Hinweis, daß hier vielleicht ein Anschluß-Vertrag zu erwarten ist, oder aber eine Verlängerung. Leasing mag vielleicht ein wenig schwieriger sein als der problemlosere Bar- oder Kreditverkauf. Aber bei der engagierten Schulung der Mitarbeiter, wie sie ALD betreibt, wird der Handel immer sicherer, womit er auch bereitwilliger auf das neue Pferd Leasing setzt.

Die an das Gewerbe verleasten Autos der ALD haben zu 33 Prozent Fullservice-Verträge, also einschließlich Steuern, Versicherung, Werkstatt, Inspektion, Reifen und Schadensabwicklung. Gerhard Kaiser meint, daß sich die Einbeziehung des Sprits in den Leasing-Vertrag erst ab 30 bis 40 Fahrzeuge lohnt. Die Rendite der ALD nennt Kaiser „zufriedenstellend". Niederlassungen im ganzen Land kosten eben Geld. Bm.

FUHRPARK / Dem niedrigen Preis folgt die Kostenlawine – Serviceangebote schaffen Transparenz

Wahl der Flotte mit Hilfe des Computers

Von PETER SCHNEIDER

Seit rund 20 Jahren ist das Autoleasing als Beschaffungsalternative zu Kauf und Finanzierung auf dem bundesdeutschen Markt. Nach Schätzungen von Fachleuten fahren heute etwa 700 000 bis 750 000 geleaste Fahrzeuge auf deutschen Straßen. Rund 60 Prozent werden gewerblich genutzt, von Handwerksbetrieben über Freiberufler bis zum Großunternehmen.

Wie aus Umfragen hervorgeht, ist das Autoleasing aber nach wie vor eine erläuterungsbedürfte Dienstleistung. Barkauf und Finanzierung per Kredit sind landläufig selbstverständliche Wege zum neuen Fuhrpark. Autoleasing bedarf weiterhin der Überzeugung durch Zahlen und Fakten sowie Vertrauen in die Kompetenz des Gesprächspartners.

Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe sind gut beraten, wenn sie das Know-how der Automobilhersteller und ihrer Absatzorganisationen besser nutzen.

Kaum bekannt ist bis heute, daß einige Hersteller Nutzfahrzeug-Kostenberechnungen durchführen. Erfahrungswerte aus langjähriger Praxis sind in Datenbanken nach Einsatz- und Fahrzeugarten, nach Fabrikaten und Typen gespeichert. Ziel ist die Auswahl des optimalen Fahrzeuges für die jeweilige Einsatzart.

Der erste Fehler wird häufig bereits bei der Auswahl des geeigneten Fahrzeugtyps, etwa in einem Handwerksbetrieb, gemacht. Ist lediglich ein niedriger Preis der entscheidende Faktor für die Anschaffung des einen oder anderen Fahrzeugtypes, so kann sich dies bereits als Kostenlawine in der Nutzungszeit herausstellen. Der Unternehmer wird bestrebt sein, die Kosten seiner Fahrzeuge so gering wie möglich zu halten. Er sollte sich daher frühzeitig von seinem Händler die Fahrzeug-Gesamtkosten während der voraussichtlichen Nutzungszeit errechnen lassen.

Kauf bindet Kapital

Sind die Überlegungen nach dem optimalen Fahrzeug abgeschlossen, bleibt die Frage: Kauf, Finanzierung oder Leasing?

Ein Blick des Unternehmers auf sein Konto und seine geplanten Betriebsinvestitionen kann eine Vorentscheidung sein: Kauf bindet Kapital, verringert die Liquidität. Aufwendungen für Rationalisierung, Betriebserweiterung oder Absatzförderung werden blockiert, zumindest aber verzögert. Ebenso bindet Finanzierung Fremdmittel, sie verringert den Kreditrahmen und damit den Handlungsspielraum des Unternehmens. Diese Argumente sind entscheidend und werden von Leasingkunden am häufigsten genannt.

Die namhaften Autoleasinggesellschaften bieten dem Unternehmer heute neben der Entscheidungshilfe nach dem optimalen Fahrzeug eine Vielzahl von Dienstleistungen an, die zum Ziel haben, den Kostenblock Fuhrpark risikolos und dauerhaft in den Griff zu bekommen. Das Risiko der Gebrauchtwagenverwertung, das Reparaturkostenrisiko, Versicherungsschutz mit Schadenabwicklung und Kfz-Steuer können einzeln oder insgesamt in die Leasingvereinbarung eingeschlossen werden. So entstehen neben der Entlastung von Verwaltungsarbeit klare Kostengrundlagen für die Kalkulation.

Da durch das Autoleasing nicht der gesamte Kaufpreis, sondern nur der Wertverlust während der Nutzungszeit in Form monatlicher Leasingraten anfallen, wird das Budget entsprechend geschont. Ein weiterer Punkt: Leasingraten sind als Betriebsausgaben sofort voll absetzbar.

Für eine laufende Kosten-Nutzen-Übersicht bieten einige Leasinggesellschaften ein weiteres Instrument an: die Betriebskostenabrechnung und -analyse für Fuhrparks.

Dieses Instrument kann auch von Unternehmen genutzt werden, die ihre Fahrzeuge nicht geleast haben. Bei Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung wird für jedes Fahrzeug ein monatlicher Betriebskostenabschlag ermittelt, der sich aus Kraftstoffkosten und zusätzlichen Pflegekosten zusammensetzt.

Aktuelle Kostenübersicht

Erfahrungswerte, Typ und Motorleistung des Fahrzeuges, der aktuelle Benzinpreis, die vereinbarte Fahrleistung und der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch ergeben diesen Abschlag, der laufend oder periodisch aktualisiert wird. So entstehen aktuelle Kostenübersichten je Fahrzeug, die eine Analyse zulassen: beispielsweise durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch, durchschnittliche Kosten je gefahrene Kilometer und ob sich etwa die Umstellung auf Dieselfahrzeuge lohnt.

Insgesamt haben die Serviceangebote eine Entlastung von der Verwaltungsarbeit, Schaffung von transparenten und betriebswirtschaftlich auszuwertenden Abrechnung zum Ziel.

Anmut und Überlebenskampf von Mensch und Natur

Es darf geweint werden

„Laß Mond und Sonne singen" heißt der indonesische Spielfilm, mit dem sich Slamet Rahardjo als Nachwuchsregisseur des jungen indonesischen Films internationale Beachtung verschaffte. Als Schauspieler hat sich Slamet Rahardjo bereits in zahlreichen indonesischen Spielfilmen bewährt. Das ZDF hat diesen Film für die Reihe „Der besondere Film" ausgesucht, weil darin die Geschichte von dem Polizisten Bagus

Laß Mond und Sonne singen
Im ZDF heute um 22.35 Uhr

aus den Slums von Djakarta, der in sein Dorf zurückkehrt und dort eine neue-alte Welt wiederentdeckt, „psychologisch stimmig, in authentischen dichten Bildern erzählt wird".

Nach sporadischen Einblicken in das Filmschaffen der Philippinen, der Japaner und Chinesen lernt der ZDF-Zuschauer nun die „typisch indonesische" Filmsprache kennen. Nach „Die Bettlerin und der Rikschafahrer", der am 11. Juni gezeigt wurde, ist dieses der zweite indonesische Film, den das ZDF herausbringt. Für beide Filme gilt: Es wird episch breit erzählt, die Häufung von Konflikten geschieht nach dem Motto: „Ein Unglück kommt selten allein." Emotionen werden genüßlich ausgekostet. Es darf geweint werden.

Im einzelnen wirken die Schauplätze und Handlungsmotive im städtischen und ländlichen Indonesien von heute authentisch, auch für den Westeuropäer von magischem Reiz, so etwa beim rituellen Bad im Dorf. Die Hauptdarsteller werden nuanciert geführt, sie können sich intensiv entfalten und steigern, ohne damit die begleitenden Ereignisse und ihre Protagonisten zu erdrücken. Das Regieprinzip bringt in der Gesamtwirkung eher etwas wie einen reich gewirkten Bilderteppich zustande. Hineingewoben sind die parallel laufenden Handlungsstränge, wie sie sich aus dem Kontrast zwischen Wohlleben und Not, zwischen städtischer Ernüchterung und ländlicher Nähe zu Zauber und vielfältigem religiösen Brauchtum ergeben. Identifikation entsteht – ganz im Sinne des indonesischen Prinzips von Bhinneka Tunggal Ika, von der „Verschiedenheit in eins" – eher mit der Anmut und dem Überlebenskampf von Menschen und Natur als mit dem Einzelschicksal. Europäischer Starkult kommt hier zu kurz.


N. Kusumastutit und D. Sasongho, Mutter und Sohn FOTO: TELEBUNK

Indonesisches Filmschaffen bis zum Jahre 1950 wurde ausschließlich von Chinesen und Holländern bestritten. Inzwischen hat die Einrichtung des indonesischen Filmfestivals seit über zwanzig Jahren vermocht, auch französische Filmkritiker und damit den europäischen Markt für sich zu interessieren. Die deutsche Erstaufführung ist in diesem Zusammenhang zu sehen. INGRID ZAHN

Diskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung über Politik und Medien in Deutschland

Was Glotz probieren – und womit er scheitern will

Steckt der Rundfunk-Journalismus in einer Krise? Das Streben nach Ausgewogenheit führe zu Langeweile. Immer wieder werde unter dem Druck der Parteien vorauseilend Gehorsam geübt. So urteilten Wolfgang Clement und Dieter Weirich, Medienexperten von SPD und CDU, bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Medien und politische Kultur".

Als Chance und als Bedrohung für kritischen Journalismus wurde der bevorstehende Wahlkampf gewertet. Eine Chance sei er für Politiker, die sich profilieren wollen: „Es wird immer so sein, daß Politiker versuchen, nicht auf Fragen zu antworten, sondern ihre Botschaften loszulassen. Auch ich werde das probieren, hoffe aber, daß ich keinen Erfolg habe", sagte Peter Glotz (SPD). „Wir haben keine angepaßten Journalisten nötig", versicherte NRW-Ministerpräsident Johannes Rau. „Ich wünsche mir allerdings manchmal informiertere Frager."

Als Bedrohung sehen Journalisten die Monate bis zur Bundestagswahl: „Soviel ich weiß, haben Programmdirektoren und Chefredakteure den geplanten Ausfall politischer Magazine zugunsten von Wahlkampfsendungen ohne Einspruch hingenommen", klagte Klaus Bednarz (WDR). Während die Intendanten auf ihrer derzeitigen Tagung über diese Frage neu entscheiden, versicherte ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel, der 35prozentige Anteil der Information am Programm solle gesichert werden. Er gab jedoch zu bedenken, die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weise Strukturfehler auf: „Die, die wir kontrollieren sollen, kontrollieren uns."

Die neuen Medien können nach den Worten von Dieter Weirich (CDU) zu einem Selbstheilungsprozeß bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten beitragen, da private Programm-Anbieter den Wettbewerb fördern würden. „Wir müssen das alte Rundfunksystem ausbauen und dem neuen eine Chance geben", begründete Matthias Kleinert, Staatssekretär in Baden-Württemberg, nochmals die Forderung seiner Regierung nach Abschluß eines Staatsvertrages. Gegen den Entwurf opponiert allerdings die hessische Landesregierung. Staatssekretär Giani: Es fehlt eine ordnungspolitische Struktur. Auf eine gemeinsame inhaltliche Gestaltung werde verzichtet, um die am Privatfunk beteiligten Konzerne nicht zu verprellen. Giani verlangt eine bundesweit einheitliche Regelung. Ein Fernseh- und Hörfunkrat, der gemeinsame Programmkompetenzen habe, sei denkbar. „Ökonomische Gesichtspunkte dürfen nicht zum Dreh- und Angelpunkt werden" – es drohe eine Programm-Verflachung.

Verleger Hubert Burda meinte, man solle Tageszeitungen auch kleinerer Verlage die Chance zu Regionalprogrammen geben. Er warnte vor zu langwierigen Staatsvertrags-Verhandlungen. Ausländische Anbieter warteten nur auf die Chance, via Satellit nach Deutschland zu strahlen und so den Werbemarkt zu melken.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten planen die Kooperation mit nordrhein-westfälischen Verlegern. „Der WDR ist an einer guten Zusammenarbeit mit Anbietern interessiert", versicherte Intendant Friedrich Nowottny. Für seinen ZDF-Kollegen Stolte ist die bisherige Form der Kooperation mit der ARD durch das Aufkommen privater Anbieter überholt. Er strebt eine Absprache mit der ARD beim Sport, bei aktueller Berichterstattung und Unterhaltung an. „Sonst sind wir gegenüber der ARD und den Satelliten-Programmen nicht konkurrenzfähig."

MARTINA SCHLINGMANN

KRITIK

Was andere falsch machen, wie Konflikte entstehen

Der Zusammenarbeit von ZDF und ORF war ein vergnüglicher Abend zu danken, der – und das ist selten – zum Nach-Denken einlud, was heißt zur Auseinandersetzung mit Paul Watzlavicks provozierender **Anleitung zum Unglücklichsein** (ZDF), dem Bestseller der letzten Saison. In zwölf Kurzszenen wurden uns scheinbar alltägliche Situationen vorgeführt, die zeigten, wie Konflikte aus nichtigem Anlaß so leicht entstehen können, daß man meint, wir hätten es überhaupt darauf angelegt, uns zu ärgern und sogar unglücklich zu sein. Da fühlt sich zum Beispiel jemand durch nacktbadende Kinder gestört; diese werden angewiesen, weiter weg, an einer entlegenen Stelle zu baden; aber das hilft gar nicht, denn etwas mühsam zwar und nur mit Hilfe eines Feldstechers läßt sich auch dieser Badeplatz erspähen. Fazit: Der Ärger bleibt erhalten; man hat weiterhin Grund sich zu beklagen.

Der aus Kärnten stammende Psychotherapeut (Jahrgang 1921) bedient sich in seinen Behandlungsgesprächen gerne witziger und im Unterton etwas unheimlicher Anekdoten, um seine Patienten auf deren Fehlverhalten, das in der Regel zu Mißverständnissen mit Partnern führt, aufmerksam zu machen. Sie sollen dabei einsehen, daß ihre „Leiden" objektiv betrachtet grundlos sind und fast ausschließlich aus ihrer verkehrten Weltsicht resultieren. Wie fast alle Psychotherapeuten beruft sich Watzlavick dabei auf die Maxime des römischen Stoikers Epiktet (um 100 n.Chr.), daß „nicht die Tatsachen selber uns beunruhigen, sondern unsere Meinungen darüber", zum Beispiel unsere Neigung zum Mißtrauen gegen die Absichten anderer Leute, die in Wirklichkeit gar keine Veranlassung haben, sich für uns zu interessieren.

Menschen sind unglücklich, so heißt es, wenn und weil sie nicht wissen, daß es ihnen eigentlich gut geht. Das trifft wahrscheinlich sehr oft zu, jedoch läßt sich mit diesem Hinweis ihr Nichtwissen ebenso wenig beheben wie durch lehrhafte Anekdoten, denn diese bezieht man leicht auf andere Menschen. Die anderen verhalten sich – man sieht es ja! – sehr hörig; aber man selbst durchschaut derlei. Allerdings leider nur bei anderen! Dafür sorgen die inneren Widerstände und eine Reihe von Abwehrmechanismen, die den Betroffenen davon abhalten, sich in den dargestellten Szenen wiederzuerkennen.

Das ist die Schwachstelle von Watzlawicks Theorie, aus der sehr amüsant zu lesende Bücher hervorgegangen sind, die einen echten Neurotiker aber eher zu einem Psychologen machen als heilen können. Die in dem Fernsehspiel von Christine Buchegger vorzüglich dargestellte „Göttin" illustrierte diese Möglichkeit in sehr eindrucksvoller Weise.

PETER R. HOFSTÄTTER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Gehen oder bleiben?
11.10 Alles was Recht ist
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.50 Klamottenkiste
Charlie Chaplin: Das Autorennen
Charlie will zum Autorennen, hat aber kein Geld. Sich selbst reinzumogeln, ist nicht schwer. Dafür gerät er in große Schwierigkeiten, als er einem anderen dabei helfen will.
15.05 Unsere kleine Farm
Die Stadt
Durch die wirtschaftlich unhaltbare Situation in Walnut Grove, verursacht durch die Machenschaften der Eisenbahngesellschaft, müssen die Ingalls ihre Farm verlassen. In Winoka findet Mary eine Anstellung an der Blindenschule. Charles und seine Frau Caroline arbeiten in einem Hotel. Überraschend tauchen alte Bekannte aus Walnut Grove in Winoka auf.
15.50 Tagesschau
16.00 Markt der Medien
Live von der Broadcast '86 in Frankfurt: Neuheiten, Trends
16.45 Die Spielbude
17.45 Tagesschau
Dazw.: Regionalprogramme
19.50 Fußball-WM
WM-Studio Mexiko
20.00 Deutschland – Frankreich
Erstes Halbfinalspiel live aus dem Jalisco-Stadion in Guadalajara
In der Halbzeitpause: Tagesschau
22.00 Brennpunkt
Thema: Demo, Schlagstock, Terror: Spirale der Gewalt?
22.30 Tagesthemen
23.00 Internationale Tennis-Meisterschaften von England
Ausschnitte vom selben Tag aus Wimbledon
Reporter: Heribert Faßbender und Peter Jansen
23.45 Fußball-WM
WM-Studio Mexiko
24.00 Argentinien – Belgien
Zweites Halbfinalspiel live aus dem Azteken-Stadion in Mexiko-Stadt
In der Pause: Tagesschau
2.00 Tagesschau
2.05 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Grisu, der kleine Drache
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein Heim für Tiere
Letzte Folge: Ein Unglück kommt selten allein
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
Anschließend (ca. 18.10 Uhr): Lotto am Mittwoch – Ziehung A
18.55 Lotto am Mittwoch
Ziehung B
19.00 heute
19.30 Liebe auf den zweiten Blick?
Film von Anna Doubek
Siegfried möchte heiraten und wendet sich an ein Eheanbahnungsinstitut, das sich auf die Vermittlung ausländischer Mädchen spezialisiert hat. Sumitra lebt in der Nähe von Bangkok. Sie antwortet dort auf die Annonce der Partnervermittlung in einer thailändischen Zeitschrift. So hat sie Siegfried kennengelernt. – Der Film erzählt den Werdegang ihrer Beziehung.
20.15 ZDF-Magazin
Informationen und Meinungen zu Themen der Zeit
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Die Braut wird entführt
21.45 heute-journal
22.05 Kirche in Mexiko
22.35 Laß Mond und Sonne singen
Indonesischer Spielfilm (1979)
In der Reihe „Der besondere Film"
Bagus lebt in Jakarta mit einer Prostituierten zusammen. Als sein ehemaliger Lehrer stirbt, kehrt er heim in sein Heimatdorf. Dort braucht man seine Hilfe im Kampf gegen einen ausbeuterischen Unternehmer. Dieses Problem kann Bagus lösen, doch sein Privatleben gerät in Gefahr.
0.15 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Moskau
22.00 eff-eff
22.45 L'Atalante
Franz. Spielfilm (1934) von J. Vigo

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Mit A. Paul Weber nach Thüringen
21.00 Offerte
21.15 Laufsteg Paris (6)
22.05 Kuhle Wampe
Deutscher Spielfilm (1932)
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.50 Sag die Wahrheit
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Mit Menschen im Gespräch
20.45 Hessen Drei unterwegs
21.30 Drei aktuell und Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 Zug der Zeit

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Pan Tau
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Aquino – Die ersten 100 Tage
20.10 Detektei Blunt (3)
Krimiserie von Agatha Christie
21.00 Neues um Neun
22.00 Output
22.15 Sonatine
Kanadischer Spielfilm (1984)
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Mit Vergnügen!
19.30 Sag die Wahrheit
20.00 Der Sonne entgegen (11)
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Hollywood (1)
22.35 Lese-Zeichen
23.05 Z. E. N.
23.10 Privatleben in Uniform
23.55 Rundschau

SAT 1

18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
18.30 APF-blick
18.45 Berichte von der Fußball-WM
19.05 New York, New York
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Regie: Martin Scorsese
21.25 APF-blick
22.10 FBI
22.50 APF-blick
23.00 Das Geheimnis der grünen Stecknadel
Deutsch-italien. Spielfilm (1971)
0.40 APF-blick



19.00 Venedig um 1500
19.30 Zeichnen
19.45 Follow me (12)
20.00 Tagesschau
20.15 Die Fischer von Moorhövd
21.05 MS Franziska (5)
22.05 Exodus
Amerikanischer Spielfilm (1960)
1.15 Nachrichten

3SAT

19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Die Entdeckung der Alpen
20.35 Volksmusik-Gala
21.35 Die Mittwochsgeschichte
21.50 Zeit im Bild 2
22.10 Kulturjournal
22.20 ORF-Videonale '86
23.20 Tarzans Rache
Amerikanischer Spielfilm (1936)



18.15 Da-Da-Damals
18.35 Brigitte zu Besuch bei RTL-plus
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.00 Live aus Mexiko:
Frankreich – Deutschland
21.50 Wer bin ich?
22.15 Tampeko
Franz.-ital.-span. Spielfilm (1966)
23.57 Live aus Mexiko
Argentinien – Belgien

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nur schwache Argumente

„Eine Kampagne, die das Ziel hat, einen geregelten Geschäftsbetrieb zu ruinieren"; WELT vom 20. Juni

Der Vorstandsvorsitzende der Neuen Heimat, Herr Hoffmann, beklagt gegenüber der WELT das Verfahren vor Untersuchungsausschüssen generell und glaubt zugleich, daß die einstimmigen Feststellungen im Hamburger Untersuchungsausschuß falsch seien. In mehrfacher Hinsicht irrt er. Untersuchungsausschüsse sind keine Gerichtsverfahren und enden folglich auch nicht mit einem Urteil oder einer Verurteilung. Sie dienen vielmehr der Vorbereitung politischer und gesetzgebender Entscheidungen.


Heinz Günther Hüsch, MdB, CDU FOTO: DPA

Daß Herr Hoffmann die einstimmigen Feststellungen des Hamburger Untersuchungsausschusses so ganz und gar nicht gelten lassen will, überrascht. Denn der Ausschuß hat sehr sorgfältig gearbeitet. Ungeachtet dessen wird die Neue Heimat Gelegenheit haben, sich gegenüber dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zu äußern. Dann können alle Einwendungen vorgebracht werden und der Ausschuß muß entscheiden, ob er sich insoweit den Feststellungen des Hamburger Untersuchungsausschusses anschließen wird oder zusätzliche Beweiserhebungen vornimmt.

Dr. Heinz Günther Hüsch,
MdB, CDU
Vorsitzender des Untersuchungs ausschusses Neue Heimat im Deutschen Bundestag

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Hoffmann geht in seinem Brief an die WELT wie die Katze um den heißen Brei.

Es geht doch bei der Neuen Heimat um Veruntreuungen von über 17 Milliarden Mark. Daran sind doch nur die Manager der Neuen Heimat und deren Gewerkschaftsbosse, von Herrn Vetter über Breit, Meyer bis hin zu Steinkühler, schuld. Diese und noch mehrere Gewerkschafter tragen die volle Verantwortung für das Unternehmen Neue Heimat.

Die Streiks um das Thema Paragraph 116 sind doch vor Monaten nur ein Ablenkungsmanöver der Gewerkschaften gewesen, um ihre eigenen Neue-Heimat-Fehler zu vertuschen.

Hierzu steht kein Wort vom sogenannten Neue-Heimat-Chef Hoffmann in seinem Brief an die WELT.

Mit freundlichen Grüßen
Hanns-Ritter Klippert,
Neubulach 3

Kritik am Aberglauben

„Was bedeutet eigentlich die Theorie der Abschreckung?"; WELT vom 31. Mai

Graf Brockdorff ist zu danken, daß er die Theorie der Abschreckung zum wiederholten Mal eindrucksvoll verdeutlicht hat. Bei uns sind Ignoranz und Realitätsflucht in der Tat weit verbreitet. Auch die Kritik am Aberglauben, mit Abrüstungsschritten allein könne man politische Konflikte lösen, trifft ins Mark.

Andererseits aber unterschätzt der Autor die historische Erfahrung, daß Vereinbarungen (ob niedergeschrieben oder stillschweigend) über ein bestimmtes Rüstungsverhalten Spannungen zwar nicht aus der Welt schaffen, dennoch aber vermindern können.

Darüber hinaus scheint mir jede sicherheitspolitische Analyse unvollständig zu sein, wenn sie nicht auf zwei weitere Punkte hinweist. Erstens darauf, daß Abschreckung nur einen der beiden Pfeiler darstellt, auf denen unsere Sicherheit ruht. Das andere Bein, mindestens ebenso wichtig, ist die Bereitschaft zum Interessenausgleich, die phasenweise sogar den Namen Entspannungspolitik verdient.

Zweitens dürfen die wachsenden Zweifel an der nuklearen Abschreckungsdoktrin keinesfalls unterschlagen werden. Diese Zweifel werden neuerdings ja nicht nur von denen geäußert, die schon immer skeptisch waren, sondern auch von denen, die bisher zu den heißen Befürwortern gehörten. Daß eine Sicherheit, die den Weltuntergang ins Kalkül zieht, nicht ewig dauern kann, ist schließlich eine der Begründungen für SDI.

Mag die Androhung gegenseitiger Vernichtung auch noch einige Zeit als Kriegsverhinderungsstrategie akzeptiert werden, so doch nur, weil uns nichts Tauglicheres einfällt. Das Nachdenken darüber, wie man zu einer besseren Welt kommt, darf niemals aufhören.

Heinz Kluss,
Oberst i. G.
Brüssel

Rettungssystem

„Die letzte Rettung ist oft der Luftsack"; WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

Ihren Artikel habe ich mit Interesse und Verwunderung gelesen.

Kann man denn eine Einrichtung – so sehr sie auch zur Rettung von Menschenleben unzweifelhaft dienlich ist –, gutheißen, die nur Mercedes-, Porsche- und BMW-Käufern angeboten wird und für diese erschwinglich ist, damit der Schnellfahreranteil dieser Käufergruppe mit dem Sicherheitspolster im Lenkrad noch risikofreudiger „rasen" kann, während die Mehrheit, die Gruppe der Mittelklassewagen-Fahrer, sich noch vorsichtiger verhalten muß, um rechtzeitig aus der Schußlinie entkommen zu können?

Wenn „Luftsack", dann doch bitte für alle und in der richtigen Preislage oder für keinen.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Weber,
Hamburg 50

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben einen Luftsack für Kraftfahrzeuge beschrieben, der im Falle eines Frontalunfalls die Brust und den Kopf des Fahrers vor einem Aufprall auf das Lenkrad schützt.

Obwohl ich das von der Firma Daimler-Benz stammende Luftsack-Rettungsprinzip, das Sie in Ihrem Artikel beschrieben haben, durchaus nicht ablehne, möchte ich doch darauf hinweisen, daß in den USA bereits Luftsack-Rettungssysteme bekannt sind, die besser, wirkungsvoller, einfacherer und sicherer sind, als das von Ihnen beschriebene.

Mit freundlichem Gruß
Peter Limbach,
Bonn 2

Rechtsmißbrauch

„Pazifistin greift Soldaten an"; WELT vom 13. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Nicht der kleine Soldat ist der potentielle Mörder, sondern diejenigen, die ihn aufstellen" kann ein unabhängiger aber offensichtlich staatsfeindlicher Richter beim Landgericht München sich erlauben zu behaupten.

Bei allem Respekt vor dem Recht der freien Meinungsäußerung scheint es mir angebracht, einem Mißbrauch dieses Rechts durch engagierte linkslastige Beamte einen Riegel vorzuschieben. Leider stellt man immer wieder fest, daß Richter das Ansehen der Justiz dazu mißbrauchen, ihrer persönlichen Meinung mehr Gewicht zu verleihen. Das muß aufhören.

Außerdem finde ich es bedauerlich, daß Ihr Blatt diese dpa-Meldung kommentarlos druckte.

Mit freundlichen Grüßen
C. G. O. Korn
Saarbrücken

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Das beste Mittel, um getäuscht zu werden, ist, sich für schlauer zu halten als andere. «

François de La Rochefoucauld, französischer Moralist (1613–1680)

Personen

VERANSTALTUNG

Etwas über die Zeit, viereinhalb Jahre lang, war der sowjetische Gesandte **Wladislaw P. Terechow** in Bonn tätig. Der Russe mit dem amerikanischen „GI-Haarschnitt" kehrt in dieser Woche nach Moskau zurück. Im Außenministerium übernimmt er eine Abteilung, die den ständigen Kontakt zu den sowjetischen Auslandsbotschaften pflegt. Beim Empfang in der Botschaft, an dem auch der neue sowjetische Botschafter **Julij Kwizinski** teilnahm, verabschiedete sich Terechow unter anderem vom Leiter der Politischen Abteilung im AA, Dr. **Gerold von Braunmühl**, und von den beiden Industriellen **Berthold Beitz** und **Otto Wolff von Amerongen**. Zur Stelle waren zahlreiche „Kollegen" aus West und Ost, so US-Gesandter **James F. Dobbins** und Italiens Gesandter **Leopoldo Formichella**.

VERNISSAGE

Vor „übertriebenem Denkmalschutz, der aus einer Stadt ein Museum macht" warnte Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** (CSU) anläßlich der Eröffnung einer Wanderausstellung der Bundesarchitektenkammer, die unter dem Titel „Lebensraum Stadt" im Deutschen Bundestag gezeigt wird. Nach der Vorstellung von **Karl Heinz Volkmann**, Präsident der Bundesarchitektenkammer, soll die Schau dazu beitragen, Bauaufgaben „mit mehr Nachdenklichkeit und Qualität zu lösen". Das gilt auch, so Stücklen, „für den richtigen Weg zwischen Erneuerung und Erhaltung" für den Plenarsaal des Bundestages.

EHRUNG

Der aus Ungarn stammende österreichische Komponist und Musikpädagoge **György Ligeti** ist in Paris mit dem 8. Internationalen Honegger-Preis ausgezeichnet worden. Ligeti erhielt den mit 30 000 Franc (rund 9000 Mark) dotierten Preis für seine Klavierkomposition „Desordre".

ABSCHIED

Nach 20 Jahren Intendanz ist in Göttingen **Günther Fleckenstein** am Deutschen Theater offiziell verabschiedet worden. Der 62 Jahre alte Theatermann, der von 1975 bis 1980 parallel zu seiner Arbeit in Göttingen die Hersfelder Festspiele leitete, prägte eine eigene Ära. Acht Ur- und deutsche Erstaufführungen der Stücke des Mitteldeutschen **Peter Hacks**, der Aristophanes-Zyklus mit sieben Stücken zwischen 1966 und 1985 und ein stetes Bemühen um Autoren wie **Franz Xaver Kroetz**, **Botho Strauß** und **Carl Zuckmayer** sorgten in der Theaterwelt für Aufmerksamkeit.

Günther Fleckenstein

*

An die 200 Gäste aus dem In- und Ausland erwartet heute der Bonner Presseclub in der Brüningstraße: Ein großer Abschied für Deutschlands Monsieur de Vine, den 68jährigen Generalsekretär des Deutschen Weinbauverbandes, Dr. **Werner Becker**, der nach einer Amtszeit von 32 Jahren in den Ruhestand geht. Viele schimpfen auf die EG, daß es darin mit dem Wein nicht noch schlimmer gekommen ist, war zum großen Teil Beckers Verdienst. Der Sohn eines Weinhändlers in Linz am Rhein – wo er heute noch wohnt – bleibt als Vorsitzender der Weinbaukommission im Internationalen Amt für Rebe und Weinbau in Paris weiter im Geschäft. Weinberge besitzt Dr. Becker keine, nur ein paar Rebstöcke im Garten. Die Frage, was er mit den Trauben macht, entlockt dem Vielbeschäftigten nur eine zögernde Antwort: Die Spatzen fressen sie.

MEDIEN

Neuer Hörfunkchefredakteur von Radio Bremen wird **Erwin Schmitt**, zur Zeit Leiter der Hauptabteilung Politik beim Rias Berlin. Das Direktorium von Radio Bremen hat Schmitt damit zum Nachfolger von **Volker Mauersberger** berufen, der am 1. September wieder als Hörfunkkorrespondent nach Madrid geht. Erwin Schmitt (56) hat seine journalistische Laufbahn bei der Tagespresse begonnen, bevor er 1962 zum Rias nach Berlin ging. Dort war er in den Redaktionen Nachrichten, Innenpolitik und Wirtschaft tätig. 1979 wurde er Leiter der Nachrichtenabteilung, drei Jahre später Ressortleiter Politik I (Ostpolitik, Außenpolitik, Journale).

GESTORBEN

Das Oberhaupt der Orthodoxenkirche in der jugoslawischen Republik Mazedonien, Erzbischof **Angelari von Ohrid**, ist südlich von Skopje während einer Fahrt in seinem Kraftwagen auf tragische Weise einem Verkehrsunfall zum Opfer gefallen. Der 1911 geborene Erzbischof war sowohl eine religiöse wie eine nationale Führungsgestalt unter den Mazedoniern, für deren Anerkennung als Nation er unermüdlich eintrat. Der Tod des Erzbischofs ist ein schwerer Verlust für die wiedererstandene mazedonische Kirche.

Alte Sorgen mit Alten

fl. – Wenn die eigentliche Spielzeit verstummt und auszuklecken beginnt, werden die Bühnenchefs und ihre Dramaturgen gesprächig. Sie listen ihre großen Pläne für die kommende Saison auf und versuchen ihrem Publikum – noch über die Sommerferien hin – den Mund für das nächste Spieljahr wässerig zu machen. So geht es immer.

Heribert Sasse hat an den drei Berliner Staatlichen Schauspielbühnen seinen Einstand gemacht. Er hat (alle Achtung!) in den letzten zehn Monaten immerhin dreißig Premieren herausgewuchtet. Das war nötig. Denn sein Vorgänger hatte ihm die drei Häuser völlig leergespielt überlassen. Den horror vacui hat Sasse tapfer, zuweilen sogar mit Glück, überwunden.

Jetzt klagt er. Sein oft bewundertes Ensemble steht voll von grandiosen Nestoren. Um die hat man Berlin zu Recht immer beneidet. Die meisten davon sind über das übliche Pensionsalter längst hinaus. Festangestellt, wie sie sind, verdienen sie monatlich mehr als ein aktiver Bundesminister. Alle aber drängen sie nach Haupt- und Paraderollen.

Kleine Parts, in denen sie herrlich werden müßten, weisen sie zurück, oder sie verstecken sich hinter ärztlichen Attesten. Ein Teil von Sasses Etat ist somit eingefroren. Er dringt auf Remedur und vertragliche Veränderung ihres Beschäftigungsstatus. Daraufhin aber grollt ein Teil der Presse prompt. Ein empfindsamerer Teil des Publikums sieht seine alt gewordenen Lieblinge verunglimpft und in die Wüste geschickt.

Sasse in Schwierigkeiten. Er will hart bleiben. Er hat den Senat wissen lassen, daß es so, wie es viele Jahre ging (auch sein Vorgänger hatte schon darüber geklagt und sich damit den Mund verbrannt), nicht weitergehen könne bei aller Liebe zu seinem überalterten Ensemble. Er hat, obgleich selber ein noch vergleichweise sehr junger Mann auf seinem hohen Posten, sozusagen schon Alterssorgen. Sie zu bewältigen, wird er vor allem Feingefühl brauchen.

In Ost wie West: Jugendliche sträuben sich gegen das neue Musiktheater

Dann und wann ein Musical

Die Klage ist bekannt, landauf, landab. Da locken die Theater mit Schülerkarten zu Vorzugspreisen, legen gar spezielle Jugend-Abonnements auf, aber die Heranwachsenden haben ihren eigenen Dickschädel. Sie wissen, was sie wollen. Und noch besser, was sie nicht wollen. Zum Kummer der Theatermacher steht ihnen der Sinn mehr nach Kurzweil und Unterhaltung als nach sperrigen Inszenierungen oder gar zeitgenössischen Stücken.

Das Musiktheater erlebt dieses Problem wie im Brennglas: Das Musical wird, in Grenzen, angenommen, das Interesse an zeitgenössischen Opern ist gleich Null. Und wehe, ein Lehrer bringt mit sanftem Druck seine Zöglinge doch in solche „schwierigen" Aufführungen, ohne zuvor ein gerüttelt Maß an gründlicher Vorbereitung investiert zu haben: Dann albern die gelangweilten Schüler herum, stören das übrige Publikum und werden so zu unwillkommenen Theatergästen.

Theaterszenen aus der Bundesrepublik? Mitnichten! Dieses Problem scheint in beiden Staaten auf deutschem Boden ziemlich gleich zu sein, auch wenn in den Schulen der „DDR" eine viel intensivere Hinführung der Jugend zum Theater stattfindet als im Westen. Eben damit scheint es nun mehr und mehr Schwierigkeiten zu geben, denn die Veröffentlichungen zum Thema häufen sich.

„Voraussetzung für einen lebensverbundenen und erzieherisch wirksamen Unterricht" seien für jeden Erzieher Kenntnis und Beachtung neuer Faktoren im musikalischen Geschehen, warnt „Musik in der Schule", die Ostberliner Zeitschrift für Theorie und Praxis des Musikunterrichts. Solche Faktoren sind u. a. „die Veränderungen in den Musikinteressen der Kinder und Jugendlichen unter dem massenwirksamen Einfluß der Popmusik (Rock, Schlager u. ä.), ... die massenhafte Zunahme der Rezeptions- und Selektionsmöglichkeiten".

In diesem Zusammenhang war im Ostberliner Wochenblatt „Sonntag" zu lesen, daß es „generelles Anliegen" der SED ist, im Bereich der Kunstvermittlung „anziehendere Formen und Methoden zu entwickeln", um „zur Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten beizutragen, die all ihr Wissen und Können bewußt und unbeirrt in den Dienst der weiteren Gestaltung und der Verteidigung unserer sozialistischen Gesellschaft stellen".

Um den Jugendlichen den Besuch von Theater-, Opern- und Konzertaufführungen zu erleichtern, gewähren die Kultureinrichtungen der „DDR" für den Erwerb einer Eintrittskarte eine fünfzig- bis sechzigprozentige Preisermäßigung. Außerdem sind die Schullehrer angewiesen, regelmäßig Theaterbesuche zu organisieren, die vor allem dem Kennenlernen sozialistischer Gegenwartsdramatik und des politischen Musiktheaters gelten sollen. Dann kommt es zu Szenen, die von der Ostberliner Fachzeitschrift „Musik und Gesellschaft" wie folgt beschrieben wurden: „Nicht selten wurden Vorstellungen mit einem größeren Anteil jugendlichen Publikums (maximal bis 200) durch Disziplinlosigkeit empfindlich gestört."

Probleme gibt es besonders, wenn es um die Heranführung Jugendlicher an das zeitgenössische Musiktheater geht. Aus diesem Grunde wurde kürzlich von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Städtischen Theater Karl-Marx-Stadt der Versuch unternommen, anhand einer Befragung Jugendlicher deren Einstellung zum Theater zu untersuchen. So wurden Schülern, Lehrlingen, Fachschülern und Studenten ein 25 Punkte umfassender Fragebogen vorgelegt.

Die Antworten erbrachten u. a. folgendes Ergebnis: 32 Prozent aller Befragten in den 9. Klassen und etwa 30 Prozent aller befragten Lehrlinge haben überhaupt kein Interesse am Theater. Dennoch ist auffällig, „daß bei Schülern der 9. Klassen die Bereitschaft zur Begegnung mit Schauspiel und Musiktheater weitaus größer als bei älteren Jugendlichen ist, die sich wiederum genauer mit dem Angebot des Theaters auseinandersetzen". Vom 10. Schuljahr an gelangten das Musical und die Operette an die Spitze der Beliebtheit, gefolgt von der heiteren Spieloper.

Innerhalb von insgesamt 18 anzukreuzenden und zu bewertenden Genres beziehungsweise Musikformen, reichend von klassischer Sinfonik über Rock und Jazz bis zur Volksmusik, steht bei den befragten „DDR"-Schülern die Operette in der Beliebtheit an 6. bis 7. Stelle, das Musical an 3. und die Oper an 9. bis 10. Stelle!

Vergleicht man diese Angaben mit den Ergebnissen einer 1979 vom Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig durchgeführten Untersuchung über die musikalischen Interessen „DDR"-Jugendlicher, so zeigt sich, daß das Musical in den letzten sechs Jahren bei den jungen Leuten an Beliebtheit gewonnen hat. Eine Entwicklung, die etwa parallel mit der in der Bundesrepublik verläuft, denn auch hier gewinnt das Musical unter den Jugendlichen immer mehr Anhänger, während Opernwerke auf wenig Interesse stoßen.

Weiter heißt es im Untersuchungsbericht: „Das Interesse am Musical können wir uns nur so erklären, daß eine Neigung zum Musiktheater vorhanden ist und das Musical dabei die einzige Gattung ist, die den an der Rockmusik orientierten Hörgewohnheiten Jugendlicher und ihren Rezeptionsfähigkeiten nahesteht ..." Und: „Bei der zeitgenössischen Oper wurde von der überwiegenden Mehrheit unserer Befragten angegeben, daß sie diese Werke nicht gern beziehungsweise gar nicht sehen. Das hat viele Gründe: unter anderem Vorurteile gegen zeitgenössische Musik überhaupt, gegen die Gattung Oper, das Fehlen eines ‚unterhaltenden Elementes' und vor allem Rezeptionsschwierigkeiten."

Die Schuldzuweisung von Theaterleuten in der Bundesrepublik, an den Schulen werde nicht genügend für die Besuche der Bühnen geworben, sticht also nicht. In der „DDR", wo die Schulen weiß Gott genügend Aktivität in dieser Richtung entfalten, bleibt das Interesse ebenso gering. Helfen können die Schulen höchstens, indem sie in gründlicher Beschäftigung mit der zeitgenössischen Kunst auch ein Interesse dafür wekken. Davon sind hingegen die meisten Lehrer überfordert, die selbst ein gestörtes Verhältnis zur zeitgenössischen Musik- und Theaterproduktion haben, hüben wie drüben.

HARALD BUDDE



„Der Tanz zu zweit": Pastorale nach einem Entwurf von Boucher aus der Manufaktur von Beauvais FOTO: PETIT PALAIS

Paris: Meisterwerke der Tapisserie im Petit Palais

Drei charmante Hasen

Ohne das Bier hätte es vielleicht nie die Gobelins gegeben, denn Heinrich IV., im Bestreben, die Qualität der französischen Tapisseriewerkstätten den flämischen gleichzustellen, verlieh den flämischen Webern François de la Planche und seinem Schwager Marc de Comans nicht nur den Adelstitel, sondern gewährte ihnen auch das Recht, Bierhallen zu eröffnen. Dies fanden die beiden so verlockend, daß sie sich fest in Frankreich niederließen.

Von 1601 bis 1627 leiteten sie gemeinsam die bedeutendste Tapisseriewerkstätte Frankreichs, deren Produktion gemäß königlichem Dekret vor Nachahmung geschützt war. Auch durfte keine ausländische Ware mehr importiert werden. Nach dem Tod von François de la Planche gründete sein Sohn ein eigenes neues Atelier. Der Wunsch Heinrichs IV. ging in Erfüllung. Dem Niedergang der flämischen Tapisserie entsprach der Aufschwung der französischen, der konsolidiert wurde mit der Gründung der königlichen Gobelin-Manufaktur durch Colbert im Jahre 1662, der zwei Jahre später diejenige von Beauvais folgte.

Die Ausstellung „Meisterwerke der Tapisserie vom 16. bis zum 18. Jahrhundert" zeigt 50 der insgesamt 150 Wandbehänge, die sich im Besitz der Stadt Paris befinden, wobei die meisten – da nicht permanent ausgestellt – dem Publikum unbekannt sind. Darunter befinden sich auch fünf flämische Tapisserien aus dem 16. Jahrhundert, die allerdings nicht recht deutlich werden lassen, warum Heinrich IV. so sehr daran gelegen gewesen war, flämische Weber nach Frankreich zu ziehen.

Doch das 17. und 18. Jahrhundert dominieren, und dementsprechend auch die religiösen, mythologischen und historischen Themen, die das 17. Jahrhundert bevorzugte. Besonders beliebte Themen wurden einzeln oder in Serien über Jahrhunderte hinweg immer wieder kopiert, teils nach einer bestimmten Originaltapisserie, oder indem man den der ursprünglichen Tapisserie zugrundeliegenden Karton immer wieder neu verwendete.

Der „Monat März", Teil der Serie „Die Jagden des Kaisers Maximilian", ist eine Kopie eines Brüsseler Wandbehanges. Vor dem Stadtbild von Brüssel nähert sich eine Jagdgesellschaft drei Reitern im Vordergrund, während kleine Hasen, höchst unrealistisch, jedoch äußerst charmant, völlig ungestört im Gras vor sich dahin mümmeln.

Doch der heutige Besucher fühlt sich eher angesprochen durch den anfangs des 18. Jahrhunderts entstandenen „Tanz" aus der Serie „Die Spiele der Kinder", ein schon im 16. Jahrhundert beliebtes und immer wieder abgewandeltes Thema. Die Farben dieses Aubusson sind lebendig, die tanzenden Kinder dargestellt mit einer erfrischenden Naivität, was darauf hinzudeuten scheint, daß diese Tapisserie nicht für den königlichen Gebrauch bestimmt war.

In der reinsten Tradition des 18. Jahrhunderts stehen dagegen die idealisierten Schäferidylle der Manufaktur von Aubusson. Während in den vorhergehenden Jahrhunderten die Auswahl an Farben beschränkt war, ihre Leuchtkraft jedoch auch heute noch verblüfft (leider werden von diesem Typus keine Exemplare gezeigt), wurde im 18. Jahrhundert mit Hilfe der Chemie die Palette auf 365 Farben ausgedehnt – zum Nachteil des heutigen Betrachters, der oft die Farben nur noch erahnen kann.

Amüsant sind die der Vorliebe des 18. Jahrhunderts für Exotik huldigenden Chinoiserien. Da werden einmal Ananas gepflückt, dann sieht man einen Chinesenprinzen von der Jagd heimkehren, wobei seine weibliche Begleiterin durchaus westliche Züge aufweist. Ein anderes Mal wird in einer kuriosen Mischung von Ost und West ein Bankett à la Versailles gefeiert. So schön die Einzelstücke auch sind: Ihrem Anspruch, die Entwicklung der französischen Tapisserie von Louis XIII. bis zur Revolution aufzuzeigen, wird die Ausstellung nicht gerecht (bis 17. August, kein Katalog).

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Fast zwei Millionen Mark für Dix-Gemälde

dpa, London

Mit umgerechnet 1,9 Millionen Mark hat ein Gemälde von Otto Dix im Londoner Auktionshaus Christie's den höchsten Preis erzielt, der je für ein Werk der deutschen Kunst des 20. Jahrhunderts gezahlt wurde. „Der Salon I" aus dem Jahr 1921 wurde bei einer Auktion deutscher Expressionisten und französischer Impressionisten von einem nichtgenannten Privatsammler ersteigert. Das Bild stellt vier alternde Prostituierte dar und gilt als eines der Meisterwerke der „Neuen Sachlichkeit".

Versailler Forum vor dem Gipfel

dpa, Bonn

Zur Vorbereitung des Ende Oktober in Frankfurt geplanten deutsch-französischen „Kulturgipfels", der einer Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit gewidmet ist, treffen sich zur Zeit in Versailles rund 100 Wissenschaftler, Künstler und Publizisten beider Länder. Auf dem Forum stehen Bildung und Wissenschaft im Vordergrund.

André Thomkins im Kunsthaus Zürich

DW. Zürich

Die Ausstellung war als eine Art Zwischenbilanz für den wieder in die Schweiz heimgekehrten Künstler gedacht. Durch den unerwarteten Tod von André Thomkins am 9. November 1985 wurde es ein Nachruf auf das Werk eines zwar stets modernen, aber nie modernistischen Künstlers, der vor allem als Zeichner ungewöhnliche, eigenwillige Bilder voller Ironie schuf. Mit 228 Beispielen, vorwiegend kleineren Formaten, wird das bis zum 29. Juni im Kunsthaus Zürich vorgeführt. Der Katalog kostet 20 sfr.

Besucher protestierten im Israel-Museum

AP, Jerusalem

Starke Proteste gab es in Jerusalem gegen eine Foto-Ausstellung, die gewalttätiges Vorgehen israelischer Soldaten gegenüber Palästinensern dokumentiert. Die Bilder wurden in den besetzten Gebieten und beim Einmarsch Israels in Libanon 1982 aufgenommen. Ein Museumssprecher sagte, die Ausstellung werde trotzdem auf keinen Fall abgebrochen. Es handelt sich um 71 Schwarzweißfotos des in einem Kibbuz lebenden gebürtigen Kanadiers Joel Kantor.

Fossilien aus dem Kiessandzug

D. B. Münster

Das Geologisch-Paläontologische Museum der Universität Münster zeigt bis zum 29. August Fossilien aus verschiedenen Erdzeitaltern, die durch eiszeitliche Gletscher mitgerissen und nach dem Abschmelzen hinterlassen wurden. Die Leihgaben von Privatsammlern stammen aus dem sogenannten Münsterländer Kiessandzug.

Jerzy Putrament †

dpa, Warschau

Der polnische Schriftsteller, Publizist und Kulturpolitiker Jerzy Putrament ist im Alter von 75 Jahren in Warschau gestorben. Vor dem Krieg arbeitete er als Redakteur bei sozial-literarischen Zeitschriften, von 1947 bis 1950 war er polnischer Botschafter in Paris, danach Vizepräsident im polnischen Schriftstellerverband. Seit 1972 leitete Putrament die literarische Wochenzeitung „Literatura".

Spielzeitende in Köln: Turgenjews „Ein Monat auf dem Lande" und Gerhart Hauptmanns „Ratten"

Die Lunte noch kurz vor dem Pulverfaß austreten

Die Tragödie des Kölner Schauspiels ist nun wirklich nicht mehr zu übersehen. Eine einzige Saison hat genügt, Köln von einem Spitzenplatz unter den deutschsprachigen Bühnen ins untere Mittelfeld purzeln zu lassen.

Auch der Doppelschlag zum Spielzeitende mit Gerhart Hauptmanns Tragikomödie „Die Ratten" (Regie: Manfred Karge) und Iwan Turgenjews Komödie „Ein Monat auf dem Lande" (Regie: Horst Siede) war nur eine letzte Bestätigung des Dilemmas. Eine verkrampfte Regie-Bemühung auf der einen, schauspielerischer Dilettantismus auf der anderen Seite – Trauer muß der Köln-Freund tragen.

Es war schon ein konzeptioneller Unsinn, bei einem schwachen Ensemble ein reines Schauspieler-Stück wie „Ein Monat auf dem Lande" in den Spielplan zu nehmen. Tschechow-Vorläufer Turgenjew lebt nicht von dramatischen Aktionen, sondern vom feinziselierten Spiel der Seelen. Es passiert ja nicht viel: Ein junger Hauslehrer namens Beljajew kommt auf das Gut des arbeitswütigen Islajew und dessen gelangweilter Frau Natalja. Und schon beginnt eine Verwirrung der Seelen, von einem Katalysator, dem harmlosen Beljajew, unwissentlich in Gang gesetzt. Jeder verliebt sich, aber stets in den, der ihn nicht liebt. Als Beljajew, begleitet von Nataljas Hausfreund Rakitin, abreist, fällt das Spiel in sich zusammen. Es wird viel geheiratet, aber jeweils nicht die Partner der Träume, sondern der Resignation.

Turgenjew ging es um die Unruhe unter der starren Oberfläche, um das fast beiläufige Austreten der Lunte kurz vor dem Pulverfaß. Und worum ging es Horst Siede? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Hatte er ein harmloses Boulevard-Stück im Sinn? Jedenfalls muß Marita Breuer die sehnsüchtige Ehefrau Natalja in eine aufgedrehte Betriebsnudel verwandeln, die ein Spiel inszeniert. Das aber kann sie nicht. Zumal Markus Vogelbacher als Beljajew so blaß und treulieb war, daß von ihm gar keine bewegende Wirkung, keine Inspiration ausgehen konnte. Die einen chargierten, was das Zeug hielt (zum Beispiel Peter Kollek als zynischer Arzt am Krankenbett einer maroden Gesellschaft), die anderen (wie Stefan Matousch als Hausfreund oder Helmut Grieser als Gutsbesitzer) hatten gar kein Gesicht. Turgenjew in Köln: ein Traum von gefärbten Bonbons.

Ganz anders Karge mit Hauptmanns „Ratten". Er versuchte es mit Regie-Theater, das vor keinem Eingriff zurückschreckt. Hauptmann läßt seinen ehemaligen Theaterdirektor Hassenreuther, einen Vetreter der „Schillerisch-Goethisch-Weimarischen Schule der Unnatur", lernen, daß „eine Reinemachefrau aus der Mulack-Straße ebensogut ein Objekt der Tragödie sein könnte wie Lady Macbeth". Seine eigene Putzfrau nämlich, Frau John, hat ihr Baby verloren und schwatzt nun dem sitzengelassenen Dienstmädchen Pauline aus Polen mit Geld und guten Worten ersatzweise deren Kind ab. Aber die will es schließlich wiederhaben. Und als für Mutter John alle Felle davonschwimmen, bittet sie ihren kriminellen Bruder um Hilfe. Der erschlägt das Polenmädchen, was Frau John nicht gewollt hat und weswegen sie sich umbringt. Der solchermaßen erschüttert-belehrte Theaterdirektor bekommt ein neues Engagement in Straßburg. So weit Hauptmann.

Bei Karge nun freilich gibt es Sachen, die es beim Autor nicht gibt. Zum Beispiel einen Nazi als Hausmeister (das Stück entstand 1910). Zum Beispiel das Schießen des Herrn John, offenbar zum Revoluzzer gewandelt, auf einen preußischen Polizeioffizier. Zum Beispiel liest Hassenreuthers Schauspiel-Schüler Erich Spitta, ein Extheologe, plötzlich anarchistische Bücher und träumt von einem kommunistischen Idealstaat in Amerika. Und zum Beispiel nimmt sich Frau John nicht das Leben, sondern singt, verrückt geworden, ein Kinderliedchen – angeblich eine frühere Version des Stückes.

Was soll das alles? Ist Frau John doch keine Lady Macbeth? Traut er Hauptmanns sozialem Naturalismus nicht mehr? Ist ihm schon alles zu Theater geworden, in dem sich die Realität verspielt? Offenbar, denn selbst die Wohnung der Frau John, ein sozialer Ort, ist wie eine Puppenstube in des Theaterdirektors mystisch verdüsterten Kostümfundus gesetzt (Bühne: Voncent Calara). „Alles schwankt", sagt Hauptmann. Hier nichts. Lebende Ratten werden durchs Publikum getragen. Hassenreuther (Adolf Laimböck) ist ewig unecht. Susanna Kraus spielt Pauline als laut-dümmliches Polacken-Klischee. Warum da Lore Brunner die Frau John mit zupackender proletarisch-mütterlicher Kraft spielt, bleibt das Geheimnis der erstaunlich bodenlosen Regie.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nächste Vorstellungen: „Ratten" am 4. u. 6. Juli; „Monat auf dem Lande" am 5. u. 8. Juli; Kartenbestellungen: 0221/21 25 81.

Der Weise des Theaters: Zum Tode des Autors und Verlegers Friedrich Michael

Das pure Vergnügen am Schreiben

Wer Friedrich Michael in seinen letzten Lebensjahren traf, vergaß binnen kurzem, daß er jemanden vor sich hatte, der bereits das neunte Lebensjahrzehnt vollendet hatte: Der schlanke, hochgewachsene Mann besaß bis ins hohe Alter eine außergewöhnliche Beweglichkeit. Am Wochenende verstarb Friedrich Michael in einem Wiesbadener Altersheim, im Alter von 93 Jahren. Vor einigen Jahren hatte sich der Theaterwissenschaftler, Romancier, Komödienautor und ehemalige Leiter des Insel-Verlages von seiner kostbaren Bibliothek in der Weinbergstraße getrennt und war in das Heim nahe dem Kurpark gezogen.

1983 begann der Thorbecke Verlag (Sigmaringen) mit der Ausgabe seiner gesammelten Schriften, die mit dem Erzählband „Altes Erlebnis erneuern" den sechsten von 18 Bänden erreicht hat. Allen Essays ist anzumerken, daß der Autor nachdenkliche und unterhaltsame Themen mit „Lust am Schreiben" und selten feinem Humor zu Papier brachte.

In einer Betrachtung „Von der Gelassenheit" heißt es unter anderem: „Aber weiß einer wirklich, wie es ihm im geistigen Sinn zu leben möglich ist? Darauf zu antworten ist ein großes Unterfangen. Man müßte sich das ganze Leben vergegenwärtigen und darin nach Antwort suchen. Daher käme denn, neben mancherlei äußeren Antrieben, der innere Auftrag zu einer Lebensgeschichte, zum Versuch, die treibenden Kräfte und die geistigen Fähigkeiten für die Auseinandersetzung mit den Gegenkräften der Welt zu erkennen – Versuch nur und ohne Gewißheit, damit ans Ziel zu kommen; die Worte Egmonts stehen mahnend am Ende von ‚Dichtung und Wahrheit': ‚Wohin es geht, wer weiß es? Erinnert er sich doch kaum, woher er kam.'"

Am 30. Oktober 1892 wurde Friedrich Michael als Sohn eines Arztes im thüringischen Ilmenau geboren. Nach dem Studium der Theaterwissenschaft in Freiburg, München, Marburg und Leipzig veröffentlichte er 1918 seine Dissertation über „Die Anfänge der Theaterkritik in Deutschland".

1923 erschien der Band „Deutsches Theater", der als „Kleiner Michael" bekannt wurde und 1969 erweitert unter dem Titel „Geschichte des deutschen Theaters" wieder herauskam. Von 1921 bis 1931 gab er „Das Buch. Monatszeitschrift für die Neuerscheinungen deutscher Verleger" mit heraus. Er war Mitarbeiter des „Leipziger Tageblatts", der „Frankfurter Zeitung" und der „Neuen Zürcher Zeitung".

Als einige seiner Werke seien genannt die Romane „Die gut empfohlene Frau" – 1933 von den Nazis verbrannt, lief er nach dem Krieg in der WELT als Fortsetzungsroman – und „Silvia und die Freier" sowie die Komödien „Ausflug mit Damen" (Elisabeth Flickenschildt, der ersten Juno, zugeeignet) und „Der blaue Strohhut" (für Käthe Dorsch). Das letztgenannte Stück ist oft über die Bühne gegangen.

Als Schriftsteller und Kritiker lebte Michael in Leipzig und lektorierte freiberuflich für den Verleger Anton Kippenberg. Andere Arbeiten für den Insel-Verlag waren die Ausgaben der Werke von Kleist, Hölderlin und Heine. Kippenberg nahm ihn 1934 als Lektor in seinen Verlag und gab ihm damit eine Existenz.

Von 1945 bis 1960 leitete Friedrich Michael in Wiesbaden, im „Pariser Hof" in der Spiegelgasse, eine Zweigniederlassung des Insel-Verlages, auch nach dessen Tod 1950 im Sinne Anton Kippenbergs. Er fand dort eine neue Heimat und Gleichgesinnte in anregender Gesellschaft, die er im „Brentano-Tisch" schildert.

Aus purem Vergnügen am Schreiben hat Friedrich Michael Bücher verfaßt. 1967 heißt es im „Lebensbericht": „Man liest mich hier und dort – ich schreibe also – und war es nicht genau das, was mein Lebensziel gewesen war? Sicher hat der Primaner von 1910 höher hinaus gezielt. Aber auch Schillerpreisträger werden vergessen." Sein Ziel ist es gewesen, mit dem Schreiben Freude zu machen und am Schreiben Freude zu haben. Das strahlt sein Werk aus, die Komödien, die Romane und die kleine Form des Feuilletons.

BERND GOLDMANN



Nestor der deutschen Verleger: Mit 93 Jahren starb Friedrich Michael in einem Wiesbadener Altersheim FOTO: W. PABST

Festspielneuling in Unterfranken: Zum ersten Mal ein „Kissinger Sommer"

Der Primadonnentreff im Staatsbad

Alle waren schon mal da: die Wiener Philharmoniker und die Münchner, und selbst die Londoner ließen sich im Großen Saal des Regentenbaus umjubeln. Einige Appetithappen aus dem gepflegteren Musikangebot haben die 22 000 Einwohner von Bad Kissingen immer wieder mal gekostet und goutiert – jetzt servieren sie eine reich gedeckte Festtafel. Knapp drei Wochen lang, vom 27. Juni bis zum 16. Juli, geben sich Stimm- und Instrumentalvirtuosen, Komponisten und Musiktheoretiker in der Kurstadt an der Fränkischen Saale die Klinke in die Hand, sei es die der Wandelhalle oder des Kurtheaters. Sommer in Kissingen gab es schon oft, den „Kissinger Sommer" gibt's jetzt erstmals. Schwerpunkt des Festivals: Ost trifft West und umgekehrt.

Die Idee zum Festival kam Eduard Lintner – er sitzt für die Bad Kissinger im Bundestag –, weil bis dato jeder seine Heimat in Unterfranken unwidersprochen „kulturelles Brachland" nennen durfte. Das Ost-West-Thema lag so nahe wie die Grenze zur „DDR"; rund 40 Kilometer östlich vom Staatsbad befindet sich schon Meiningen.

Den kulturellen Adrenalinstoß versetzt zum Beispiel Udo Zimmermann, Komponist und Dresdner. Den einen Tag spricht er mit Schulkindern und am 3. Juli mit Peter Ruzikka, Intendant des RSO Berlin und demnächst wohl Hamburger Opernchef, auf dem Podium des Kleinen Kursaals über Schwierigkeiten bei der Rezeption zeitgenössischer Musik. Einmal trägt Peter Schreier Schubert und Liszt vor, wenige Tage später Dietrich Fischer-Dieskau auf gleicher Bühne Reimann und Rihm, begleitet vom „ensemble modern" der Jungen Deutschen Philharmonie. Und eine Woche drauf bringt ebendort Ludwig Güttler, der sogar Sitz und Stimme im Festspielkuratorium hat, mit den Virtuosi Saxoniae Werke von Vivaldi, Zelenka und Johann Sebastian Bach zu Gehör. – Gesamtdeutsches ohne viel Aufhebens.

Vladimir Ashkenazy, Elisabeth Leonskaja, Boris Pergamenschikow und Dmitry Sitkovetsky sorgen gewissermaßen für das russische Element. Ungarn umklammert das Festival: Der Kultusminister kommt zur Eröffnung, das Symphonieorchester Radio Budapest übernimmt mit Kodály und Bartók den Kehraus.

Damit das Motto nicht zum Korsett wird, ist das Programm mit einigen aus der Art geschlagenen Punkten gespickt: Dagmar Koller bringt Musical-Melodien für die lustige Laune, das Burgtheater Simone de Beauvoirs „Die gebrochene Frau", und Lucia Aliberti gibt mit Arien aus italienischen Opern Kostproben ihres künstlerischen Primadonnentums.

Eine Million Mark lassen sich die Stadt Bad Kissingen und die Staatliche Kurverwaltung, mithin der Freistaat Bayern, den in der Hauptsache musikalischen Spaß kosten. „40 Prozent", erwartet Oberbürgermeister Georg Straus, „sollten durch Eintrittsgelder wieder hereinkommen." Der langfristige Effekt: „Bad Kissingen mit seinen Einrichtungen – gegen Magen- und Darmbeschwerden vor allem – in Erinnerung bringen."

Im Kuratorium sieht man Anzeichen, die dem Unternehmen lange Lebenszeit sichern können. Götz Friedrich, Intendant der Deutschen Oper: „Es gibt keine unmittelbare Konkurrenz, und das Angebot an Künstlern ist beinahe spektakulär. Durch Diskussionen wird das Programm mehr als nur erbaulich."

Kultusminister Hans Maier setzt im Kurbad auf die heilende Wirkung der Musik. Wobei er sich nicht nur als Schirmherr des Kissinger Sommers, sondern gleich auch als Therapeut beteiligt. Am 29. Juli an der Orgel der Erlöserkirche.

SABINE KOBES

Mord an Familie eines Fabrikanten aufgeklärt

dpa, Bielefeld

Das Gewaltverbrechen, dem in der Nacht zum Montag während der Fernsehübertragung des Fußball-Weltmeisterschaftsspieles Spanien – Belgien eine dreiköpfige Fabrikantenfamilie in Schloß Holte-Stukenbrock (Kreis Gütersloh) zum Opfer gefallen war, ist nahezu geklärt. Einer der beiden Täter, die eine knapp 70 Jahre alte Frau erschossen, deren 81jährigen Ehemann lebensgefährlich und dessen 34 Jahre alten Sohn schwer verletzt hatten, konnte schon am späten Montagabend in Bielefeld festgenommen werden. Gegen den 25jährigen vorbestraften Mann wurde gestern Haftbefehl wegen Mordes und versuchten Mordes in zwei Fällen erlassen. Dagegen ist der mutmaßliche Komplize des 25jährigen, der aus Hagen stammende Kriminelle Peter Brinkmann (41), noch flüchtig und wird steckbrieflich gesucht.

In der Wohnung der Freundin gefaßt

Wie die Mordkommission der Kripo und die Staatsanwaltschaft in Bielefeld mitteilten, hat der verhaftete Gangster, der mit Vornamen Udo heißt und in der Bielefelder Wohnung seiner Freundin gefaßt wurde, zugegeben, an dem Blutbad beteiligt gewesen zu sein. Er gestand, dem 81jährigen Kalksandstein-Fabrikanten Heinrich Großekämper mit einer Pistole, die bei zwei Schüssen versagt habe, ein Auge ausgeschlagen zu haben.

Den Mord an der Ehefrau des alten Mannes, die durch einen Revolverschuß in den Mund hingerichtet worden war, schob der Verhaftete allerdings seinem noch flüchtigen Mittäter Brinkmann in die Schuhe. Auch habe sein „alter Knastkumpel" auf den Sohn der Eheleute, den 34 Jahre alten Hermann Großekämper, geschossen und diesen im Bereich des Jochbeines schwer verletzt.

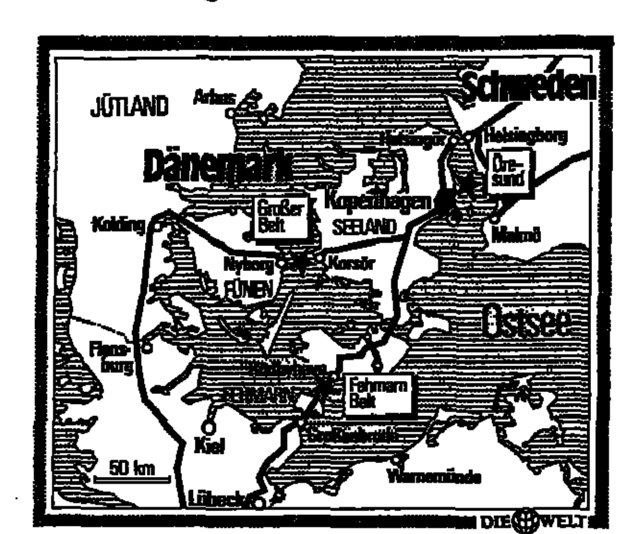
Im Verlaufe des Tatgeschehens, so erzählte der geständige Mann den Bielefelder Vernehmungsbeamten, habe Brinkmann ebenfalls eine Verletzung davon getragen, auf die er mit panischen Schreien reagiert habe. Zusammen hätten sie daher die Villa Hals über Kopf verlassen und seien ohne Beute mit einem geliehenen Auto geflohen.

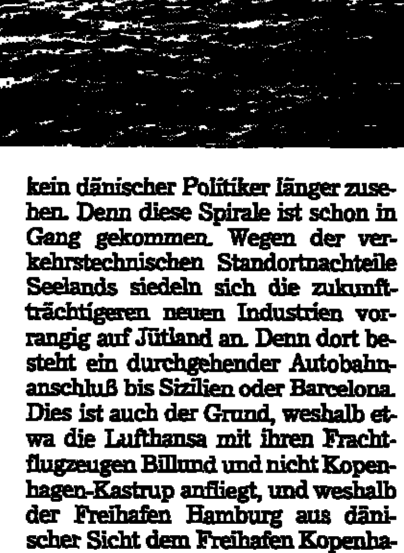
Daß die Polizei bei der Fahndung so schnellen Erfolg hatte, verdankte sie nach Angaben von Kripo-Hauptkommissar Manfred Thorun nicht zuletzt dem 81jährigen Fabrikanten Großekämper. Denn der alte Herr hatte sich die Kennzeichen des Wagens notiert, mit dem die beiden Gangster bereits am Sonntag auf seinem Grundstück aufgetaucht waren. Diese Notiz führte zur Ermittlung des Autos, das der Bielefelder Freundin des 25jährigen Udo gehört.

Der Polizei „durch die Lappen gegangen"

In der Wohnung der Bielefelderin hatte sich beim ersten Erscheinen der Polizei nach Angaben von Staatsanwalt Hans Dieter Heitbrede auch der jetzt gesuchte Peter Brinkmann aufgehalten. Der 41jährige ging den Fahndern jedoch „durch die Lappen", weil er zunächst unwiderlegbar behauptet hatte, zur Tatzeit auf einer Kirmes in Herford in eine Schlägerei verwickelt gewesen zu sein. Dafür nannte er auch Zeugen, die das bestätigen könnten. Als die Kripo nach Überprüfung dieser falschen Angaben dann erneut erschien, war Brinkmann bereits über alle Berge.

Pläne für einen Brückenschlag über den Fehmarn-Belt gehen bis in die 60er Jahre zurück (Fotomontage rechts). Nach der Entscheidung der Regierung in Kopenhagen hat jetzt der Bau einer Verbindung zwischen Fünen und Seeland Vorrang.





Hintergedanken beim Brückenschlag über den Großen Belt

G. MEHNER, Kopenhagen

In den neunziger Jahren erfüllen sich für Europa gleich zwei Menschheitsträume: Die Untertunnelung des Ärmelkanals und – kaum weniger ambitiös – eine 15 Kilometer lange feste Verbindung über den Hauptschiffahrtsweg der Ostsee, den Großen Belt. Mit diesem innerdänischen Verkehrsprojekt wird das europäische Autobahnnetz durchgehend bis Kopenhagen und Helsingör ausgedehnt. Dort macht die Entwicklung aber keineswegs halt: Die Anstoßwirkung des Großen Belt-Jahrhundertbauwerkes auf den Weg nordwärts ist so groß, daß komplettierende Tunnels oder Brücken zwischen Kopenhagen und Malmö (70 Kilometer) sowie zwischen Helsingör und Helsingborg (4,8 Kilometer) so gut wie spruchreif sind.

Durch diese Schöpfungen der menschlichen Ingenieurkunst wächst Skandinavien stärker an die Herzstücke Europas. Die Fahrtzeit etwa von Hamburg nach Oslo wird sich auf zehn Stunden halbieren. Die Ebenen Schonens, der Schärengarten vor der schwedischen Westküste, Norwegens Fjorde, die Seen Finnlands, alles rückt in greifbare Nähe, wenn etwa ein europäisches Intercity-Netz für Züge mit Geschwindigkeiten bis zu 300 Stundenkilometer verwirklicht wird.

Schon einmal haben die Dänen mit einem Brückenschlag einen Superlativ gesetzt: Das war 1937, als die 3,2 Kilometer lange Brücke über den Storströmme eingeweiht wurde. Der nächste große Wurf ließ dann aber lange auf sich warten. Mindestens vier Politikergenerationen versuchten bislang vergebens, den Großen Belt mit Beton und Stahl zu überwinden. Erst jetzt hat sich die bürgerliche Minderheitsregierung mit der Opposition darauf geeinigt, mit einem Aufwand von umgerechnet 3,6 Milliarden Mark den Flaschenhals zwischen den dänischen Hauptinseln Fünen und Seeland – auf ihr liegt die Millionenstadt Kopenhagen – zu beseitigen (die WELT berichtete). Der dänische Inselsprung war bislang mit einer einstündigen Zwangspause an Bord einer Fähre verbunden. In beiden Richtungen wurden pro Tag 60 Überfahrten angeboten. Zehn Millionen Passagiere und 1,5 Millionen Fahrzeuge überqueren jährlich die 15 Kilometer lange Strecke des Großen Belts auf diese Weise.

Für die Dänen wäre es einfacher gewesen, die Brücken und Tunnelprojekte über den Öresund, also nach Malmö und Helsingborg vorzuziehen, denn dort finanzieren die Schweden, wegen ihrer starken Transitinteressen, die Hälfte der Kosten. Aber bei einem Brückenschlag zuerst zu den Schweden wäre die dänische Hauptinsel Seeland strukturell stärker in den Sog der dynamischeren Nachbarwirtschaft geraten. Jütland und Fünen hätten sich auf der anderen Seite womöglich noch mehr nach Hamburg ausgerichtet.

Einem solchen Auseinanderdriften des dänischen Epizentrums kann kein dänischer Politiker länger zusehen. Denn diese Spirale ist schon in Gang gekommen. Wegen der verkehrstechnischen Standortnachteile Seelands siedeln sich die zukunftträchtigeren neuen Industrien vorrangig auf Jütland an. Denn dort besteht ein durchgehender Autobahnanschluß bis Sizilien oder Barcelona. Dies ist auch der Grund, weshalb etwa die Lufthansa mit ihren Frachtflugzeugen Billund und nicht Kopenhagen-Kastrup anfliegt, und weshalb der Freihafen Hamburg aus dänischer Sicht dem Freihafen Kopenhagen klar den Rang abgelaufen hat.

Bei ihrer Großen Belt-Überbauung kommt den Dänen die mitten in dieser Wasserstraße gelegene kleine Insel Sprogö sehr gelegen: In der ersten Bauphase wird ein Eisenbahntunnel von Seeland bis zu dieser kleinen Insel vorangetrieben. Die restlichen sieben Kilometer überspannt dann eine Brückenkonstruktion. Sie soll 1992 fertiggestellt sein.

Erst die zweite Phase sieht komplettierende Brückenbauteile für den Automobilverkehr vor, die 1996 übergeben werden sollen. Dieses Stufenverfahren verursacht zwar Mehrkosten von etwa zwei Milliarden Kronen. Aus Umweltschutz-Gesichtspunkten wollte die Opposition den öffentlichen Verkehr aber einen vierjährigen Vorsprung geben.

Eines der verbleibenden Abenteuer auf dem Weg nordwärts ist die Weiterführung der Vogelfluglinie. Auf dänischer Seite wird 1988 der Tunnel durch den Guldborgsund fertiggestellt und ein Jahr darauf sind auch die noch fehlenden Autobahnteile betoniert. Ein Tunnel von Puttgarden nach Rödby? Da schlägt noch viel Zukunftsmusik mit. Wohl noch auf absehbare Zeit können die Erholungssuchenden aus der Bundesrepublik sich an Bord eines Fährschiffes an die langsamere Lebensgeschwindigkeit der Skandinavier gewöhnen. Der kommerzielle Verkehr dürfte dagegen den Umweg über den Großen Belt in Kauf nehmen.

Tod im Schneesturm

Elf Touristen erfroren auf einer Bergtour im Kaukasus

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der plötzliche Wetterumschlag in der Sowjetunion – Schneefall wurde in den transkaukasischen Republiken gemeldet –, hat elf sowjetische Touristen, darunter vermutlich zwei 15jährigen, bei einer Bergtour in den kaukasischen Bergen das Leben gekostet. Wie die „Prawda" gestern meldete, kamen die unerfahrenen Bergwanderer bei ihrer Klettertour auf den Fischt-Berg ums Leben. Die Gruppe soll von dem im voraus genehmigten Wanderweg abgewichen sein und statt dessen den 2852 Meter hohen Berg bestiegen haben.

Eine der Überlebenden, die junge Irena Marosowa, berichtete: „Wir hatten kaum den Gipfel erreicht, als sich das Wetter änderte. Der Himmel verdüsterte sich. Sturm peitschte auf, Nebel verhüllte den Berggipfel – und es begann zu schneien." Die bergunerfahrenen Touristen unter Leitung eines örtlichen „Touristenführers" – also keines geübten Bergführers – schlugen einen provisorischen Biwak am Berg auf. Die Hoffnung, daß sich das Wetter am nächsten Tag beruhigen würde, trog.

Der Führer Braganjetz versuchte dann auf eigene Faust, Hilfe zu holen und wagte den Abstieg. Zwei Frauen aus der Gruppe folgten ihm. Sie marschierten „auf den Socken" den Berg hinunter. Die übrigen Berg-Touristen blieben aus Angst vor Lawinen in ihrem provisorischen Zelt. Zweimal versuchte eine Rettungsmannschaft vergebens, die am Berg vermißten aufzuspüren, doch anhaltend starke Schneefälle behinderten die Rettungskation: Sie kehrten jedesmal wieder zurück. Braganjetz versuchte allein, „die Freunde in den Bergen zu finden". Er erreichte sie auch – und starb mit ihnen.

Die Touristen wurden später erfroren aufgefunden, einer der zehn war Braganjetz. „Er zog den Tod der Schande vor", so die „Prawda". Man fand einen Zettel bei dem Toten, auf dem er die Verantwortung für die Gruppe auf sich nahm und um Verzeihung bat. Der einzige Überlebende in dem Zelt starb im Krankenhaus.

Heftige Kritik übte die „Prawda" in diesem Zusammenhang an der Organisation des Tourismus im Kaukasus. Sie erinnerte daran, daß sich vor zehn Jahren ein ähnlicher Fall ereignete, unter fast den gleichen Vorzeichen. Derzeit laufen die Untersuchungen, die Schuldigen sollen bestraft werden. Den örtlichen Tourismus-Behörden wird Fahrlässigkeit vorgeworfen, man fordert strenge Strafen und den Ausschluß aus der Partei.

Frankfurts neuer Messeturm wird bald 'gen Himmel zeigen

Das höchste Haus Europas wird voraussichtlich schon Ende des Jahrzehnts auf dem Frankfurter Messegelände stehen: 254 Meter hoch – mit 52 Geschossen – wird der Büroturm in den Himmel ragen (WELT vom 14. 3. 1986). Die Frankfurter Messegesellschaft will noch in diesem Jahr mit dem Bau beginnen. Entworfen hat das etwa 200 Millionen Mark teure Projekt der gebürtige Nürnberger Helmut Jahn (rechts im Bild auf der gestrigen Pressekonferenz mit Messedirektor Horstmar Stauber). Jahn, der in Chicago lebt und wegen seiner kühnen Entwürfe „teutonisches Wunderkind" genannt wird, nannte das Projekt in Frankfurt den „wichtigsten Auftrag meiner Karriere". FOTO: BARBARA AUMÜLLER

LEUTE HEUTE

Männliches Kinn . . .

Er möchte gar zu gerne etwas männlicher wirken und begab sich darum unter das Messer des Schönheitschirurgen: **Michael Jackson** wollte ein energisches Kinn wie **Kirk Douglas** haben. Derzeit läuft er mit einer Maske herum, um die Narben des Eingriffs zu verstecken. Das berichtete die Londoner „Sun" aus New York. Ein Freund des Popstars: „Er hat sich jetzt ein Kinn verpassen lassen, das ihm eine markant männliche Note gibt."

. . . und lange Ohren

Die langen spitzen Antennenohren, die der amerikanische Schauspieler **Leonard Nimoy** als „Mr. Spock" in dem Fernseh-Dauerbrenner „Raumschiff Enterprise" trägt, waren jetzt einem filmbegeisterten Käufer immerhin 350 Dollar (770 Mark) wert. Der Käufer erstand das Ohrenpaar auf einem Raumschiff-Enterprise-Souvenirmarkt, der aus Anlaß des 20jährigen Jubiläums der Serie veranstaltet wurde. Viele Mitwirkende waren zugegen, wie Nimoy und **Michelle Nichols** und der Serienautor **Gene Roddenberry**. Für jeweils einige tausend Dollar fanden auch Filmrollen mit den ersten Folgen der 1966 gestarteten Serie ihre Liebhaber.

Urteil: Zweite Landebahn nur als „Ersatz"

dpa, Düsseldorf

Nach einem Urteil der Sechsten Kammer des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts darf die zweite Start- und Landebahn am größten deutschen Charterflughafen in Düsseldorf-Lohausen gebaut werden. Die 2,7 Kilometer lange Parallelbahn dürfe jedoch nicht als Hauptlandebahn, sondern nur als „Ersatz" benutzt werden, wenn das erste Rollfeld blockiert ist. Die zuletzt 17 Kläger haben in einem wesentlichen Punkt einen Erfolg erzielt: Die Richter legten fest, daß eine Mitbenutzung der neuen Parallelbahn in Spitzenzeiten in dem vom Düsseldorfer Wirtschaftsministerium vorgesehenen Umfang rechtswidrig ist.

Das Ministerium muß jetzt neue Mindest-Grenzwerte für Ersatzstarts und -landungen festlegen, da nach der bisherigen Planung die Umwelt- und Lärmbelastung eindeutig zu hoch sei. In Wahrheit bedeuteten die bestehenden Ministeriumspläne zur Frequentierung der Parallelbahn eine Kapazitätsausweitung. In diesem Zusammenhang rügte das Gericht die „völlig unzureichenden und einseitigen tatsächlichen Ermittlungen" durch den Minister. Grundsätzlich, so stellten die Richter in dem 300 Seiten umfassenden schriftlichen Urteil fest, sei der Bau der Parallelbahn rechtlich nicht zu beanstanden. Alle vergleichbaren Flughäfen seien sogar mit zwei Hauptlandebahnen ausgerüstet.

Gegen den Planfeststellungsbeschluß des Düsseldorfer Wirtschaftsministeriums vom 16. Dezember 1983 hatten mehr als 30 000 Bürger protestiert.

Raubmörder gefaßt

AP, Paris

Wegen Raubmords an einer alten Frau ist in Paris ein 25jähriger Mann verhaftet worden. Er gab zu, die 87jährige Germaine Charbonnier in ihrer Wohnung erstochen sowie Schmuck und Bargeld in Höhe von rund 500 Mark gestohlen zu haben. Die Polizei teilte mit, ein Zusammenhang mit der rätselhaften Serie von Frauenmorden seit 1984 bestehe aller Wahrscheinlichkeit nach nicht.

Tödlich verunglückt

D. G. Bonn

Ein Regierungsdirektor aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium ist während eines dienstlichen Aufenthalts in Leipzig tödlich verunglückt. Wie das Ostberliner Außenministerium der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik mitteilte, stürzte der mit einem Pyjama bekleidete 47jährige in der Nacht zum Montag aus dem Fenster seines Zimmers im zweiten Stock des Hotels Astoria zu Tode.

Rückgabe gefordert

dpa, Ankara

Der Stadtrat der westtürkischen Stadt Bergama hat am Montag von Ost-Berlin die Rückgabe des Pergamon-Altars gefordert. Die antiken griechischen Schätze, die im Ost-Berliner Pergamon-Museum ausgestellt sind, waren im 19. Jahrhundert nach ihrer Freilegung von deutschen Archäologen mit der Erlaubnis Sultan Abdulhamid II. nach Berlin gebracht worden. Die Genehmigung eines ehemaligen Monarchen könne für die türkische Republik nicht bindend sein, begründete der Bürgermeister von Bergama den Anspruch. Der monumentale Pergamon-Altar, der zwischen 180 und 160 v. Chr. erbaut wurde, war Zeus und Athene gewidmet und galt in der Antike als eines der sieben Weltwunder.

Zugspitze Dreitausender

DW. Bonn

Als Dreitausender wird am Freitag Punkt 12 Uhr die Zugspitze mit ihren (jetzt noch) 2966 Metern gelten können. Ein Schweizer Uhrenfabrikant wird den Gipfel des höchsten Bergs der Bundesrepublik um 36 Meter aufstocken – mit einer Pyramide, bestehend aus einem Stahlgestänge und einer Kunststoffummantelung, hochgeschleppt von einem Hubschrauber. Damit auch jeder weiß, was die Stunde in der Schweizer Uhrenindustrie geschlagen hat, montiert die Firma zwei ihrer neuen Uhrmodelle an die graue Haube.

WETTER: Sonnig und wärmer

Lage: Die nach Deutschland eingeflossene frische Meeresluft erwärmt sich kräftig.

Vorhersage für Mittwoch: Gesamtes Bundesgebiet: Sonnig und trocken. Höchsttemperaturen um 26, auf den Nordseeinseln und im Bergland um 20 Grad. Tiefsttemperaturen am Donnerstagmorgen um 13 Grad. Schwacher bis mäßiger, zeitweise auflebender Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Sonnig und trocken, weiterer Temperaturanstieg.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.07 Uhr*, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 0.38 Uhr, Untergang: 10.08 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Juni, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum; T Tiefdruckzentrum; wolkenlos; heiter; halb bedeckt; wolkig; bedeckt; Windstille; Nordwind 10 km/h; Ostwind 20 km/h; Südwind 30 km/h; Westwind 40 km/h; Nebel; Nieseln; Regen; Schnee; Schauer; Gewitter; Niederschlagsgebiet; Temperaturen in °C; Warmfront; Okklusion; Kaltfront am Boden; Kaltfront in der Höhe; Luftströmung warm; Luftströmung kalt; Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	22	he
Bielefeld	21	bw
Braunlage	13	R
Bremen	14	R
Dortmund	17	bw
Dresden	23	he
Düsseldorf	17	bw
Erfurt	16	bw
Essen	16	bd
Feldberg/S.	11	bw
Flensburg	20	he
Frankfurt/M.	20	he
Freiburg	22	bd
Garmisch	20	he
Greifswald	19	bw
Hamburg	22	he
Hannover	14	R
Kahler Asten	12	bw
Kassel	19	bw
Kempten	20	bw
Kiel	21	he
Koblenz	21	bw
Köln-Bonn	18	bw
Konstanz	21	bw
Leipzig	21	bw
List/Sylt	20	he
Lübeck	24	he
Mannheim	24	bw
München	18	bw
Münster	16	bd
Norderney	14	bd
Nürnberg	21	he
Oberstdorf	20	he
Passau	14	R
Saarbrücken	16	bw
Stuttgart	20	he
Trier	17	bw
Zugspitze	4	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	30	wl
Amsterdam	15	bd
Athen	28	he
Barcelona	25	he
Belgrad	20	he
Bordeaux	24	he
Bozen	26	he
Brüssel	16	bw
Budapest	21	he
Bukarest	21	he
Casablanca	20	he
Dublin	15	bw
Dubrovnik	27	he
Edinburgh	11	R
Faro	22	he
Florenz	26	bd
Genf	22	bd
Helsinki	16	he
Hongkong	31	he
Innsbruck	21	he
Istanbul	26	he
Kairo	32	wl
Klagenfurt	20	he
Konstanza	20	he
Kopenhagen	20	he
Korfu	28	wl
Las Palmas	21	he
Leningrad	13	he
Lissabon	20	be
Locarno	22	bw
London	17	bw
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	15	be
Madrid	24	he
Mailand	25	he
Malaga	23	he
Mallorca	31	wl
Moskau	10	Sp
Neapel	27	he
New York	22	bd
Nizza	23	bw
Oslo	22	he
Ostende	16	bw
Palermo	29	he
Paris	19	bw
Peking	28	bd
Prag	21	he
Rhodos	28	wl
Rom	26	he
Salzburg	17	bw
Singapur	31	he
Split	28	he
Stockholm	20	he
Straßburg	21	bw
Tel Aviv	27	he
Tokio	26	he
Tunis	30	he
Valencia	28	he
Varna	22	he
Venedig	24	he
Warschau	18	he
Wien	21	he
Zürich	21	bw

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Fahndung am „Tatort Bundesbahn"

EWALD REVERMANN, Seesen

Weshalb sind die Stufen der Personenzüge so unbeholfen und die Bahnsteigkanten für kleinere Leute nur im Sprung zu erreichen? Weshalb werden Reisende mit Gepäck mit unpraktischen Türen geradezu gequält? Kleine und große Ärgernisse dieser Art hat ein selbsternannter Bahnpolizist aufs Korn genommen, der als „geborener Bahnfan" auf eigene Kosten 150 000 Kilometer in Zugabteilen verbracht hat und den Bahnoberen noch in diesem Sommer gesammelte Kritik auftischen will: Günter Voß, Polizeihauptmeister in Seesen am Harz, fahndet in jeder freien Minute am „Tatort Bundesbahn".

23 000 Kilometer am Stück

Der wohl einmalige Hobbytester von eigenen Gnaden hat Bahn-Blut von Großvater Wilhelm, einem Oberzugschaffner, mitbekommen. Als Baby durfte er bei Bahnfahrten im Gepäcknetz schaukeln und sich später bei Fahrten von Niedersachsen zur Polizistenausbildung nach Münster oder zum Dienst nach Köln über miserable Zuganschlüsse ärgern. Im Vorjahr setzte der heute 47jährige zur „wohlwollenden Großfahndung" auf die Bundesbahn an. Für 1191 Mark kaufte er sich eine Monatsnetzkarte 1. Klasse, schob Ehefrau Roswita und seine beiden Kinder sozusagen aufs Abstellgleis und raste in 60 Zügen 23 000 Kilometer „fast am Stück" durch die Lande. Allein von dieser Testfahrt („Ich habe in den Zügen geschlafen und fühlte mich wie zu Hause") hat er Wonnegefühl und Pein zugleich mitgebracht: endlich einmal „Bahn satt", die Erkenntnis, daß auch noch so gut gepolsterte 1.-Klasse-Sitze bei „Dauerbesetzung" Hämorrhoiden produzieren – und ganze Notizblöcke voller Kritik.

Zum Beispiel: Die Nobelzüge auf den sechs IC-Linien haben wohl in den Großraumwagen der 2. Klasse kleine Tische, weshalb aber nicht in der 1. Klasse für arbeitende Manager? Muß es sein, daß an einigen Bahnhöfen die Waggons der Besserzahlenden außerhalb der Hallenüberdachung halten und die Reisenden bei Schlechtwetter mit Regengüssen erster Klasse bedacht werden? Für Kinder, denen es bei langen Fahrten langweilig wird, fehlt jedes Angebot. Ein „Kommunikationszentrum", auch mit Spielsachen und Kinderbüchern, müßte möglich sein, meint Voß.

Oder die Sache mit dem Gepäck: Wenn es Schließfächer gäbe, könnte man unbesorgter den Speisewagen aufsuchen. Von den schnellen IC-Verbindungen ist der Hobbytester bis auf eine Wichtigkeit angetan: „Nur zwei Minuten Aufenthalt ist meist zu kurz. Daher kommen viele Verspätungen, die sich auf langer Strecke schnell zu 20 Minuten und mehr addieren. Die Bahn sollte hier großzügiger verfahren.

Auch wenn Zug-Fan Voß den Nahverkehr der Bahn erst in einem weiteren Dauertest im kommenden Jahr mit seinen wachen Polizistenaugen unter die Lupe nehmen will, so steht für den Vielfahrer doch schon jetzt fest: Auf dem flachen Lande ist das Bahnangebot vielfach miserabel. „Die Zubringerzüge zu den großen IC-Bahnhöfen sollten an allen Stationen halten, dann würden auch mehr Leute die Bahn benutzen", meinte Günter Voß. Oder: Weshalb sollte die Bahn dort, wo es nicht anders möglich ist, mal das tun, was in der Reisebranche üblich ist: Zugtransfer mit Hilfe eines Taxis; einen Sonderaufschlag in erträglichem Maße würden Reisende in Kauf nehmen.

„Betriebsblindheit"

„Für viele Dinge, die zu bemängeln sind, ist die Bundesbahn betriebsblind geworden", meint der Beobachter aus dem Harz. Was in den Vorstandsetagen der Bahn von solchen Denkanstäßen gehalten wird und ob solche Anregungen auch mit vertretbarem Aufwand realisierbar sind – der „IC-Voß" (wie ihn Zugschaffner schon nennen) findet auch schon vor seiner offiziellen Kritikpräsentation ein gewisses Maß an Sympathie. Friedrich-Wilhelm Schulze, Sprecher der Bundesbahndirektion Hannover: „Wir haben ja auch unsere Kontrolleure. Und vieles von dem, was der Herr Voß da sagt, wird in Zukunft auch verbessert – es braucht bei uns nur etwas mehr Zeit. Grundsätzlich aber sind uns Anregungen aus der Sicht eines Bahnfahrers sehr wohl willkommen."

ZU GUTER LETZT

„Wer im letzten Jahr den Urlaub in Frankreich verbrachte, hat dort eine praktische Sanitäreinrichtung kennengelernt. Im Bidet konnte der Badeanzug gewaschen, die kleine Reisewäsche gereinigt oder das Baby gebadet werden." Die Zeitung „Neue Stader" in Stade an der Niederelbe in ihrer jüngsten Ausgabe.